Nr. 1•1993 51. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

Weg und Ziel

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Marxistische Zeitschrift

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Nation(alismus)

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

24

Demokratie radikal

Dritte Welt und Selbstbestimmung; Gewerkschaftspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Managmentstrategien; Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft; ökologische Demokratie, linke Hegemonie, Parlamentarismus, Machtfilz, BürgerInnenkompetenz und Krise der Opposition; AusländerInnenstimmrecht

S. Amin, H. Schäppi, W. Schöni, K. Dörre, J. Hirsch, H. Kleger, A. Demirovic, G. Schiesser, H. Braunschweig, H.Kriesi, M. Spescha, R. Epple-Gass, M. Roselli

Diskussion

Deutschland nach 1989: D. Claussen
Multikulturelle Gesellschaft? N. Räthzel
EWRund Frauenpolitik: M. Madörin
Armutsforschung: G. Husi/ M. Meier

Marginalien/Kritik/Rezensionen

Widerspruch-Abonnement:
Jahresabonnement (2 Hefte, inkl. Porto und Versand) Fr. 26,-. Das neueste Heft wird sofort nach Erscheinen (Juni/Dezember) zugestellt. Kündigung schriftlich zum Jahresende. Neuabonnentinnen und Neuabonnenten können auch ältere Hefte zum Abonnementpreis nachbeziehen. Als Geschenk erhalten Sie den Sonderband 1: "Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos" gratis.

Förderverein Widerspruch: Freunde und Freundinnen des Widerspruchunterstützen uns mit einer Mitgliedschaft im Förderverein Widerspruch (Postfach 652, 8026 Zürich): Mitgliedsbeitrag Fr. 120,- proJahr, inkl. 2 Heftnummern.

Bestelltalon:
einzusenden an: Widerspruch, Postfach 652, 8026 Zürich
Ich bestelle: Ex. Nr. 24, Demokratie radikal
Ex. Nr. 23, Krise des Sozialen/Armut-Sozialpolitik, Fr. 15,-
Ex. Nr. 22, Neo-Kolonialismus, Fr. 15,-
Ex. Nr. 21, Neuer Rassismus (2. Auflage), Fr. 15,-
Ex. Nr. 20, Schweiz - Europa, Strategien (2.Auflage),Fr. 12,-
Ex. Nr. 19, Sozialismus am Ende? /Krise der Demokratie, Fr. 12,-
Ex. Nr. 18, Aufklärung und Verdrängung (2. Auflage), Fr. 12,-
Ex. Nr. 17, Schweizer Armee Macht Krieg, Fr. 12,-
Ex. Nr. 16, Diktatur des Marktes - Frauen, Arbeit, Fr. 12,-
Ex. Nr. 15, '68' - Bruch und Kontinuität, Fr. 12,-
Ex. Sonderband 2, Schuldenkrieg & CH-Finanzkapital (2.Auflage), Fr. 12,-
Ex. Sonderband 1, Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos, Fr. 8,-

Abonnement ab Nr. .....(Fr. 26,-/Jahr: 2 Hefte, inkl. Porto und Versand).
Spenden und Einzahlungen a: Widerspruch, PC 80-56062-5, Zürich
Name: .....
Strasse: .....
Ort: .....
Unterschrift: .....

Sozialismus

Alternativen gegen den Rechtstrend

In den nächsten Monaten werden entscheidende Weichen für die zukünftige Entwicklung in Deutschland und Westeuropa gestellt.

Nicht nur wegen der Entscheidung, ob Deutschland und Westeuropa zur Wohlstandsfestung gegen Migrationsbewegungen aus Osten und Süden ausgebaut werden soll.

Nicht nur in Anbetracht der anstehenden Neufestlegungen über die Rolle der Bundeswehr »out of area«.

Die Gegenkräfte dürfen nicht leiser sondern müssen hörbarer werden. Dadurch, daß soziale, humane und friedenssichernde Alternativen diskutiert und verbreitet werden. Dafür liefert die Zeitschrift Ansätze in folgenden Bereichen:

- ➡ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Frank Deppe, Otto König, Theo Steegmann)
- ➡ *ökonomische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)
- ➡ aktuelle *politische Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)
- ➡ *Internationales* (es schreiben: Egon Bahr, Hansgeorg Conert)

Einzelheft: 7,50 DM, Jahresabo: 75,- DM (incl. Porto)

Bestellen Sie jetzt ein **kostenloses Probeheft** bei:
Redaktion Sozialismus
Stresemannstr. 384a
W-2000 Hamburg 50

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:

Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:

Willi Gaisch
Mag. Stephan Ganglbauer
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günther Klodner
Mag. Veronika Mandorfer-Reisenberger
Mag. Julius Mende
Georg Nowak
Mag. Martin Panholzer
Dr. Reinhard Pitsch
Dr. Wolfgang Priglinger
Dr. Rudolf Reiter
Helmut Rizy
Herbert Waloschek
Dr. Maria Wölflingseder

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:

Andrea Dampier, KPÖ,
Schönngasse 15 – 17,
Postfach 351, 1020 Wien,
Tel.: 0222/21742/600

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Abonnement-Preise:

6 Hefte 180,- S; 35,- DM

Lay-out:

Michael Baiculescu

Druck:

Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönbrunner Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint
Anfang Mai.

Themenschwerpunkt:

Marxismus und Ästhetik

Inhalt

Nr. 1, März 1993, 51. Jahrgang

ÖSTERREICH

Otto BRUCKNER: Rekordbeschäftigung, geteilter Arbeitsmarkt, gespaltene Gesellschaft (2.Teil) 2

Kurt LUTTENBERGER: Drüber und/oder drunter? Pro und Kontra Semmering-Basistunnel 4

THEMA: NATION(ALISMUS)

Winfried R. GARSCHA: Warum auf einmal? Einige Fragen zum Aufbrechen nationalistischer Gegensätze in ehemals kommunistisch regierten Ländern ... 8

Britta JENSEN: Die Theorie der Nation bei Lenin 12

Jürgen ELSÄSSER: „Proletarier aller Nationen, massakriert Euch!“ Die unbekannte Seite von Rosa Luxemburgs Lenin-Kritik 18

Friedhelm KRÖLL: Politische Schicksalsgemeinschaft - Max Weber über das Nationale 20

Reinhard PITSCH: Noch mehr Schwierigkeiten mit der „österreichischen Identität“ und mit Marx und Engels 27

Günther KLODNER: Der Mazedonienkonflikt aus griechischer Sicht 29

Günther MARCHNER: Bewahrung als Zukunft - Vom schwierigen Umgang mit bedrohten Räumen und Kulturen 34

BÜCHER ZUM THEMA

Norbert Elias, Studien über die Deutschen
Manfred Hättich, Deutschland - Eine späte Nation
Heleno Sana, Das 4. Reich - Deutschlands später Sieg 38

WIRTSCHAFT

Hans KALT: Warum kein Aufschwung? 42

Kontroverse: Leo MACHÉ-SUNICA: Wertgesetz
Hans KALT: Marx zur politischen Ökonomie des Sozialismus 46

MARXISMUS IN DISKUSSION

Rolf LÖTHER: Evolution – metaphysische Idee oder Realität 48

FRAUENPOLITIK

Karin SOMMER: Staatliche Gleichbehandlung – (k)ein Schritt zur Emanzipation? 55

Heidi AMBROSCH: „Frauenpolitik“ – Grenzen und Möglichkeiten 57

BÜCHER

Leo Kofler:
Bd.1: Der Staat als Ensemble des Verhältnisses von Intelligenz, Bürokratie und Elite;
Bd.2: Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus

Ute Molitor: Wählen Frauen anders?

Joachim Riedl: Das Geniale. Das Gemeine. Versuch über Wien 61

Rekordbeschäftigung, geteilter Arbeitsmarkt, gespaltene Gesellschaft (2. Teil)

Otto BRUCKNER

Ende des vergangenen Jahres schrillten wieder einmal die Alarmglocken: Allein im Dezember haben 100.000 Menschen ihren Job verloren, und die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug zu Jahresende über 280.000 oder 7,7%. Plötzlich gab es nur noch eine Begründung für die steigende Arbeitslosigkeit: Die „Konjunkturschwäche".

Daß wir in Österreich schon geraume Zeit ein Nebeneinander von Rekordbeschäftigung und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, scheint vergessen zu sein. Sicher ist es wichtig, mit antizyklischen Maßnahmen die Konjunktur zu beleben. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn die damit zusammenhängenden Probleme erkannt und Lösungen entwickelt werden.

Hatte sich der erste Teil dieses Artikels mit der Struktur der Arbeitslosigkeit und den Spaltungstendenzen am Arbeitsmarkt beschäftigt, steht im Mittelpunkt dieses zweiten Teils die Suche nach Gegenstrategien und Lösungsansätzen.

Die Bundesregierung hat drei „Pakete" gegen Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt:

- mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik (ein Tauschgeschäft mit dem ÖGB, nachdem dieser seine Forderung fallenließ, daß Einkommen bis 10.000 Schilling ab 1. 1. 1993 steuerfrei sein müssen);
- ein Sonderprogramm des Sozialministers zur Bekämpfung der Altersarbeitslosigkeit (Mehr als 46.000 ältere Lohnabhängige über 50 Jahre waren Ende Dezember 1992 arbeitslos, etwa 5.000 hofft Hesoun durch sein Sonderprogramm unterzubringen);
- ein öffentliches Investitionsprogramm, vom Kanzler persönlich verkündet, das der Wirtschaft Impulse geben soll.

Diese und die routinemäßigen Maßnahmen der Bundesregierung zusammengenommen lassen eine Prognose heute schon zu: Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, die Spaltungen am Arbeitsmarkt werden sich vertiefen und Österreich geht weiter den Weg in die Zweidrittelgesellschaft.

Gibt es generelle Gegenstrategien?

Mit einem Fuß schon in Brüssel erwarten sich Unternehmer wie Gewerkschafter heute geradezu Wunder von einem EG-Beitritt Österreichs. Kurzformel: Der große Markt bringt uns den Aufschwung. Angesichts dieser freudigen Zukunftserwartungen hält man es im Dreierklub Regierung-Unternehmerverbände-Gewerkschaftsspitze offenbar für überflüssig, steuernd in die Geschehnisse des „freien Marktes" einzugreifen. Die oben genannten kosmetischen Eingriffe sollen aber zumindest den Eindruck erwecken, daß „ohnehin etwas gemacht wird". Darüber hinaus fällt dem Establishement nur noch eine Senkung der Ausländerquote am Arbeitsmarkt als „Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" ein, was der Propaganda Haiders weit entgegenkommt, daß die Ausländer schuld seien an der Arbeitslosigkeit.

Wenn heute die Frage nach der Machbarkeit einer offensiven Arbeitsmarktpolitik, deren Ziel es ist, Arbeit für alle zu ermöglichen, diskutiert wird, verfallen Publizisten und Ökonomen zumeist in heftige Dispute über Sinn und Unsinn einer Rückkehr zum Kreiskyschen Austrokeynesianismus. Und hier scheint vor allem ein zentraler Einwand einleuchtend: Vollbeschäftigung durch rasant steigende Staatsverschuldung ist nicht von Dauer. Zu kurz kommt aber meines Erachtens das Moment der Umverteilung. Gerade weil der sozialpartnerschaftliche Verteilungskonsens eine heilige Kuh war, mußte Kreisky seine staatlichen Investitionsprogramme auf Pump durchführen bzw. über die Massensteuern finanzieren und mußte letztlich scheitern.

Vereinfacht gesagt: Im zehntreichsten Land der Erde muß es Möglichkeiten geben, Arbeit für alle zu gewährleisten und den Wohlstand gerechter zu verteilen, schon allein durch die vorhandenen finanziellen Ressourcen. Also liegt es nicht an den Möglichkeiten, sondern am Willen und an den Kräfteverhältnissen.

Damit stellt sich aber die entscheidende Frage: Beten Linke einfach die These vom Weg in die „Dienstleistungsgesellschaft" nach, oder gibt es Versuche, Industrie-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wieder zu einem Streitthema zu machen bzw. auch die Dienstleistungssektoren nicht dem Wildwuchs zu überlassen? Wenn neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungsbereich entstehen und zugleich im Primär- und Sekundärsektor weitere Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen sind, so handelt es sich nicht um ein „Naturgesetz", das hingenommen werden muß.

Eingriffe in die Beschäftigtenstruktur

- Der Entindustrialisierung ganzer Regionen Österreichs könnte mit einer offensiven Forschungs-, Technologie- und Industriepolitik begegnet werden. Fachliches Know-how sowohl im wissenschaftlichen als auch im Produktionsbereich wird brach liegen gelassen oder vernichtet. Vor allem die kurzsichtige Politik der Verscherbelung und Aufgliederung der verstaatlichten Betriebe hat wesentlichen Anteil am massiven Rückgang von Industriearbeitsplätzen in Österreich. Zugleich erhalten multinationale und österreichische Privatkonzerne weiterhin massive Förderungsmittel.
- Mit demselben Recht, mit dem von seiten der Landwirte darauf hingewiesen wird, daß die Erhaltung einer vielfältigen Landwirtschaft von größtem volkswirtschaftlichem Interesse ist, kann dies für eine konkurrenzfähige österreichische Grundstoffindustrie gesagt werden. Gerade im Stahl-

und Eisenbereich bindet sich aber Österreich durch seine einseitige EG-Anbindung selbst die Hände. Es braucht ja niemand ein Hellseher zu sein, der heute sagt, daß die EG unsere Stahl- und Eisenindustrie auf ein Minimum zurückstutzen will.

- Neue Wirtschaftsförderungskriterien wären dazu auf jeden Fall notwendig. Es kann nicht darum gehen, staatlicherseits Verlustabdeckungen oder Rationalisierungsschritte zu finanzieren, sondern vielmehr geht es um die gezielte Förderung von Maßnahmen, die in volkswirtschaftlichem und regionalem Interesse sind.
- Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist in einigen Bereichen, die gegenwärtig unter Finanzierungsnotstand leiden, möglich und sinnvoll: Eine soziale Wohnbauoffensive, der Ausbau des Gesundheits- und Spitalswesens, der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und regional längst überfällige Umweltschutzinvestitionen, ein Ausbau des Bildungs-, Aus- und Weiterbildungssystems könnten beträchtliche Beschäftigungsimpulse bringen.

All diese Vorschläge sind freilich nicht denkbar ohne die dazugehörigen finanziellen Mittel, und dazu wiederum ist es notwendig, die Debatte über Abgaben und Steuern, über Umverteilung von den Besitzenden – mit unproduktivem Kapital Spekulierenden – hin zu volkswirtschaftlichem Denken zu eröffnen.

Arbeitszeitverkürzung im Out?

Nachdem nun in kleinen Schritten die Arbeitszeit – noch dazu nicht in allen Branchen einheitlich – verkürzt worden ist, treten kaum noch ArbeiterInnen, Angestellte und öffentlich Bedienstete für das Ziel der 35-Stunden-Woche ein. Dies liegt wohl zum einen daran, daß diese Art der Arbeitszeitverkürzungen spielend wegen der Rationalisierungen und neu hinzukommenden Deregulierungen keine positiven Beschäftigungseffekte bewirken konnte, sondern die Arbeitsintensität spürbar gestiegen ist. Hier zeigt sich ein generelles Problem gewerkschaftlicher Interessenpolitik: Die Realitäten in den verschiedenen Branchen und Berufen sind unterschiedlich geworden, so daß die Formulierung und Durchsetzung einheitlicher Anliegen immer schwieriger wird. Dennoch scheint es angebracht, am Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich per Generalkollektivvertrag oder Gesetz festzuhalten. Schon deshalb, weil die Arbeitsbelastung durch den Einsatz neuer Technologien steigt und sich zeigt, daß die Arbeitenden zunehmendem Überstundendruck ausgesetzt sind.

Vor allem aber wurde ja das Ziel der 35-Stunden-Woche zu Beginn der achtziger Jahre nicht aufgestellt, um künftigen unabgegoltenen Produktivitätssteigerungen vorzubeugen, sondern – im Gegenteil – um ausgebliebene Abgeltungen aus der Vergangenheit aufzuholen. Und als Maßnahme zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen scheint das Mittel der Arbeitszeitverkürzung allemal noch tauglich.

Gertrude Degenhardt

Vertiefung der Spaltungstendenzen verhindern

- Regionen und ganze Bundesländer werden strukturell ausgetrocknet. Abgesehen vom Ausbleiben wirksamer Maßnahmen für eine offensive Industrie- und Strukturpolitik scheinen manche Regionen schon einfach deshalb nicht mehr „attraktiv" zu sein, weil sie auch – im wahrsten Sinne des Wortes – abgeschnitten werden. Autobahnen und Transitrouten zerklüften die schönsten Gegenden, während Nahverkehr und Anbindungen an Verkehrsnetze fehlen. Das einzige, was großkoalitionären Regionalpolitikern meist einfällt, ist die Förderung der „räumlichen Mobilität" (also Auspendeln) oder die Ansiedlung von multinationalen Konzernen, die abkassieren, Billigarbeitsplätze anbieten und nach einiger Zeit wieder verschwinden. Regionale Entwicklungs- und Qualifikationsprogramme könnten Regionen Chancen zur (Wieder-)Anbindung eröffnen, wenn das mit „großen" wirtschaftspolitischen Maßnahmen einhergeht, die für sozialökonomische, verkehrs- und wohnungspolitische Gesamtimpulse sorgen.
- Bildung und Ausbildung hängen mit den späteren Berufschancen bekanntlich eng zusammen, deshalb wäre auch eine generelle Bildungsreform, zum Beispiel eine einheitliche Gesamtschule von großem arbeitsmarktpolitischem Interesse. Darüber hinaus müßten Schritte gesetzt werden, um die Berufsbildung den morgigen Erfordernissen anzupassen und Umlernen, Weiterlernen, Wiedereinsteigen (besonders für viele Frauen von Bedeutung) gezielt zu fördern.
- Die Altersarbeitslosigkeit ist aus Sicht der Unternehmer ein „Kostenproblem". Ältere Beschäftigte sind „teurer", haben mehr Selbstbewußtsein, lassen sich nicht alles gefallen. Also werden sie rausgeschmissen. Dem kann nur mit rigiden Maßnahmen begegnet werden, warum zum Beispiel nicht mit einer anteilsmäßigen Einstellungsverpflichtung? Darüber hinaus aber scheinen „in Zeiten wie diesen" ein verbesserter Kündigungsschutz und Abfertigung auch bei Selbstkündigung für alle immer wichtigere Fragen zu werden. Ältere Beschäftigte sind überdies häufig Opfer von Gaunereien und Spekulationen, die in Insolvenzen enden, weil gerade sie es am schwersten haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.
- Die Arbeitsmarktpolitik beschränkt sich in Österreich weitgehend aufs Verwalten und Vermitteln. Lediglich 0,3 Prozent des Bruttosozialprodukts wurden 1991 für aktive Arbeitspolitik ausgegeben.

Regulierung statt Chaos

Der aggressiven Aushöhlung bestehender Rechte und Standards kann nur mit einem „Regulierungsschub" begegnet werden: die Durchsetzung geordneter Arbeitszeitverhältnisse, die Verteuerung der Überstunden (auch wenn dies für manche ein Tabuthema ist) und eine offensive Einkommens- und Grundsicherungspolitik.

Den neoliberalen „Modernisierern" geht es darum, Verhältnisse zu erreichen, wo möglichst wenige kollektive Regeln ein Arbeitsverhältnis „belasten". Die/der einzelne soll seine/ihre Arbeitskraft wieder vereinzelt auf einem unberechenbaren „Arbeitsmarkt" verkaufen müssen.

- Anstatt mit den Ausländerquoten den Eindruck eines geregelten Arbeitsmarktes vorzutäuschen, wäre es nötig, die Aufspaltung der Beschäftigten in „billige und teure", in Inländer und Ausländer, in Legale und Illegale, in Frauen und Männer, in Alte und Junge, in Behinderte und Nichtbehinderte zu bekämpfen.
- Der Mindesteinkommensicherung kommt zentrale Bedeutung zu. Eine deutliche verbesserte Absicherung bei Arbeitslosigkeit, ein garantiertes Grundeinkommen und ein gesetzlicher Mindestlohn sind Maßnahmen, die einer „Verwilderung" der Arbeitsverhältnisse entgegenwirken könnten.

Es ist an der Zeit, nicht länger die Arbeitslosen zu bekämpfen, sondern die Arbeitslosigkeit. Dafür aber wird es erforderlich sein, daß sich soziale Bewegungen in Arbeitswelt und Gesellschaft herausbilden, die auf die Zusammenhänge hinweisen und Änderungen verlangen. Alt aber wahr: Der Reichtum ist da, in Österreich und international, er müsste nur anders verteilt werden. Das wiederum wird nicht ohne eine entscheidende Änderung der Kräfteverhältnisse gehen. Eine Konzentration auf das Soziale, auf die Interessen derer, die vom Reichtum ausgeschlossen werden, derer, die ihn erarbeiten, aber wenig davon spüren, halte ich für das entscheidende Feld linker und fortschrittlicher Politik in den neunziger Jahren. Die Rechten haben dieses Thema bereits auf ihre Weise besetzt: alles „Ausländerprobleme". ■

Otto BRUCKNER ist Bundessprecher der KPÖ, Bereich Arbeitswelt und Soziales.

Drüber und/oder drunter?

Pro und Kontra Semmering-Basistunnel

Kurt LUTTENBERGER

Das Land Niederösterreich hat sich mit Regierungsbeschluß vom 11. Juli 1991 für den Bau des Semmering-Tunnels ausgesprochen. Von steirischer Seite wurde für das Sechsmilliardenprojekt schon 1990 „grünes Licht" gegeben.

In Niederösterreich formierten sich sehr bald Bürgerinitiativen unterschiedlichster Interessenlagen, um diesem Projekt Widerstand entgegenzusetzen. Auch viele Politiker machten seit diesem Zeitpunkt „plötzliche Wendungen" und „Meinungsänderungen" durch.

Am 3. November 1992 organisierte »Weg und Ziel« und das Wiener »Marxistische Zentrum« am Wiener Südbahnhof eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum obigen Thema. Vertreter von Bürgerinitiativen und Generaldirektoren von ÖBB und HL-AG debattierten in durchaus sachlichem und fachlichem Rahmen. Übereinstimmung gab es zwar kaum – der Dialog wurde aber immerhin aufgenommen und soll jetzt nach Verkehrsminister Klimas vorläufigem Ja zum Tunnel fortgesetzt werden.

Die Semmering-Eisenbahn war schon seit der Frühzeit der Bahn Gegenstand politischer Überlegungen. So ging es bei den Planungen für diese Bahnlinie hauptsächlich um eine direkte Verbindung innerhalb der Habsburgermonarchie von den oberschlesischen Provinzen über Wien nach Triest, dem Haupthafen der damaligen Monarchie. Neben wirtschaftlichen Impulsen, hatte man auch einen sicheren und schnellen militärischen Nachschubweg im Sinn, um die schon immer unruhigen nord- und oberitalienischen Provinzen „befrieden" zu können. Ausgelöst durch eine damalige Wirtschaftskrise, aber auch im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen von 1848 wurde dann unter der Bau- und Projektleitung des gebürtigen Venezianers C. Ritter von Ghega im Zeitraum von 1848 bis 1854 die erste Gebirgsbahn der Welt errichtet.

Unter schwierigsten arbeitstechnischen Bedingungen – teilweise waren bis zu 10.000 Menschen beschäftigt – mußte die rund 41 km lange Bergstrecke zwischen Gloggnitz und Mürzzuschlag gebaut werden. Bei den Tunnels zum Beispiel wurden – mangels technischer Möglichkeiten zu dieser Zeit – die Sprenglöcher händisch gebohrt; gesprengt wurde mit einfachem Schwarzpulver. Arbeitsunfälle, Typhus- und Choleraepidemien forderten Hunderte Todesopfer; Sozialleistungen für Hinterbliebene oder invalid gewordene Arbeitskräfte waren unbekannt. Die Bauzeit von nur sechs Jahren ringt daher – unter diesen Umständen – höchsten Respekt ab.

Semmering-Bahn: technisch-historische Attraktion

Die Semmering-Bahn steht unter Denkmalschutz und gilt weltweit als technisch-historische Attraktion ersten Rangs. Mit ihren 16 Tunnels und 17 Viadukten schmiegt sich die Bahn harmonisch in die Landschaft. Im Vergleich zu den Vor- und Nachlaufstrecken Wien–Gloggnitz und Mürzzuschlag–Graz, hat die Semmering-Bahn noch gewisse Kapazitätsmöglichkeiten; derzeit werden rund 6.000 bis 10.000 Reisende und etwa 15.000–17.000 „Nettotonnen" Güter (das sind 3,4 Millionen Tonnen/Jahr) täglich mit 110 bis 130 Zügen – oft mit Vorspann – auf dieser Strecke befördert. Mit ihrer Maximalsteigung von 25 Promille ist sie zwar die flachste alpenquerende Gebirgsbahn Österreichs, ihre engen Kurvenradien (Minimalradius etwa 187 m) sind jedoch die weitesten, die kleinsten und auch problematischsten.

Seit geraumer Zeit wurde die „Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG (HLAG)" von ÖBB und Bund beauftragt, eine „neue Semmering-Strekke" zu planen und auch bauen zu lassen (Länge etwa 24 km, davon rund

22,2 km Tunnelstrecke). Die HLAG ist außerbudgetär durch ASFINAG-Finanzmittel ausgestattet, das heißt für den Bau müssen Anleihen bzw. Bankkredite aufgenommen werden. Die Bauzeit wird auf fünf bis sechs Jahre geschätzt, die Kosten liegen derzeit bei etwa sechs Milliarden Schilling. Die alte Semmeringstrecke wird nach Regierungsbeschlüssen erhalten und soll künftig auch touristisch besser verwertet werden.

Die von Verkehrsminister Viktor Klima in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsstudie der Schweizer Firma „Prognos" im Jänner 1993 ist positiv ausgefallen.

Der „Fall der Ostgrenzen" 1989 stellt den europäischen Bahnverkehr vor völlig neue Perspektiven. Nicht wiedergutzumachende Fehler in Westeuropa – wo zum Beispiel bis zum Jahr 2010 weitere 12.000 Autobahnkilometer hingepflastert werden sollen –, könnten vielleicht noch verhindert werden. Die ersten Erfahrungen sind jedoch nach drei Jahren sehr ernüchternd, einige Beispiele. Die ungarischen Staatsbahnen (MAV) sind praktisch pleite, die (noch) Tschechoslowakischen Eisenbahnen (CSD) könnten demnächst rund 6.000 km ihres Streckennetzes dichtmachen, die polnischen, rumänischen, bulgarischen aber auch die diversen GUS-Bahnverwaltungen haben einen ungeheuren Investitionsnachholbedarf. Die vereinigten Deutschen Bahnen (DB/DR) werden 1992 die größten Defizite ihres Bestehens einfahren. Der derzeit tobende Bürgerkrieg in den jugoslawischen Nachfolgestaaten hat die dortigen Bahnkapazitäten teilweise zerstört bzw. paralysiert. Kurz gesagt: Auch die Staaten Osteuropas setzen derzeit verstärkt auf den hochwertigen Straßenausbau, Österreich droht nun auch vom Osten her vom Straßentransitverkehr überrollt zu werden; teilweise ist dieses Szenario ja auch schon schreckliche Alltäglichkeit. In Niederösterreich hat sich das Straßenverkehrsaufkommen des Ostverkehrs in den letzten zwei Jahren verzehnfacht.

Von der Straße auf die Schiene

Um aber den gesamteuropäischen Bahnverkehr – vor allem die Gütertransporte – überhaupt konkurrenzfähig organisieren zu können, bedarf es nicht nur kundengerechter Tarife oder gesetzlicher Vorgaben um Transporte von der Straße auf die Schiene bringen zu können. Vor allem geht es um den Aufbau eines attraktiven Hochleistungsnetzes – nicht zu verwechseln mit der Erstellung von oft zweifelhaften und extrem teuren Hochgeschwindigkeitsstrecken, die in der Praxis oft nicht für eine Mischbetriebsform Personen-, Gütertransport und der Abdeckung der Regionalbedürfnisse in Einklang zu bringen sind. Ein vor Jahren in Brüssel beschlossenes „europäisches Bahnleitschema" – in der EG- und EFTA-Mitglieder, aber auch die meisten osteuropäischen Länder miteinbezogen wurden – sieht bis zum mittelfristigen Zeithorizont 2010 folgende Bahnausbauten vor:

- 9.000 km Neubaustrecken,
- 15.000 km Ausbaustrecken,
- 1.200 km Verbindungsstrecken,
- 25.200 km auszubauendes europäisches Bahnhochleistungsnetz.

Diese ersten Bahnausbauten wären in der Tat sehr positiv, müßten aber zügig realisiert werden um dem Straßenverkehr paroli bieten zu können.

Die Nordbahn Hohenau–Wien und vor allem die Südbahn Wien–Bruck–Klagenfurt – Villach – Tarviso – Italien – Südwesteuropa und Wien – Bruck – Graz – Spielfeld – Slowenien – Kroatien – Südosteuropa sind eine wichtige zentraleuropäische Achse des Bahnverkehrs Skandinavien, Baltikum, Ostseeraum – Italien – Südwest- bzw. Südosteuropa und sollen – laut EG-Leitplan – bevorzugt behandelt werden.

Es mag natürlich zutreffen, daß der Semmering-Paß mit seinen rund 980 Höhenmetern, derzeit nicht unbedingt *das* Nadelöhr des Nord-Süd-Verkehrs darstellt, aber mittelfristig wird eine großzügige Lösung einfach notwendig. Nachdem man auch wissen sollte, daß Bau- und Erhaltungskosten bei einem solchen Projekt jährlich schön progressiv (300 bis 500 Millionen Schilling) steigen, müßte nun endlich bald eine Entscheidung gefällt werden.

1986 wurde eine ÖBB-Studie des amerikanischen Instituts „Arthur D. Little International" veröffentlicht, die sich deutlich positiv – auch in wirtschaftlichen Belangen – zu dem Semmering-Tunnel-Projekt aussprach. Die schon unter Verkehrsminister Rudolf Streicher in Auftrag gegebene Wirtschaftlichkeitsprüfung durch das Schweizer Institut „Prognos" wurde von seinem Nachfolger Viktor Klima nun zum angeblich alles entscheidenden Papier gemacht.

Ist die Semmering-Schnellstraße S6 umweltfreundlicher als die Bahn?

Der schnellstraßen- bis autobahnmäßige Ausbau der ehemaligen „Triester Bundesstraße" von Wiener Neustadt über den Semmering durch die Obersteiermark nach Kärnten war immer ein bundes- und landespolitisches Spitzenthema und genießt auch heute noch immer hohe Priorität. Im Gegensatz zum zeitgemäßen Ausbau der Südbahn wurden für das Projekt S6 sehr rasch die finanziellen Mittel – auch außerbudgetär – auf die Beine gestellt. Die scheinbare Lösung heißt ASAG und ist eine Tochtergesellschaft der Straßengesellschaft ASFINAG (Autobahn- u. Schnellstraßenfinanzierungs AG), die außerbudgetär und via öffentliche Anleihen und Kredite die nötigen Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungen abwickelt. Seit geraumer Zeit werden – durch Erlaß der Bundesregierung – auch einige Bahnausbauprojekte der „Neuen Bahn" über die ASFINAG getätigt. Obwohl gewisse Vorteile einer solchen Konstruktion nicht abzusprechen sind (z. B. Controlling), wurden diverse Subgesellschaften der ASFINAG durch millionenschwere Korruptionskandale (z. B. Phyrnautobahn) und Schiebereien negativ berühmt. Derzeit hat die ASFINAG beim österreichischen Steuerzahler etwa 77 Milliarden Schilling Schulden, die von Frau und Herrn Österreicher durch höheres Steueraufkommen (Öko-Steuer?) zu begleichen sind. Nun soll der Haftungsrahmen erhöht und eine neue Konstruktion „Straßenbau WESTAG" und „Straßenbau OSTAG" – zwecks Steigerung der Effizienz – begründet werden. Ersten Informationen zufolge ist bei dieser Neukonstruktion mit keiner Verbilligung zu rechnen, im Gegenteil, der Pfründenwirtschaft wird damit weiter Vorschub geleistet.

Bis 1997 könnte das wichtigste Teilstück (und auch das teuerste) der Semmering-Schnellstraße S6 vollendet werden. Konkret geht es um den rund 12 km langen Abschnitt Maria Schutz - Semmering - Paßhöhe - Spital/Semmering-S6-Anschluß Mürzzuschlag. Diese Strecke ist technisch äußerst aufwendig und erfordert mindestens Tunnel- und Brückenbauwerke mit einer Gesamtlänge von etwa 6 km. Die Kosten für diesen Abschnitt werden auf rund 3,5 Milliarden Schilling geschätzt, mit den Bauarbeiten soll im Herbst 1993 begonnen werden.

Gelöst wurde wieder einmal sehr flott die Finanzierung. Da weder im Bundesbudget noch im Topf der ASFINAG Geld vorhanden ist, wurde die Gesamterrichtung nach privatwirtschaftlichen Kriterien ausgeschrieben. Das Resultat: zehn in- und ausländische Firmen- und Betreiberkonsortien, inklusive Banken wie auch italienischer und französischer Autobahnbetreiber haben großes Interesse bekundet. Wer nun den Zuschlag erhält wird bald bekanntgegeben; die EG-Zukunft läßt grüßen! Für die S6-Benutzer über (oder durch) den Semmering kommt eine Mautregelung zum Tragen. Der derzeitige Diskussionsstand: 30 bis 40 Schilling pro Pkw, 200 bis 300 Schilling pro Lkw. Um Lkw auf die neue Schnellstraße zu bringen, sollen Tonnagebeschränkungen auf der alten Bundesstraße verordnet werden. Es wird gerechnet, daß sich dieses S6-Teilstück erst nach 25 bis 30 Jahren amortisieren wird.

Natur- und Landschaftsschutz bei der Straße kein Thema?

Massive Widerstände wie sie die Eisenbahn bei der Planung des Semmering-Bahntunnels erlebt, kennen interessanterweise die Straßenbauer bis jetzt kaum. Es hat sich sogar eine Bürgerinitiative gebildet, die sich für das Straßenprojekt stark macht. Der Bahnkunde, der die derzeitige Semmering-Strecke befährt, kann zwischen den Stationen Eichberg und Klamm-Schottwien genau registrieren, welche dramatische ökologische Änderung das „Hanghineinfräsen" einer Schnellstraße der Autobahn ergeben. Die berühmt-berüchtigte Schottwiener „Bröselbrücke" hat dieser Landschaft das Wesen ihrer früheren Anziehung geraubt. Es wurden ohne große Rücksichtnahme auf Landschaftsschutz oder Quellwasserschutzgebiete riesige Aufschüttungen getätigt und große Naturfelszacken einfach weggesprengt. Wo zum Beispiel das künftige Tunnelausbruchsmaterial des neu zu bauenden S6-Teilstückes gelagert werden soll, ist „top secret"!

In der Steiermark ist ein weiterer millionenteurer und landschaftsvernichtender Schildbürgerstreich geplant. So soll eine 10 bis 12spurige Schnellstraßenmautstelle beim Fröschnitzgraben im steirischen Landschaftsschutzgebiet errichtet werden; eine gigantische Verschwendung von Naturräumen. Zur selben Zeit wird seit vielen Monaten über die Einführung einer – durchaus diskutablen – Generalmaut auf allen österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen debattiert.

Vielen verantwortlichen Politikern, aber auch jeglichen Aktivistinnen und Aktivisten diverser Bürgerinitiativen sei ins Stammbuch geschrieben, daß zum Beispiel gut ausgebaute Schnellstraßen zwar zu Beginn entlastend, aber mit rasanter Zunahme des Kfz-Verkehrs für die betroffenen Regionen zur ökologischen „Zeitbombe" werden. Beredte Beispiele sind die Südosttangente, die Süd- und Ostautobahn usw. An Radioverkehrsdurchsagen, die von kilometerlangen Staus künden, hat man sich zu gewöhnen; radikale Abhilfe kann nur mehr eine grundsätzliche Umorientierung zum zeitgemäßen Ausbau des öffentlichen Verkehrs bringen.

Glanz und Elend von Bürgerinitiativen!

Um es gleich vorweg zu sagen. Die Zeiten gehören doch langsam aber sicher der Vergangenheit an, wo mündige Bürger, gerade bei Großprojekten, vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Fallweise wird dies zwar noch immer probiert, aber welcher Politiker – fast egal welcher Coleur – möchte letztlich nicht wieder in seine behagliche Funktion wiedergewählt werden? Die Ereignisse um Zwentendorf, Hainburg, die Transitfrage in Tirol, eine verhinderte Stadtautobahn durch Graz usw. machten Bürgerprotest und Bürgerinitiative zu einem wichtigen basispolitischen demokratischen Instrument.

Als vor Jahren nun das ÖBB-Semmering-Tunnel-Projekt spruchreif wurde, organisierten sich in Niederösterreich Bürgerinitiativen in vom Bahntunnel betroffenen Gemeinden, die sich aus folgenden Gründen gegen den geplanten Tunnelbau aussprachen:

- derzeit noch überhaupt kein Grund, da noch ausreichende ÖBB-Kapazitätsreserven;
- alte Semmering-Bahnlinie erhalten, da technisches „Nationaldenkmal" und landschaftlich äußerst reizvolle Strecke – Möglichkeiten für den Tourismus;
- Fragen des Quellwasserschutzes für betroffene Gemeinden und Anrainer sind ungeklärt;
- ungeklärte Fragen der Endlagerung des Tunnelausbruchsmaterials des Lärmschutzes und der Baustellenorganisation.

Das unzweifelhafte Verdienst dieser regionalen Bürgerinitiativen, die sich später zu den „Vereinigten Bürgerinitiativen Schwarzatal-Region Semmering (VBI)" zusammengeschlossen; auch die Naturschutzorganisation „Alliance for Nature" engagiert sich in diesen Fragen, liegt wohl in der Tatsache, daß sich Politiker, ÖBB und HLAG sehr bald mit Vertretern der VBI in etlichen öffentlichen Veranstaltungen wie auch Arbeitssitzungen „zusammenrauften" um Lösungsvarianten zu erarbeiten. Wohl aus gutem Grund. Viele Beispiele in der Vergangenheit zeigten, daß gerade Bürgerwiderstand in der Lage ist vieles zu relativieren.

Die bis jetzt gezeigten Ergebnisse zwischen ÖBB, HLAG und VBI können sich durchaus sehen lassen, z. B.

- soll das Tunnelausbruchsmaterial nicht im landschaftsgeschützten Hollensteingraben endgelagert, sondern – voraussichtlich per Bahn – abtransportiert oder teilweise gleich für die weiteren Tunnelbau- bzw. Streckenarbeiten weiterverwendet werden;
- gibt es keine Freilandstrecke mehr zwischen Gloggnitz und Mürzzuschlag, der Bahntunnel kommt dadurch auf eine stolze Länge von rund 22 km;
- können die betroffenen Gemeinden, teilweise auch VBI-unabhängige hydrologische Gutachten – auf Kosten der HLAG – anfordern, eine in Europa bis jetzt unbekannte Serviceleistung, um eine bestmögliche Absicherung der betroffenen Quellwassergebiete zu gewährleisten. Die HLAG verpflichtete sich ebenfalls namhafte Investitionen für dieses Anliegen zu tätigen;
- die „alte Semmering-Bahn", die eine der modernst ausgebauten Bahnstrecken in Österreich darstellt, bleibt erhalten; es liegt künftig aber auch an den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Steiermark und den betreffenden Bezirken und Gemeinden diese Strecke für ihre Zwecke und Absichten, zum Beispiel für den Tourismus noch viel besser zu nutzen;
- das Ergebnis einer nochmaligen Wirtschaftlichkeitsstudie der Schweizer Gesellschaft „Prognos"

im Jänner 1993 entscheidet schlußendlich über die weitere Zukunft bzw. Vorgangsweise.

Trotz dieser Erfolge müssen sich aber gerade die VBI den Vorwurf gefallen lassen, daß sie eine ähnliche kritische Haltung zur fast parallel verlaufenden Schnellstraße S6 doch lange Zeit vermissen ließ. Tatsache ist, daß der bis jetzt getätigte Straßenbau in dieser Region eine einschneidende, negative Maßnahme in diesem niederösterreichischen Landschaftsschutzgebiet (Hangtrassierung Gloggnitz – Schottwien, Brücke bei Schottwien–Maria Schutz) gesetzt hat. Es gibt bekanntlich sogar Initiativen (in der prominente Schauspieler und Kulturschaffende ihre Namen hergeben), die sich massivst für den weiteren Schnellstraßenbau (Maria Schutz–Mürzzuschlag) ins Zeug legen. Haben hier plötzlich Transitbelastung, Lärm und Waldsterben keine ökologische und touristische Bedeutung mehr? Es sei den „Vereinigten Bürgerinitiativen Schwarzatal–Region Semmering (VBI)" dringend die hier fehlende Objektivität anzuraten.

Realistisch gesehen hat die KPÖ nur geringen Einfluß auf die Realisierung des Projektes. War ursprünglich die Situation die, daß die betroffenen KPÖ-NÖ-Funktionäre eher reserviert bis ablehnend zum geplanten Semmering-Bahntunnel standen, so gab die KPÖ-Steiermark sehr bald positive Signale – vor allem auf dem Hintergrund der ökonomisch tristen Situation in der Obersteiermark – zu dem Projekt. Zwischenzeitlich konnten sich die beiden KPÖ-Landesorganisationen auf eine doch einheitliche Vorgangsweise einigen, die verkürzt lautet: Wenn alle ökologischen sowie ökonomischen Voraussetzungen zutreffen, dann letztlich „ja" zum Tunnelbau bei gleichzeitiger Beibehaltung und besserer regionaler Nutzung der alten Semmering-Bahnstrecke. Der Plan einer neuen „Südost-Spange" (durch das Burgenland und die Oststeiermark über Graz nach Kärnten) wird abgelehnt. Alternative wäre der Ausbau der Aspang- bzw. Wechselbahnlinie und der steirischen Ostbahn bis Graz mit anschließendem Bau einer Bahnlinie durch die Koralpe nach Kärnten bzw. nach Italien.

Politiker, Zeitgeister und Wendehälse

Das Projekt Semmering-Basistunnel entlarvt etliche Politiker des blanken Popolismus. Am 11. Juni 1991 richtete der damalige Kärntner Landeshauptmann Dr. Jörg Haider ein Schreiben an die österreichische Bundesregierung, in dem neben vielen anderen Dingen auch der Bau des Semmering-Basistunnels gefordert wird. Wörtliches Zitat: „... Ausbau der bestehenden Südbahn, um die unzumutbaren Fahrzeiten zwischen Kärnten und der Bundeshauptstadt sowie den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark erheblich verkürzen zu können. Dazu zählt auch der Bau des Semmering-Tunnels." Seit dem 14. Februar 1992 bei einer Veranstaltung im traditionellen Hotel Panhans spricht sich nun Haider plötzlich massiv gegen dieses Projekt aus.

Auch der neue ÖVP-Landeshauptmann von Niederösterreich, Pröll, stellt bald seine zeitgeistige Wandlungsfähigkeit unter Beweis. 1991 wird das unter seiner Leitung veröffentlichte Landesverkehrskonzept publiziert. Unter Priorität zwei (von möglichen vier) rangiert auch der Bau des Semmering-Basistunnels. Diese „Spitzenreihung" wird in dem Konzept durchaus folgerichtig mit der Entlastung A2 und S6 und paralleles Straßennetz, überregionale Erreichbarkeit, Fremdenverkehr begründet. Auch Pröll vollzog innerhalb eines Jahres eine Wendung um 180 Grad! Heute hat er „... schwere Bedenken gegen den Bau". Aus seiner Sicht ist, wie er immer wieder per Medien verlauten läßt, „... mit einer Verwirklichung des Semmering-Tunnels in den nächsten Jahren nicht zu rechnen". Konsequenterweise wies Pröll nun auch seine Beamten an, durch eine Ausnützung „aller naturschutzrechtlichen Möglichkeiten" den Abschluß der behördlichen Genehmigungsverfahren zu verzögern.

Damit wird das Naturschutzgesetz zur Münzanstalt für politisches Kleingeld umfunktioniert! Jedes Jahr Pröllscher Verzögerung betreffs Semmering-Tunnel läßt dessen Kosten um satte 300 Millionen Schilling höherschnellen.

Gleichzeitig läßt Pröll aber auch teure Straßenprojekte forcieren, während der öffentliche Verkehr in Niederösterreich – noch immer – ein Schattendasein führt; jüngstes Beispiel ist die geplante Straßentunnelumfahrung bei Hainburg/Donau.

Vom politisch blaß wirkenden SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger ist bis jetzt keine negative Stellungnahme zu diesem Bahnprojekt bekannt.

Die Steiermark einmal anders?

Die niederösterreichischen Politikkapriolen lösten in der Steiermark parteiübergreifendes Befremden aus, obwohl die verantwortlichen steirischen Politiker wahrlich nicht zu den „Heiligen" zählen. Viele Jahrzehnte vernachläßigten ÖVP und SPÖ den öffentlichen Verkehr, um die meisten Finanzmittel in den Schnellstraßen und Autobahnbau zu pulvern. Die Nahverkehrsmilliarde wurde bis vor kurzem für die Steiermark als „nicht notwendig" empfunden. Trotz dieser unerfreulichen Vorgeschichte ist es sicher positiv zu bewerten, daß vor rund zwei Jahren ein überparteiliches steirisches Personenkomitee „Jetzt! Die neue Bahn für die Steiermark" zur Forcierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs gegründet wurde, um die Steiermark eisenbahnmäßig besser zu versorgen. Dort herrscht zumindest Einigkeit. „Her mit dem Tunnel" lautet die verkürzte, aber dennoch unmißverständliche Forderung. Die steirischen FPÖler müssen in dieser Frage einen „Politeiertanz" aufführen. Sie stellen sich gegen den allmächtigen Tunnelgegner Haider, ein Verhalten das von hoher Risikofreudigkeit aber getrübten Urteilsvermögen zeugt. ■

Literatur

Steirisches Gesamtverkehrsprogramm – Schlußbericht 1991 NÖ-Landesverkehrskonzept – Dezember 1991.

Richard Mauterer: Semmering – Daten – Fakten – Propaganda, Verlag Signale.

Mensch – Umwelt – Verkehr – Das österreichische Gesamtverkehrskonzept 1991 (BM f. öffentliche Wirtschaft und Verkehr).

Jahrbuch des Eisenbahnwesens – Die Bahn Europas, Folge 43/1992, Verlag Hostra.

Zeitschrift: »Verkehr & Umwelt«, 1, 4/1992.

Semmering-Basistunnel – Broschüre der HLAG, 1992.

Semmering – Ghega-Bahn statt Tunnel-Wahn – Broschüre von Alliance for Nature, 1992.

Das Märchen vom Flaschenhals – Broschüre der Vereinigten Bürgerinitiativen Schwarzatal – Region Semmering.

Alternativen zur drohenden Entindustrialisierung und Verarmung in der Steiermark – Broschüre der KPÖ-Steiermark.

GLB/ÖBB – Bahnausbauprogramm für die Steiermark.

Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel.

Eigene Recherchen.

Kurt LUTTENBERGER ist Verkehrssprecher der KPÖ-Steiermark.

Nation(alismus)

Der Deutsche ist ein Volgar Mann
Der arbeitet und Dängt Dann
Weil er so schön ist
und voll Mut,
Darum war schon der Jud!

Aus dem Kinderbuch „Trau keinem Fuchs auf grüner Heid' und keinem Jud' bei seinem Eid", Stürmer-Verlag 1935.

Warum auf einmal?

Einige Fragen zum Aufbrechen nationalistischer Gegensätze in ehemals kommunistisch regierten Ländern

Winfried R. GARSCHA

Eine einzige schlüssige Erklärung für die gegenwärtige „Renaissance des Nationalismus" gibt es vermutlich nicht. Die nachstehenden Überlegungen verfolgen vor allem den Zweck, das, was gegenwärtig an Erklärungsmustern angeboten wird, in Frage zu stellen.

Die wohl populärste Erklärung für die plötzliche Zuspitzung nationalistischer Auseinandersetzungen und ihre kriegerische Austragung in einer Reihe ost- und südosteuropäischer Staaten ist das Drucktopfdeckel-Theorem.

Nach dieser „Theorie", die in der einen oder anderen Variante von fast allen Kommentatoren in zentral- und westeuropäischen Medien vertreten wird, ist das Aufbrechen der gegenwärtigen nationalistischen Emotionen ein Rückfall in die vorkommunistische Zeit. Dieser Rückfall erfolge deshalb so heftig, weil die nationalistischen Gegensätze von den regierenden Kommunisten jahrzehntelang gewaltsam unterdrückt worden seien. Jetzt, wo der kommunistische Zwang zur verordneten „Völkerfreundschaft" verschwunden, der von oben draufgedrückte Deckel weggebrochen sei, explodiere dieser unter Druck gehaltene Topf. Insofern sei dieser Rückfall in vorkommunistische Verhältnisse gleichzeitig eine Folge der kommunistischen Herrschaft in diesen Ländern.

Mangelnde Vergangenheitsbewältigung?

Neben dieser eher einfältigen Vorstellung vom Funktionieren des menschlichen Zusammenlebens gibt es auch psychologisierende Erklärungen, die die gegenwärtigen Gewaltausbrüche mit der vorangegangenen Unfähigkeit zu „Vergangenheitsbewältigung" und „Trauerarbeit" in Beziehung setzen: Die nationalistischen Exzesse während des Zweiten Weltkrieges wurden in allen kommunistisch regierten Ländern auf die Greuel der deutschen Besatzer reduziert. Die Untaten heimischer Kollaborateure blieben – mit wenigen Ausnahmen (z. B. die kroatischen Ustaschi in Jugoslawien) – tabu, erst recht

nationale Auseinandersetzungen innerhalb des antinazistischen Widerstands. Unter dem Druck der sozialen Probleme in den postkommunistischen Gesellschaften sei es logisch, daß nun diese nie bewältigten Auseinandersetzungen wieder aufbrechen. Es leuchtet ein, daß sich eine solche Erklärung vor allem dort großer Beliebtheit erfreut, wo man mit der eigenen „Vergangenheitsbewältigung" Probleme hat, das heißt in Deutschland und Österreich.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Zeit des Zweiten Weltkrieges zu den am meisten ideologisierten und politisch reglementierten Bereichen der kommunistischen Geschichtsschreibung zählt, vermutlich gleich hinter der Geschichtsschreibung über die Kommunistische Partei selbst. Ganze „Kontinente" blieben unerforscht, beispielsweise die nationalsozialistische Judenvernichtung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und die Mitwirkung ukrainischer Nationalisten an diesen Verbrechen. (Erst seit wenigen Jahren werden Besucher der Gedenkstätte in Babi Jar bei Kiew darüber informiert, daß die 30.000 hier ermordeten SowjetbürgerInnen Juden waren.)

Doch „weiße Flecken" sind kein Vorrecht der kommunistischen Geschichtsschreibung, eine ideologisierende Geschichtsschreibung über die Zeit des Zweiten Weltkrieges war die längste Zeit auch in Deutschland und Österreich die Regel. Und die „Unfähigkeit zu trauern" teilen die Regierungen der kommunistisch regierten Staaten nicht nur mit ihren (meist faschistischen) Vorgängerinnen, sondern auch mit der Mehrzahl ihrer (sich demokratisch nennenden) Nachfolgerinnen: Gefragt ist momentan allein die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit. Es wäre, um nur ein zur Erklärung des gegenwärtigen Mordens in Jugoslawien nicht unwichtiges Beispiel zu zitieren, dem kroatischen Präsidenten kein Stein aus der Krone gefallen, wenn er in Jasenovac, dem Ort der größten Verbrechen kroatisch-katholischer Faschisten an orthodoxen Serben und jüdischen Kroaten, einen Kranz niedergelegt hätte. Aber eine solche Geste hätte der nationalistischen Logik widersprochen, der die ganze Art dieser Staatsgründung entsprang; sie hätte Tudjmans Führungsrolle im Lager der kroatischen Nationalisten ähnlich in Frage gestellt wie Milosevic die seine bei den serbischen Nationalisten aufs Spiel setzen würde, wenn er plötzlich der albanischen Bevölkerung im Kosovo, der „Wiege des Serbentums", Rechte einräumen würde.

Zweifellos behindert das Verschweigen von Problemen ihre Lösung. Und die Maskerade der angeblich fortschreitenden Annäherung der Völker in Gesellschaften, die von nationalistischen Vorurteilen mindestens so verseucht waren wie die unsere, hat sogar das Bewußtsein, daß es hier etwas zu lösen gibt, vernebelt. Es war grotesk, von der Annäherung der Kulturen in der Sowjetunion zu reden, während es gleichzeitig einem Russen oder Ukrainer, der z. B. nach Georgien versetzt wurde, gar nicht möglich war, Georgisch zu lernen: Es gab weder Kurse noch Lehrbücher. Aber all das reicht nicht aus, um die exzessive Gewalt zu erklären, mit der sich zur Zeit in den meisten ehemals kommunistisch regierten Ländern Fremdenhaß und Chauvinismus entlädt. Die Vorstellung, daß es das Unterbleiben einer kontroversen Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vergangenheit ist, was ihre Wiederholung in der Gegenwart provozierte, übersieht, daß diese Auseinandersetzung auch woanders unterblieb, ohne daß das Bürgerkriege zur Folge hätte.

Autoritäre Staatsmacht als Mittel zum Niederhalten nationaler Konflikte?

Ist das, was unter dem „kommunistischen Deckel" zum Vorschein kommt, wirklich „die Vergangenheit"? Kehren auf dem Balkan und in Osteuropa wirklich die Verhältnisse der Zwischenkriegszeit wieder?

Es gibt Leute, die in dieser angeblichen „Rückkehr der Vergangenheit" den Beweis sehen, daß nationale Konflikte eben nur mit diktatorischen Mitteln niedergehalten werden können (nach dem Motto: Unter Tito wurden nationalistische Hetzer eingesperrt). Eine derartige Betrachtungsweise übersieht, daß die Leistung der jugoslawischen Führung unter Tito nicht in den polizeistaatlichen Methoden gegen die Auswüchse des Nationalismus, sondern in der Aufrechterhaltung einer übernationalen Staatsidee bestand, die sich jahrzehntelang als stärker erwies als die ererbten nationalistischen Gegensätze. Zuerst war dies die Erinnerung an den Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer, später kam dazu die Idee des blockfreien Selbstverwaltungssozialismus, der sogar Stalin getrotzt hatte. Im Verein mit gewissen ökonomischen Erfolgen garantierte das eine einigermaßen stabile Entwicklung; inzwischen sind sämtliche Voraussetzungen dieser Stabilität weggefallen: Der Ost-West-Konflikt, der Jugoslawiens Sonderrolle definiert hatte, existiert nicht mehr, Tito ist lange tot, und nachwachsende Generationen begannen zu fragen, ob 1941 bis 1945 außer dem Partisanenkampf gegen die Deutschen nicht noch einiges mehr passierte. Was geblieben ist, ist das autoritäre Gehabe der Staatsführung(en) – dieses kann es also sicherlich nicht gewesen sein, das bisher verhinderte, daß nationalistische Reibereien in Bürgerkriege ausarteten.

Bot der Sozialismus eine Alternative zum Nationalismus?

In seinem Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" hat Otto Bauer 1907 eine interessante Überlegung angestellt: Wenn es richtig ist, daß erst der Sozialismus die breiten Schichten des arbeitenden Volkes in die nationale Kulturgemeinschaft eingliedert, dann wird das „steigende Differenzierung der Nationen in der sozialistischen Gesellschaft, schärfere Ausprägung ihrer Eigenart, schärfere Scheidung ihrer Charaktäre voneinander" bewirken; der Sozialismus werde also die Unterschiede zwischen den Nationen keineswegs verringern oder gar aufheben (Werkausgabe, Bd.1, S.166). Es führt zwar kein gerader Weg von der „schärferen Ausprägung der nationalen Eigenart" zu nationalistischen Exzessen, doch wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse wegen sozialer Krisen ins Rutschen kommen, ist – wie wir in den letzten drei Jahren erleben mußten – dieses Stadium der „Scheidung der nationalen Charaktere" sehr schnell erreicht.

Das eigentlich Verblüffende an dieser Analyse ist nicht, daß sie sich teilweise als richtig erwiesen hat, sondern daß Bauers Prognose zum selben Resultat gelangt wie die Praxis der stalinschen Nationalitätenpolitik, obwohl ihre theoretischen Grundlagen wesentlich voneinander abweichen.

Sicher, sowohl Otto Bauer und die übrigen Austromarxisten als auch Lenin, Stalin und die übrigen Bolschewiki, die sich mit der nationalen Frage beschäftigten, bezogen sich auf Marx und Engels.

Es gibt jedoch einen grundlegen-

den Unterschied zwischen austromarxistischer und bolschewistischer Nationstheorie:

Für Otto Bauer trat die Nation „in der Nationalität des einzelnen Volksgenossen“ in Erscheinung (S.187). Er forderte, „den trügerischen Schein der Substantialität der Nation, dem alle nationalistische Geschichtsauffassung erliegt, aufzulösen“ (S.61), und wollte die Nationalität wie eine Art Religion, die sich – als „erstarrte Geschichte“ (S.182) – eben in Sprache und Kultur ausdrücke, behandelt wissen.

Demgegenüber sahen die Bolschewiki – wie die meisten Marxisten der Jahrhundertwende – in der Nation sehr wohl eine reale soziale Erscheinung, mehr noch, ein Konstituierungsprinzip der modernen kapitalistischen Gesellschaft, das im Sozialismus weiterwirken werde.

Der ganze Staatsaufbau der Sowjetunion ging von der Idee des Nationalstaats aus, nationale Rechte wurden an bestimmte Territorien gebunden. Die nationale Zugehörigkeit war ein persönliches Merkmal, dem sich keine und keiner entziehen konnte. Wechsel der Nationalität war (den guten Willen des zuständigen Beamten vorausgesetzt) ab dem 16. Lebensjahr, bei der Ausstellung des Passes, möglich. Sich vor der Entscheidung zu drücken – beispielsweise bei einem russischen Vater und einer ukrainischen Mutter – war nicht möglich. (In Jugoslawien wurde in den siebziger Jahren immerhin die Möglichkeit geschaffen, in ähnlich gelagerten Fällen bei Volkszählungen „jugoslawisch“ als Nationalität anzugeben, was einige zum vorschnellen Urteil verleitete, hier sei bereits eine multiethnische Nation im Entstehen begriffen.) Die Gewähr für die soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Nationen sollte die Schaffung von formell souveränen Republiken, von autonomen Republiken und Gebieten bilden. Allerdings nützte die Existenz eines Jüdischen Autonomen Gebiets im fernen Birobidschan dem in Minsk oder Kiew mit Antisemitismus konfrontierten Juden wenig. Die strikte territoriale Bindung nationaler Rechte erwies sich in Zeiten zunehmender Mobilität der Menschen mehr und mehr als Anachronismus. Einige Republiken (z. B. Georgien, Armenien) gingen daher in den achtziger Jahren daran, gewissermaßen eigene Vertretungen in Moskau in Form von Kulturhäusern für ihre in der Hauptstadt lebenden Landsleute einzurichten.

Vielleicht irrte schon Lenin?

In Frage zu stellen ist aber meines Erachtens nicht nur das Territorialprinzip, sondern überhaupt die Strukturierung von Staat und Gesellschaft entlang nationaler Scheidelinien. So problematisch die Vorstellung vom „Schmelztiegel“ (der unter dem Drang der wirtschaftlichen Verhältnisse über kurz oder lang zur Assimilierung der kleineren an die zahlenmäßig stärkeren und ökonomisch weiterentwickelten Völker führt) auch sein mag, die in der Sowjetunion realisierte Alternative hat nicht nur ein Aufblühen nationaler Kulturen, sondern auch des nationalen Haders von unten und der nationalen Unterdrückung von oben gebracht. Der Irrtum Lenins bestand vermutlich darin, daß die von ihm erdachten Maßnahmen zum Schutz der vielen kleineren Völker vor dem großrussischen Chauvinismus letztendlich zur Zementierung dessen führten, was die Bolschewiki überwinden wollten: die nationale Zerklüftung. Wenn Lenin Überlegungen anstellt, wie nationale Rechte („Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung“) zu sichern sind, geht er davon aus, daß solche Rechte kollektiv, eben von „Nationen“ wahrzunehmen sind. Die logische Folge davon war, daß dort, wo diese Voraussetzung fehlte, weil die ethnischen Gemeinschaften sich noch nicht zu Nationen formiert hatten, die sozialistische Staatsmacht die Nationsbildung in Gang setzte oder weitertrieb: So beeindruckend die Erfolge der Kulturrevolution (neue Schriftsprachen, Alphabetisierungskampagne, Einbeziehung der Frauen in die nationalen Kulturen) in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion waren, sie waren doch gleichzeitig Elemente der Vertiefung der nationalen Zerklüftung. Und wer die Nationsbildung von oben vorantreiben kann, der kann wohl auch die Siedlungsgebiete der Völker neu verteilen – nach den jeweiligen Bedürfnissen der staatlichen Sicherheit (Deportation der Wolgadeutschen hinter den Ural) oder auch einfach als Element der kollektiven Bestrafung (Deportation der Krimtataren und anderer, weil einige Tausend Angehörige dieser Nationen zu den deutschen Eroberern übergelaufen waren), anwendbar selbstverständlich nur auf kleine Völker: Stalin konnte 1944/45 nicht vierzig Millionen Ukrainer nach Sibirien deportieren lassen, weil einige Hunderttausend von ihnen mit der faschistischen Besatzungsmacht kollaboriert hatten; gegen zwei Völker wie die Tschetschenen und Inguschen, die miteinander nicht einmal eine halbe Million zählten, war ein derartiges Vorgehen schon leichter.

Kinderbuch des Stürmer Verlags, 1935:
Ideologische Einstimmung auf die gesonderte Beschulung jüdischer Kinder.

Alternative Austromarxismus?

Das Originelle am austromarxistischen Lösungsansatz war die mehr oder weniger konsequente Anwendung des sogenannten Personalitätsprinzips, für das der slowenische Sozialdemokrat Kristan als Sprecher der südslawischen Delegierten auf dem Brünner Parteitag 1899 (vergeblich) eintrat: „Die Autonomie der Nationen kann nur ohne Grenzen bestehen... Die Nation besteht nicht aus der Gesamtheit auf einem Territorium lebender, sondern aus der ganzen Summe eine bestimmte Muttersprache redender und sonst sich freiwillig zur Nationalität bekennender Individuen...“ (zit. nach: E. Panzenböck, Ein deutscher Traum. Die Anschlußidee und Anschlußpolitik bei Karl Renner und Otto Bauer, Wien 1985, S.5).

Das schlagendste Argument gegen die Nationalitätenpolitik der österreichischen Sozialdemokratie bildet die Geschichte der Partei selbst, die an ihren eigenen nationalen Konflikten scheiterte und sich in ihre nationalen Bestandteile auflöste.

Auch eine noch so radikale Durchsetzung des Personalitätsprinzips wäre nicht in der Lage gewesen, nationale Benachteiligungen, die sich aus dem unterschiedlichen Entwicklungstempo der nationalen Ökonomien ergaben, zu beseitigen. Angehörige der zahlenmäßig und wirtschaftlich stärkeren Nationalen hätten immer und überall die größeren Chancen, ihre nationalen Rechte auch personenbezogen durchzusetzen als Angehörige jener Völker, die zurückgesetzt und beleidigt werden können, ohne daß eine mächtige Lobby zu ihrem Schutz die Stimme erhebt.

Für eine Stadt wie Sarajewo oder ein Land wie Bosnien ist die an Territorien gebundene nationale Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts nicht möglich – wo soll Muslimisch-Bosnien enden und Serbisch-Bosnien beginnen? Links vom Dorfbrunnen? In der Djakovica-Straße 12, schon im 1. oder erst im 3. Stock? Das bosnische Beispiel zeigt aber auch, daß das personale Prinzip keine Alternative darstellt: Wenn nicht einmal die Integrität des einzelnen als Mensch, ja auch nur sein Recht auf Leben anerkannt werden, woher soll dann die Bereitschaft kommen, persönliche national-kulturelle Rechte von Menschen, die sich einer

Illustration aus dem Kinderbuch „Der Giftpilz“, Stürmer Verlag 1938.

anderen nationalen Gemeinschaft zuzählen als die jeweilige Mehrheit im Dorf, im Stadtviertel, zu respektieren? Das Konzept der an das Individuum, unabhängig von seinem Wohnort, gebundenen national-kulturellen Autonomie setzt das voraus, was es erreichen will: Ausgleich zwischen den Völkern, nationale Toleranz. Auch bietet es keine Gewähr gegen chauvinistische Phantastereien, wie die antitschechischen Pamphlete eines der „Erfinder“ der national-kulturellen Autonomie, Karl Renner, beweisen. Und selbst Otto Bauer war vom nationalen Sentiment nicht frei, wenn er beispielsweise im Dezember 1918 (als Außenminister) den Verlust Südtirols deshalb beklagte, weil es „die einzige Stelle in der Welt“ sei, „wo der Süden deutsch ist“. Deshalb sei „dieses Stück Erde jedem Deutschen heilig geworden“ (Stenographische Protokolle der Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, I, 7. Sitzung).

Für eine gesellschaftliche anstatt einer biologistischen Sichtweise

Oft wird der rassistische Dünkel übersehen, der dem eingangs beschriebenen Drucktopfdeckel-Ideologem innewohnt: Ihre Vertreter sind offensichtlich davon überzeugt, daß die Völker „da unten auf dem Balkan“, im Kaukasus oder sonstwo weit weg von der west- und zentraleuropäischen Idylle, das Berauben, Vergewaltigen und Umbringen sozusagen im Blut haben. Nicht einmal die kommunistische Diktatur habe sie „zivilisieren“ können.

Tatsächlich unterscheiden sich die Scheußlichkeiten des bosnischen Bürgerkrieges nur unwesentlich von dem, wozu sich biedere Männer von neben-an vor fünf Jahrzehnten auch bei uns als fähig erwiesen haben – sei es in der Heimat bei der Demütigung und Beraubung der jüdischen Nachbarn, sei es in der Fremde beim Niederbrennen von Häusern, Vergewaltigen von Frauen oder beim Foltern und Massakrieren. Wichtig war, daß Straffreiheit garantiert war. Meiner Meinung nach stellt sich deshalb in diesem Zusammenhang weniger die Frage nach der menschlichen Natur oder männlichen Gewalttätigkeit, sondern die nach den gesellschaftlichen Verhältnissen, die das erlauben oder sogar fördern.

In Ost- und Südosteuropa wurden diese Verhältnisse über vier Jahrzehnte hindurch vom realen Sozialismus geprägt. Das von den Medien verbreitete Bild, wonach nationalistische Exzesse vor allem oder fast ausschließlich in vormals kommunistisch regierten Staaten vorkommen, ist zwar falsch, doch kann man sich nicht an der Tatsache vorbeischwindeln, daß nationalistische Gewalt in fast allen diesen Ländern in stärkerem Ausmaß festzustellen ist als gegenwärtig in den meisten Ländern Westeuropas. Es ist daher zu fragen, ob nicht die Form, in der die Kommunisten die vorgefundenen nationalen Probleme zu bewältigen versuchten, für die gegenwärtigen Katastrophen mitverantwortlich ist. Für entscheidender als die Frage nach den Versäumnissen in der Geschichtsaufarbeitung halte ich die nach den Strukturen, in denen sich das gesellschaftliche Leben (und damit auch die nationale Selbstverwirklichung) abspielte. Das Konservieren, ja Zementieren nationaler Scheidelinien durch die Einsetzung der Nation als zentrales Bestimmungskriterium in allen staatlichen Strukturen oberhalb der Betriebs- und Gemeindeebene hat dabei wohl keine geringe Rolle gespielt. ■

Dr. Winfried R. GARSCHA ist Historiker, arbeitet im „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“.

Die Theorie der Nation bei Lenin*

Britta JENSEN

In der Welt von heute spielt die nationale Problematik eine herausragende Rolle: Ethnische Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen in vielen afrikanischen Ländern, Nationalitätenkriege in der ehemaligen Sowjetunion und im früheren Jugoslawien, nationale Unabhängigkeitsbewegungen in Nordirland, im Baskenland, auf Korsika und so weiter und zugleich die widersprüchlichen von Rückschlägen begleiteten Integrationsprozesse in der EG.

Für die Beurteilung all dieser Vorgänge kommt dem Verständnis der Nation, ihrer wesentlichen Merkmale, ihrer Entstehungsbedingungen und Entwicklungstendenzen ein hoher Stellenwert zu.

Selbstverständlich gibt es keine einheitliche von allen politischen und weltanschaulichen Lagern gemeinsam vertretene Theorie der Nation. Selbst bei sich auf den Marxismus berufenden Theoretikern finden sich außerordentlich unterschiedliche Positionen. Als bedeutendste Strömung sind hier die austromarxistische und die der russischen Marxisten zu nennen, wobei die letztere zur dominierenden in der marxistischen Bewegung wurde. Zu der von den russischen Marxisten entwickelten Theorie der Nation hat Lenin den bedeutendsten Beitrag geleistet.

Bei der Ausarbeitung seiner Vorstellungen konnte sich Lenin zwar auf verstreute Bemerkungen von Marx und Engels zu wichtigen Aspekten der nationalen Problematik stützen, nicht jedoch auf eine zusammengefaßte Theorie der Nation. Eine solche hatten die Klassiker des Marximus nicht hinterlassen. Mit dem dialektischen und historischen Materialismus hatten sie allerdings das theoretische und methodologische Instrumentarium geschaffen, mit dessen Hilfe Lenin und die russischen Bolschewiki an die Ausarbeitung einer marxistischen Theorie der Nation herangehen konnten. In den Aussagen Lenins widerspiegeln sich natürlich die konkreten russischen Bedingungen. Es gibt Defizite und, in Anbetracht der heutigen Erfahrungen, auch Fehleinschätzungen. Insbesondere findet sich auch bei Lenin ein gewisser Automatismus zwischen der Beseitigung der sozialen Unterdrückung und der endgültigen Überwindung nationalen Haders. Die Langlebigkeit nationaler Vorurteile auch im Sozialismus und die Möglichkeiten ihrer Mobilisierung in Krisensituationen wurden unterschätzt. Dennoch weist die von Lenin entwikkelte Theorie der Nation weit über die damalige Zeit und die russischen Besonderheiten hinaus. Ihre wesentlichen Aussagen und die Leninsche Methodologie der Erforschung der Nation und der nationalen Frage sind auch heute noch von großer Bedeutung für einen marxistischen Umgang mit der Kategorie Nation, für die Ana-lyse der nationalen Probleme der Gegenwart und für die Überwindung dogmatischer Erstarrungen, zu denen es in der marxistisch-leninistischen Theorie der nationalen Frage gekommen ist.

Aus dem Film „Deutschland – Wege zur Kraft und Schönheit".
Regie: Wilhelm Prager. UFA, 1929.

Zur Herausbildung der Nationen

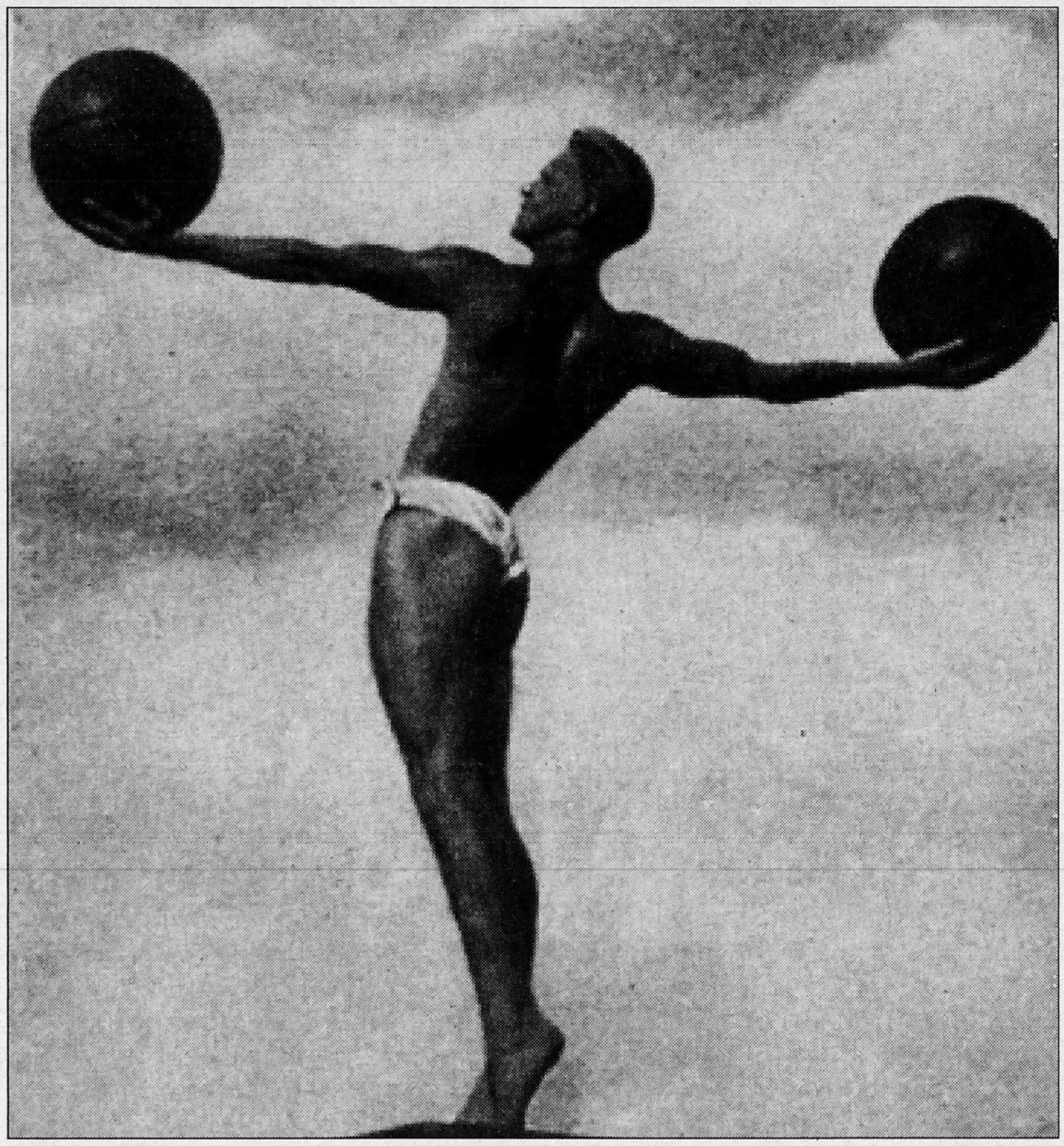
Ausgehend von der allgemeinen Anforderung an die Untersuchung gesellschaftlicher Erscheinungen, „den grundlegenden historischen Zusammenhang nicht außer acht zu lassen, jede Frage vom Standpunkt aus zu betrachten, wie eine bestimmte Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen diese Erscheinung in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, und vom Stand-

* Erstmals erschienen in »Marxistische Blätter« 6/1992.

punkt dieser ihrer Entwicklung aus zu untersuchen, was aus der betreffenden Sache jetzt geworden ist“[1], stellte Lenin die nationale Frage historisch und ökonomisch.[2] Dabei richtete er sein Hauptaugenmerk auf die Klärung des sozialen Wesens der Nation.

Lenin bot keine feste Definition der Nation an. Er charakterisiert genau die wichtigsten Merkmale der Nation, die seiner Meinung nach ihr Wesen ausmachen, und versuchte, ihren Inhalt und ihre wechselseitige Bedingtheit aufzuzeigen. In einer Konzeptaufzeichnung legte er seine Grundvorstellungen über die Nation komprimiert so dar: „Sprache und Territorium. Das Wichtigste. (Ökonomisches Merkmal.) Historischer Charakter.“[3]

Daraus geht hervor, daß für Lenin vor allem die wirtschaftlichen Bindungen den Wesensinhalt der Nation bestimmen, während die anderen Faktoren von diesen abgeleitet sind. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen und Produktionsverhältnisse erforderte die Konsolidierung des inneren Marktes, durch welche die Menschen immer engere Bindungen eingingen, Zünfte und andere Produktionsverbände der Feudalgesellschaft unterschieden sich grundlegend von der wirtschaftlichen Vereinigung in der kapitalistischen Gesellschaft, „in der das zusammenfassende vergesellschaftende Element die maschinelle Großproduktion ist, die die mittelalterlichen Schranken niederreißt, die lokalen, landsmännischen und beruflichen Unterschiede auslöscht.“[4] Die kapitalistische Produktionsweise schuf feste wirtschaftliche Bedingungen im Rahmen der ganzen Nation. Da die Entstehungsbedingungen des Kapitalismus und der Nation im wesentlichen gleichzeitig heranreiften und beide Prozesse sich gegenseitig bedingten, kann man von den festen ökonomischen Beziehungen als dem wesentlichen Merkmal erst bei den voll herausgebildeten Nationen sprechen.



Mann mit Medizinbällen, aus: Hans Surén, Mensch und Sonne. Arisch-olympischer Geist, Berlin 1936.

Die wirtschaftlichen Bindungen allein reichten jedoch nicht aus, um eine Nation zu bilden. Sie entwickelte sich auch dank der Gemeinsamkeit der Sprache und des Territoriums.

Die gemeinsame Sprache wurde nötig durch die Herausbildung der Beziehungen der Warenproduktion und des Warenaustausches, da die Sprache „das wichtigste Werkzeug der Handelsbeziehungen der Menschen“ ist.[5] Sie wurde dann aber auch zu einem bedeutenden Instrument der Entwicklung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens, der umfassenden Konsolidierung der Nation. Zu den Erfordernissen des Kapitalismus gehörte also die „Forderung größtmöglicher Einheitlichkeit in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung“, „da die Nationalität, die Gleichheit der Sprache ein wichtiger Faktor ist für die vollständige Eroberung des inneren Marktes und für die volle Freiheit des Wirtschaftsverkehrs“.[6] Gab es zunächst keine einheitliche Sprache, so entstand im Verlauf der Ausweitung wirtschaftlicher Kontakte – auf der Grundlage der bisher in den einzelnen isolierten Gebieten gesprochenen Dialekte – eine Nationalsprache. Lenin betonte, daß auch in einem Nationalitätenstaat die Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs dazu drängt, daß sich eine Sprache als Verkehrssprache herauskristallisiert.[7]

Neben einer gemeinsamen Sprache bedurfte es eines geschlossenen Territoriums, um eine Nation zu konsolidieren. „Eine breite und rasche Entfaltung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus erfordert große, staatlich zusammengeschlossene und vereinigte Territorien, auf denen allein – die alten, mittelalterlichen, ständischen, englokalen, kleinnationalen, konfessionellen und sonstigen Schranken niederreißend – die Klasse der Bourgeoisie, und mit ihr auch ihr unvermeidlicher Antipode, die Klasse der Proletarier, sich zusammenschließen kann.“[8] Die wechselseitige Bedingtheit von ökonomischer Entwicklung und territorialem Zusammenschluß zeigte sich daran, „daß dieser“ in Rußland, aber natürlich nicht nur dort, hervorgerufen wurde „durch den zunehmenden allmählich wachsenden Warenverkehr, die Konzentration der kleinen örtlichen Märkte zu einem gesamtrussischen Markt“. Diesem diente das geschlossene Territorium wiederum zur Grundlage seiner Entwicklung. „Da es die kapitalistischen Kaufleute waren, die diesen Prozeß lenkten und beherrschten, so

bedeutet die Schaffung dieser nationalen Bedingungen nichts anderes als die Schaffung bürgerlicher Bedingungen."[9]

Der bisherige politische Überbau, entstanden auf der Grundlage der feudalen Wirtschaftsverhältnisse, entsprach nicht mehr den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Der neuen Basis entsprach der Nationalstaat. Er wurde zur ökonomischen Notwendigkeit[10], bot die günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Lenin begründete diese Feststellung damit, „daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig ist, bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung diese Sprache und ihrer Entfaltung in der Literatur. Die Sprache ist das wichtigste Mittel des Verkehrs der Menschen untereinander; die Einheit der Sprache und ihre ungehinderte Entwicklung bilden eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklich freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handel, für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen, schließlich die Voraussetzung für die enge Bindung des Marktes mit jedem, auch dem kleinsten Unternehmer, mit jedem Verkäufer und Käufer.

Die Bildung von Nationalstaaten, die diesen Erfordernissen des modernen Kapitalismus am besten entsprechen, ist daher die Tendenz (das Bestreben) jeder nationalen Bewegung. Die grundlgegenden wirtschaftlichen Faktoren drängen dazu und in ganz Westeuropa – mehr als das: in der ganzen zivilisierten Welt – ist dehalb der Nationalstaat für die kapitalistische Periode das Typische, Normale."[11]

Die Entwicklung des Kapitalismus ging also einher mit der Entstehung nationaler Beziehungen, von denen die ökonomischen Beziehungen die wichtigsten, aber nicht die einzigen waren. Auf der Grundlage des Wirtschaftsverkehrs kam es zu sozialen, politischen, ideologischen Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten einer größeren, in der Regel ethnisch und sprachlich relativ homogenen oder verwandten Bevölkerung. So bildete sich in einem längeren geschichtlichen Prozeß die Nation heraus. In diesem Sinne konstatierte Lenin: „Die Nationen sind ein unvermeidliches Produkt und eine unvermeidliche Form der bürgerlichen Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung."[12]

Arbeiterklasse und Nation

In dem Maße, wie sich die Nationen im Kapitalismus konsolidierten, die feudale Zersplitterung aufgehoben wurde, die Menschen durch nationale und internationale Beziehungen in Kontakt miteinander kamen, trat der auf der nationalen Absonderung beruhende nationale Gegensatz immer mehr in den Hintergrund, während der Klassenantagonismus der kapitalistischen Gesellschaft, der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, in den Vordergrund rückte. So schrieb Lenin, daß die „Entwicklung des Kapitalismus ... mehr und mehr die nationalen Schranken (zerstört), ... die nationale Absonderung auf(hebt) und ... an die Stelle der nationalen Antagonismen, die der Klasse (setzt)".[13] Daher verwies Lenin immer wieder darauf, daß man bei der Analyse der Nation nicht künstlich von den Widersprüchen zwischen den in der Nation existierenden Klassen abstrahieren dürfe.[14]

Im Rahmen der Nation hat sich die Bourgeoisie als die herrschende Klasse formiert. Aber auch die Arbeiterklasse entstand zusammen mit der kapitalistischen Industrie und entwickelte sich zur nationalen Klasse. Lenin hob, anknüpfend an Äußerungen von Marx und Engels aus dem „Kommunistischen Manifest", hervor: „Auch die Arbeiterklasse konnte nicht erstarken, ins Mannesalter eintreten und sich formieren, ‚ohne sich selbst als Nation zu konstituieren', ohne ‚national' zu sein (‚wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie')."[15]

Das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Nation muß sich – nach Lenin – aus ihren objektiven Existenzbedingungen in der Nation bestimmen, aber dabei die historische Bedeutung der Nation als progressiver Entwicklungsform des gesellschaftlichen Lebens im Kapitalismus immer im Auge behalten. Die Arbeiterklasse ist ihrer objektiven Lage, ihren materiellen Existenzbedingungen nach sowohl eine nationale als auch eine internationale Klasse. Sie ist national, weil sie Teil einer kapitalistischen Nation ist, durch die verschiedensten Beziehungen mit ihr verbunden. Sie ist international, weil sie Teil der internationalen Arbeiterklasse ist, die, durch gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen geprägt, ein gemeinsames Ziel, die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, verfolgen muß. Den Kampf für dieses Ziel kann die Arbeiterklasse aufgrund ihrer nationalen Existenzbedingungen nur auf nationaler Ebene führen. Daher kann die Arbeiterklasse dem Leben der Nation nicht gleichgültig gegenüberstehen. Lenin führte dazu aus: „Daß ‚die Arbeiter kein Vaterland haben', steht wirklich im ‚Kommunistischen Manifest'... Aber daraus folgt noch nicht, daß die Behauptung ... richtig ist, es sei dem Proletariat gleichgültig, in was für einem Vaterland es lebt: ob im monarchistischen Deutschland, im republikanischen Frankreich oder in der despotischen Türkei. Das Vaterland, das heißt das gegebene politische, kulturelle und soziale Milieu, ist der stärkste Faktor im Klassenkampf des Proletariats ... Dem Proletariat können die politischen, sozialen und kulturellen Bedingungen seines Kampfes nicht gleichgültig sein, folglich können ihm auch die Geschicke seines Landes nicht gleichgültig sein."[16]

Organisiert sich die Arbeiterklasse im Rahmen der Nation, um in diesem Rahmen für ihre Befreiung gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, so entwikkelt sie auch eigene nationale Interessen, ebenso wie die Bourgeoisie ihre nationalen Interessen entwickelt. Lenin ging davon aus, daß die nationalen Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie auch Klasseninteressen sind und sich somit wie die Klassen selbst konträr gegenüberstehen. Um diesen Zustand zu verdeutlichen, spricht er davon, daß es „zwei Nationen in jeder modernen Nation gibt".[17]

Trotz dieser Widersprüche können die nationalen Interessen der verschiedenen Klassen partiell übereinstimmen. Zu diesem Schluß kam Lenin nach der Analyse der historischen Entwicklung der Nation im Kapitalismus, in der er zwei Tendenzen aufdeckt. „Der Kapitalismus kennt in seiner Entwicklung zwei historische Tendenzen in der nationalen Frage. Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite

Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen den Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik der Wissenschaft usw. Beide Tendenzen sind ein Weltgesetz des Kapitalismus. Die erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus."[18]

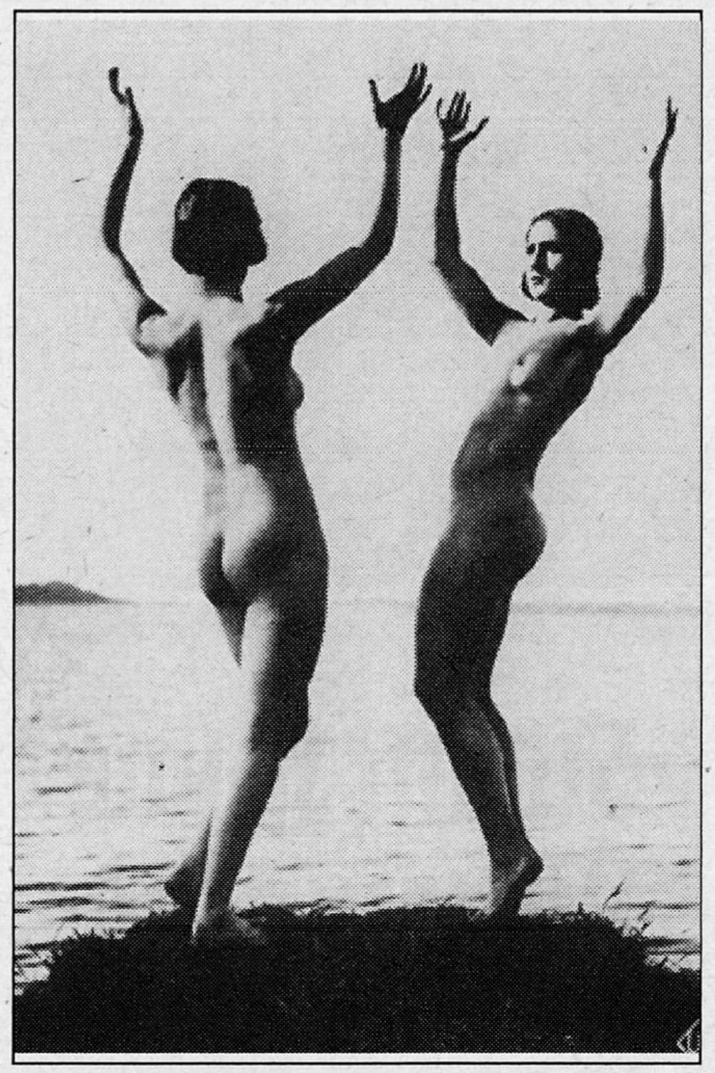
Partielle Übereinstimmung der nationalen Interessen der verschiedenen Klassen existierten vor allem während der Formierungsphase der Nation, die Lenin in der ersten Tendenz beschrieb. Bourgeoisie, Arbeiterklasse, Kleinbürgertum und Bauernschaft waren, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen sowie mit unterschiedlichen Zielen, an der Überwindung der Feudalordnung interessiert und arbeiteten zu diesem Zweck zusammen. Die Arbeiterklasse kann in der nationalen Frage die Bourgeoisie jedoch nur bedingt unterstützen und stimmt niemals völlig mit ihr überein.[19] In den voll entwickelten Nationen, von Lenin in der zweiten Tendenz beschrieben, tritt der Klassenantagonismus in den Vordergrund, wobei es in der Regel keine gesamtnationalen Aufgaben von Bourgoisie und Proletariat mehr gibt. Ausnahmen bestätigen die Regel. Eine solche Ausnahmesituation war zum Beispiel die partielle Übereinstimmung der nationalen Interessen der Arbeiterklasse der vom faschistischen Deutschland okkupierten Länder mit denen der Angehörigen der Bourgeoisie dieser Länder im Kampf um die Befreiung (soweit sie nicht mit den Okkupanten kollaborierten).

Kultur und Nation

Lenins besonderes Interesse galt dem Wechselverhältnis von Kultur und Nation. Dabei betrachtete er die Kultur in der Klassengesellschaft als eine sehr widersprüchliche Erscheinung. Wie er bereits zwei Nationen in jeder modernen Nation konstatierte, betonte er auch im Hinblick auf die Kultur: „Es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur. Es gibt eine großrussische Kultur der Purischkewitsch, Gutschkow und Struve, es gibt aber auch eine großrussische Kultur, die durch die Namen Tschernyschewski und Plechanow charakterisiert wird. Ebenso gibt es zwei derartige Kulturen bei den Ukrainern, wie auch in Deutschland, Frankreich, England, bei den Juden usw."[20]

Lenin negierte nicht die nationalen Besonderheiten der Kultur, sondern ihre Klassenneutralität. „In jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unterentwickelte – Elemente einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in jeder Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In jeder Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen', sondern als herrschende Kultur. Deshalb ist die ‚nationale Kultur', schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie."[21]

Daher charakterisierte Lenin die pauschale Entgegenstellung einer nationalen Kultur – als Ganzes genommen – einer anderen nationalen Kultur – als Ganzes genommen – in Fragen, die die Arbeiterklasse betreffen, als bürgerlichen Nationalismus, mit dem die Bourgeoisie die internationale Arbeiterbewegung spalten wolle. Demgegenüber müsse die Losung der Arbeiterklasse nicht „nationale Kultur", sondern „internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt" lauten. Um diese Kultur zu schaffen, „entnehmen wir jeder nationalen Kultur nur ihre demokratischen und ihre sozialistischen Elemente, entnehmen sie nur und unbedingt als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus jeder Nation".[22] Diese internationale Kultur muß sich, so Lenin, in nationalen Formen entwickeln, ist also nicht „unnational".[23] Das Internationale der Kultur bezieht sich vor allem auf ihren Inhalt, obwohl die Form mit der Veränderung des Inhalts Modifikationen unterworfen werden wird.



Aus dem Film „Deutschland – Wege zur Kraft und Schönheit". Regie: Wilhelm Prager. UFA, 1929.

Der psychische Faktor

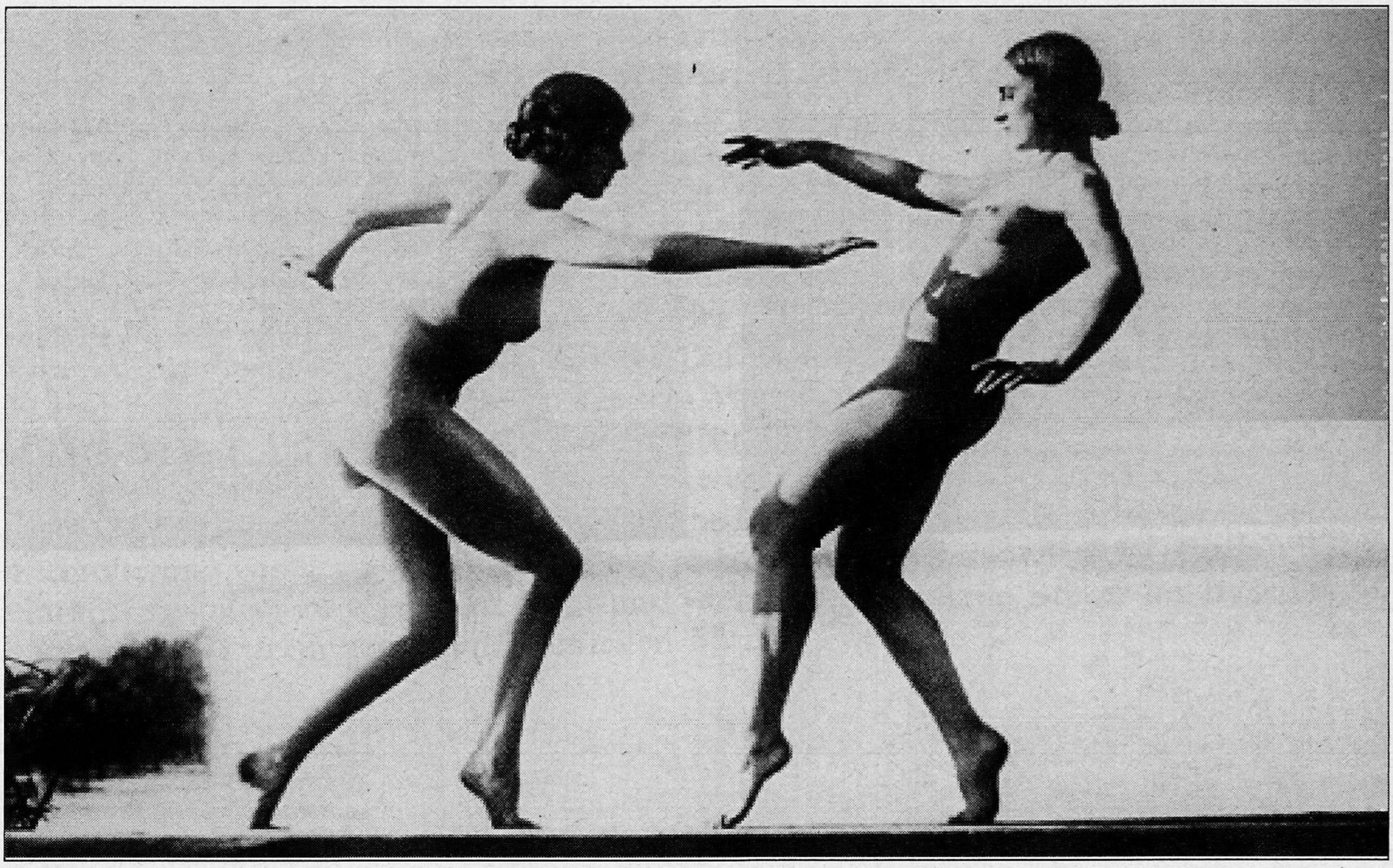
Lenin untersuchte auch den psychischen Faktor in der nationalen Frage. Er betrachtete die nationale Psyche jedoch nicht als einen eigenständigen unabhängigen Faktor. Vielmehr sprach er von nationalen Besonderheiten der ansonsten von der ganzen Vielfalt der gesellschaftlichen Beziehungen geprägten Psyche des Menschen. Zum anderen hob er hervor, daß auch im Bereich der Psyche die Widersprüche der Klassengesellschaft fortwirken und sich je nach Klassenlage in der Psyche der Menschen unterschiedlich widerspiegeln.

Lenin machte das am Beispiel des Nationalgefühls deutlich, wenn er schrieb, „daß die Hauptursache dieses (nationalen, B. J.) Hasses die sehr realen Interessen der Handels- und Industriebourgeoisie bilden und daß es nur eine Vertuschung des Wesens der Sache ist, wenn man von dem Nationalgefühl als selbständigem Faktor redet".[24] Nationalgefühl und Nationalstolz werden in jeder Klasse anders empfunden. „Ist uns großrussischen klassenbewußten Proletariern das Gefühl des nationalen Stolzes fremd?", fragte Lenin. „Gewiß nicht! Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat, wir wirken am meisten, dafür, daß ihre werktätigen Massen (das heißt neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zum bewußten Leben erhoben werden, daß sie Demokraten und Sozialisten werden. Es schmerzt uns am meisten zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten, welcher Unterdrückung und welchen Schmähungen die Zarenschergen, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere schöne Heimat

unterwerfen. Wir sind stolz darauf, daß diese Gewalttaten Widerstand in unserer Mitte, im Lager der Großrussen hervorgerufen haben, daß aus diesem Lager Radischtschew, die Dekabristen, die Rasnotschinzen-Revolutionäre der siebziger Jahre hervorgegangen sind, daß die großrussische Arbeiterklasse im Jahre 1905 eine mächtige revolutionäre Massenpartei geschaffen, daß der großrussische Bauer zur selben Zeit Demokrat zu werden und den Popen und den Gutsbesitzer davonzujagen begonnen hat ... Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, denn die großrussische Nation hat gleichfalls eine revolutionäre Klasse hervorgebracht, hat gleichfalls bewiesen, daß sie imstande ist, der Menschheit große Vorbilder des Kampfes für die Freiheit und den Sozialismus zu geben ...“[25] Ein großrussischer Gutsbesitzer oder Kapitalist würde seinen nationalen Stolz ganz anders definieren. Allerdings leugnete Lenin nicht, daß es – aufgrund zum Beispiel gleicher äußerer Lebensbedingungen wie Landschaft, Klima usw., aber auch überlieferter Traditionen – nationale Besonderheiten in der Psyche der Menschen einer Nation, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit, gibt. Jedoch prägen sie keine einheitliche nationale Psyche. Allerdings zeigen die nationalen Konflikte in der heutigen Zeit, daß die nationalen Besonderheiten in der Psyche des Menschen in Krisensituationen häufig in den Vordergrund treten. Es entwickelt sich ein klassenübergreifendes, gegenüber anderen Nationen abgrenzendes „Wir-Gefühl“. Insofern prägen die Angehörigen einer Nation oder Nationalität zumindest zeitweise eine einheitliche nationale Psyche unter weitgehender Ausblendung anderer gesellschaftlicher Einflußfaktoren aus. Das tritt unter anderem in dem irrationalen Haß in Erscheinung, mit dem sich Menschen unterschiedlicher Nationalität, die noch bis vor kurzem als Nachbarn und Arbeitskollegen freundschaftlich zusammenlebten, heute in Nationalitätenkriegen gegenüberstehen. Auf Grundlage unserer heutigen Erfahrungen kann man feststellen, daß Lenin die Bedeutung der nationalen Psyche, insbesondere ihrer klassenübergreifenden Mobilisierbarkeit in nationalen und sozialen Krisensituationen, unterschätzte.

Lenin schenkte der psychischen Seite der nationalen Frage allerdings insofern Aufmerksamkeit, als sie seiner Ansicht nach bei der Gewinnung der unterdrückten Nationen für den Kampf gegen den Kapitalismus, für den Aufbau des Sozialismus von entscheidender Bedeutung ist. „Die Arbeiter jener Nationen, die im Kapitalismus Unterdrücker waren, müssen besonders behutsam sein gegenüber dem Nationalgefühl der unterdrückten Nationen ..., sie müssen nicht nur die tatsächliche Gleichberechtigung unterstützen, sondern auch die Entwicklung von Sprache und Literatur der werktätigen Massen der früher unterdrückten Nationen fördern, um alle Spuren des aus der Epoche des Kapitalismus überkommenen Mißtrauens und der Entfremdung zu tilgen.“[26] Nach der Oktoberrevolution hat Lenin sehr nachdrücklich auf der Beachtung dieser Herangehensweise bestanden und sich scharf mit Funktionären der Partei und des Sowjetstaates auseinandergesetzt, die dagegen verstießen, so auch mit Stalin.

Nach Lenins Tod kam es sowohl in dieser wie in anderen Fragen zu Verletzungen der Leninschen Grundsätze der Nationalitätenpolitik. Mangelndes Verständnis für die nationale Problematik im Sozialismus und damit die ungenügende theoretische Weiterentwicklung dieser Frage unter den neuen Bedingungen, eine darauf be-



Aus dem Film „Deutschland – Wege zur Kraft und Schönheit“. Regie: Wilhelm Prager. UFA, 1929.

ruhende schematische, nicht am revolutionären Geist der Leninschen Theorie orientierte Umsetzung seiner nationalitätenpolitischen Vorstellungen, die Ausnutzung der nationalen Frage zu machtpolitischen Zwecken, die sich auch in der Nationalitätenpolitik negativ auswirkende Unterdrükkung einer offenen, streitbaren sozialistischen Demokratie, die Tatsache, daß ein gewisses soziales Gefälle zwischen den einzelnen Republiken und Gebieten der ehemaligen Sowjetunion nicht überwunden worden ist, all das hat Zündstoff angehäuft, der sich heute auf dem Boden einer massiven Verschlechterung der sozialen Lage in blutigen Nationalitätenkonflikten entlädt. Es hat sich gezeigt, daß es zur Lösung der nationalen Frage neben der Überwindung der sozialen Ungleichheit der Offenheit und umfassender demokratischer Freiheiten bedarf.

Zukunft der Nationen

Zündstoff angehäuft wurde auch durch den falschen Umgang mit Lenins Aussagen über die Verschmelzung der Nationen. Die Entwicklung des Sozialismus wird, nach Lenin, die Aufhebung der Absonderung der Nationen mit sich bringen. Das Ziel des Sozialismus ist „nicht nur die Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung". Zu dieser Verschmelzung kann es nur durch die „Übergangsperiode der völligen Befreiung" kommen.[27] In diesem Sinne ist auch die Leninsche Postition zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu sehen. „Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht, das heißt die Unabhängigkeit, das heißt die Freiheit der Separation der unterdrückten Nation nicht deshalb, weil wir von der wirtschaftlichen Zerstükkelung oder vom Ideal der Kleinstaaten träumen, sondern im Gegenteil, weil wir Großstaaten und die Annäherung, ja die Verschmelzung der Nationen wünschen, aber auf wahrhaft demokratischer, wahrhaft internationalistischer Grundlage, die ohne die Freiheit der Separation undenkbar ist."[28]

Die Tendenz zur Verschmelzung der Nationen im Sozialismus beziehungsweise nach einem langen Entwicklungsprozeß im Kommunismus, die mit dem Absterben des Staates vollendet sein wird, leitete Lenin aus der Entwicklung der Wirtschaft ab, die bereits im Kapitalismus zu einer Internationalisierung nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des geistigen und politischen Lebens geführt hat und im Sozialismus forciert fortschreiten werde. Das Proletariat stehe der Internationalisierung positiv gegenüber. Es setzt sich, wie Lenin schrieb, „für die vollste Freiheit des kapitalistischen Verkehrs ein und begrüßt jede Assimilation von Nationen mit Ausnahme der gewaltsam durchgeführten oder auf Privilegien gestützen".[29] Das Proletariat „unterstützt alles, was dazu beiträgt, die nationalen Unterschiede zu verwischen, die Schranken zwischen den Nationen niederzureißen, alles, was den Zusammenhalt zwischen den Nationalitäten immer enger gestaltet, alles, was zur Verschmelzung der Nationen führt".[30]

Die Aussagen Lenins über die Internationalisierung im Kapitalismus und die Haltung der Arbeiterklasse dazu scheinen mir heute auch mit Blick auf die Integrationsprozesse in der EG wie auf die Migrationsproblematik diskussionswürdig zu sein. Es zeigt sich, daß es keinen Determinismus zwischen der Internationalisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens und der Haltung der Arbeiterklasse gibt. Große Teile des arbeitenden Volkes in Westeuropa stehen heute den kapitalistischen Integrationsprozessen eher skeptisch gegenüber; die Gewerkschaften in den EG-Ländern haben der verstärkten Zusammenarbeit des Kapitals im Integrationsraum nichts Entsprechendes entgegengesetzt; die kommunistischen Parteien sehen zu, wie die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien ihr Vorgehen mehr und mehr koordinieren, ohne selbst dazu in der Lage zu sein. Auch in der Sowjetunion bedeutete die wirtschaftliche Verflechtung der Republiken und das damit einhergehende, teilweise auch administrativ geförderte Verwischen der nationalen Unterschiede nicht, daß die Angehörigen der Nationalitäten, einschließlich ihrer jeweiligen Arbeiterklasse, dem automatisch positiv gegenüberstanden. Die spontane Entwicklungstendenz scheint eher darauf hinauszulaufen, sich bei einer verstärkten Internationalisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens zunächst der eigenen nationalen Besonderheiten bewußt zu werden. Wird dies ignoriert, staut sich nationaler Zündstoff an.

Nach Lenin wird die Verschmelzung der Nationen im Kommunismus nicht zu einer Nivellierung der nationalen Kulturen führen, zu keiner Unifizierung der Kultur. Sie wird die „‚Differenzierung' der Menschheit im Sinne von Reichtum und Mannigfaltigkeit des geistigen Lebens und der ideellen Strömungen, Bestrebungen und Schattierungen nicht abschwächen, sondern millionenfach steigern".[31] Dazu bedarf es aber nicht nur vollkommener sozialer Gleichberechtigung, sondern auch umfassender demokratischer Rechte, hochentwickelter Toleranz, der Fähigkeit, unterschiedliche wirtschaftliche, politische und kulturelle Ausdrucksformen, Meinungen, Tendenzen und Entwicklungen im Rahmen der sozialistischen und kommunistischen Option zu ertragen und zu fördern. Da diese Voraussetzungen in der Sowjetunion nicht annähernd verwirklicht wurden, blieb die nationale Frage ein latentes, mit Zündstoff beladenes Problem. ■

Anmerkungen

1 Lenin Werke, Bd.29, S.463.
2 Lenin Werke, Ergänzungsband 1896-Oktober 1917, S.317.
3 Leninscher Sammelband, XXX, S.53 (russ.) zit. nach Fedossejew u.a.: Der Leninismus und die nationale Frage in der Gegenwart, Frankfurt a.M. 1974, S.25.
4 Lenin Werke, Bd.2, S.239.
5 Lenin Werke, Ergänzungsband 1896-Oktober 1917, S.318.
6 Lenin Werke, Bd.20, S.34.
7 Ebd., S.4.
8 Ebd., S.31.
9 Lenin Werke, Bd.1, S.147.
10 Lenin Werke, Ergänzungsband 1896-Oktober 1917, S.318.
11 Lenin Werke, Bd.20, S.398f.
12 Lenin Werke, Bd.21, S.61.
13 Ebd., S.62.
14 Vergl. Lenin Werke, Bd.2, S.224.
15 Lenin Werke, Bd.21, S.61f.
16 Lenin Werke, Bd.15, S.189f.
17 Lenin Werke, Bd.20, S.17.
18 Ebd., S.12.
19 Ebd., S.412.
20 Ebd., S.17.
21 Ebd., S.8f.
22 Ebd., S.9.
23 Ebd., S.8.
24 Lenin Werke, Bd.1, S.147.
25 Lenin Werke, Bd.21, S.92f.
26 Lenin Werke, Bd.29, S.111.
27 Lenin Werke, Bd.22, S.148.
28 Lenin Werke, Bd.21, S.420f.
29 Lenin Werke, Bd.20, S.20.
30 Ebd., S.20f.
31 Lenin Werke, Bd.21, S.272.

Dr. Britta JENSEN ist Historikerin in Hamburg.

„Proletarier aller Nationen, massakriert Euch!“*

Die unbekannte Seite von Rosa Luxemburgs Lenin-Kritik

Jürgen ELSÄSSER

Alle Wessi-Linken liebten Rosa Luxemburg. Die Sozis reklamierten sie als Ahnherrin von Willy Brandt, die Grünen als historische Melange aus Petra Kelly und Jutta Ditfurth, die DKPisten als Weggefährtin Lenins. Die Spontis waren begeistert, weil man mit einigen ihrer Sätze aus der Massenstreikdebatte manche Uni-Vollversammlung zum Revoluzzen bringen konnte. Rosa Luxemburg – eine für alle?

Wie blind diese narzißtische Liebe gemacht hat, zeigt der Umstand, daß ausgerechnet jene ihrer Schriften nie gelesen wurden, die heute so verzweifelt aktuell sind: ihre Kritik am Nationalismus, ihre Radikalisierung des Internationalismus zum Antinationalismus. Das taugte nicht als Munition in der innerlinken Konkurrenz, hätte das eigene Glashaus zu sehr exponiert. Das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ gehörte schließlich zum Katechismus aller linken Strömungen, längst, bevor der „Völkerfrühling“ der Jahre 1989ff. die Realitätstüchtigkeit dieser Kannibalenparole demonstrierte.

Eine ähnliche Zeitenwende wie heute

Rosa Luxemburg hat nach dem Ersten Weltkrieg eine ähnliche Zeitenwende erlebt. Wie heute die UdSSR und Jugoslawien, zerfielen auch damals die Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarn und das zaristische Rußland, genau wie heute tröstete man sich mit dem Gedanken auf die zivilisierenden Eingriffe der „Weltgemeinschaft“ (damals „Völkerbund“, heute UNO und KSZE). Sie kommentierte mit Hohn und Spott:

„*Der Nationalismus ist augenblicklich Trumpf. Von allen Seiten melden sich Nationen und Natiönchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an. Vermoderte Leichen steigen aus hundertjährigen Gräbern, von neuem Lenztrieb erfüllt, und geschichtslose Völker, die noch nie selbständige Staatwesen bildeten, verspüren einen heftigen Drang zur Staatenbildung ... Auf dem nationalistischen Blocksberg ist heute Walpurgisnacht.*“

Ihre Haltung in der nationalen Frage war von ihren Erfahrungen in Russisch-Polen bestimmt. Polen war bis 1918 zwischen Österreich-Ungarn, Rußland und Preußen aufgeteilt. Die Mehrheit der Polen strebte „natürlich“ die nationale Selbstbestimmung in einem eigenen Staat an, und ganz in diesem Sinne agierte auch die große sozialdemokratische Partei PPS.

Nicht so Rosa Luxemburg, die 1893, zusammen mit Leo Jogiches, eine kleine internationalistische Partei gegründet hatte, die Sozialdemokratische Partei Polens und Litauens. Statt für das Recht der Polen auf einen eigenen Staat plädierte sie dafür, daß die polnische Arbeiterbewegung zusammen mit der russischen für den Sturz des Zaren kämpft. Als gebürtige Jüdin wußte sie, was rassistische und kulturelle Unterdrückung bedeutet. Doch ihre Antwort war nicht Nation, sondern Demokratie, nicht Staat, sondern Revolution:

„*Die Arbeiterklasse darf nicht danach streben, neue bürgerliche Staaten und Regierungen zu errichten, sondern sie abzuschaffen, und vor allem die politischen Freiheiten der Länder, in denen sie lebt, möglichst zu erweitern.*“

Lenin trat ihr entgegen. Zwar war er mit ihr einig, wenn es den Sozialchauvinismus und die Vaterlandsverteidigung in den imperialistischen Hauptländern zu attackieren galt. Doch die Kontroverse setzte da ein, wo Lenin neben dem abzulehnenden Nationalismus der „unterdrückenden Völker“ einen im Prinzip unterstützenswerten Nationalismus der „unterdrückten Völker“ ausmachte.

Seine Sichtweise ist nachvollziehbar: Sein Hauptfeind, der Zarismus, hielt in seinem „*Völkergefängnis*“ Dutzende Nationen unter der Knute, denen die „*Freiheit der Lostrennung*“ nach der Revolution versprochen wurde und die so bei der Destabilisierung des Riesenreiches eine wichtige Rolle spielen sollten. Lenin unterstützte einerseits prinzipiell das „Recht auf Selbstbestimmung“, machte aber die faktische Unterstützung dieses Rechts vom Einzelfall abhängig, das heißt von der politischen Nützlichkeit des jeweiligen Nationalismus für die Revolution. Er verteidigte seine Doppelstrategie mit der Analogie zum Scheidungsrecht. Das grundsätzliche Eintreten für dieses Recht bedeute ja noch lange nicht, daß für jede Ehe die Scheidung propagiert werde.

Waren die Kroaten ein „unterdrücktes Volk“?

Was nun die Slowaken von den Tschechen oder die Ukrainer von den Russen (angeblich) unterscheidet, konnten vor der Sezession nur volkstümelnde Intellektuelle und machthungrige Politiker definieren, die meisten Menschen kümmerten sich nicht darum, sie heirateten und kommunizierten querbeet. Für Rosa Luxemburg war „die Nation“ deswegen ein Konstrukt „*bürgerlicher und kleinbürgerlicher Klassen*“, die „nationale Selbstbestimmung“ eine Ablenkung der Unterdrückten vom Kampf um politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung.

Wann darf man von „unterdrückten Völkern“ sprechen? Wurden die Kroaten von den Serben unterdrückt,

---

* Erstmals erschienen in »Neues Deutschland« 16./17. 1. 1993.

weil sie weniger Anteil an der Staatsbürokratie hatten? Oder die Serben von den Kroaten, weil man in Zagreb einen höheren Lebensstandard genoß als in Belgrad? Die Ausweglosigkeit des Streits geht nicht auf die Konfusion der Epigonen zurück, sondern war schon bei Lenin angelegt.

Nach Abschluß des Versailler Friedens gehörte für ihn plötzlich auch das imperialistische Deutschland, dessen *„Griff nach der Weltmacht"* immerhin den Ersten Weltkrieg herbeigeführt hatte, zu den unterdrückten Opfern, denen *„ein Häuflein Staaten die Kehle zuschnürt"*. Ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen glorifizierte er als *„Bündnis, das den Bund gegen den Weltimperialismus festigt"*. Alarmierend auch sein unkritisch eingestreuter Hinweis auf die *„Durchbrechung der politischen Schranken"* in Deutschland, so daß sich *„die deutschen Schwarzhunderter"* (dieser russische Terminus bezeichnet die extreme Rechte! J.E.) *„in ihrer Sympathie für die russischen Bolschewiki mit den Spartakusleuten trafen"*.

Wer denkt angesichts dieser nationalbolschewistischen Koketterie nicht an die düstere Prophezeihung von Rosa Luxemburg nach dem Separatfrieden von Brest-Litowsk: *„Wie ein unheimliches Gespenst nähert sich – ein Bündnis der Bolschewiki mit Deutschland! ... Mit der grotesken ‚Paarung' Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht"*.

Sicherlich waren der Frieden von 1918 und das Handelsabkommen von 1920 eine ganz praktische Notwendigkeit für die notleidende Sowjetunion – allerdings kann das die theoretische Sorglosigkeit Lenins nicht entschuldigen. Schon hier kündigt sich die später immer größer werdende Kluft zwischen den nationalen Interessen der UdSSR und der internationalen Revolution an.

Rosa Luxemburg befürchtete, daß auch die Staaten vormals unterdrückter Nationen, *„obwohl im Kern nur Ausdruck für einen ganz jungen, erst keimartigen Kapitalismus, zugleich doch schon in der allgemeinen Atmosphäre der imperialistischen Entwicklung selbst mit deutlichen imperialistischen Tendenzen gefärbt"* sind. Nach ihrem Tod sollten sich diese Befürchtungen aufs Schlimmste bestätigen. Die in der Folge des Ersten Weltkrieges entstandenen Staaten und neu anerkannten Volksgruppen prallten vom ersten Tag an im Streben nach imaginären „überlieferten Rechten" oder „historischen Grenzen" aufeinander.

Da sich diese Querelen in Ost- und Südosteuropa abspielten, in dem traditionell von Deutschland beanspruchten „Lebensraum", nutzten die Nationalsozialisten diese Konstellation. In demagogischer Anlehnung an die kommunistische Nationalitätenpolitik sprachen sie vom Gegensatz zwischen „proletarischen" und „plutokratischen" Völkern. Zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges wurden nicht nur die „deutschen Volksgruppen" mobilisiert (Saarland, Schlesien, Sudetenland), sondern auch andere „unterdrückte Völker" zur Expanison oder Sezession ermuntert: Ungarn, Kroation, die Ukraine und die Slowakei eroberten sich ihre „nationale Selbstbestimmung" an der Seite von Nazi-Deutschland und kollaborierten bei der Ausmerzung der „Volksschädlinge". Juden, Sinti und Roma, Kommunisten und Serben landeten im KZ.

Heute brechen die alten Widersprüche erneut auf. Die Wirtschaftskraft der BRD und das ideologische Echo der historischen Partnerschaft bilden das Gravitationsfeld, das auf die neuen Nationchen wirkt und die Europäisierung zur Germanisierung transformiert. Hitlers fünfte Kolonnen melden sich aus dem Gruselkabinett der Weltgeschichte zurück: Die „Volksdeutschen" an der Wolga und im sogenannten Königsberg fordern ihre eigene Republik, die Egerländer zumindest ihre früheren Grundstücke und Fabriken. In Bratislava und Zagreb schwärmt man nostalgisch von der Unabhängigkeit im Schatten des Dritten Reiches, in Südtirol will man „Los von Rom" und in Slowenien „Heim nach Wien", in Wien selbst will Volkstribun Haider das Anschlußverbot aus der Verfassung streichen. Nationale Selbstbestimmung wohin man blickt.

„Freiheit der Andersdenkenden"

Während die West-Linken sich über Rosa Luxemburg auf sentimentale Weise näherkamen, blieb sie für die Ost-Linken immer ein Zankapfel. Dabei wurde über ihr bekanntes Diktum zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus so heftig gestritten, daß ihre Aussagen zum Antagonismus von Demokratie und Nation glatt vergessen wurden. Anders als Lenin sah sie nämlich die nationale Frage nicht als Teil der demokratischen Frage und hielt es deswegen für *„völlig verfehlt, eine Analogie herzustellen zwischen allen demokratischen Postulaten wie dem ‚Recht' auf Rede-, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und dem ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen'"*.

Wo Rosa Luxemburg als demokratische Kronzeugin gegen den „realen Sozialismus" ins Feld geführt wurde, scheinen SED-Regierung und Opposition paradoxerweise demselben Mißverständnis aufgesessen zu sein. Salopp gesagt: Wolf Biermann fand ihren radikalen Demokratismus aus demselben Grund sympathisch, aus dem ihn Erich Honecker ablehnte, für beide war die demokratische Befreiung der DDR-Gesellschaft nur eine Vorstufe zu ihrer nationalen Entfesselung, zur Wiedervereinigung mit der BRD.

Für die demokratische Emanzipation der DDR-Gesellschaft wäre Rosa Luxemburg bestimmt eingetreten, nie aber für die Preisgabe der DDR für die „Nation". Die von den Bürgerbewegungen tolerierte Pervetierung der antifeudalen Parole „Wir sind das Volk" in ihr völkisches Gegenteil hätte sie ebenso verspottet wie das von der Modrow-Regierung ausgerufene Kapitulationsprogramm „Deutschland einig Vaterland". ■

Jürgen ELSÄSSER, Stuttgart, veröffentlichte 1992 das Buch „Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland".

„Die Verpflichtung, sämtliche Formen von nationaler Unterdrückung zu bekämpfen, beinhaltet durchaus noch keine Aufklärung darüber, nach welchen Verhältnissen und zu welchen politischen Formen das bewußte Proletariat in Rußland ... streben soll, um die ... nationalen Angelegenheiten zu bereinigen, welches Programm ... den verschiedenen bürgerlichen, nationalistischen und pseudosozialistischen Programmen entgegengestellt werden soll."

Rosa Luxemburg
Internationalismus und Klassenkampf. Die polnischen Schriften. Herausgegeben von Jürgen Hentze. Luchterhand, Neuwied und Berlin 1971, S.230.

Politische Schicksalsgemeinschaft

Max Weber über das Nationale

Friedhelm KRÖLL

Max Webers berühmt-berüchtigte Freiburger Antrittsrede, 1895 unter dem Titel „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaft“[1] veröffentlicht, ist wieder in die öffentlichen Zeilen gekommen.

Zu Recht hat der Marburger Politikwissenschaftler Fülberth diese rüde Rede Webers über Deutschlands zukünftige Stellung in der Welt kürzlich wieder ins Gedächtnis gerufen.[2] Damals hatte der junge Nationalökonom Weber, später zum Klassiker der westlichen Soziologie aufgestiegen, der deutschen Bourgeoisie vom Katheder aus zugerufen, daß die nationale Einigung von 1871 nur dann historisch Sinn mache, wenn ihr eine aktive Weltmachtpolitik folge. Ansonsten wäre die deutsche Vereinigung besser unterblieben. Die von Fülberth angezogenen Parallelen zur Nach-1989-Situation sind schwerlich von der Hand zu weisen, und es wäre nützlich, beschäftigte man sich auch jenseits der Grenzen des wiedervereinigten Deutschland mit jener politischen Trompetenrede Webers. Die Gegenwärtigkeit der Machtstaatstradition im deutschen politischen Denken und Handeln stünde ungeschminkt vor Augen. Webers akademische Antrittsrede, gehalten vor nahezu 100 Jahren, ist allemal ein politisches Lehrstück über den nationalen Machtstaat im Zeitalter des Imperialismus.

Völlig verkürzt jedoch präsentiert Fülberth in jenem »konkret«-Artikel Max Weber als rassistischen Nationalökonomen, der das Nationale, zumal die Geltung und imperialen Ansprüche des nationalen Machtstaates in die Abgründe biologistischer Metaphysik verlegt. So gewiß es ist, daß Weber den Kampf als Daseinsweise des Lebens, also auch des politischen, bestimmt, so wenig ist es zutreffend, daß dieser historisch versierte Sozioloage den nationalen Machtstaat aus ethnischer Blutsmystik heraus begründet. So dumm ist der kluge Rationalist Weber nicht gewesen, um sich auf eine Metaphysik des Blutes als dauerhafte Legitimationsbasis von politischer Herrschaft, zumal im Zeitalter der großen Arbeitsmigrationsbewegungen, zu verlassen.

Zeitgenössischer, generationstypischer nietzeanischer Rassismus

Sicherlich, durch die Freiburger Antrittsrede, dieser bis heute beklemmenden Option für deutsche Weltmachtpolitik, spukt zeitgenössischer, generationstypischer nietzscheanischer Rassismus.[3] Gleichwohl, wenn es um die Bestimmungsgründe für den nationalen Machtstaat im Zeitalter des Imperialismus, der Moderne geht, löst sich Weber von diesem reaktionär-rassistischen Weltanschauungssud. Und bereits in der Freiburger Rede über den „Ellbogenraum“, den es für Deutschland zu erkämpfen gelte, wird der ethnischen Mystik eine deutliche Absage erteilt: „Und der *Nationalstaat* ist uns nicht ein unbestimmtes Etwas, welches man um so höher zu stellen glaubt, je mehr man sein Wesen in mystisches Dunkel hüllt, sondern die weltliche Organisation der Nation, und in diesem Nationalstaat ist für uns der letzte Weltmaßstab auch der volkswirtschaftlichen Betrachtung die Staatsräson.“[4] Hier spricht sich nicht der verquaste Geist eines Grafen Gobineau („Arier als Eliterasse“) aus, den Weber im übrigen für einen primitiven Produzenten von ideologischem Fusel hielt, sondern hier redet die machiavellistisch-hobbesianische Tradition des Machtstaatsdenkens. Und genau von der Warte der „*Staatsräson*“ aus analysiert und beurteilt Weber die Dynamik der durch den Siegeszug des Kapitals hervorgerufenen neuen Migrationsbewegungen (von Ost nach West), die eine bloß ethnische Bestimmung des nationalen Machtstaates zunehmend problematisch werden lassen. Nationaler Machtstaat und inter-nationale, kapitalistische Arbeitsmigration, das ist der Problemstoff Webers in den neunziger Jahren, das ist der Hintergrund, vor dem die Freiburger Antrittsrede formuliert worden ist.

1892 hatte der agrarökonomisch ausgebildete Weber im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik eine umfassende empirische Studie über ökonomische Strukturprobleme und Arbeitsmigration im deutschen Osten („Ostelbien“) vorgelegt.[5] Sie hatte erbracht, daß im Zuge der Kapitalisierung der großen Latifundien, des Verfalls der agrar-feudalen Produktionsweise eine „Polonisierung“ der ländlichen Arbeitsbevölkerung stattfindet. Einerseits sei eine große Absetzbewegung deutscher Arbeitskräfte in die städtischen Zentren des deutschen Westens, andererseits eine starke Einzugsbewegung polnischer (Wander)Arbeitskräfte aus „Kongreßpolen“ (Teil des zaristischen Rußlands) in Gang gekommen. (Polen ist bekanntlich zu diesem Zeitpunkt auf Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland aufgeteilt gewesen, besaß also keine nationalstaatliche Eigenständigkeit.) Dieser *ökonomische* Vorgang stellte sich für Weber, (der - wie im übrigen die Sozialdemokratie auch - im zaristischen Rußland den politischen Hauptfeind Deutschlands sah), in der Perspektive der „Staatsräson“ als *politische* Bedrohung dar, als stille Unterminierung der „Wehrkraft des deutschen Ostens“.[6]

Primat des Politischen gegenüber dem Ökonomischen

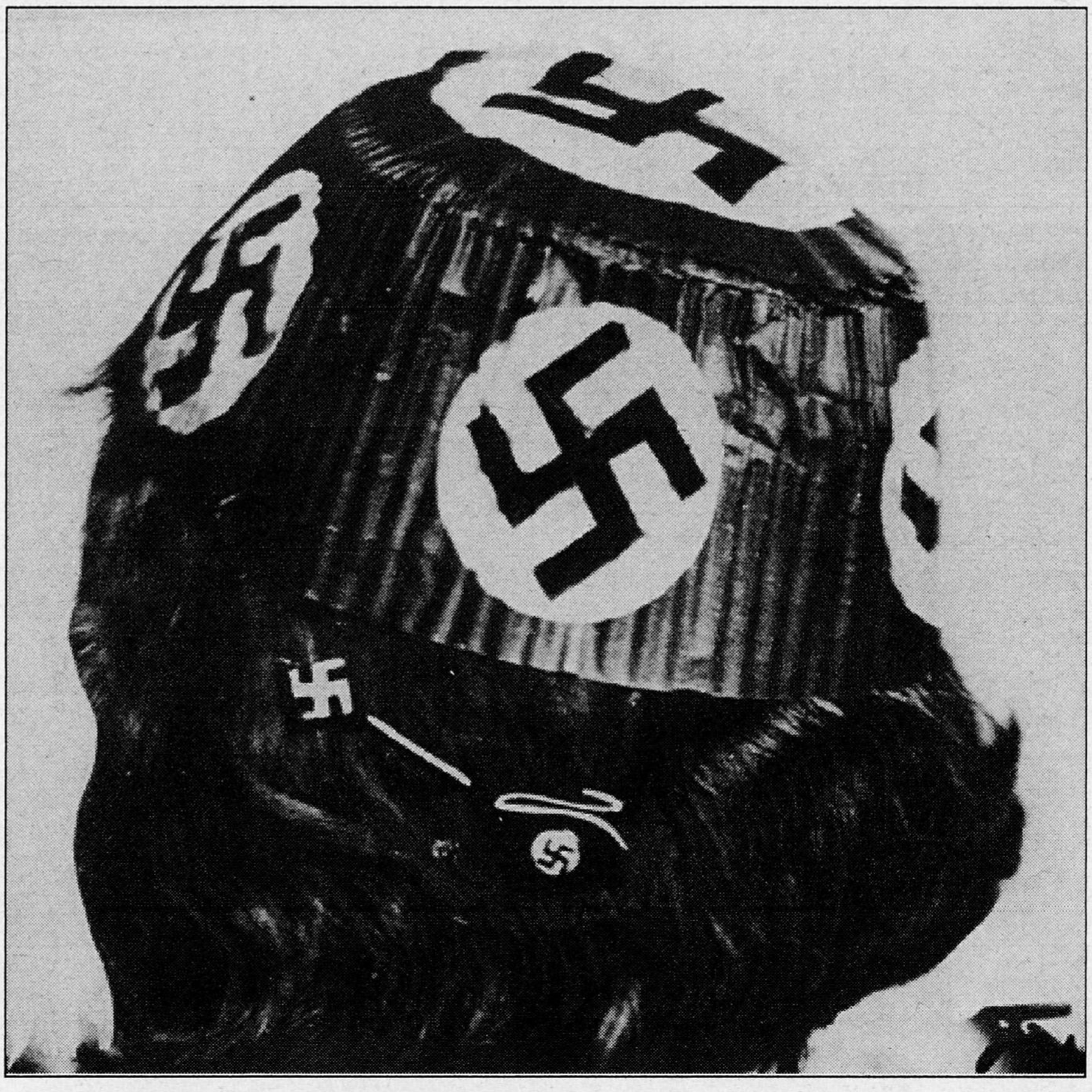
Der Apologet des Kapitalismus wußte sich in einem Dilemma: freie Bahn dem Kapital nunmehr auch im zurückgebliebenen deutschen Osten um den Preis der „Denationalisierung“ bzw. „Polonisierung“ oder Primat des Staatspolitischen vor der kapitalistischen Ökonomie. In *diesem* Falle entschied sich Weber, und dies wird in der Freiburger Rede exemplarisch dargelegt, mit Blick gegen das zaristische Rußland für die deutsche Staatsräson. Er votierte für die Schließung der Grenzen für polnische Arbeitsimmigranten aus Rußland sowie für eine „Germanisierungspoli-

tik“ in Ostelbien, das heißt Ansiedlung und staatliche Förderung deutscher Bauern gegen die Interessen der ostelbischen Junkerklasse, die die Anwerbung von polnischen Arbeitskräften favorisierte. Nicht das Ethnische an sich interessierte Weber an den deutschen Bauern, sondern die Überlegung, daß diese – im Unterschied zu den polnischen Arbeitsimmigranten aus Rußland – eine hohe Identifikation mit dem deutschen Nationalstaat mitbrächten. Kurz: hier, an der Grenze zu Rußland, galt für Weber eindeutig das Primat des Politischen gegenüber dem Ökonomischen.

Staatsräson anstatt ethnische Glaubensfragen

Daß für Weber, als ideologischem Repräsentanten der aufsteigenden deutschen Bourgeoisie, nicht ethnische Glaubensfragen, sondern vorrangig die Staatsräson ausschlaggebend gewesen ist in seiner Kritik der schleichenden „Polonisierung“ Ostelbiens, mag an zwei Vorgängen schlagend sichtbar werden. Zunächst, zur gleichen Zeit, als er sich für eine Drosselung des Kapitalisierungsprozesses in Ostelbien zugunsten einer bäuerlichen Klein- und Mittelstruktur aussprach, engagierte er sich im sogenannten Börsenstreit für eine moderne, an den Bedürfnissen des internationalen Kapital- und Geldverkehrs ausgerichtete Börsengesetzgebung.[7] Vehement stritt er für die Institution der Börse und damit zugleich für das Symbol kapitalistischer Umgestaltung vormoderner gesellschaftlicher Verhältnisse in Deutschland und kontert entsprechend die öffentlichen, antizivilisatorischen und antisemitischen Angriffe feudal-konservativer, kleinbürgerlicher und bäuerlicher Kreise, für die die Börse stets eine Stätte des Undeutschen, des „jüdischen Händlerinternationalismus“ gewesen ist. Und wieder ist es die Räson des nationalen Machtstaates auf dem Sprung zur Weltmachtpolitik, die den Verfechter des modernen Kapitalismus auf den Plan ruft: „Es handelt sich bei der Beurteilung von Börsenfragen für eine im ökonomischen Machtkampf begriffene Nation heute nicht um Fragen der ‚Moralität‘ irgendwelcher Spekulationsgeschäfte, sondern ganz alleine um die technische Frage der Fixierung korrekter Preisbildung und die politische Frage der Stärkung der deutschen Märkte auf Kosten anderer.“[8] Im Falle der Börsenfrage, wo sich die Dynamik international ausgreifender kapitalistischer Ökonomie und nationale Machtstaatspolitik deckten, war ein Entscheid für den Primat des Politischen, wie im Falle der „Polonisierungsfrage“ in Ostelbien, für Weber erst gar nicht erforderlich. (Im übrigen legen es die Gedankengänge Webers nahe, gerade auch in diesen Tagen, wo so viel von europäischem Binnenmarkt und Internationalisierung des Kapitals die Rede ist, die Korrespondenzen zwischen internationaler Ökonomie bzw. „multinationalen Konzernen“ und nationaler Machtstaatspolitik nicht so ohne weiteres für antiquiert abzutun, wie dies eine modische Neuauflage des Linksökonomismus zu tun geneigt ist.

Als ein anderer Beleg dafür, daß Weber alles andere gewesen ist denn ein plump-naiver Quacksalber des Nationalen bzw. des Nationalstaatlichen, der sich blindlings in den Fallstricken ethnizistischer oder gar biologistischer Identitäts- und Volkstümelei verheddert hätte, mag dies gelten: Weber hat sich zu keiner Zeit vorbehaltlich oder kritisch-ablehnend dazu geäußert, daß seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Hunderttausende von Arbeitsimmigranten polnischer Nationalität, Sprache und Kultur aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien (Polen mit formeller deutscher Staatsangehörigkeit) in die Kohlen- und Stahlreviere des Ruhrgebietes, die wilhelminische und hitlerfaschistische Kanonenschmiede, zugewandert sind, wo sie – unter den Firmenschildern Krupp, Thyssen, Hoesch usw. – „bis zu 40 Prozent der neuen industriellen Arbeiterklasse bildeten“.[9] Das Ethnische oder irgendwie abstammungsmäßig Nationale ist dem Vordenker des deutschen Imperialismus, Max Weber, so ziemlich wurscht gewesen, es sei denn, der Glaube daran tangierte die Kapital- und die Interessen des nationalen Machtstaates, das heißt die imperialistische Staatsräson.



Das Hakenkreuz als Kopfschmuck – Hut und Haarnadeln.

Weber auf Distanz zum hohlen, zoologischen Nationalismus

Es fällt auf, daß der internationale Gesellschaftswissenschaftler wie deutsche Nationalökonom[10] im Kontext der Begrifflichkeit des Nationalen stets den Akzent entschieden stär-

ker auf Macht und Staat denn auf ethnische Identität und Nation gelegt hat. Unverkennbar freilich, daß Webers Werk bezüglich dieses Problemzusammenhangs, der in diesen Tagen neuerlich an Aktualität und Erklärungsbedarf gewonnen hat, einen merklichen Prozeß der Akzentverschiebung durchlaufen hat. Während der „junge Weber" der Freiburger Antrittsrede von 1895 noch erheblich in tümelndem Ahnenethnizismus („vom Standpunkt des Deutschtums aus") befangen ist, geht der spätere deutlich auf Distanz zum „schlechthin hohlen und leeren, rein zoologischen Nationalismus".[11] Stattdessen bricht sich ein ungeschminkter machiavellistisch-machtpolitischer Begriff des Nationalstaates mit dem alles überragenden Bezugspunkt der „Staatsräson" Bahn. Freilich, vom persönlichen Wertentscheid für Deutschland als Machtstaat rückt Weber zu keinem Zeitpunkt ab, auch und gerade nicht nach dem Ersten Weltkrieg, dem Zusammenbruch des Wilhelminismus.

Soziologisches Konzept des Nationalen

In seinem Spätwerk, namentlich in dem soziologischen Klassiker „Wirtschaft und Gesellschaft"[12], zeichnet Weber Umrisse eines soziologischen Konzepts des Nationalen, die mit Blick auf Gegenwartsanalysen kritisch im Detail zu rezipieren verlohnten. Der Zusammenhang, wo hinein Weber die Thematik Nationales bzw. Nation plaziert, ist aufschlußreich. In einem ersten Anlauf wird sie im Rahmen von „Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte" verhandelt. Unter der Überschrift „Ethnische Gemeinschaften"[13] wird der „Nationalität" in ihrer *Bedeutung* für die gesellschaftlichen Individuen nachgegangen, nachdem in ausführlichen Darstellungen die historisch-soziologischen Dimensionen der Ökonomie, der Herrschaftsformen und der Klassenstruktur bereits abgehandelt sind. Das heißt, Weber beginnt seine Soziologie des Nationalen nicht bei einem zoologischen „Adam und Eva", sondern sie gründet in den Voraussetzungen schon entwickelter Gesellschaftlichkeit. Und auch dies ist bemerkenswert. Während der Dimension der „ethnischen Gemeinschaftsbeziehungen" nur wenige analytische Skizzen gewidmet werden, holt Weber in den nächsten Kapiteln, wo es um die *Bedeutung* der Religion und des Rechts für die gesellschaftlichen Individuen geht, entschieden weiter aus. „Ethnische Gemeinschaftsbeziehungen", worunter der Aspekt der „Nationalität" subsumiert wird, interessieren Weber weder als tümelnden Ethnologen noch als abstrakten Anthropologen. Gemäß seinem basissoziologischen Verständnis des Gesellschaftlichen als wesentlich durch „subjektiven Sinn" vermittelte Verhältnisse und Beziehungen[14], hat für ihn die Dimension des Ethnischen nur insofern soziologische, mithin dann politische Relevanz, als der *Glaube* der gesellschaftlichen Individuen an solche Ideen (Mythen) wie „Rasse", „Stamm", „Volk" und „Nationalität" kulturell gemeinschaftsbildend, das heißt sozial abgrenzend und strukturierend wirkt. Und schon im Ansatz bringt Weber die soziale und kulturelle Wirksamkeit des Glaubens an „ethnische Gemeinschaftsbeziehungen" in den Kontext des Politischen, in das Schema „irgendeiner *Gegensätzlichkeit* der Gleichgeordneten gegen *auffällig* Andersgeartete", woraus je „gemeinsame Schicksale" hervorgehen.[15] Abstruse Spekulationen über „anthropologische Typen" und „Rassezugehörigkeiten" (Weber setzt die Kategorie der Rasse schon im Titel in Anführungszeichen!) sind seine Sache nicht. Ihn interessieren die Eigen- und Fremdgruppen erleichternden Mechanismen und Instrumentalisierungen des auffällig Äußeren im Zusammenhang der *politischen* Vergemeinschaftung.

Unter diesem Leitgesichtspunkt nähert sich Weber dann der Dimension der „Sprach- und Kultgemeinschaft als Quelle von „ethnischem Gemeinschaftsglauben".[16] Sprache und Kult werden daraufhin betrachtet, wie sie den „Stammverwandtschaftsglauben" befördern, „ganz einerlei natürlich, ob er objektiv irgendwie begründet ist". „Ethnischer Gemeinsamkeitsglaube" ist für Weber nicht nur künstlicher Art, sondern vor allem Produkt, Begleitinstrument und Effekt „der politischen Vergemeinschaftung". „Diese ‚künstliche' Art der Entstehung eines ethnischen Gemeinschaftsglaubens", so Weber in einer auch für die gegenwärtigen Prozesse diskussionswerten Erläuterung, „entspricht ganz dem uns bekannten Schema der Umdeutung von rationalen Vergesellschaftungen in persönliche Gemeinschaftsbeziehungen."[17]

Aschenbecher und Zigarrenschleife mit Hakenkreuz.

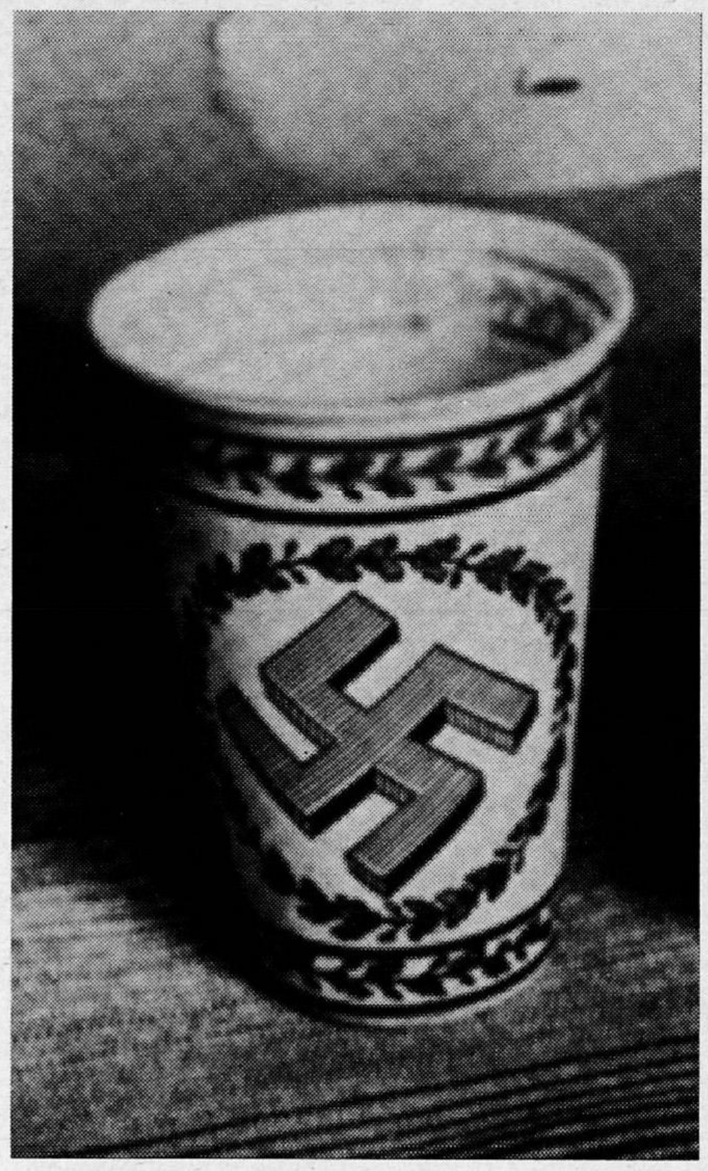
Nationalglaube als Glaube an soziale Gleichheit

Sprache und Kult werden als Medien entziffert, worin und worüber „ethnische Ehre" und „politische Erinnerungsgemeinschaft" gestiftet werden. „Ethnische" Ehre ist die spezifische Massenehre, weil sie jedem, der der subjektiv geglaubten Abstammungsgemeinschaft angehört, zugänglich ist. Die Pointe dieses Prestiges, deren Wirksamkeit bis heute kaum zu leugnen ist, liege, so Weber, darin, daß „hinter allen ‚ethnischen' Gegensätzen ganz naturgemäß irgendwie der Gedanke des ‚auserwählten Volks' (stehe), der nur ein in das horizontale Nebeneinander übersetztes Pendant ‚ständischer' Differenzierungen ist und seine *Popularität* (Hervorhebung von F. K.) eben davon entlehnt, daß er im Gegensatz zu diesen, die stets auf Subordination beruhen, von jedem Angehörigen jeder der sich gegenseitig verachtenden Gruppen für sich subjektiv in gleichem Maße prätendiert werden kann".[18] Anders, „ethnischer", schließlich „Nationalglaube" bietet für die Gläubigen die Chance, an der Vorstellung von sozialer Gleichheit teilzuhaben, spezifische Egalität sich einbilden zu können. Für die kulturelle und politische Reproduktion von Klassenherrschaft ein eminent bedeutsamer Umstand.

Geknüpft an die „ethnische Ehre" als gemeinschaftsbildnerischer Prestigefaktor wirken nach Weber Sprache und Kult vor allem auch als Medien im Bereich der Bildung „politischer Erinnerungsgemeinschaften", die bekanntlich bis heute in kulturellen Symbolen des Nationalen als Politischem (Denkmal) konserviert und je

nach politischem Bedarf mobilisiert werden. Wo die Kult- und zumal politische Erinnerungsgemeinschaft, wor-in „ethnische Ehre“ bzw. soziale Gleichheit realillusorisch prätendierendes Prestige ihre Bedeutung erfahren, fehlen oder aufhören, dort, so Weber, „fehlt auch das ‚ethnische‘ Gemeinschaftsgefühl, einerlei, wie nahe die Blutsverwandtschaft ist“. Kühl registriert der Theoretiker der Moderne, daß es das „spezielle politische Gemeinschaftshandeln“ sei, welches „die Vorstellung der ‚Blutsverwandtschaft‘“ erst erzeuge, mit fortschreitender Vergesellschaftung von oben, das heißt mit dem objektiven Bedeutungszuwachs des Politischen, später in Form des modernen Nationalstaates, komme das Atavistische, der Biologismus und Rassismus, erst zur vollen gesellschaftlichen Wirksamkeit. Von daher wird verständlich, warum Weber zunehmend daran gelegen ist, den politischen und subjektiven Aspekt („Gemeinschaft“ und „Glaube“) als einzig ernstzunehmende Gegenstände aus dem pseudowissenschaftlichen Diskurs über Ethnos und Nation herauszufiltern. Das Politische als Religion, politische Religionen sind das, was für ihn als Soziologie daran von Belang ist. Und so gelangt er nach Prüfung der Begriffe „Stamm“ und „Volk“ dazu, die Kategorie des Ethnischen schlußendlich als untauglich zu verwerfen („der Sammelbegriff ‚ethnisch‘ … ist ein für jede wirklich exakte Untersuchung ganz unbrauchbarer Sammelname“). Abschied von allem „Abstammungsmäßigen“ und Zusteuern auf das Nationale als wesentliche politische Kategorie, das ist der Weg Webers.

Der erste Anlauf zur Thematik Nationales bzw. Nation endet damit, festzustellen, daß einer „der mit pathetischen(!) Empfindungen für uns am meisten beschwerten Begriffe“, der der ‚Nation‘, just mit dem „bei exakter Begriffsbildung sich verflüchtigenden Begriff der ‚ethnischen‘ Gemeinschaft“ korrespondiere. Genau deshalb sei es notwendig, die Problematik „Nation“ soziologisch-politisch zu konzeptualisieren. Anders, Weber ist nicht geneigt, den Begriff der „Nation“ zu verwerfen, sondern ihn soziologisch und vor allem politisch handhabbar zu machen. Aus diesem Grund wird von vornherein nicht die „ethnische Fundierung“, die vielmehr radikal relativiert wird, zum Ausgangspunkt genommen. Vielmehr treten die strukturelle Dimension des



Papierbecher mit Hakenkreuz, 1933.

„politischen Verbandes“ (entwickelteste Gestalt „Staat“) sowie die subjektive des „Glaubens an den Bestand einer ‚nationalen‘ Gemeinschaft und des darauf sich aufbauenden Gemeinschaftshandelns“ als gedankliche Bezugspunkte in den Vordergrund. Wenn man so will, eine Umstülpung des Nationalen von der Biologie zur Soziologie oder: Nation ist ein Produkt der Politik wie Nationalbewußtsein eine Funktion des politischen Bewußtseins.

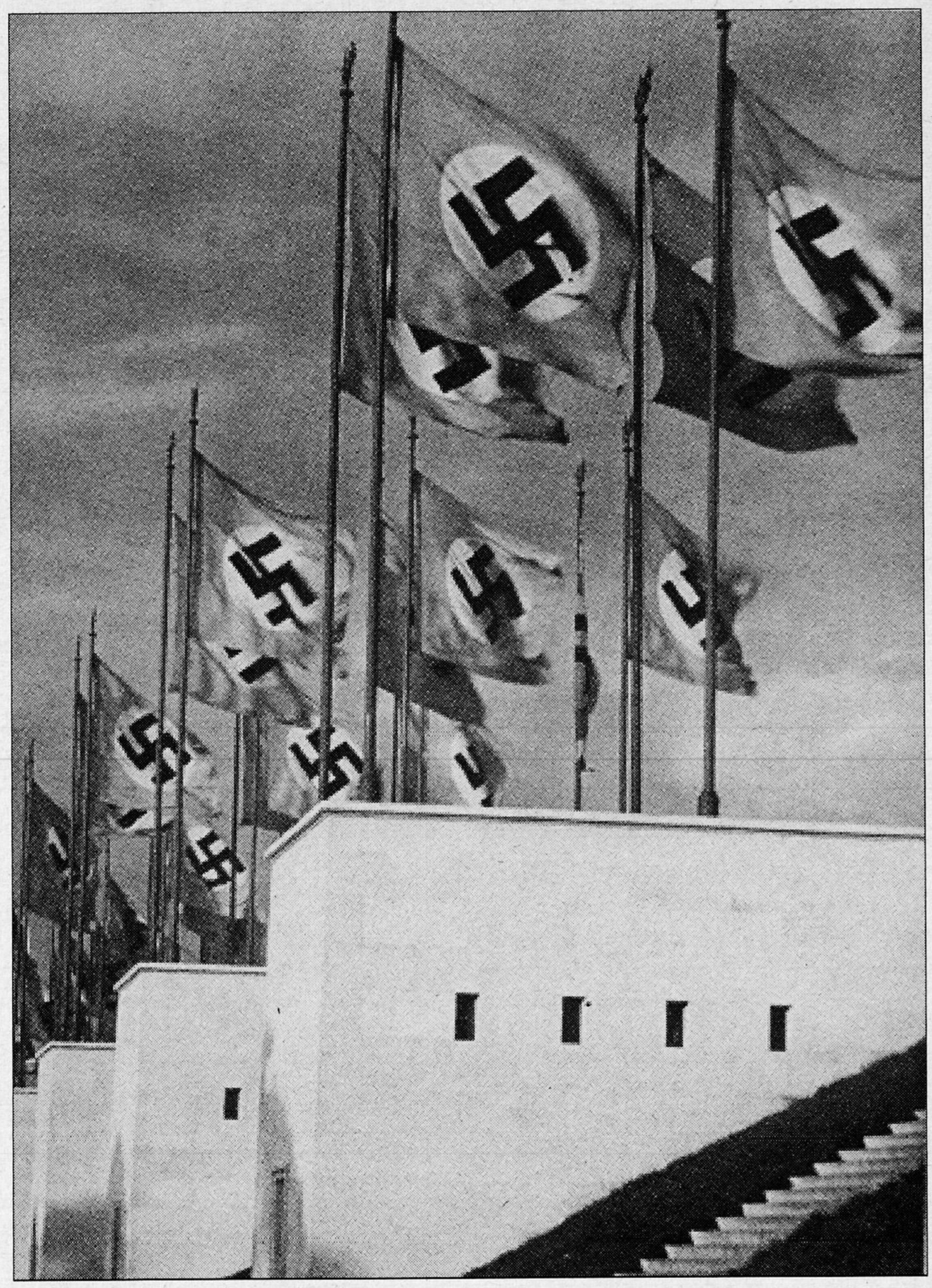
Nationalkultur als Erscheinungsform der politischen Kultur

Da Weber stets historisch fundierte Soziologie betreibt, gewinnen für ihn in diesem Zusammenhang die Frage nach „der Wirkung gemeinsamer politischer Schicksale“ und nach der sinnstiftenden Geltung „politischer Erinnerungen“ an solche „von den Massen hochgewerteten Schicksale“ für die je aktuelle Verfaßtheit eines Gemeinschaftsverbandes einen derart herausragenden Stellenwert. Das im Staat verkörperte Politische bildet den soziologischen Rahmen, auf den hin Dimensionen wie Sprach-, Kult- und Kulturgemeinschaft bezogen werden und von dem her sie erst ihre gesellschaftliche Bedeutung („Glaube“) erfahren. Modern gesprochen: „Nationalkultur“ ist eine Erscheinungsform und Funktion der „politischen Kultur“.

(Es wäre – gerade auch für Gegenwartsanalysen – ertragreich, Webers Skizzen über die Verwandlung von sozialen Emanzipationsbewegungen in politische Autonomiebestrebungen nachzugehen. In der Weberschen Sicht handelt es sich um Vorgänge, bei denen das „gesellschaftliche Material“, also Sprach, Kult- und Kulturgemeinschaft mitsamt den im kollektiven Gedächtnis abgelagerten „Schicksalen“, in die Regie politischer Vergemeinschaftung genommen wird; um Prozesse, bei denen dieses „Material“ entsprechend dem Ziel der Staatsbildung oder -umbildung politisch so definiert und legitimatorisch zugeformt wird, daß es in der Gestalt des Nationalen mobilisierungsfähig wird. Immer eingedenk dessen, daß erstens das Politische eben die Bewegungsform sozialer Emanzipation darstellt, sofern diese auf neue oder eine andere Staatlichkeit hinzielt, und zweitens das Nationale als eine geeignete Kunstform erscheint, worin der „Glaube“ in einer längst entzauberten bürokratischen Welt neuen Halt und Ausdruck findet. Kurz: Das Nationale als profane politische Religion zu analysieren, dazu laden Webers Gedankengänge ein.)

Nach Weber stellen Sprach-, Kult- und Kulturgemeinschaft also durchaus ein geeignetes, mobilisierbares „Material“ für politische Vergemeinschaftung bis hin zum Staat dar. Aber dies allein reiche nicht hin bzw. sei nicht einmal der ausschlaggebende Faktor, wie historische vergleichende und aktualempirische Studien belegten. Entscheidend seien vielmehr die „politischen Erinnerungen“ an „gemeinsam geteilte Schicksale“, die den „Glauben“ an die „Nation“ erst fundierten, sogar unterschiedliche Sprachen, Kulte und Kulturen in einen entsprechenden Gemeinschaft stiftenden Zusammenhang brächten. Schließlich, erst in der Beleuchtung des Politischen gewönnen die ideologischen Kunstprodukte „einer Abstammungsgemeinschaft“ ihre glaubensbildende gesellschaftliche Bedeutung. Kennzeichen eben dieses „Glaubens“ sei „die vage Vorstellung, daß dem als ‚gemeinsam‘ Empfundenen („Nationalität“, „Volk“ – F. K.) eine Abstammungsgemeinschaft zugrunde liegen müsse“. Genau diese Vagheit aber, so ließe sich mit Weber folgern, ist es, die das Nationale als gesellschaftlichem Glauben zu einem derart politikfähigen Medium macht,

offen für die jeweilig herrschende Definitionsmacht, die – wie etwa im Falle der USA als klassischem Einwanderungsland – die „Nation" sogar unabhängig von der Legende einer Abstammungsgemeinschaft zu konstruieren vermag. Das heißt, das Nationale ist nichts anderes als eine Tradition gewordene politische Dezision, quasireligiös legitimiert. Für Weber jedenfalls ist gerade die Vagheit der Vorstellungen übers Nationale ein Politikum ersten Ranges, insofern sie die ideelle Verklärung des Politischen, letztlich des (modernen) Staates erleichtert und den Äther liefert, worin das Politische als Glaube ins subjektive Gefühlskraut schießen kann. Weber kommt zu dem Schluß, „daß die mit dem Sammelnamen ‚national' bezeichneten Gemeinsamkeitsgefühle nichts Eindeutiges sind" und „aus sehr verschiedenen Quellen gespeist werden können". Homogenisierungsfähig in Richtung auf politische Vergemeinschaftung, die ums „Nationale" zentriert ist, würden diese mehrquelligen Gemeinsamkeitsgefühle erst dort, wo sie in „Beziehung zur politischen ‚Macht'" träten. An diesem Punkt führt Weber einen Begriff ein, der sinnfällig macht, daß es sich bei den Vorstellungen vom „Nationalen" wesentlich um eine ideelle Verklärung des Politischen, letztlich des Staates handelt, den des Pathos. „Offenbar ist also ‚national' – wenn überhaupt etwas Einheitliches – dann eine spezifische Art von *Pathos* (Hervorbebung von F. K.), welches sich in einer durch Sprach-, Konfessions-, Sitten- oder Schicksalsgemeinschaft verbundenen Menschengruppe mit dem Gedanken einer ihr eigenen, schon bestehenden oder von ihr ersehnten politischen Machtgebildeorganisation verbindet, und zwar je mehr der Nachdruck auf ‚Macht' gelegt wird, desto spezifischer."[19]



Albert Speer, Umwallung des Zeppelinfeldes auf dem Reichsparteigelände in Nürnberg, 1934.

Pathos als soziologisch-politische Kategorie

Gewiß, der Begriff des „Pathos", auf den Weber am Schluß seines ersten Anlaufs zur soziologischen Annäherung an die Thematik des Nationalen zusteuert, erscheint nicht minder präzisierungsbedürftig als der der „politischen Kultur", mit dem er zweifellos in einem Zusammenhang steht. Gleichwohl, daß „Staat" und „Nation" im Pathos ihre eigentümliche Ausdrucksweise haben, mag ein flüchtiger Blick auf die „Nationalhymne" andeuten (mithin auch für die Geschichte der Sowjetunion ein aufschlußreiches Kapitel). „Nationalhymnen" reflektieren nicht nur, wie Weber es nennt, „pathetischen Stolz" und „pathetisches Sehnen", die eingründen in der Teilhabe an das mit Staatlichkeit verbundene Prestige. Sie verweisen auch dar-auf, daß das Pathos des Nationalen eingebunden ist in das Politische als ideologischer Vergesellschaftung der Subjekte *von oben*. Und sie erinnern daran, daß das Pathos der verschiedenen „Nationalstaaten" aus recht unterschiedlichen „politischen Schicksalen" hervorgegangen ist und höchst bemerkenswerte Wandlungen durchlaufen hat, wie exemplarisch die Geschichte der Marseillaise zu erkennen gibt. „Pathos" als soziologisch-politische Kategorie, von Weber eingeführt im Problemkontext der „Nation", durchaus aber manifest auch in anderen Zusammenhängen (siehe die Geschichte des „Klassenpathos"), könnte entscheidende Präzisierung erfahren, wenn erstens historisch-politologische Komparatistik sich damit befaßte, und wenn zweitens und insbesondere subjektwissenschaftliche Studien darauf abstellten, entlang den Spuren der Wortgeschichte („überbetontes Ergriffensein") die Subjektdimensionen des politischen Pathos als Ausdrucks- und Verklärungsform ideolo-

gischer Vergesellschaftung von oben zu analysieren.

Daß Weber selbst darin befangen war, was er als Zwischenresultat herauspräpariert hatte, daß das „nationale Pathos" seine eigene politische Mythe bildete, sei an dieser Stelle ausdrücklich betont.

Nation: kein ethnisches, sondern ein gesellschaftliches Konstrukt

Der zweite Anlauf Webers, das Nationale politiksoziologisch zu erschließen, ist direkt in den Kontext der Darstellung der „Politischen Gemeinschaften" plaziert, dem die „Soziologie der Herrschaft" und die (nicht ausformulierte) „Staatssoziologie" folgen. Der Boden des „Ethnischen" ist längst verlassen, „Nation" wird behandelt als ein gesellschaftliches Konstrukt. Bemerkenswert, daß das Teilkapitel „Die ‚Nation'"[20] – man beachte die Anführungszeichen! – eingeschoben ist zwischen seine Imperialismusanalyse einerseits und der Darstellung der Klassen- und Sozialstrukturen („Machtverteilung innerhalb der Gemeinschaft: Klassen, Stände, Parteien") andererseits.

Daß alle „politischen Gebilde Gewaltgebilde (sind)", denen eine„spezifische Dynamik" innwohne, nämlich daß sie für die Angehörigen „die Basis für eine spezifische ‚Prestige'-Prätension" werden können[21], Teilhabe an der staatlichen „Machtexpansion" via Teilhabe am „Machtprestige", dies ist die Beleuchtung, unter der Weber noch einmal das Thema „Nation" aufgreift. Zunächst wird angedeutet, worin „Nation" nicht aufgehe: Erstens, „Nation" sei nicht notwendig identisch mit „Staatsvolk". Beim letzteren handele es sich gleichsam nur um eine formelle Subsumtion unter einen Staatsverband (verwiesen wird auf die k.u.k. Monarchie und die ideologische Anrufung „An meine Völker"). Diese Nichtidentität von „Nation" und „Staatsvolk" ist Voraussetzung dafür, daß sowohl „Heim-ins-Reich"- als auch nationalstaatliche Autonomiebewegungen überhaupt sich geltend machen können. Zweitens, „Nation" sei nicht notwendig deckungsgleich mit „Sprachgemeinschaft" (neben der Schweiz finden sich hier Beispiele in Fülle). Drittens, „Nation" sei nicht notwendig identisch mit „Konfessionsgemeinschaft" (wofür Deutschland ein Beispiel unter vielen ist). Viertens, „Nation" sei schon gar nicht zu identifizieren mit realer „Abstammungsgemeinschaft" (die USA sind nur ein, wenn auch besonders eindrucksvoller Beleg) bzw. mit so etwas wie einem „anthropologischen Typ" (dies haben Weber seine religionssoziologischen Studien zum Judentum und zum Islam gelehrt).

Alle diese Aspekte (der „anthropologische Typ" dann als historischer Entwicklungstyp verstanden) können die „Nation" als soziologisches Gebilde, als Produkt der Neuzeit mitkonstituieren. (Eine Realtypologie hätte sich hier mehrfaktoriell zu nähern.) Aus diesem „kulturellen Material" konstituiere sich erst dann eine „Nation", wenn sie sich als „politische Schicksalsgemeinschaft" verstehe und entsprechend ausdrücke. Hierfür genüge eben nicht die formelle Subsumtion der Individuen unter einen Staat. „Staat" und „Nation" kommen dann zur Deckung, so Webers nicht durchformulierter Gedankengang, wenn das „Pathos der Nation" zum politischen Glauben geworden ist, der sich durch Erinnerungen an „gemeinsame Schicksale" vergewissern kann. Dies wäre dann gleichsam reelle Subsumtion der „Nation" unter den „Staat". Die Verwandlung des französischen Revolutionsstaates in die Grande Nation könnte als gelungenes Beispiel für die reelle Subsumtion der „Nation" unter den Staat (offensives Staatspathos) angesehen werden. Demgegenüber wäre der Versuch der DDR, „Nation" mit Hilfe des Staatspathos „erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden" zu konstituieren, als ein mißlungener Fall reeller Subsumtion der „Nation" unter den Staat zu interpretieren. Als ein ebenfalls gelungener Fall reeller Subsumtion der „Nation" unter den Staat wäre die Schweiz anzusehen, die in der Sage vom Rütlischwur ihr ganz spezifisches, defensives Staatspathos besitzt.

Kurz, für Weber wird „Nation"... „nur von der Seite des Ziels her ... dem selbständigen Staatswesen"[22] gesellschaftliche Wirklichkeit. „Nation" ist in der Sicht Webers wenn auch kein eindeutiger soziologischer Begriff, so doch eindeutig eine traditionsbestimmte *voluntaristische* Kategorie, die auf der Skala des „Staatspathos" realtypologisch zwischen den Polen „defensiv-autonomistisch" und „imperial-expansiv" sich bewegen kann.

Machtgedanke in den Nationbegriff eingeschmolzen

So ist dem Historiker Wolfgang J. Mommsen beizupflichten, wenn er zu Webers Konzept der „Nation" pointiert, daß der „Machtgedanke" zentral in den „Nationsbegriff eingeschmolzen" ist: „‚Gemeinsame politische Schicksale, gemeinsame politische Kämpfe auf Leben und Tod' (M. Weber) machen eine Gruppe von Menschen zur Nation ... Entscheidend für die Entwicklung des Nationalbewußtseins ist die bewußte Anteilnahme am machtpolitischen Schicksal des eigenen Staates."[23] Webers zeitgenössisches Anliegen ist es deshalb gewesen, „eine ‚Arbeiteraristokratie' zu schaffen, welche Trägerin des politischen Sinnes wäre, den wir heute (1895, F. K.) an der Arbeiterbewegung vermissen".[24] Anders, Weber stellt eine Einladungskarte an die bislang noch „vaterlandslosen Gesellen" der Sozialdemokratie aus, sie möge sich an den materiellen und ideellen Gewinnen („Prestige") des deutschen Machtstaates beteiligen, sie möge die „Nation" zu ihrem politischen Glauben machen. Er ist durchaus optimistisch, da „die Idee der ‚Nation] bei ihren Trägern in sehr intimen Beziehungen zu ‚Prestige'-Interessen steht".[25] Diese würden um so mehr greifen, wenn sich das Pathos der „Nation" noch mit einer „spezifischen ‚Kultur'-Mission" verbinde." Pathos mit Mission zu einer politischen Religion legiert darf füglich als reelle Subsumtion der gesellschaftlichen Individuen unter das Politische, schließlich den Staat, entziffert werden. Sie tritt dann in Erscheinung und Aktion als Hegemonialismus, schließlich Imperialismus, gleichgültig ob die politische Religion im Firmenschild das ethnizistisch-mythische Zeichen von Panbewegungen (Panslawismus, Pangermanismus usw.) trägt, oder ob sie ihren „Treibstoff" aus religiösen oder kulturalistisch-metaphysischen Konstruktionen der „Nation" bezieht (USA: „Neues Jerusalem" bzw. „God's own country"; Deutschland: „Kultur als deutsches Wesen"). Die Devise Webers, daß „das Evangelium des *Kampfes*" die „Pflicht einer Nation" sei[27], läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Bleibt eine Frage: Wenn das „Nationale" wesentlich historisches Produkt und Ausdrucksform des Politischen, zumal des Staates, ist, ver-

flüchtigt sich dann die „Nation“ erst zusammen mit der Resorption des Staates in die Gesellschaft bzw. mit der Auflösung des Politischen in die selbstbewußte Vergesellschaftung der Individuen? Webers Gedankengänge zum komplexen Problem „Nation“, die im übrigen unabgeschlossen bleiben[28], erinnern jedenfalls daran, daß das Politische bzw. der Staat ebenso wie die „sonstigen idealistischen Superstrukturen“ Gestalten sind, in denen die „gesellschaftlichen Kräfte“ der Individuen sich von diesen getrennt haben, eine ihnen übergeordnete ideologische Macht bilden. Sie erinnern daran, daß zu „einer neuen Begründung der Gesellschaft“ es in der Perspektive erforderlich sei, „sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen“, zu dem neben den „Klassen“ von Marx und Engels nachgerade auch die „Nationalitäten“ gerechnet werden.[29] Dies ist notiert in einer Arbeit, deren Titel im Zusammenhang einer Analyse und Kritik des Nationalen als „Staatspathos“ besonders denkwürdig erscheint: „Die deutsche Ideologie.“ Sie hat im „Mythos von Stalingrad“, dieser Tage jubiläumsthematisch, ihre für deutsche Groß- und Weltmachtpolitik, der Webers Anstrengungen galten, allerdings traumatische Fortsetzung. ■

„Frühlingsgruß“, Konfekt mit Hakenkreuzen, Schneeglöckchen mit einretuschierten Hakenkreuzen, 1933.

Anmerkungen

1 M. Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede. In: ders., Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1988, 5. Aufl.

2 G. Fülberth, Für eine Lösung à la CSFR. In: »konkret« 12/92, S.10ff.

3 „Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren mit auf den Weg zu geben, sondern *ewigen Kampf* um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art.“ M. Weber, a.a.O., S.14.

4 Ebd.

5 M. Weber, Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd.55, Leipzig 1892.

6 Ebd, S.795.

7 Siehe M. Weber, Artikel Börsenwesen im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Aufl.,
1. Supplementband, Jena 1895; ders., Artikel Börsengesetz im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., 2. Supplementband, Jena 1897.

8 M. Weber, Die technische Funktion des Terminhandels. In: Deutsche Juristenzeitung, Jg. 1, 1896, S.250.

9 Vgl. hierzu F. Heckmann, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland?, Stuttgart 1981, S.146ff.

10 „Die Volkswirtschaftslehre als erklärende und analysierende Wissenschaft ist *international*, allein sobald sie *Werturteile* fällt, ist sie gebunden an diejenige Ausprägung des Menschentums, die wir in unserem eigenen Wesen finden.“ M. Weber, Der Nationalstaat …, a.a.O., S.13.

11 M. Weber, Brief vom 15.11.1911 an die Freiburger Kollegen. Zit. nach W. J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890 bis 1920, Tübingen 1974, 2. überarb. und erw. Aufl., S.70. Die Polemik gegen den „zoologischen Nationalismus“ ist an die Adresse der deutschen Burschenschaften gerichtet!

12 M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, zwei Halbbände, Köln-Berlin 1964 (Studienausgabe). Der überwiegende Teil dieser soziologischen Kategorienlehre ist nach dem Ersten Weltkrieg geschrieben. Der von Weber projektierte Schlußstein, die Staatssoziologie, blieb ungeschrieben.

13 Ebd., erster Halbband, S.303-316.

14 „Soziologie … soll heißen: eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will. ‚Handeln‘ soll dabei ein menschliches Verhalten … heißen, wenn und insofern als der oder die Handelnden mit ihm einen subjektiven *Sinn* verbinden. ‚Soziales‘ Handeln aber soll ein solches Handeln heißen, welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten *anderer* bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist.“ Ebd., S.3.

15 Ebd., S.303. Dies ist just das Grundmuster, das der „legitime Sohn“ Max Webers, einer der ideologischen Wegbereiter des Faschismus, Carl Schmitt, später ins Freund-Feind-Schema als Substrat alles Politischen transformiert.

16 Nicht weil er dem Zauber der Musik verfallen gewesen wäre, sondern weil er als Religions- und Vereinssoziologe einiges von der Herrschaftsfunktionalität musikalischer Strukturen ahnte, hat Max Weber sich auf das Feld der Musiksoziologie begeben. Siehe M. Weber, Die rationalen und soziologischen Grundlagen der Musik, München 1921.

17 M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, erster Halbband, S.307.

18 Ebd., S.309.

19 Ebd., S.316.

20 M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, zweiter Halbband, S.674-678.

21 Ebd., S.664f.

22 M. Weber, Diskussionsrede auf dem 2. Deutschen Soziologentag. In: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S.484.

23 W. J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, a.a.O., S.55.

24 M. Weber, Der Nationalstaat, a.a.O., S.23.

25 M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, zweiter Halbband, S.677.

26 Ebd., S.24.

27 M. Weber, Diskussionsbeitrag, Verhandlungen des 8. evangelisch-sozialen Kongresses, 1897. Zit. nach W. J. Mommsen, a.a.O., S.78.

28 „Hier bricht die Darstellung ab“, vermerkt Johannes Winckelmann, der Herausgeber von „Wirtschaft und Gesellschaft“, zum Ende des kurzen Kapitels „Die ‚Nation‘“. Er berichtet, daß in Webers Manuskript sich eine Randnotiz zum tragischen Zusammenhang bzw. unaufhebbaren Konflikt zwischen Kultur und Staat bzw. Politik findet. Ein Hinweis darauf, daß eben, im Unterschied zu Marx, für Weber das Politische keine historisch-kritische, sondern eine affirmativ-existentielle Kategorie ist. Hierzu auch W. J. Mommsen, a.a.O., Kap. III.4., Nation, Macht und Kultur. Zur Problematik des politischen Wertsystems Max Webers.

29 Vgl. K. Marx/F.Engels, MEW 3, S.70 sowie die gesamte Passage. Die Schwierigkeiten jedoch fangen da an, wo es um die Ambivalenzen des *Nationalen* gleichwie des *Politischen* in der Praxis geht: Bewegungsformen sozialer Emanzipation sowohl wie ideologischer Unterwerfung zu sein. Angedeutet bei Brecht, dem vielleicht bedeutendsten historischen Materialisten nach Marx. In einem der „Aufsätze über den Faschismus“ unter dem Titel „Plattform für die linken Intellektuellen“ heißt es: „4. Auch der Nationalsozialismus ist ein Versuch, eine Universalität herzustellen. Er versucht, *alle* zusammenzufassen auf der Basis und in der Form der *Nation* … 7. Mit vollem Recht bezeichnet Hitler als den Feind des nationalsozialistischen Versuchs der Einigung den Marxismus, jenen anderen tiefergreifenden Versuch einer Einigung *aller*.“ (B. Brecht, Gesammelte Werke Bd.20. Schriften zur Politik und Gesellschaft, Frankfurt 1973, S.237, 239).

Univ.-Doz. Dr. Friedhelm KRÖLL ist Soziologe in Nürnberg, er lehrt auch an der Universität Wien.

Noch mehr Schwierigkeiten mit der „österreichischen Identität“ und mit Marx und Engels

Bemerkungen zu Winfried R. Garschas Artikel in WuZ 5/92

Reinhard PITSCH

Indem sich Garscha von Klahr absetzt, und zwar in Richtung „Österreich“, muß er zu einigen Theoremen der marxistischen Tradition recht kritische Positionen entwickeln.

Dagegen wäre nichts einzuwenden. Wohl aber dagegen, daß ebenso sachlich-historisch wie auch theoretisch unkorrekte Thesen und Behauptungen zum Fundament dieser Erneuerung des marxistischen Österreichbildes dienen.

Die „einheitliche, starke Gewerkschaftsbewegung nach 1945“ ist mitnichten „österreichische Besonderheit“, hier argumentiert Garscha gegen sich selbst: sie ist – im Gegensatz zu Frankreich, England, Italien – eine Besonderheit der Arbeiterbewegung nach dem deutschen Faschismus, also von Deutschland und Österreich.

Was dem Hegelschen Philosophen bei seinen apriorischen Konstruktionen der Geschichte nicht gestattet ist – logisch-begriffliche Widersprüche, Verwendung von Begriffen in unvereinbaren Bedeutungen -, dies ist auch dem Historiker nicht gestattet. Garscha kritisiert an mir (S.15 seines Artikels): (1) die „nationalen Scheidelinien“ des 20. Jahrhunderts in das 19. zurückzuverlängern; dies sei eine „Mystifikation“; (2) was nicht ins „nationalistische Korsett“ passe, werde als reaktionär denunziert; (3) unberücksichtigt bleibe dabei das „demokratische, emanzipatorische Element“ der nicht-nationalen Geschichtsideologen der „kulturellen Pluralität des Reiches“ und der Konstrukteure einer österreichischen „Staatsnation“; (4) im Übrigen tue ich so, „als wüßten wir nicht, was im 20. Jahrhundert aus der ‚nationalen Idee‘ geworden“ sei; (5) jedoch befände ich mich in guter Gesellschaft: „Der ‚nationale Nihilismus‘ der Großösterreicher des vorigen Jahrhunderts zeichnete sich gegenüber den (deutsch-)nationalen Revolutionären dadurch aus, daß er Existenz und Lebensrecht der kleinen slawischen Völker des Reiches zur Kenntnis nahm, wozu – wie ihre nationalistischen Ausfälle gegen die Tschechen und Südslawen zeigen – nicht einmal Marx und Engels in der Lage waren.“

Ad (1): die „nationalen Scheidelinien“ standen bereits in der Zeit der bürgerlichen Revolutionen in Europa, der polnischen Teilungen, der Wiedereinsetzung obskurer Kleinfürstentümer in Deutschland, der weiteren Zerstückelung Italiens und des antimagyarischen und antislawischen Wiener Zentralismus, wie die zeitgenössische politische Debatte zeigt. Von einer „Rückverlängerung“ kann also keine Rede sein.

Ad (2): wenn schon Korsett, dann national und nicht nationalistisch; die Verwendung des letzteren Begriffs ist hier unkorrekt: Ungarn, Polen, Italiener, Deutsche, die ihre nationale Einheit und Unabhängigkeit erstrebten, waren nicht durch die Bank „nationalistisch“, zumindest nicht für Marxisten; der Begriff dient also nur zur Denunziation.

Ad (3): Das demokratische Prinzip war das nationale, das emanzipatorische der Völker war das nationale. Antidemokraten waren obskurante Pfaffen, Adel. „Kulturelle Pluralität“ gab es in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts schon deshalb nicht, weil es bei vielen kleineren slawischen Völkern (noch) keine Kultur im klassischen (auch marxistischen) Sinne gab, keine Schriftsprache und Literatur; diese bildeten sich erst heraus – im Prozeß der nationalen Emanzipation.

Ad (4): Vorurteile des hilflos-manipulativen bürgerlichen Antifaschismus mögen weit verbreitet sein; für Marxisten jedenfalls ist der Faschismus, der offenbar gemeint ist, kein Produkt der „nationalen Idee“, sondern kapitalistische Herrschaftsform des Finanzkapitals, gestützt auf das Kleinbürgertum.

Ad (5): Garscha sieht durch seine (deutsch-)nationale Brille nicht, daß gegen den nationalen Nihilismus der Habsburger und ihrer Kreaturen nicht nur Deutsche, sondern auch Magyaren, Italiener, Polen standen – alle von Marx und Engels „anerkannt“; deren Ausfälle gegen Tschechen und Südslawen waren nicht „nationalistisch“, sondern durch ihre Konzeption des demokratischen Fortschritts bedingt. Da Tschechen und Südslawen sich als Henker im Sold der Habsburger mißbrauchen ließen und sich bis 1848 zu keinen demokratischen (=nationalen) Bewegungen aufschwangen, deshalb wurde ihre historische Berechtigung von Marx und Engels negiert. Die Geschichte ging weiter; diese Völker entwickelten nationale Kulturen und demokratische Bewegungen (spätestens ab 1918). Zu fragen ist, wer hier „die klaren nationalen Scheidelinien des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts weit in die Geschichte zurück“ verlängert?

Garscha meint, ein Herr Hanns Haas hätte ihm 1988 nachgewiesen, daß ein sogenanntes „deutsches Ethnikum“ eine nachträgliche Rekonstruktion sei. Für die fortschrittlichen Kräfte der von mir behandelten Zeit jedoch, für Bürgertum und Proletariat, war klar, daß deutsche Sprache und Kultur die Basis der deutschen Nationsbildung zu seien hätten, ohne auf ein „Ethnikum“ zurückzugreifen. Niemand dachte etwa daran, Marx schon gar nicht, die Siebenbürger Sachsen für die deutsche Nation zu reklamieren. Abgesehen davon ist Herr Hanns Haas, Dozent für Ge-

schichte zu Salzburg, zu Nachweisen jeder Art ungeeignet, bedarf er doch selbst der Belehrung, durch die ihm nachgewiesen wird, was Marx und Engels tatsächlich schrieben. Haas schreibt: „Nur wenige deutsche Demokraten waren damals (scil. 1848-1850) für ein geeintes Deutschland ohne Österreich. Die meisten wollten da und dort die erste Geige spielen – ... Die böhmischen Länder, Triest, Posen, Trient, das hätten alle gerne im künftigen Deutschland gesehen. Auch Marx." [1]

Ad Böhmen: Herr Haas, ein echter Österreicher, kehre vor der eignen Tür: „Für uns Deutsche hat der Fall Östreichs noch eine spezielle Bedeutung. Es ist Östreich, das uns in den Ruf gebracht hat, die Unterdrücker fremder Nationen, die Söldlinge der Reaktion in allen Ländern zu sein. Unter der östreichschen Fahne halten deutsche Polen, Böhmen, Italien in der Knechtschaft. Der östreichischen Monarchie haben wir es zu verdanken, daß von Syrakus bis Trient, von Genua bis Venedig die deutschen als verächtliche Landsknechte des Despotismus gehaßt sind." So Engels, „Der Anfang des Endes in Österreich", »Deutsche-Brüsseler Zeitung« vom 27. Januar 1848.

Engels protestierte zunächst heftigst gegen die Niederwerfung des Prager Aufstandes (gleichnamiger Artikel, »Neue Rheinische Zeitung« vom 18. Juni 1848): „Und was hat das revolutionäre Deutschland getan? Es hat die alte Unterdrückung Italiens, Polens und nun auch Böhmens durch die deutsche Soldateska vollständig ratifiziert." „Und man verdenkt den Tschechen, daß sie sich selbst nicht an eine Nation (scil. konkret: den Deutschen Bund) anschließen wollen, die, während sie sich selbst befreit, andere Nationen unterdrückt und mißhandelt?" Erst durch das Sich-Anschließen der Tschechen an die sie eben niedergeworfen habende Habsburger Macht werden diese wieder reaktionär, indem sie die damalige historische Chance, sich zur revolutionärdemokratisch zur „Nation" zu konstituieren, verabsäumten. Es ist also nicht so einfach, wie Herr Haas suggeriert. Die anderen Beispiele sind einfacher.

Ad Posen: Das Frankfurter „Vorparlament", das vom 30. März bis zum 3. April 1848 in der Paulskirche tagte, erklärte, es sei Pflicht des deutschen Volkes, Polen wiederherzustellen, und nahm Posen nicht, wie von Preußen gewünscht, in den deutschen Bund auf. Daß später die Nationalversammlung in der polnischen Frage umfiel, stimmt zwar, jedoch opponierte die Linke. Marx und Engels kritisierten gerade dieses Umfallen, waren sie doch immer die schärfsten Verteidiger der Wiederherstellung Polens. Engels schrieb in seltener Ausführlichkeit zur „Polendebatte in Frankfurt" zwischen 9. August und 7. September in der »Neuen Rheinischen Zeitung«.

Ad Triest, Trient: Engels polemisiert in derselben Zeitung vom 27. August gegen Herrn Schücking von der »Kölnischen Zeitung«, weil dieser „Welsch-Tirol und das Venetianische" behalten will, „um damit einen österreichischen Erzherzog zu belehnen". Immer waren Marx und Engels für ein Italien unter Einschluß Welschtirols (Trient) und Venetiens. Siehe auch Engels am 27. Januar 1848 zu Österreich, oben zitiert.

Soviel zu Herrn Haas. ■

1 Hanns Haas: Kommentar zu Winfried Garschas „Bemerkungen zur Periodisierung der österreichischen Nationsgenese", »Fortschrittliche Wissenschaft« Nr.19 (1988/1), S.25

Dr. Reinhard PITSCH ist Philosoph und Lehrbeauftragter an der Universität Wien.

Der Mazedonienkonflikt aus griechischer Sicht

Günther KLODNER

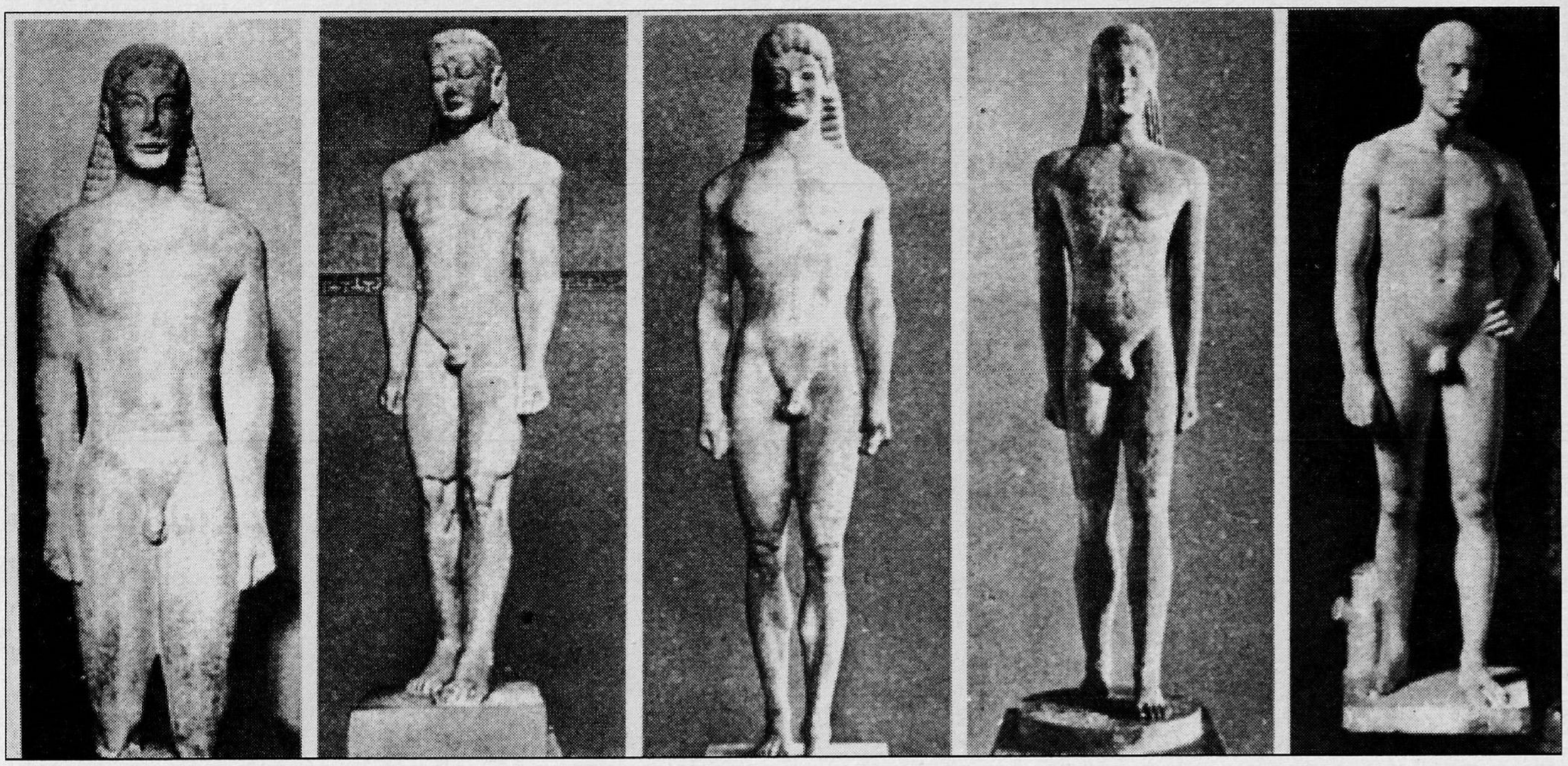
Bis zur staatlichen Auflösung Jugoslawiens und den in der Folge ausgebrochenen kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Republiken existierte ein Mazedonienproblem, was die Nachkriegszeit seit 1945 betraf, im wesentlichen nur zwischen Jugoslawien und Bulgarien. Wobei sich die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Staaten in durchaus friedlicher Form abspielten.

Kernpunkt dieser Auseinandersetzungen war ein Streit darüber, ob nun die mazedonische Sprache eine Variante des Bulgarischen sei, wie die bulgarische Seite behauptete, oder aber eine eigene Sprache mit historisch tiefen Wurzeln, wobei lediglich die Schriftsprache relativ spät, nämlich nach 1945, entstanden sei, wie die jugoslawisch-mazedonische Seite behauptete. Das höchste der Gefühle in diesem Konflikt waren journalistische Wortgeplänkel in den auflagenstärksten Zeitungen oder allenfalls diplomatische Protestnoten. Ein (fast) paradiesischer Zustand, verglichen mit dem Grad des Konfliktes, der wegen Mazedonien in letzter Zeit erreicht wurde und durch eine stetig wachsende Kriegsgefahr, mit einer eventuellen Beteiligung sämtlicher Balkanstaaten an kriegerischen Auseinandersetzungen, gekennzeichnet ist. Dabei wurde noch vor gar nicht langer Zeit das jugoslawische Mazedonien als gutes Beispiel dafür gelobt, daß eben Albaner, Mazedonier, Serben usw.durchaus friedlich innerhalb eines Staatsgebildes zusammenleben können, egal ob es nun zur Ausrufung eines eigenen Staates kommt oder nicht. Wieder einmal hat man die Rechnung ohne den Wirt, sprich die nationalistischen Strömungen in den Balkanstaaten, gemacht, die als Ausweg aus der prekären politischen und ökonomischen Situation offensichtlich nur mehr den Krieg mit den Nachbarstaaten zur Durchsetzung angeblich bestehender historischer Rechte auf Mazedonien sehen. Und offensichtlich macht da auch Griechenland keine positive Ausnahme, obwohl man gerade von griechischer Seite lange Zeit alles vermieden hat, was nur in irgendeiner Form als eine Veränderung des politischen Status quo ausgelegt werden könnte.

Kurzer geschichtlicher Abriß Mazedoniens

Mazedonien hat eine sehr abwechslungsreiche machtpolitische Geschichte. Im Mittelalter war Mazedonien vorübergehend unter der Herrschaft der Bulgaren, später der sogenannten Lateiner, die das Thessalonikische Kaiserreich mit Saloniki als Hauptstadt gründeten, sowie der Serben. Im Jahre 1486 nach der Schlacht auf dem Amselfeld (Kossovo Pole) unterwarfen die Türken das ganze Gebiet Mazedoniens, um es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als unangefochtene Herrscher zu besitzen.

Den Anstoß zur „mazedonischen Frage" gaben besonders die nationalen Einheitsbestrebungen der Bulgaren. Im Jahre 1893 gründeten Gruew und Deltschew die geheime Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO), die durch das Mazedonische Komitee, das im Jahre 1894 in Sofia gegründet wurde, wirksam unterstützt wurde. Beide Organisationen zeigten in der Folge für die Aufstellung bewaffneter revolutionärer Banden, den Komitadschis, verantwortlich. Im Jahre 1911 erreichten die bewaffneten Auseinandersetzungen, die vielfach auch terroristische Züge hatten, ihren Höhepunkt. Da die Türkei auf ein Ultimatum Serbiens, Griechenlands, Bulgariens und Montenegros, nämlich Mazedonien und Thrakien die Autonomie zu gewähren, nicht reagierte, brach im Jahre 1912 der erste Balkankrieg aus, in dem Bulgarien, Griechenland und Serbien der Türkei ganz Mazedonien entrissen. Da sich die Balkanstaaten vor allem wegen der Expansionsbestrebungen Bulgariens, das für sich den größten Teil Mazedoniens einschließlich Salonikis beanspruchte, nicht einigen konnten, kam es schon ein Jahr später zum Zweiten Balkankrieg, in dessen Folge Bulgarien sich mit einem wesentlich kleineren Gebietszuwachs begnügen mußte und die größten Teile Mazedoniens an Griechenland und Serbien fielen. Aus Unzufriedenheit darüber trat schließlich Bulgarien an der Seite der Mittelmächte in den Ersten Weltkrieg ein, um sich danach großer Teile Serbisch-Mazedoniens zu bemächtigen. Im Frieden von Neuilly (1919) mußte jedoch Bulgarien diese eroberten Gebiete wieder an Serbien beziehungsweise das Strymnontal an Griechenland zurückgeben. Auch in der Zwischenkriegszeit gab es zwischen Jugoslawien und Bulgarien immer wieder politische Spannungen. Die IMRO, die ihren Sitz von Jugoslawisch-Mazedonien nach Sofia verlegt hatte, setzte nämlich von dort ihren politischen Kampf um die Selbständigkeit Mazedoniens fort, wodurch es in der Folge zu einem jahrelangen blutigen Grenzkrieg mit Jugoslawien kam. Erst im Jahre 1934, nachdem die jugoslawienfreundliche Regierung unter Georgiew die IMRO in Bulgarien verbot und deren Führer in die Türkei flüchten mußten, kam es zu einer fühlbaren Entspannung. Doch dieser friedliche Zustand währte nur kurze Zeit, denn bereits 1941 trat Bulgarien an der Seite Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg ein und erhielt als Belohnung dafür ganz Jugoslawisch- Mazedonien sowie auch große Teile Griechisch-Mazedoniens östlich des Flusses Strymnon, der Rest Mazedoniens fiel an das von den Italienern besetzte Albanien. Im Jahre 1945 kam es zur Wiederherstellung der früheren Grenzen, welche im wesentlichen den Grenzen aus dem Jahre 1915 entsprachen. Somit entfällt seit 1945 der größte Teil Mazedoniens an Griechenland, nämlich Ägäisch-Mazedonien mit 34.556 km^2 mit der Hauptstadt Saloniki. Das zweitgrößte Gebiet



Vergleichende Zusammenstellung von Plastik aus archaisch-griechischer Zeit, Barock, Zeit des Nationalsozialismus.

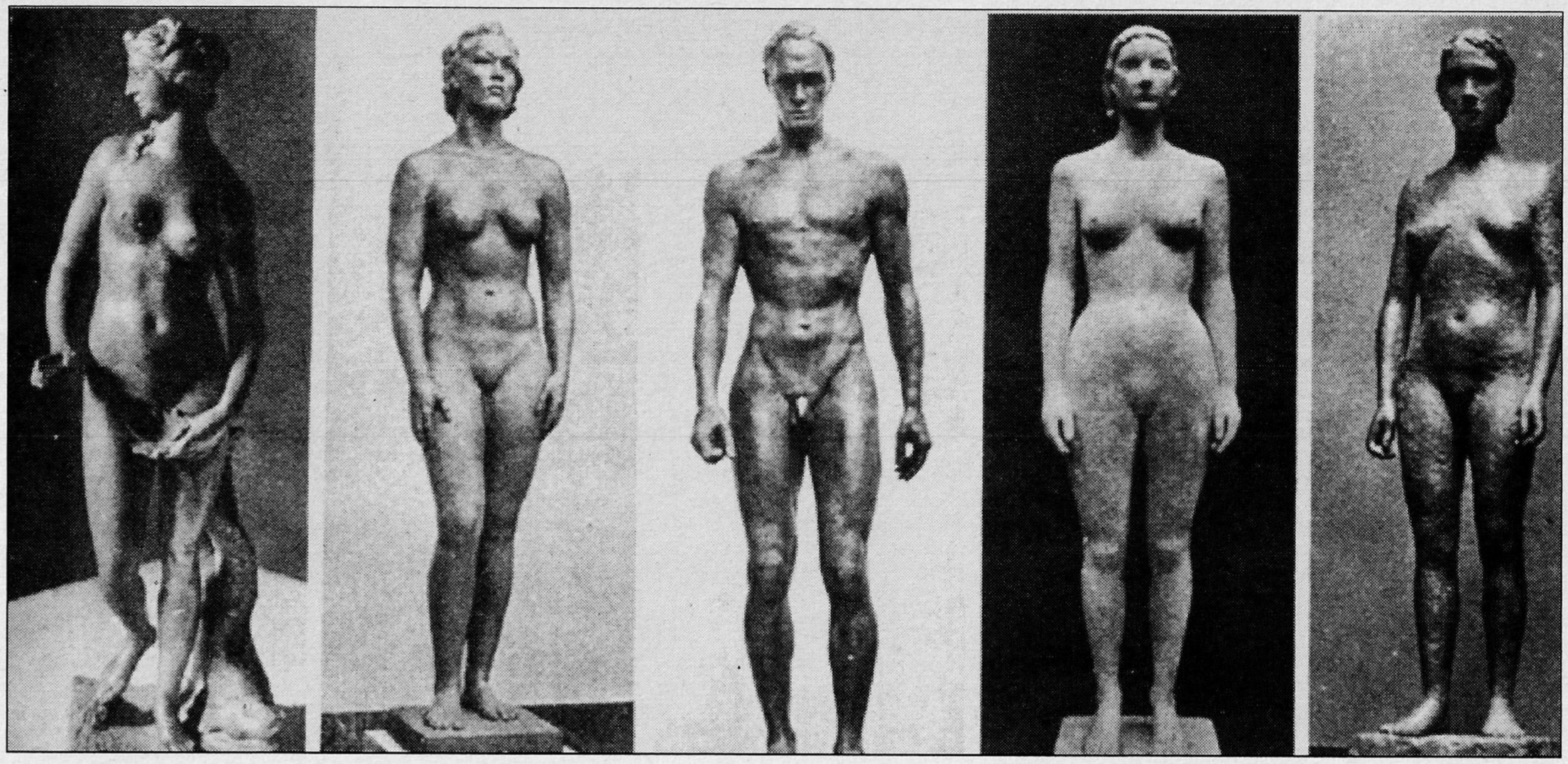
(25.432 km^2) ist das der ehemaligen Sozialistischen Republik Mazedonien mit der Hauptstadt Skopje, also jenes Gebiet, um das der derzeitige Mazedonisenkonflikt ausgebrochen ist. Die restlichen Teile Mazedoniens sind wesentlich kleiner und entfallen auf Bulgarien, mit einer Größe von 6.798 km^2, sowie auf Albanien, mit einer Größe von nur 1.155 km^2. Insgesamt hat Mazedonien im geografischen Sinne gesehen eine Größe von 67.941 km^2.

Nicht unerwähnt bleiben sollte ein Versuch zur Lösung der Mazedonienfrage, auch wenn er schließlich, aus vor allem außenpolitischen Gründen, nicht verwirklicht werden konnte. Seitens der kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Bulgariens gab es nach dem Sieg über den deutschen Faschismus konkrete Pläne, eine Balkanföderation zu errichten, an der Selbokroatien, Bulgarien und Mazedonien teilnehmen sollten. Mazedonien sollte im Rahmen dieser Konföderation als Prellbock gegen einerseits serbische, andererseits bulgarische Dominanz fungieren. Die Pläne wurden schließlich so weit konkretisiert, daß Bulgarien in dem Teil Mazedoniens, der auf seinem Staatsgebiet liegt, die mazedonische Schriftsprache einführte. Durch den Bruch Titos mit der Sowjetunion im Jahre 1948 wurden jedoch diese Pläne hinfällig.

Im Jahre 1946 brach in Griechenland nach der Entwaffnung der ELAS-Partisanen sowie der zunehmenden politischen Verfolgung der demokratischen und linken Kräfte, die einen jahrelangen Freiheitskrieg gegen die italienische und später auch gegen die deutschen Besatzer geführt hatten, der Bürgerkrieg aus. Im Laufe der Kriegsereignisse gelang es den linken Kräften unter der Führung der demokratischen Armee (DSE) mehr als zwei Drittel Griechenlands unter seine Kontrolle zu bekommen. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Bewohner Griechisch-Mazedoniens, vor allem auch solche slawischer Abstammung und Muttersprache, die sich überwiegend den Linkskräften und der DSE anschlossen. Es besteht auch kein Zweifel daran, daß sich die Geschichte Griechenlands nach 1945, und zwar trotz der Beschlüsse auf der Konferenz in Jalta, zufolge derer Griechenland der Interessensphäre der Angloamerikaner zugeordnet wurde, völlig anders entwickelt hätte, wäre es nicht zum Bruch Titos mit der Sowjetunion im Jahre 1948 gekommen. Denn Tito sperrte ab diesem Zeitpunkt seine Grenzen für die griechischen Freiheitskämpfer, was dazu führte, daß diese keinen Nachschub und keine Waffen mehr bekamen, in der Folge auch in immer größere Bedrängnis gerieten und schließlich vor den Truppen der rechten Athener Regierung, die ihrerseits massive Waffenlieferungen aus England und den USA erhielten, kapitulieren mußten. Wie so oft in der Geschichte europäischer Völker im 20. Jahrhundert wurde ein innenpolitischer Kampf durch außenpolitische Ereignisse wesentlich beeinflußt und schließlich auch entschieden.

Die griechische Sicht der Dinge

Der griechische Bürgerkrieg mit seinen fast 800.000 Todesopfern und den hunderttausenden Kämpfern und Anhängern der demokratischen und linken Kräfte, die als Verlierer des Bürgerkrieges entweder jahrelang auf den KZ-Inseln wie Makronissos, Jaros, Ikaria interniert wurden oder in die sozialistischen Länder flüchten mußten, ist ein traumatisches Erlebnis, das auch heute noch eine wichtige, ja fast zentrale Rolle in der griechischen Innenpolitik spielt. Und gerade die Bewohner Griechisch-Mazedoniens kamen eben wegen ihrer Unterstützung der Linken zum Handkuß. In einer bis dahin für Griechenland beispiellosen politischen Unterdrückung und Diffamierung wurden sie als Feinde der Nation gestempelt und öffentlich als slawokommunistische Barbaren gebrandmarkt, die oft auf die geringste noch dazu unbegründete Beschuldigung eines „nationalgesinnten“ Griechen für Jahre in Gefängnisse gesperrt beziehungsweise auf die berüchtigten KZ-Inseln verbannt wurden. Eine Rückkehr nach Jahren war nur möglich, sofern sie eine sogenannte „Reueerklärung“ unterzeichneten, in der sie den Idealen des Sozialismus und Kommunis-



mus abschworen und sich selbst wegen ihrer Unterstützung der Linken als Verbrecher bezeichneten, die jedoch ihre Verbrechen bereuten. Dennoch blieben Zehntausende ihren Idealen treu und unterzeichneten die „Reueerklärung" nicht, obwohl sie häufigen Folterungen ausgesetzt wurden und ihre Familien, sofern sie nicht auch interniert wurden, ebenfalls terrorisiert wurden.

Trotz der systematischen Verfolgung der Linken und großer Teile der mazedonisch-griechischen Bevölkerung entwickelten sich außenpolitsch gesehen stabile Grenzen zwischen Griechenland und dem Nachbarstaat Jugoslawien, obwohl dieser, trotz aller Differenzen mit der Sowjetunion, dem sozialistischen Lager zuzurechnen war. Die einzige Belastung aus Sicht der griechischen rechten Regierungen, die von 1950 bis 1981 die Geschicke des Landes lenkten, waren allenfalls die Zehntausenden ehemaligen griechischen Freiheitskämpfer, die als Flüchlinge in der Sozialistischen Republik Mazedonien aufgenommen wurden und dort auch lange Zeit eine wichtige Rolle in der Innenpolitik Jugoslawiens spielten. Jugoslawien hatte sich auch auf internationaler Ebene stets in ihrem Kampf um die vollständige politische Rehabilitierung sowie um die Rückkehr in ihre griechische Heimat unterstützt, eine echte Rehabilitierung sowie eine Rückkehr wurde den Flüchtlingen erst auch dem Sieg der Pasok bei den Wahlen im Jahre 1981 ermöglicht, denn die neue Regierung erließ ein Gesetz über die Rehabilitierung der Freiheitskämpfer sowie eine Generalamnestie der im Bürgerkrieg begangenen „antinationalen" Taten.

Wichtige Grenze

Seit den achtziger Jahren wurde die griechisch-jugoslawische Grenze zu einer der wichtigsten Grenzen in Europa überhaupt, die nach dem Ausbau des Verkehrsnetzes auf Schiene und Straße im Zuge des ständig zunehmenden Handels zwischen Europa und Asien beziehungsweise auch zwischen den ehemaligen sozialistischen Ländern und den Ländern, die Mitglieder der EG sind, eine zentrale Rolle bei allen weiteren wirtschaftspolitischen Überlegungen spielte. Und die politischen Beziehungen zwischen Griechenland und seinem Nachbarn Jugoslawien waren so gut, daß es Pläne zu einer kleinen Balkankonföderation auf zunächst wirtschaftlichem Gebiet gab.

Das Streben Griechenlands nach stabilen Grenzen wird vor allem verständlich, wenn man die über vier Jahrhunderte andauernde Herrschaft der Türken in Griechenland (1493 bis Ende des 19. Jahrhunderts), im Lauf derer Griechenland einen erbitterten Kampf um seine nationale Existenz führen mußte, in Betracht zieht. Sicherlich gibt es bei den Griechen auch eine traditionelle Angst vor einer Eroberung oder Invasion aus dem Norden, da eine existentielle Bedrohung Griechenlands zumeist von dort erfolgte: angefangen von der slawisch-bulgarischen Eroberung Mazedoniens im Mittelalter bis zum Überfall Griechenlands durch die Italiener und danach die Deutschen im Zweiten Weltkrieg sowie auch die Annektierung von Teilen Griechenlands durch die Bulgaren zwischen 1941 und 1945. Der Bürgerkrieg war für die Rechte eine weitere Bestätigung ihres „Nordkomplexes" und der Vorstellung, aus dem Norden, wo eben auch Mazedonien liegt, könne nur Schlechtes kommen. Vor etwa zwei Jahren wurden in Saloniki die ersten Plakate affichiert, in denen davon die Rede war, daß Mazedonien immer griechisch war. Träger dieser Idee waren keinesfalls Vertreter der mazedonisch sprechenden Minderheit in Nordgriechenland, sondern vor allem kirchliche Kreise beziehungsweise kleinere nationalistische Organisationen, denen offensichtlich die fernere Geschichte Griechenlands wichtiger war als die damals geführte heiße politische Debatte, die von Skandalen (Koskotas, Maisskandal usw.), in denen auch Vertreter der Pasok-Regierung involviert waren, geprägt war. Ernst genommen hat damals diese Leute kaum jemand, vor allem auch deshalb, nicht, da keine wichtige politische Gruppierung hinter ihnen stand. Im Zuge der wachsenden Spannungen zwischen Serben und Albanern im Kosovo, der

wirtschaftlichen Auswirkungen des Zerfalls Jugoslawiens, die auch Griechenland schwer trafen, der Zuspitzung des Krieges in Bosnien-Herzegowina und dem Beharren der mazedonischen Führung unter Gligorov, einen eigenen Staat Mazedonien zu gründen, hat sich das Bild jedoch gründlich geändert. Griechenland hat zu den Plänen Mazedoniens, einen eigenen Staat zu gründen, ein kategorisches „Nein" gesagt, sofern dieser Staat sich nur in irgendeiner Form als mazedonisch bezeichnet.

Bisher kein Anstoß

Unverständlich erscheint diese Haltung schon deshalb, da es bisher niemand in Griechenland gestört hat, daß sich ein Teil Jugoslawiens Sozialistische Republik Mazedonien nannte. Griechenland war jedoch insofern erfolgreich, als es bei seinen EG-Partnern durchsetzte, daß diese im Rahmen einer Konferenz in Lissabon die internationale Anerkennung des neuen Staates von einer nicht zu führenden Bezeichnung „Mazedonien" abhängig machten. Wie dieser Beschluß allerdings mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, einem alten Steckenpferd der EG und worauf gerade Griechenland zur Unterstützung einer angeblich griechischen Minorität in Albanien beharrt, vereinbar ist, das steht auf einem anderen Blatt.

Im Juni 1992 fand die bisher größte Demonstration zu diesem Thema, unter dem Motto „Mazedonien ist seit 3000 Jahren griechisch", statt, an der über eine Million Griechen aus allen politischen Lagern, außer aus der Kommunistischen Partei, teilnahmen. Und seit diesem Zeitpunkt hat sich parallel zu der verschärfenden außenpolitischen Lage auch die innenpolitische Situation so weit verschärft, daß Putschgerüchte für den Fall einer internationalen Anerkennung Mazedoniens in Umlauf gesetzt wurden. Einpeitscher sind da besonders rechte Kreise in der Nea Dimokratia, der konservativen Regierungspartei, besonders der ehemalige Außenminister Samaras, der durch seine engstirnige und unnachgiebige Haltung schließlich auch in Konflikt mit Ministerpräsident Mitsotakis kam, der eine flexiblere Politik hinsichtlich einer Namensgebung eines künftigen Staates Mazedoniens einnehmen wollte, schon um eine weitere internationale Isolierung Griechenlands zu verhindern. Obwohl Mitsotakis Samaras als Außenminister schließlich entließ, wurde letzterer kürzlich in seinen Ansichten insofern bestätigt, als er von Staatspräsident Karamanlis, einem ähnlich sturen Verfechter der Idee, daß die Bezeichnung mazedonisch nur auf ein griechisches Staatengebilde zutreffen könne, mit Nachdruck gelobt wurde und dafür Mitsotakis als „Kompromißler" hinsichtlich nationaler Interessen hingestellt wurde. Wie man sieht, kracht es auch auf höchster Ebene ganz deutlich im Gebälk.

Absurde Angelegenheit

Der Mazedonienkonflikt ist für jemand, der keine spezielle Kenntnis der griechischen Geschichte und verschiedener griechischer „Sensibilitäten" hat, eine recht absurde Angelegenheit. Denn daß es historische Ansprüche Griechenlands auf die Bezeichnung Mazedonien gibt, wird kaum jemand bestreiten, einfach schon deshalb, da es historisch belegbar ist, daß ein Philipp der II., ein Alexander der Große, ein Aristoteles usw. Mazedonier und Griechen waren. Zeugen für diese Jahrtausende zurückreichenden Ansprüche sind etwa die zahlreichen Gräber, die man seit ungefähr sechzig Jahren auf dem Gebiet Griechisch-Mazedoniens ausgegraben hat. Allen voran das Grab Philipp des II., das nur dadurch Grabräubern entgangen ist, da es von Anfang an tiefer als die anderen Gäber unter die Erde gebaut wurde, so können heute im Museum von Saloniki alle Grabbeigaben bestaunt werden. Durch die Gräberinschriften ist auch eindeutig belegt, daß vor 3000, 4000 Jahren in Mazedonien auch griechisch gesprochen wurde. Doch das Gebiet Mazedoniens war nicht kontinuierlich griechisch, da gerade im Zuge der Türkenherrschaft sich hier auch verschiedene andere Völkerschaften ansiedelten.

Erinnert an den Nahen Osten

Man fühlt sich dabei ganz deutlich an die Situation im Nahen Osten erinnert, wobei auch von jüdischer Seite mit Ansprüchen argumentiert wird, die zwar etwas jünger sind, aber auch etwa 2000 Jahre zurückgehen. Was dabei herausgekommen ist, sollte eigentlich für Griechenland ein abschreckendes Beispiel darstellen. Gerade ein Land wie Griechenland, das ja alles tun möchte, um den politischen Status quo aufrecht zu erhalten, begibt sich auf einen gefährlichen Pfad, wenn es auch dahingehend argumentiert, daß ja die anderen, nämlich die Mazedonier, die Albaner, die Bulgaren usw. die Grenzen verändern möchten.

Die Haltung der sozialistischen Pasok zur Mazedonienfrage unterscheidet sich im wesentlichen kaum von der Haltung der Regierung. Papandreu hat ihr sogar schon einige Male Kompromißlertum vorgeworfen und setzt ganz offensichtlich auf die nationale Karte. Er sagt, es sei eine einheitliche Politik in der Mazedonienfrage absolut notwendig, um nicht einen nationalen Ausverkauf urgriechischer Interessen zu bewirken. Natürlich spielt da auch ein möglicher Regierungswechsel eine gewisse Rolle, da Papandreu kein innen- oder außenpolitisches Problem versäumt, um zu betonen, daß seine Partei den neuen Wind der Generation der 40jährigen à la Clinton für Griechenland bringen wird. Daß er selbst schon fast 80 Jahre alt ist, darf dabei nicht stören.

Irgendwie kann man zur Zeit in Griechenland auch feststellen, daß sich die Politiker rechter oder auch linker Provenienz, die sich jetzt als Supernationalisten aufspielen, auch Opfer ihrer eigenen Politik geworden sind. So hat etwa der Minister im Kanzleramt, Kubelas, in einer Rede vor Anhängern der Nea Dimokratia am 10. Dezember 1991 mit bebender Stimme verkündet: „Europa hat nun endlich seine Grenzen gefunden, sie verlaufen im Norden (gegenüber der Türkei) entlang des Flusses Ebrus und im Süden entlang der Insel Kastelorizon."

Gemeint hat er damit, daß durch den am gleichen Tag erfolgten Beitritt Griechenlands zur Westeuropäischen Union (WEU) die Grenzen Griechenlands auch für alle Zukunft vor sämtlichen potentiellen Aggressoren, sei es auch dem Osten (Türkei), sei es aus dem Norden (Mazedonien, Albanien, Bulgarien) oder von wo sonst noch geschützt werden, da es bei einem Angriff auf ein Land, das Mitglied der WEU ist, die Verpflichtung der anderen Migliedsländer gibt, das angegriffene Land notfalls auch militärisch zu unterstützen. Die kalte Dusche kam jedoch im Sommer 1992, als die Türkei assoziiertes Mitglied der WEU wurde. Denn ab diesem Zeitpunkt kann der Artikel 5 der Charta der

WEU nicht mehr angewendet werden, sofern es zu einem Überfall der Türkei auf Griechenland kommt, da die in ihm verankerte wechselseitige Beistandspflicht der Länder des WEU nicht für den Fall eines Angriffes eines Landes der WEU auf ein anderes, das ebenfalls zur WEU gehört, zur Anwendung kommt. Und die Türkei hat bereits erklärt, daß sie sich auch an den Artikel 10 des Vertrages, wonach bei Grenzstreitigkeiten zwischen den Mitgliedern der WEU der Internationale Gerichtshof in Den Haag anzurufen ist, nicht gebunden fühlt.

Was die Türkei betrifft, so werden teilweise berechtigte Ängste vor allem wegen des Großmachtgehabens der Türkei seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem wachsenden politischen Einfluß der Türkei gerade bei den Turkvölkern der ehemaligen Sowjetunion gehegt. Die Türkei hat bekanntlich schon einige Konferenzen zur Unterstützung der Moslems in Bosnien-Herzegowina initiiert, die mit unverhohlenen Drohungen nicht nur gegenüber den Serben, sondern auch der NATO und der EG, hinsichtlich einer offenen Intervention islamischer Staaten oder zumindest „islamischer Freiwilligenverbände" zugunsten der bedrängten bosnischen Moslems endeten. Eine soche Intervention würde über giechisches Territorium führen und würde Griechenland in einen totalen Balkankrieg hineinziehen. Da auch noch immer keine Lösung hinsichtlich Zyperns in Sicht ist, nicht zuletzt auch wegen der starren Haltung des türkisch-zypriotischen Führers und Präsidenten des nur von der Türkei anerkannten Marionettenstaates „Nordzypern", Denktasch, wird in letzter Zeit wieder einmal jede politische Äußerung des traditionellen „Erbfeindes" Türkei mit Argwohn beobachtet und kommentiert. In einer solchen Zeit der allgemeinen politischen Spannung und Nervosität blüht die Fantasie gerade jener Geister, die daraus politisches Kapital ziehen wollen. So hat etwa kürzlich eine rechtsgerichtete Zeitung die Regierung mit Nachdruck zu einer militärischen Lösung in Mazedonien aufgefordert, sofern die Politiker unter Führung Gligorovs weiterhin auf dem Namen Mazedonien bestehen und nicht bereit sein sollten, die bestehenden Grenzen im Rahmen einer Vereinbarung der Balkanstaaten zu garantieren.

KKE: andere Haltung in der Mazedonienfrage

Die einzige politische Kraft, die sich wohltuend in ihrer Haltung zu Mazedonien von dem teilweise immer hysterischer werdenden Verhalten der politischen Kräfte des linken und des rechten Spektrums unterscheidet, ist die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE). So hat etwa deren Generalsekretärin, Aleka Papariga, obwohl sie deswegen vehement von den anderen Parteien als antinational eingestellt angegriffen wurde, wiederholt in Pressekonferenzen festgestellt, daß es überhaupt kein Problem sein könne, wenn sich ein Staat, der etwa ein Drittel des geografischen Begriffes Mazedoniens einnimmt, als mazedonisch bezeichnet. Wichtiger sei vielmehr eine Balkankonferenz aller Anrainerstaaten, im Rahmen derer die bestehenden Grenzen anerkannt werden. Mit klaren Worten wird auch die Schuld des Westens und vor allem der EG hinsichtlich einer weiteren Eskalation der kriegerischen Handlungen in Bosnien-Herzegowina aufgezeigt.

Die KKE hat sich auch gegen die nationalistischen Losungen bei der Massenkundgebung des Mazedonienkomitees am 10. Dezember 1992 in Athen auf dem Arisfeld, dem traditionellen Demonstrationsplatz, gewendet und aufgezeigt, daß das sture Beharren auf der Forderung; der neue Staat dürfe sich nicht mazedonisch bezeichnen, keine politische Lösung des Problems darstelle, sondern vielmehr Griechenland in eine Sackgasse geführt hätte, und die Gefahr einer weiteren politischen Isolierung Griechenlands auf internationaler Ebene sei gerade bei der Unbeweglichkeit der Regierung im Mazedonienkonflikt konkret gegeben. Diese Isolierung Griechenlands sei aber Wasser auf die Mühlen chauvinistischer und rechtsextremistischer Kreise, die eine Verweigerung der griechischen Forderungen in bezug auf Mazedonien durch die EG geradezu herbeisehnten, weil sie dann besser ihre Propaganda entfalten könnten.

Die griechischen Gemeinderäte und Parlamentsabgeordneten haben die Woche zwischen dem 14. und 21. Dezember 1992 zur Woche des Friedens und der Versöhnung der Balkanstaaten erklärt, wobei eine ähnliche Aktion in allen Balkanstaaten stattgefunden hat. Im Rahmen einer Konferenz der Balkanstaaten soll ein Vertrag unterzeichnet werden, in dem die gegenwärtigen Grenzen als unantastbar erklärt werden und auf jede feindliche Propaganda zur Durchsetzung von Gebietsansprüchen verzichtet wird. Die Rechte der Minoritäten, in welchem Land sie sich auch befinden, sollen vertragsmäßig geschützt werden.

Die griechische Regierung wurde mit Nachdruck aufgefordert, auf internationaler Ebene eine Politik zu verfolgen, die sich unabhängig von den Interessen der USA und der EG auf der Basis eines nationalen Konsens um die Lösung des Mazedonienproblems bemüht.

Schlimmstes ist zu befürchten

Es erübrigt sich, derzeit irgendwelche Prognosen bezüglich der weiteren Entwicklung des Mazedonienkonfliktes zu stellen. Entscheidend wird vor allem sein, wie lange die kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina noch andauern und ob es dort zu einer militärischen Intervention der UNO gegen die Serben beziehungsweise Restjugoslawien kommt. Für letzteren Fall muß mit dem Schlimmsten gerechnet werden, nämlich, daß auch die Albaner im Kosovo nun ihre Chance gekommen sehen, mit Unterstützung Tiranas, das nur auf den geeigneten Zeitpunkt wartet, sich gegen die Serben zu erheben, wodurch auch Mazedonien, in dem ja ebenfalls Hunderttausende Albaner leben, in den Konflikt hineingezogen würde. Und daß dann die Türken, obwohl ja selbst Weltmeister in der Unterdrückung ihrer nationalen Minderheiten (Kurden, Armenier, Assyrer, Griechen) und für die Unterdrückung der Mazedonier während eines Zeitraumes von mehr als vier Jahrhunderten verantwortlich, gerade zum Schutz der unterdrückten Mazedonier (Albaner, Bosnier?) militärisch intervenieren könnten, ist keinesfalls ein Witz der Geschichte, sondern vielmehr ein leider ernst zu nehmendes Szenario. Dagegen ist die Gefahr einer etwaigen militärischen Intervention seitens Griechenlands, trotz des militärischen Säbelgerassels in manchen Zeitungen beziehungsweise seitens einiger chauvinistischer Politiker, eher gering einzuschätzen. ■

Dr. Günther KLODNER ist Jurist, er arbeitet im Bundesministerium für Finanzen.

Bewahrung als Zukunft

Vom schwierigen Umgang mit bedrohten Räumen und Kulturen

Günther MARCHNER

Vielerorts fürchtet man um den Verlust von gewachsenen und überschaubaren Größenverhältnissen: von bedrohter Heimat, Dorf oder Region bzw. von bedrohter kultureller Vielfalt. „Region" und „Kultur" werden zu Schlagworten der Angst vor einer Gesellschaft als abstrakter und nivellierender Wachstums-, Rationalisierungs- und Zeitmaschine.

Bewahrung von Kulturen und Räumen: Ist das nur Nostalgie? Verklärung? Oder auch Bestandtteil eines neuen Fortschrittsdenkens?

Das Verschwinden der Wirklichkeit

Eine deutsche Kulturwissenschaftlerin berichtet: In einem sterbenden Bauerndorf in Baden-Württemberg gibt ausgerechnet das „reichste und bestausgebildetste Bauernehepaar" seinen Hof auf. „Sie bewarben sich um die ausgeschriebene Hausmeisterstelle im Freilichtmuseum, und sie erhielten sie. Im Museum verwalten sie künftig historische Formen der einst eigenen, bedrohten und ‚freiwillig' aufgebenen Existenz."[1]

Die Pongauer Nachrichten berichten über ein geplantes kulturelles Großprojekt im Nationalpark Hohe Tauern: „Um 60 Millionen Schilling soll hinter Hüttschlag ein Museumsdorf entstehen, in dem das harte Gebirgsleben mit all seinen Sonnen- und Schattenseiten nachgelebt wird."[2] Sicherheitshalber nimmt der Bürgermeister gleich eine Verteidigungshaltung ein: „Wir wollen kein Disney-Land, sondern echtes Kulturgut lebendig erhalten." Das Museumsdorf wird also zu einer Insel der „Echtheit" in einem Meer der Entfremdung! Die Zukunft von Bergdörfern und -bauern liegt in ihrer Verwandlung in Produkte der Kulturindustrie, welche die Sehnsucht nach Authentizität, Heimat und Land befriedigen.

Die beiden Beispiele verweisen auf ein weithin verbreitetes Verhältnis von Politik und Gesellschaft zu den „eigenen Wurzeln": Der Umgang mit bedrohten bzw. bereits verschwundenen Lebensformen wird zu Musealisierung und Folklorismus, wenn er sich allein auf idealisierende Bewahrung und Erinnerung reduziert.

Die beiden Beispiele stellen zugleich symbolhaft unterschiedliche Entwicklungsstadien einer Tendenz dar. Man könnte sagen: Was sich im EG-Raum Baden-Würtemberg bereits vollzieht, befindet sich in Österreich noch im „Planungsstadium". In den Räumen der größeren Einheiten und der fortgeschritteneren Rationalisierung ist das Verschwinden bäuerlicher bzw. kleinstrukturierter Landwirtschaft weiter vorangeschritten als in Österreich.

Könnte so die österreichische Zukunft aussehen: Aus der Insel der Seligen wird eine „Insel der Echtheit" – als Sammelsurium von Natur- und Kulturparks für die Sehnsüchte der EG-BürgerInnen?

Die Macht der Sehnsucht nach gewachsener Räumlichkeit

Die Macht der Sehnsucht nach den kulturellen Mustern gewachsener Räumlichkeit ist groß. Diese Sehnsucht weist gerade jene Züge auf, die in der dynamisierten Industriegesellschaft oft fehlen: Überschaubarkeit, Identifikation und Aneignung, Geborgenheit und „Beheimatung". Sie bezieht sich auf – zumeist „ländliche" – Bilder des Verlorenen, Verschütteten und Bedrohten.

Da die Kraft großer Fortschrittsutopien verblaßt ist, besteht die Gefahr, daß allein die Erinnerung – an das Kleine bzw. an vergangene Größe – zu unserer Zukunft wird, sowohl im Freilichtmuseum als auch im Rückgriff auf neue alte „Kulturregionen". Wo gegenwärtig drohende Zukunftslosigkeit herrscht, wird Bedeutung in der Vergangenheit gesucht und gefunden.

In einem bald grenzenlosen Europa, wo die Angst „vor dem Fremden" umgeht, ist die politische Sprengkraft dieser Sehnsucht nach Verortung in gewachsener Räumlichkeit (Heimat, Region, Dorf) gewaltig – aber sie wirkt subtil auf den „Nebenschauplätzen" des Kulturlebens.

Diese Sehnsucht nach gewachsener Räumlichkeit liegt, als Antwort auf eine dynamisierte Industriegesellschaft, quer zu den gesellschaftlich-politischen Strömungen und findet ihren Ausdruck in unterschiedlichen Entwicklungen. Ethnische und Regionalbewegungen, Bürger- und Umweltinitiativen, der Boom an Dorferneuerung oder der Kulturregionalismus verschiedener Provenienz bilden eine unübersichtliche Mischung, die Gemeinsames ausdrückt: eine „Wiederkehr des Raumes" (Wolfgang Lipp) gegen einen abstrakten zeitorientierten Modernismus.

Ich halte diesbezüglich vorweg meine Position fest: Bewahrung halte ich für ein notwendiges Element von (Weiter-)Entwicklung und für einen sinnvollen reflektierenden Fortschritt. Bewahrung ist aber zugleich festgezurrt an verschiedene Spielformen des Traditionalismus und Objekt politischen und kommerziellen Marketings.

Dabei möchte ich auf unterschiedliche Spielarten von Bewahrung verweisen, die im allgemeinen Dickicht Gefahr laufen, vermischt zu werden, da „man" ein gemeinsames Ziel zu haben scheint.

Wenn von ethnischer, regionaler, dörflicher oder bäuerlicher Kultur die Rede ist, dann im Sinne von etwas, das vom Verschwinden bedroht ist. Man will das Bedrohte bewahren, und es geht für die Betroffenen um etwas, das ihnen als lebenswert und lebensnotwendig erscheint, und das sie für ihre personelle oder kollektive Identität erhalten möchten.

Aber was ist gemeint, wenn von Bewahrung die Rede ist?

Bewahrung als Traditionalismus und Kompensation

Traditionalismus (hier synonym zu Konservativismus verwendet) ist erstarrte Bewahrung des sogenannten „guten Alten“ und ist Ausdruck rückwärtsgewandten Denkens. Die jeweilige gegenwärtige und schlechte Gesellschaft wird aus der Sicht einer heilen, gesunden, besseren, natürlicheren Vergangenheit und Ordnung betrachtet, kritisiert und verachtet. In diesem Sinne gelten zum Beispiel Landleben, Ländlichkeit, Bäuerlichkeit oder Dorf als bedrohte, verlorengegangene oder wiederzugewinnende Ideale.

Dieser Traditionalismus der alten Tage steht seit der Nachkriegszeit auf neuen Grundlagen: Traditionsbewußtsein verbindet sich mit einem bau- und modernisierungswütigen Fortschrittsdenken. Das heißt, Lederhosen und Wiederaufbereitungsanlagen, dörfliche Idylle und industrielle Landwirtschaft bilden keinen Gegensatz.

So sprechen die VertreterInnen eines derartigen Traditionalismus in edlen Bildern von einer „bäuerlichen Landwirtschaft“ und bemühen sich um die Errichtung von Freilichtmuseen. Zugleich fördern sie aber auch die Rationalisierung der Landwirtschaft und somit die Zerstörung einer Kultur, die sie in starrer Manier zu bewahren wünschen. Diese Richtung ist eigentlich rückschrittlich im doppelten Sinne: Sie idealisiert alte Ordnungen und ist auch dem alten Fortschrittsdenken des grenzenlosen Wachstums um jeden Preis verpflichtet.

„Frau als Lebensgefährtin“, aus: Frau und Mutter – Lebensquell des Volkes, 1942.

Im Zusammenhang mit traditionalistischer Bewahrung wird auch von einer „Kompensationskultur“ gesprochen. Bewahrung als Kompensation bedeutet, daß zum Beispiel die Zerstörung, Zurückdrängung und der Verlust von regionalspezifischen Eigenheiten, Kulturen und Lebensweisen durch einen Boom an Traditionalismus und Folklore ausgeglichen wird.

Als Beispiel für Kulturzerstörung und die Kompensation durch einen Kulturboom mag die Kommunalreform in Deutschland mit ihren Folgen (Eingemeindung, Verlust an Eigenständigkeit, Entleerung der Infrastrukturen) einerseits und das gleichzeitige zum Teil flächendeckende Anwachsen von Dorf- und Heimatmuseen andererseits gelten.

Bewahrung als idealisierende Erinnerung und Kompensation führt geradewegs zu Traditionalismus, Folklorismus und Musealisierung. (Ich stelle nicht Museen in Frage, sondern einen bestimmten Sinn und bestimmte Aufgaben, die Museen zugesprochen werden.) So verkörpern „gewachsene“ Traditionen die Sehnsüchte, die unsere Gesellschaft nicht befriedigt.

Durch ihre starke emotionelle Bedeutung werden sie zu dankbaren Objekten politischer und kommerzieller Vermarktung.

Bewahrung als Fortschrittselement

Bewahrung bedeutet aber eben nicht nur Idealisierung und erstarrtes Festhalten einer „heilen Welt“. So hat grenzenloses Fortschrittsdenken durch die ökologische Frage und die Grenzen des Wachstums eine Zäsur, Krise und Besinnung erfahren. Das bedeutet zugleich, daß auch bisherige gesellschaftliche Leitbilder und Trennlinien sich verschoben haben: zwischen fortschrittlich und rück-

schrittlich oder zwischen „konservativ“ und „progressiv“. Durch diese Zäsur wurde zum Beispiel „Heimat“ als traditionell konservatives Thema in den siebziger Jahren auch als linkes Thema (wieder-)entdeckt.

So wird die Bewahrung von Traditionen und eigenständigen Wegen und Formen zum Element eines neuen, reflektierenden, Fortschrittsdenkens. Dem Konservativismus alter und neuer Tage kann die „konservative“ Blickrichtung neuer sozialer Bewegungen und des ökologischen Denkens gegenübergestellt werden:[3] Aus dieser Sicht geht es nicht mehr um einen grenzenlosen Fortschritt, sondern um die Verteidigung, den Schutz und die Bewahrung von bestehenden als lebenswert empfundenen Bedingungen, Räumen, Lebensweisen und Lebensstrukturen – gegen die Folgen eines grenzenlosen Wachstums.

In diesem Sinne handeln zum Beispiel Initiativen gegen Umweltzerstörung, gegen die Zerstörung von Lebensqualität oder gegen Entfremdungsfolgen des Tourismus (Stichwort: Aufstand der Bereisten). In diesem Sinne sind BürgerInneninitiativen, Ökologiegruppen, autonome Kulturinitiativen oder Frauenprojekte Ausdruck einer neuen emanzipatorischen Heimatbewegung, weil sie an dem Ort, wo sie leben, lebenswerte Bedingungen schaffen wollen. Da traditionelle Regionalkultur diese Bedingungen nicht aufweist, werden diese Initiativen zu InnovatorInnen einer neuen Regionalkultur.

Bewahrung kann heißen: „Geschichtsarbeit“ nicht als Idealisierung einer „nie so gewesenen“ Vergangenheit, sondern als Auseinandersetzung mit kulturellen und sozialen Erfahrungen in einem Lebensraum. Es geht um das Aufspüren der eigenen sozialen und kulturellen Herkunft und die persönliche und kollektive Verortung in einem Lebensraum und Lebenszusammenhang. Dazu gehört gerade die verdrängte, tabuisierte, verschüttete, die „andere“ und nicht die offizielle Geschichte einer Region.

Bewahrung kann auch heißen: Nutzung (und nicht Zerstörung) bestehender Wissenstraditionen und noch bestehender Einrichtungen für zukünftige Entwicklung. So orientieren sich zum Beispiel Projekte im Verständnis endogener Regionalentwikkung an vorhandenen Traditionen, Potentialen und Kräften als Grundlage für neue Impulse (siehe kooperative Direktvermarktung bäuerlicher Produkte, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Dienstleistungen auf der Grundlage von vorhandenem Wissen).

Regionalismen

Parallelen unterschiedlicher Verständnisse bei gleichem Vokabular finden sich auch im Konjunkturbegriff des Regionalismus: Es gibt einen Regionalismus, der auf Autonomie, Emanzipation und direkte Demokratie abzielt, und es gibt den politischen Regionalismus der „Europaregionen“.

Der in den siebziger Jahren entstandene Neoregionalismus der europäischen Peripherien richtete sich gegen ihre Nichtanerkennung durch die nationalen Zentren und gegen ihre Abhängigkeit. Dagegen wurden die kulturellen und historischen Besonderheiten hervorgehoben, um das Selbstbewußtsein der BewohnerInnen zu stärken. Diese Bewegung verwendete Rückgriffe als symbolische Elemente zukünftiger Selbstbestimmung. In diesem Kontext der „strukturellen Benachteiligung“ entstanden auch Ansätze der wirtschaftlichen und kulturellen eigenständigen Regionalentwicklung, die, und dies ist der besondere Aspekt, in ihr Handeln gewachsene Bedingungen und vorhandene Kräfte miteinbezieht.

Diesem gesellschaftlichen Regionalismus steht der politische Regionalismus der „Europaregionen“ gegenüber: So genießen und nützen die italienischen Ligen oder die bayrische CSU den Rückenwind des osteuropäischen Überdrusses gegen den Zentralismus und beherrschen das regionalistische Vokabular. Dabei finden eifrig Besinnung und Reorientierung auf Kultur und Geschichte, als Verschönerung des regionalen Egoismus statt: „Der Umstand, daß in bestimmten Regionen prosperierende Industrien konzentriert sind, wird sogleich kulturalisiert, wenn nicht ethnisiert. Nicht bestimmte Investitionsentscheidungen, infrastrukturelle Voraussetzungen und Ausbildungsbedingungen sind verantwortlich dafür, daß eine Region mehr produziert und erwirtschaftet als eine andere, sondern unverwechselbare historische und kulturelle Prägungen. Ihre Bewohner verdienen ihren Reichtum, weil sich ihre Vorfahren in irgendeiner fernen Vergangenheit kulturelle oder religiöse Verdienste erworben ... haben.“[4]

So kann es ein Europa der High-Tech-, Tourismus- und „Kultur“Regionen geben, welches durch großzügige Transportsysteme verbunden wird, die durch geschichts- und arbeitslose Zwischenräume führen.

Die Bewahrung von räumlicher und kultureller Vielfalt im grenzenlosen Markt

„Je stärker ‚Fortschritt‘, ‚Modernisierung‘, ‚Entwicklung‘ im gängigen, vorherrschenden Verständnis die Gesellschaft prägen und zum Wertmaßstab werden, desto stärker wird Anderssein zur Minderwertigkeit und zur Peripherie. Zur ‚Minderheit‘ – ja möglicherweise zum Fortschrittshindernis – wird, wer abseits vom ‚Fortschritt‘, von ‚Entwicklung‘, von ‚Modernisierung‘ steht, wobei es nicht in erster Linie darauf ankommt, ob es sich um zahlenmäßig große oder kleine Gruppen handelt. ‚Unterentwikkelt‘ wird, wer bei der vorherrschenden Art von ‚Entwicklung‘ nicht mithalten kann oder will.“[5]

Die politische und ökonomische Rationalität der Modernisierung führt zu Umwelt-, Raum- und Kulturzerstörung und zur Ausgrenzung des „Andersseins“. Dieses Anderssein, wie A. Langer es beschreibt, betrifft Minderheitensprachen ebenso wie überlieferte Lebens- und Wirtschaftsweisen (z. B. bäuerliche Landwirtschaft), die nicht in die Rationalität der Gegenwart passen. Bedroht sind Räume und Kulturen, wenn sie den Anforderungen eines dominierenden Fortschrittsmodells nicht entsprechen (können). Weltmarkt und Weltkultur üben einen Anpassungsdruck aus.

Auf die Bedrohung von Räumen und Kulturen gibt es – europaweit – mannigfaltige Reaktionsweisen:

- Minderheiten-, BürgerInnen- und Umwelt- und Kulturinitiativen, deren TrägerInnen sich um die Verteidigung von kulturellen Rechten, „Lebens-Qualitäten“ und „Lebens-Mitteln“, an den Orten, an denen sie leben, bemühen;
- die allerorts aufbrechende Diskussion über „Regionalkultur“;
- den Regionalismus der „Europaregionen“.

Überlebt das Randständige und Andersartige, dann zumeist im Gewand des Historismus und der Folklore. Sie werden zum Produkt einer Kulturindustrie, die Kulturverluste kompensiert: in Form von Natur- und Kulturparks oder von bäuerlichen,

ethnischen, dörflichen unter anderem Spielarten eines Folklorismus. Das politisch und wirtschaftlich Verdrängte wird durch dessen Verwandlung in konsumierbare Einheiten „bewahrt".

Jedoch wird die Bewahrung von lebenswerten und einmaligen Räumen und Kulturen zu einem immer wichtiger werdenden Element eines neuen Fortschrittsdenkens.

Aber wo ist es eigentlich noch möglich, „eigenständige" Traditionen zu bewahren? Wo ist „gewachsene regionale Kultur" (durch Tourismus, Enttraditionalisierung, Peripherisierung) nicht schon weitgehend zerstört?

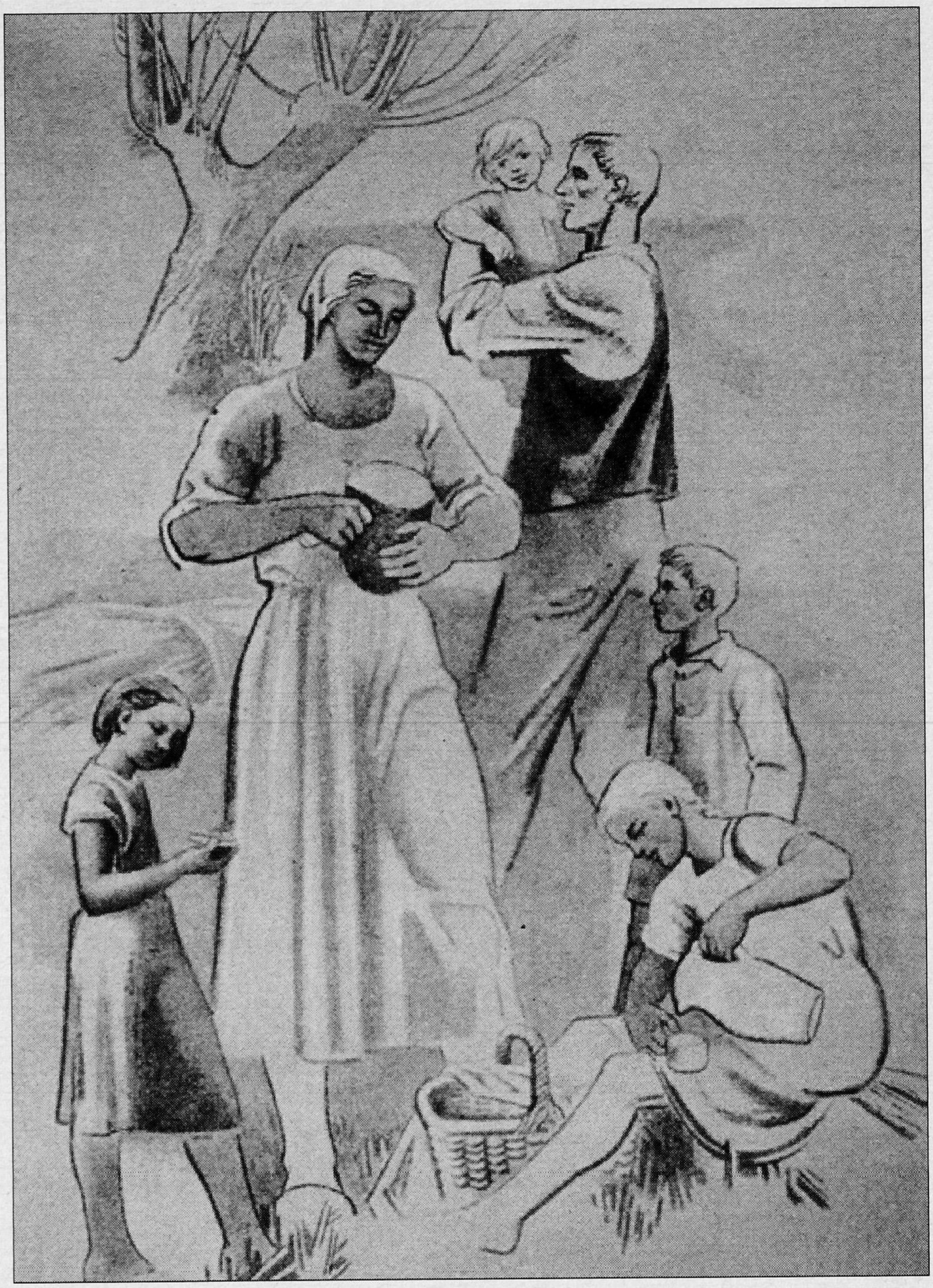
Was soll eigentlich bewahrt werden? Wie soll Bewahrung stattfinden? Als traditionalistische Pflege von „volkskulturellen Gütern"? Als Vermarktung der Ware „volkstümliche", „ländliche", „regionale" Kultur für die Authentizitätsbedürfnisse in unserer Gesellschaft? Als Management von imagefördernden „regionalkulturellen" Großereignissen, als Folklorismus und Historismus?

Da ich mich weder zu Traditionalismus und Kompensation noch zu einem blinden Modernismus bekenne, geht es mir um ein anderes Verständnis: Bewahrung möchte ich in diesem Zusammenhang als Beziehung zu Räumen und Kulturen verstehen, die sich an der Erhaltung von bestehenden Lebens-Qualitäten und Lebens-Mitteln für die Zukunft orientiert (z. B. Sicherung überschaubarer Einheiten, Erhaltung von Kulturlandschaften, Sicherung von Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum, Nutzung überlieferten Wissens).

„Verortung", „Beheimatung", die vielzitierte „kulturelle Identität" in einem durch den gemeinsamen Markt dynamisierten Europa hängen mit bedrohten Räumen und Kulturen zusammen, die unsere Erfahrungen prägen und an denen wir uns orientieren. So stellt das „Österreichische" eben keine (nationale) „Wesenheit", sondern einen Erfahrungszusammenhang dar – von Kulturlandschaften, bestimmten Größenverhältnissen und Lebensweisen.

Will ich mir lebenswert Erscheinendes bzw. meine kulturelle Erfahrung und Orientierung bewahren, so muß ich die Lebensfähigkeit jener Räume und Kulturen erhalten, die diese Erfahrung prägen.

Ohne die Entwicklung regionaler Kultur- und Strukturpolitiken wird es im großen Markt jenseits von Folklore und Historismus keine Bewahrung von Räumen und Kulturen geben. ■



„Frau und Familie", aus: Frau und Mutter – Lebensquell des Volkes, 1942.

Anmerkungen

1 Köhle–Hezinger, Christel: Regionale Kulturarbeit – In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr.53 II/1991, S.19.

2 Pongauer Nachrichten, 19.3.1992, S.4.

3 Dubiel, Helmut: Über die neue Symbolisierung des historischen Fortschritts – In: Schäfer, Wolf (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Konservativer Aufbruch in buntem Gewand? – Frankfurt a.M. 1993, S.121.

4 Baier, Lothar: Abschied vom Regionalismus – In: Freibeuter Nr.49 1991, S.16/17.

5 Langer, Alexander: Ethnische Minderheiten als Fortschrittshindernis oder Entwicklungsimpuls – In: Gstettner, Peter u.a. (Hg.): Mut zur Vielfalt – Klagenfurt 1991, S.50.

Dr. Günther MARCHNER ist Historiker, er arbeitet am Institut für Alltagskultur in Salzburg.

Die Deutschen und die Zivilisation

Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Michael Schröter, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1990 (3. Auflage), 555 Seiten, 234 Schilling, Leinen.

Es wäre zutreffender unter dem Titel „Die schwierige Zivilisierung der Deutschen" erschienen, was Michael Schröter an Elias-Arbeiten aus dem Zeitraum von 1961 bis 1988 mit Zustimmung des Verfassers herausgebracht hat. Norbert Elias mußte selbst vor den Nazis ins englische Exil fliehen. Nicht zuletzt diese Erfahrung der Barbarei hat ihm die Untersuchung des Prozesses der Zivilisation zu seinem Lebensthema werden lassen, mit dem er sich einen Namen gemacht hat als ein Wissenschaftler, der „als gelernter Soziologe von den bornierten Fachgrenzen unbeeindruckt" die geschichtsbewußte Gesellschaftswissenschaft um wesentliche Fragen bereichert hat.
Für eine kritische Würdigung der theoretischen Qualität der Resultate seiner Studien „Über den Prozeß der Zivilisation" ist hier nicht der Platz. Eine Besprechung in einer marxistischen Zeitschrift sollte aber doch den Hinweis enthalten, daß Norbert Elias Karl Marx nicht anders als ungefähr und aus zweiter Hand kennen dürfte, in Gestalt jenes ML, der Marx in machtpolitischer Absicht zurechtgebogen hat zum ökonomistisch versimpelten Weltbild (in dessen Zentrum die Fabrik angesiedelt ist) plus politisch-ideologischer Handlungsanleitung zur Realisierung der Lehre des politisch gerade opportunen Heils. Noch einem solcherart verfälschtem und verkümmertem Marxismus gesteht Elias Erklärungskraft zu und folgt ihm etwa darin, daß Lebenschancen nach Klassenlagen auch in reichsten bürgerlichen Gesellschaften höchst ungleich verteilt sind. Dies drückt sich etwa in wesentlich verschiedenen „Laufbahnerwartungen" in Industriearbeiterkreisen und bürgerlichen aus (vgl. S.318-322, wo Elias die „Verstopfung der Laufbahn" für junge bürgerliche Intellektuelle durch die Vätergeneration als einen Grund für die 68er Studentenbewegung und im weiteren den Terrorismus behandelt). Selbst wo sich Elias als Anhänger des verschleiernden „pluralistischen Ausgleichs" von seiner Überzeugung unüberwindlichen Interessengegensätzen zeigt, vermag er etwas von der Neigung zum Fanatischen der Deutschen zu vermitteln: „Das deutsche ‚Feilschen' hört sich viel unangenehmer an als das englische ‚bargaining'. Unbedingtheit des Handelns, absolute Prinzipientreue, kompromißloses Festhalten an seiner Überzeugung klingt noch immer gut im Deutschen. Der Kompromiß dagegen hat etwas leicht Schäbiges. (...) So trägt die deutsche Sprache noch vielfach Wertungen der autokratischen Jahrhunderte, Werthaltungen früherer Staats- und Gesellschaftsformen mit sich... Die Lebenden kommunizieren miteinander in einer Sprache, die über weite Bereiche von den Toten geprägt wurde" (S.389).

In seinen in diesem Buch gesammelten Aufsätzen akzentuiert Elias zwar den Zivilisationsbegriff verschieden, im Zentrum seiner Bestimmungen von Zivilisation bleibt aber, diesen als Gegensatz zur Gewalttätigkeit zu fassen. Damit taten sich die Deutschen erheblich schwerer als die Eliten und die national formierten Bevölkerungen der Länder, in denen bürgerliche Revolutionen gesiegt hatten. Elias führt dafür eine Reihe von teils bekannten, teils anderswo nicht zu findenden Gründe an. Zunächst hätte das Selbstwertgefühl der Deutschen unter der Schwäche ihres Landes gelitten, die aus der Zersplitterung herrührte. „In einer Biographie Deutschlands müßte man dann schildern, wie dieses Gefühl der Schwäche und Machtunterlegenheit ins Gegenteil umschlug, als der ehedem lockere und nun spät integrierte Staat im Zusammenhang mit einem siegreichen Krieg geeint wurde. (...) Und ... da der ... Aufstieg in die Oberschicht der europäischen Großmächte so spät erfolgte, war man in Eile ..." (S.233). Dieses Gefühl, in Eile zu sein, dürfte noch einiges des Überstürzten der DDR-Eingliederung erklären. Norbert Elias verfolgt aber nicht diesen aus dem Zeitdruck resultierenden Hang zum abenteuerlichen Irrationalismus weiter, sondern die Konsequenz dessen, daß die nationale Einigung kriegerisch und unter Adelsführung zustande gebracht wurde: „Viele Angehörige ... des städtischen Bürgertums gaben nun den innerstaatlichen Kampf gegen die Vormachtstellung des Adels auf. (...) Die Selbstwerterhöhung, die sie als ... als Angehörige des neuen deutschen Kaiserreichs erfuhren, kompensierte die(se) relative Erniedrigung ..." (S.235). Teile des Bürgertums hätten damit auch das kriegerische Ethos des Adels übernommen. Diese Übernahme war aber mit einer Umwandlung dieser Werte und Normen verbunden. Dieser Adelskanon hätte dabei den Charakter des durch lange Familientradition weithin selbstverständlichen Verhaltensmusters verloren „und erhielt seinen Ausdruck in einer durch Reflexion erhärteten und explizit formulierten Doktrin. (...) Selten zuvor ist so viel zum Lob der Macht, selbst der gewalttätigen, gesprochen und geschrieben worden" (S.236). Sympathisch auch, daß Elias Nietzsches Übermensch- und Machtphantastereien in diesen Kontext stellt, "kein anderer als der in seinem

„Jung-Deutschland-Fibel", 1937.

Selbstwertgefühl angeschlagene Kleinbürger gibt sich darin zu erkennen.
In einem „Exkurs über Nationalismus“ kritisiert Elias, daß der deutsche Nationalismus oft isoliert betrachtet werde, „als ob sich die Nationalisierung des Empfindens, des Gewissens und der Ideale allein in Deutschland abgespielt hätte“ (S.210). Er zeichnet den Weg des Bürgertums weg von seinen revolutionären humanistischen Idealen und einem in die Zukunft gerichteten, ungebrochen optimistischen Fortschrittsdenken hin zum erstarrten, sich aus einer abgelebten Vergangenheit nährenden nationalistischen nach. Dies drücke sich im Bedeutungswandel zweier zentraler Begriffe nationaler Ideologien aus: In der „civilisation française“ sei das Bewußtsein des Prozeßcharakters von Zivilisation ebenso verlorengegangen wie in der „deutschen Kultur“. Allerdings hätte sich bedingt durch den Unterschied der Nationswerdung ein wesentlicher Unterschied erhalten:
„So war der Satz ‚La civilisation française est la civilisation humaine‘ zwar auf der einen Seite gewiß ein Ausdruck des französischen Nationalismus und Expansionismus, aber zugleich äußerte sich darin der Glaube, daß die französische Nationaltradition moralische und andere Werte und Leistungen einschloß, die für die Menschheit als ganze Gültigkeit besaß. (...) Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, als der Kulturbegriff immer mehr im Sinne von ‚Nationalkultur‘ gebraucht wurde, traten seine vormaligen humanistischen und moralischen Konnotationen in den Hintergrund und verschwanden schließlich ganz“ (S.177). Im 20. Jahrhundert sei ein Zustand folgend beschriebener Art herbeigeführt worden: „Wie immer sie organisiert sein mögen, die meisten der souveränen, interdependenten Nationalstaaten ... bringen bei ihren Bürgern einen zweifachen Normenkanon hervor, dessen Forderungen in sich widersprüchlich sind: einen Moralkanon egalitären (und universellen, für alle Menschen gültigen, S.G.) Charakters, ... dessen höchster Wert der Mensch ist, das menschliche Individuum als solches, und einen nationalistischen Kanon nichtegalitären Charakters, abstammend vom machiavellistischen Kanon der Fürsten und herrschenden Adelsgruppen, dessen höchster Wert ein Kollektiv ist, der Staat, das Land, die Nation, zu der ein Individuum gehört“ (S.201). Die Bindung des herrschenden Adels hätte noch nicht den Charakter der Bindung an eine Nation gehabt. In deren Wir-Gefühl wären weit eher ihresgleichen in anderen Ländern eingeschlossen gewesen als die unteren Stände des eigenen Landes. Berücksichtigend, daß bei Elias Erfordernisse der kapitalistischen Form des Reproduktionsprozesses ausgeblendet sind, vermag er doch über die politische Sphäre einiges an Erklärung für die nationalstaatliche Formierung der nicht mehr starr ständisch gegliederten bürgerlichen Gesellschaften beizutragen. Er verweist etwa auf die Unmöglichkeit, in industrialisierten Massengesellschaften mittels bloßem Drill und Gehorsam gegenüber einem Fürsten oder militärischen Befehlshaber eine schlagkräftige Armee zu bilden. Es handelte sich eben nicht mehr um unmittelbar personell identifizierbare Gesellungseinheiten (wie Dorf, Gemeinde usw.), worauf sich Vergesellschaftung beschränkt hatte, und deshalb „... ergab sich die Notwendigkeit, daß sämtliche Bürger, zusätzlich zu allen Fremdzwängen, auch durch ihr eigenes Gewissen und ihre eigenen Ideale ‚also durch einen Zwang, den sie als Individuen auf sich selbst ausübten‘ dazu angehalten wurden, ihre eigenen Bedürfnisse denen des Kollektivs unterzuordnen ... Die einzelnen Mitglieder all dieser realtiv hochdifferenzierten Massengesellschaften des 20. Jahrhunderts mußten von einem unbezweifelbaren Glauben an den Wert der Gesellschaft, die sie miteinander bildeten, also der ‚Nation‘, erfüllt und motiviert werden; denn nicht immer ließen sich die Vorzüge der Gesellschaft für diejenigen, deren Einsatz oder Leben gefordert wurde, faktisch aufweisen.“ Unmittelbar daran anschließend verweist Elias auf die innere Herrschaftsfunktion nationalistischer Formierung bürgerlicher Gesellschaften. Was Elias den zweifachen Normenkanon nennt, tritt als das Auseinanderfallen von Bürger- und Menschenrechten in jeder nationalen Verfassung auf. Die akute Bedeutung dieses Sachverhalts erweist sich in der sogenannten „Ausländerfrage“, denen, da sie nicht als Bürger gelten, auch nur eingeschränkt Menschenrechte zuerkannt werden. Diese nationalen Spaltungen der Menschheit haben aber auch unmittelbare Konsequenzen für die jeweiligen Bürger eines Landes: „In gegenwärtigen Nationalstaaten kann der mächtigste Kanon ein und derselben Gesellschaft den Zugehörigen einschärfen, daß der einzelne Mensch, das Individuum, als höchster Mensch rangiere, und gleichzeitig, daß das souveräne Kollektiv, der Nationalstaat, der höchste Wert sei, dem alle individuellen Ziele und Interessen – dem selbst das physische Überleben der Individuen untergeordnet werden müsse“ (S.207). Gilt diese zwangsläufige Relativierung der Menschenrechte auch für die Bürger eines jeden Nationalstaates, so gilt sie keineswegs überall in gleicher Weise: „In England überwog die Tendenz, die beiden Kanons miteinander zu verschmelzen. Man versuchte, Kompromißlösungen für ihre gegensätzlichen Anforderungen zu finden und – wie es scheint mit Erfolg – zu vergessen, daß das Problem überhaupt existierte. In Deutschland dagegen war man geneigt, die Unvereinbarkeit der beiden Kanons herauszustreichen. (...) Kompromisse zwischen ihnen waren, entsprechend dem ganzen Tenor des deutschen Denkens, unsauber; sie galten als Produkt verworrenen Denkens, wenn nicht als schlankweg unehrlich“(S.210).
Bleibt die Frage, ob sich die Deutschen zu Ende dieses Jahrhunderts ein drittes Mal kompromißlos nationaler Politik unterordnen werden. Deren Eliten streiten gerade darüber, ob sie mit oder ohne Maastricht-EG europäische Großmacht- oder gleich Weltmachtpolitik betreiben wollen. Die hiesige politische Klasse dürfte dies nicht beschäftigen – die wollen einfach dabeisein. Wofür auch immer die benachbarte sich entscheiden wird. ■

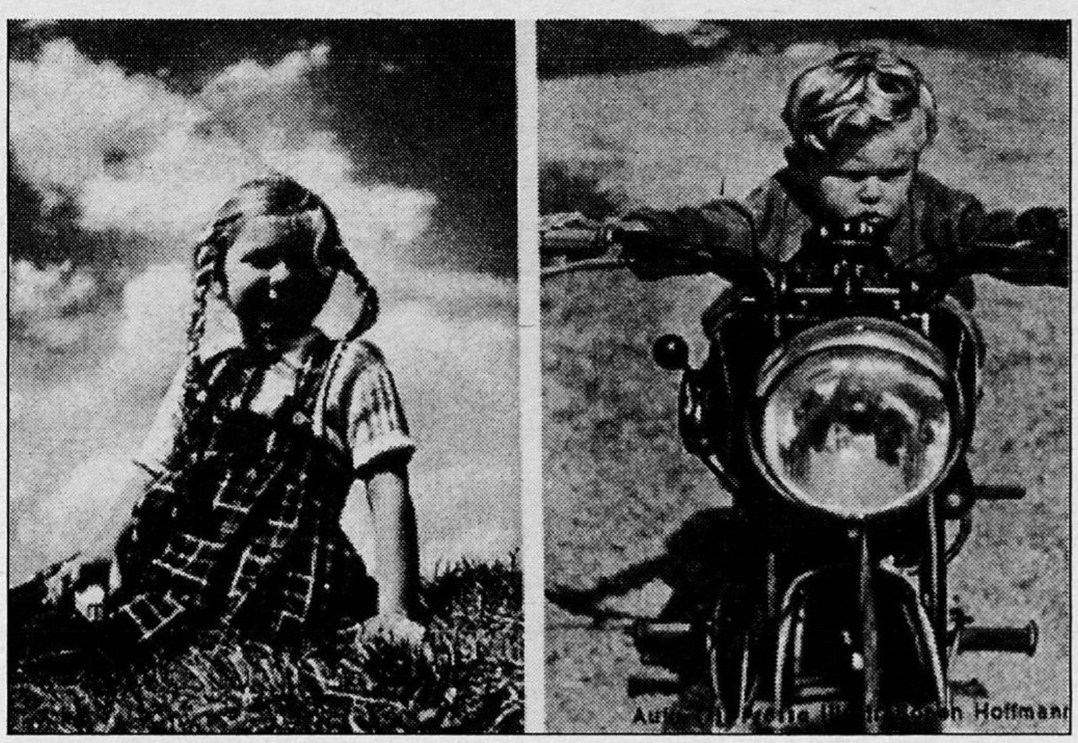
Stephan Gangbauer

Nationalistische Begleitmusik

Manfred Hättich, Deutschland. Eine zu späte Nation. Verlag von Haase & Köhler, Mainz/München 1990, 171 Seiten, 141 Schilling.

Dieses Buch ist nicht, wie der sprachlich etwas verunglückte Titel vermuten läßt, die neunundneunzigste Abhandlung über die Gründe für das Nachhinken der Nationsbildung der Deutschen gegenüber ihren westeuropäischen Nachbarn. Der katholische Münchner Politologieprofessor Manfred Hättich legte mit diesem Buch im Jahr des Anschlusses der DDR an die BRD eine lesenswerte, an bürgerlich-liberalen Werten orientierte Streitschrift gegen die nationalistische Begleitmusik der deutschen Einigung vor.
Wie bei einem aus tagespolitischem Anlaß geschriebenen Buch nicht anders zu erwarten, wurden eine Reihe der Prognosen des Autors durch die Entwicklung seither widerlegt: Wer die Turbulenzen des westeuropäischen Währungssystems auf Grund der deutschen Zinsenpolitik verfolgt hat, wird wohl kaum weiterhin den Standpunkt vertreten, beim „heute schon erreichten Grad der westeuropäischen wirtschaftlichen Integration und erst recht mit Blick auf den bevorstehenden europäischen Binnenmarkt“ (S.102) sei nationalistisch motivierte Wirtschaftspolitik ein „Anachronismus“, vor dem man sich nicht mehr fürchten müsse. Und die Meinung, „von einer Renaissan-

ce des Nationalismus zu sprechen, dürfte zumindest im Hinblick auch Europa übertrieben sein“ (S.160), war wohl schon 1990 ein falscher Befund; zumindest aber dürfte die Einschätzung, daß alles was drohe, „nostalgische Eruptionen bei passenden Gelegenheiten“ (ebenda) seien, untertrieben sein. Als Begründung für seine Prognose zieht er das Vergleichsmodell der Religion heran: „Die Deutschen sind seit Jahrhunderten konfessionell gespalten. Wenn sich diese Spaltung heute nicht mehr als ein das gesellschaftliche Leben prägender Leidensdruck auswirkt, dann hat dies verschiedene Ursachen“, darunter vor allem „die verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem religiösen Bekenntnis infolge der Entchristlichung der Gesellschaft ... Auch die Pseudoreligion des Nationalismus ist einem ‚Säkularisierungsprozeß‘ ausgesetzt.“ Allerdings sieht Hättich nationalistische Gefahren aufgrund des Wegfalls der Logik des Kalten Krieges: Wenn die Westeuropäer nicht mehr, wie er sich ausdrückt, „vom Weltkommunismus bedroht sind und die Osteuropäer nicht mehr von ihm unterdrückt sind“, bestehe die Gefahr des Auseinanderfallens Europas „in die alten nationalstaatlichen Rivalitäten“. (S.66) Trotz der erwähnten Schwächen ist die Abhandlung Hättichs auch heute noch mit Gewinn zu lesen: „Wir haben mit unseren Versuchen, eine große Nation zu werden, gründlich Schiffbruch erlitten. Es ist nicht zu sehen, was wir uns und unseren Kindern Gutes täten, probierten wir es noch einmal“ (S.19), hält er denen entgegen, die den Zusammenschluß von BRD und DDR forderten, damit endlich die „deutsche Einheit“ wiederhergestellt werde. Die einzige Begründung für die Vereinigung der beiden Staaten bestehe darin, daß nach der „Erosion des kommunistischen Blocks ... Gründe und Funktionen des Staates DDR“ (S.84) entfallen. Wären die Bewohner der DDR an einer Aufrechterhaltung eines gesonderten Staates interessiert, so würde das auf ein eigenes Nationalbewußtsein hindeuten, womit es keinen Grund mehr für die Vereinigung gäbe. Denn „die Behauptung, die deutsche Nation bestehe nach wie vor, auch wenn der deutsche Staat geteilt sei, mag politisch zweckmäßig sein; sie wird aber nicht schon dadurch widerspruchsfrei wahr. Was bildet die Einheit der staatlich getrennten deutschen Nation? Alles, was hier außer dem Willen zur staatlichen Einheit angeführt werden kann, trifft auf die Österreicher ebenso zu wie auf die Thüringer und Sachsen.“ (S.83)



Die Kinder des Reichsjugendführers Baldur von Schirach – nach der herrschenden Ideologie in Szene gesetzt.

Hättich stellt den Begriff „Deutschland“ überhaupt in Frage: Seit wann es „Deutschland“ gibt, „ist übereinstimmend und genau nicht zu beantworten“, das „Reich Karls des Großen war kein deutsches Reich“ und die „Behauptung, es dürfe niemand achthundert Jahre alten deutschen Boden preisgeben, wie es im Hinblick auf die derzeitige polnische Westgrenze schon zu hören war, ist reichlich kühn. Es gab vor achthundert Jahren weder jenseits noch diesseits der Oder-Neiße-Linie so etwas wie ‚deutschen Boden‘“. (S.29) Vor allem wendet er sich gegen die Verordnung nationaler Loyalitäten („... moralische Pflicht, sich als Deutscher zu fühlen ...“), wie sie von Nationalisten aller Schattierungen betrieben wird: „Der Nationalismus als Ideologie des Nationalstaates impliziert einen Verallgemeinerungsanspruch. Wer Nationalbewußtsein fordert, will es für alle, von denen er meint, daß sie zur Nation gehören. Das wäre auch konsequent, wenn die Nation eine unbestreitbare soziale und zentrale politische Wirklichkeit darstellte. Die nationale Loyalität war aber nicht immer die vorherrschende Beziehung der Menschen zur Politik.“ (S.32) „Es ist sehr leicht möglich, daß unseren Nachkommen am Ende des 21. Jahrhunderts der Nationalismus so altmodisch erscheinen wird wie uns Heutigen die Loyalität zu Fürstenhäusern.“ (S.33) ■

Winfried R. Garscha

Das 4. Reich – Deutschlands später Sieg.

Heleno Sana, Das 4. Reich - Deutschlands später Sieg. Verlag Rasch und Röhring, Hamburg 1990, 288 Seiten, 281 Schilling.

Mit der Feder des sensiblen, hispanofonen linken Journalisten schrieb der Autor, Heleno Sana, ein überaus interessantes Buch, bei dem das einzig nicht Aktuelle das Erscheinungsdatum, nämlich März 1990, ist, ein Zeitpunkt aber, zu dem sich bereits die Einverleibung der DDR durch die BRD und die wachsende Gefahr des aufkeimenden Nationalismus, Neonazismus und Rassismus in Deutschland abzeichnete. Damit soll jedoch keineswegs die Bedeutung dieses Buches geschmälert werden, sondern bloß darauf hingewiesen werden, daß die jüngsten Ereignisse seit 1990 zwar noch nicht rezipiert wurden, jedoch die weitere politische Entwicklung Deutschlands historisch richtig vorausgezeichnet wurde.

Wodurch zeichnet sich nun dieses 4. Reich, ein Ausdruck des bekannten amerikanischen Journalisten William Safir, der infolge der begrifflichen Assoziation zu den finsteren Zeiten der Nazis und deren 3. Reich von den Bonner Politikern aller Couleurs, nicht nur der CDU/CSU, mit Vehemenz bekämpft wird, aus?

Seine Grundlage ist die wirtschaftliche Macht und alles was damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängt wie Leistung, Technologie, Wissenschaft, Organisation, Expansion nach außen, politische Stabilität, gesellschaftliche Kohärenz und „sozialer Frieden“. Im Gegensatz zum 3. Reich stützt sich das 4. Reich nicht mehr auf Gewalt und Terror, ideologische Grundlage ist die spätkapitalistische. Anstelle einer totalen Verwaltung wie im 3. Reich gibt es im 4. Reich eine halbautoritäre, kontrollierte und bespitzelte Pseudodemokratie. Losungsworte sind Freiheit, Rechtsstaat, Selbstbestimmung, eine organisierte Gleichschaltung erübrigt sich, da es in den Hauptfragen einen breiten Konsens gibt.

Zu seinem Selbstverständnis gehört die fixe Idee, daß Deutschland ein „Sonderschicksal“ zu erfüllen hat, und dieses missionarische Sendungsbewußtsein, das in einem großen Teil der heutigen Deutschen weiterlebt, dient auch als moralische Rechtfertigung, um die anderen Völker ohne jeden Skrupel auszubeuten und zu unterdrücken.

Das 4. Reich wird auch ein neuer Versuch sein, die Erfahrung des vorangegangenen gescheiterten Reiches aus dem Gedächtnis zu tilgen und die deutsche Geschichte mit neuem Glanz zu

schmücken. Es wird sich als ein Reich im Dienste der germanischen Vorherrschaft in Europa gestalten, deren ideologischer Hintergrund eine Mischung aus instrumenteller Vernunft, utilitaristischer Macht- und Geldgier und rassischer Pathologie sein wird. Der nie gesättigte Drang nach absoluter Herrschaft wird keinen Raum für Toleranz oder Relativierung zulassen. Entsprechend wird auch das 4. Reich prinzipiell dazu tendieren, alles, was sich seinen Zielsetzungen in den Weg stellt, rücksichtslos zu bekämpfen und zu unterdrükken, wenn es geht, durch politische Manipulation, wenn nötig, durch offene Repression. Innere Dynamik wie äußerer Expansionskurs des kommenden Reiches werden in ihrem Kern regressiver Natur sein. Ein Déjà vu, die Wiederholung eines schon mehrere Male aufgeführten deutschen Trauerspieles.
Heleno Sana ist keineswegs ein pathologischer Deutschlandhasser, ein Land, in dem er immerhin schon seit 1959 lebt und das er sehr gut kennt. Im Gegenteil, seine Hoffnung liegt, wie er im letzten des 21 Kapitel umfassenden Buches darlegt, gerade in den anderen Deutschen, die bis jetzt geschwiegen haben (oder mußten), sich nicht von der Welle des Nationalismus, Rassismus und Fremdenhaß treiben ließen, die frei von Ressentiments und Revanchismus sind und auch keine Rechnung mit dem Ausland zu begleichen haben, sondern nur in Frieden mit ihren europäischen Nachbarn leben wollen und nicht von Eroberungen, Lebensraum und sonstigen expansionistischen Gelüsten träumen. In den Deutschen also, die weltoffen eingestellt sind und sich auch nicht einbilden, Angehörige einer Herrenrasse zu sein.
Die Entstehung des 4. Reiches ergibt sich für Sana als eine historisch bedingte Notwendigkeit, die sehr viel auch mit der psychischen Situation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun hat. Denn für Sana haben die Deutschen die Niederlage im Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang zwar systematisch verdrängt, aber keineswegs vergessen, genausowenig wie sie in den zwanziger und dreißiger Jahren die Niederlage von 1918 verkraften konnten. Das zentrale Anliegen bestand jedoch darin, sich zu rehabilitieren, sich selbst und der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß sie geschichtlich und als Volk alles andere als erledigt waren und genug Kraft besaßen, um den ungeheuren Tiefpunkt der bedingungslosen Kapitulation zu überwinden und aus der Asche wieder zu erstehen.
Dieses nie offen formulierte, aber im Unterbewußtsein immer vorhandene, trotzige Bedürfnis nach Selbstrehabilitierung nennt der Autor „friedliche Revanche". Eine Revanche nicht mit Hilfe des deutschen Landsers, der mordend, plündernd und vergewaltigend in die Länder seiner ehemaligen Feinde einfällt, sondern vielmehr mit den bürgerlichsten und harmlosesten aller Mittel: mit Wirtschaft und Technik, Organisation und Leistung, mit Diziplin und Zielstrebigkeit, kurz mit der magischen Formel „Made in Germany".
Die Deutschen seien 1945 zwar verstummt, jedoch in der Folge keineswegs untätig geblieben. Im Gegenteil, das Schweigen und die Subordination unter die große, westliche Siegermacht, die USA, sei eine rein funktionelle Handlung gewesen, die der instrumentellen Vernunft, keineswegs aber einem freiwilligen Reuebedürfnis gedient habe. In ihrem primären Impuls bedeute diese „friedliche Revanche" eine Fortsetzung des 1945 beendeten Krieges unter anderen Voraussetzungen und mit den einzigen Mitteln, die den Besiegten zur Verfügung standen, nämlich Produktion und Wirtschaft.
Es sei ohnehin auch äußerst naiv, anzunehmen, daß Menschen, die während der Nazizeit und des Krieges so über das Maß aggressiv ausgerichtet gewesen seien wie die Deutschen, sich über Nacht in harmlose, unaggressive Lämmer verwandeln hätten können. Eher sei zu vermuten, daß sie sich für ihre grundsätzliche aggressive Triebausstattung neue Entladungsmöglichkeiten gesucht haben.
Der Autor ist ein guter, offensichtlich psychologisch geschulter Beobachter der individuell-kollektiven deutschen Seele und beleuchtet damit ein Phänomen, das leider viel zu lange von marxistischen Autoren entweder nicht in seiner Tragweite, oder überhaupt nicht erkannt wurde: Den Einfluß eines autoritär repressiven Erziehungswesens und gleichgelagerter Gesellschaftsverhältnisse auf die individuelle Entfaltung eines Menschen, auf sein nicht nur politisches Verhalten, darüber hinaus aber auch, welche oft fatalen Auswirkungen das nie ausgesprochene Gefühl des Nicht-Verstanden-Werdens, des Mangels an Freude und Wärme, das ein ganzes Volk belastet, verursacht.
Um es vielleicht drastisch auszudrücken, man müßte sozusagen ein ganzes Volk, nicht nur dessen Politiker, zum Psychiater schicken, da (nicht nur) die Politiker 1945 keineswegs Trauerarbeit leisteten und eine echte Aufarbeitung ihrer Geschichte nicht bewerkstelligten, sondern vielmehr durchtauchten und neue Parolen ausgaben, die da ungefähr lauteten: „Maul halten, nicht denken, sondern arbeiten!"

Die Geschichte der Germanen nahm im Unterricht breiten Raum ein.

Der deutsche Michel ist gerade deshalb ein so gefährlicher Fall, da es ihm zwar immer wieder gelingt, sich wieder aufzurichten, sein Innerstes, seine Seele jedoch nie preisgibt und somit geradezu prädestiniert ist, für jedes Regime ein treuer Diener zu sein.
Das 4. Reich wird gerade deshalb ein so gefährlicher Fall, da es auch eine psychische Angelegenheit darstellt, nämlich die Entladung angestauter Rachegelüste und unüberwundener Minderwertigkeitskomplexe mit düsteren Perspektiven für die Zukunft: Nämlich Deutschland als einziges Thema der Welt, der Rest der Welt nicht der Rede wert. Und diese schon mit Händen greifbare Teutomaniewelle widerlegt auch alle, die behaupten, daß die Deutschen nur europäisch denken.
Die Lösung des „deutschen Problems" besteht für Heleno Sana darin, daß es zu einer tiefgreifenden weltanschaulichen, politischen, gesellschaftlichen, menschlichen und zwischenmenschlichen Umwälzung der deutschen Verhältnisse kommt. Wobei es sich um eine Umwälzung handelt, die aufgrund ihrer universalen Zielrichtung das Syndrom des Nationalismus und des deutschen „Sonderschicksales" für immer aus der deutschen Realität und Geschichte verbannt. Dies sei die wirkliche Revolution, die die Deutschen zu leisten hätten: die restlose Entgermanisierung Deutschlands als unabdingbare Voraussetzung für seine Eingliederung in die Völkergemeinschaft als ein Land neben anderen. Diese Revolution sei auch die einzig tragfähige und zukunftversprechende Alternative zu der von vielen Deutschen angestrebten Germanisierung Europas. Solange die Deutschen aus eigener Kraft und eigener Einsicht diese radikale Umwälzung ihrer inneren Verhältnisse nicht zustandebrächten, blieben sie immer eine Gefahr für die anderen Nationen, einerlei, ob sie den nationalen Weg einschlagen oder innerhalb eines supranationalen Gebildes operierten. Entscheidend sei auch ihre Gesinnung, nicht die äußere, rein formale Bindung an bestimmte internationale Organisationen und Institutionen. ■

Günther Klodner

Warum kein Aufschwung?

Überlegungen zur Lage der Weltwirtschaft

Hans KALT

Die Lage der Weltwirtschaft scheint – oberflächlich betrachtet – absurd. Vor zwei Jahren ist das bisher einzige zum Kapitalismus alternative ökonomische Makrosystem zusammengebrochen. Damals nahm man allgemein an: Innerhalb der direkt betroffenen Länder werde es zwar Umstellungsschwierigkeiten geben, aber die entwickelten Industriestaaten würden einen „Gründerboom" erleben.

Die technologische Überlegenheit, die Elastizität des Finanzkapitals und die vollständige Öffnung von Ländern mit 400 Millionen Menschen zum Weltmarkt schien dafür genügende Voraussetzung. Dieser Aufschwung der kapitalistischen Weltwirtschaft sollte – nach kurzer Übergangszeit – belebend auch in diese Länder hineinwirken. Über die Transmission rascher Kapitalanlage zur Modernisierung der Produktionsanlagen in und durch stärkere Nachfrage aus diesen Ländern sollte dieser Effekt eintreten. Verbunden mit dem inneren Aufschwungpotential, das die Marktwirtschaft in diesen Ländern freimachen sollte, würden diese Länder in eine große Aufschwungphase der Weltwirtschaft mit einbezogen werden.

Dies hätte auch Grundlage für eine politische Entwicklung dieser Länder zu bürgerlichen Demokratien sein sollen. Die Profitmöglichkeiten der so florierenden Wirtschaft der Übergangszeit hätte ohne größere Konflikte eine bescheidene „neue Bourgeoisie" innerhalb dieser Länder entstehen lassen. Mit dem übermächtigen ausländischen Kapital im Rükken und verbündet mit einem Heer „endlich" selbständig werdender Bauern hätte das eine genügend stabile neue Klassenmacht in diesen Ländern gewährleisten können. Der große politisch-ideologische Triumph des Kapitalismus über den Sozialismus sicherte allen jenen politischen Kräften Rückenwind, die für ungehemmte Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse eintreten.

Jetzt schaut alles anders aus. Die Weltwirtschaft dümpelt vor sich hin. Der Rest der Wachstumsdynamik hat sich verschoben. Von Deutschland, das Hauptnutznießer des Zusammenbruchs des sowjetischen Sozialismusmodells war, zu den USA. Diese danken dem im Dezember 1991 hinsichtlich der Zinsenpolitik noch unter Bush eingeleiteten Kurswechsel „zurück zu Keynes" endlich eine bescheidene Wachstumshoffnung für 1993. Clinton will diesen Kurswechsel verstärkt verfolgen. Wie die harten Töne bei den GATT-Verhandlungen zeigen, auch auf Kosten der anderen kapitalistischen Wirtschaftsmächte.

Das deutsche Finanzkapital hat sich mit seiner neuen Oststrategie „überhoben". Die Versuche, für diese Oststrategie auf Kosten einer weiteren Schwächung des Dollars Kapital zu mobilisieren, wirken weniger gegen die US-Position als vor allem gegen die schwächeren europäischen Verbündeten. Die ökonomischen wie politischen Folgen blieben nicht aus. Anstatt zügigem Fortschreiten zur europäischen Währungsunion hört das Kriseln im bestehenden europäischen Währungssystem nicht auf. Das Ausscheiden Italiens und Großbritanniens aus diesem System, die Volksabstimmungen in Dänemark und in der Schweiz, sogar das nur sehr knappe „Ja" in Frankreich signalisieren kaum mehr übersteigbare Hürden auf dem Weg einer politischen Vereinigung Europas unter Führung des deutschen Finanzkapitals.

In Japan schließlich ist eine seit Kriegsende nicht mehr denkbar gewesene Stagnation eingetreten. Das Land steht vor der in der Geschichte seiner bisherigen Industrialisierung undenkbaren Perspektive, daß sogar die großen transnationalen Konzerne Japans voraussichtlich Beschäftigte entlassen werden müssen. Das würde den Mythos des besonderen, nationalpatriotischen japanischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit ernsthaft anschlagen.

Weder für die Krise der Unterentwicklung noch für die der Umwelt zeigt sich ein Ausweg.

Die „postsozialistische" Entwicklung im Osten

Dramatisch sind die Folgen der „Wende" in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch für den ökonomischen Reproduktionsprozeß insgesamt. Die Hoffnung auf die Wirkung der geradezu als Fetisch angesehenen Wende zur „Marktwirtschaft" hat sich nirgends erfüllt. Keine der betroffenen Volkswirtschaften konnte zu einer *erweiterten* Reproduktion gelangen. Nur in kleinen Bereichen unmittelbar in Reichweite funktionierender kapitalistischer Märkte konnte die Abwärtsentwicklung der Reproduktion – nicht aber die der sozialen Lage der Arbeiterklasse – gebremst werden. Ja in Teilen Polens, Böhmens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens ist gerade der dort niedrige soziale Standard der Arbeiterklasse einzige Basis einer gewissen Konkurrenzfähigkeit auf den Westmärkten. Das beste, was diese Länder im Rahmen ihrer neuen ökonomischen Position erreichen können, ist eine Lage ähnlich der schwach entwickelter Regionen Südeuropas.

Noch schlimmer ist die Lage der Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Wenn Jegor Gaidar im russischen Volkskongreß Anfang Dezember die Drohung aussprach, eine Aufgabe seiner Reformpolitik würde Rußland zu einem Entwicklungsland machen, dann überrascht dabei vor allem die Unkenntnis der wirklichen Lage. Darin unterscheidet er sich nicht von allen früher Verantwortlichen dieses Riesenlandes. Rußland befindet sich nach dem ökonomischen Einbruch der letzten zwei Jahre schon jetzt in der Lage eines unterentwikkelten (bestenfalls eines Schwellen-) Landes. Gerade auch als Folge der Reformen à la Schatalin, Jelzin, Gai-

dar. Selbst der Volkskongreß akzeptierte Gaidar daher nicht länger.

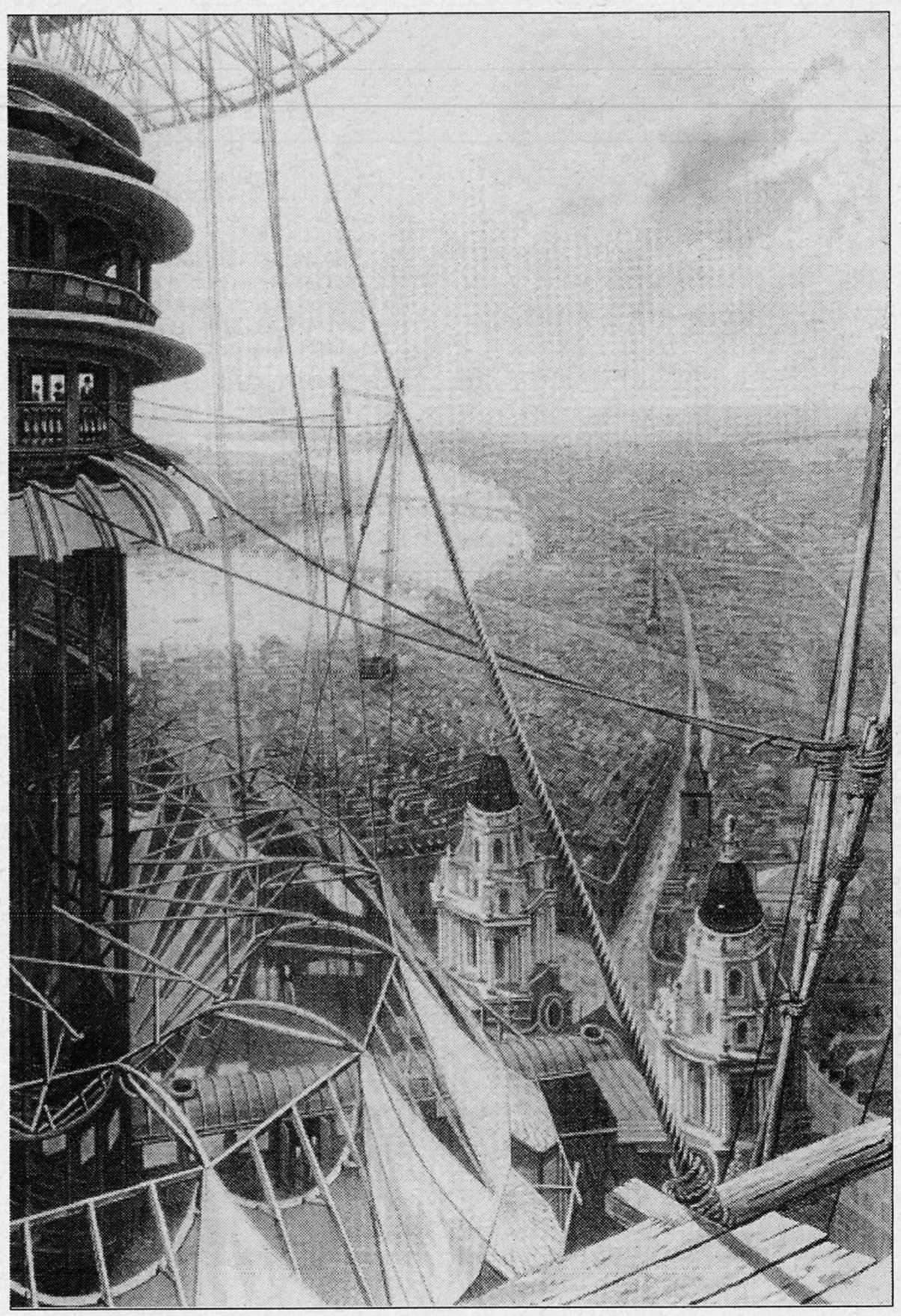
Äußerlich scheint dem die Tatsache entgegenzustehen, daß das Land immer noch über imposante physisch existierende Produktions- und Kommunikationsanlagen verfügt: Kraftwerke, Bergwerke, Erdöl- und Gasfelder, riesige Fabriken, Verkehrsanlagen usw. Kein anderes Entwicklungs- oder Schwellenland verfügt über Vergleichbares. Aber zu dem zu Beginn der Perestroikaperiode bereits gegebenen niedrigeren technologischen Niveau sind inzwischen sieben Jahre des weiteren Zurückbleibens gekommen. Das bei dem heute üblichen Rhythmus von nur fünf Jahren für grundlegende Erneuerung von Maschinen und technischen Anlagen.

Anstatt einer im Reproduktionsprozeß entstandenen und verankerten Bourgeoisie wuchern Mafia und Spekulantentum. Nur wenige Bauern wählen, die Entwicklung in Westeuropa vor Augen, den Weg zu selbständiger Kleinlandwirtschaft. Damit entwickeln sich auch die soziologischen Bedingungen ganz anders als erwartet.

Der Perestroikaversuch – ohne klares ökonomisches Konzept eines besseren Sozialismusmodells in Angriff genommen – hat dazu den Prozeß der Unterbrechung der meisten vorherigen makroökonomisch arbeitsteiligen Beziehungen eingeleitet. wie immer sie funktionierten, sie hatten vorher die Sinnhaftigkeit der meisten Produktionsanlagen bestimmt. Elektrogeneratoren oder Turbinen aus Leningrad wurden nicht nur in Kasachstan, der Ukraine und anderen Sowjetrepubliken verwendet, sondern in vielen, meist unterentwikkelten Ländern darüber hinaus. Wenn sie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind, ja selbst der schwache russische Markt leistungsfähigere und (wegen der damit verbundenen ausländischen Zahlungskredite) günstiger zu erwerbende Anlagen der transnationalen Konzerne aufnimmt, dann werden die entsprechenden Betriebe in St. Petersburg oder anderswo über Nacht überflüssig. Welche Dimensionen das erreicht, kann man sich vorstellen. Die ehemalige Sowjetunion war schließlich Mitte der achtziger Jahre der weltgrößte Produzent von Erdöl, Erdgas, Kohle, Stahl, Werkzeugmaschinen und vielem anderen – allerdings fast durchwegs auf unter dem Weltmarktniveau liegendem Produktivitätsdurchschnitt. Jetzt wird der größte Teil dieser Anlagen, weil nicht mehr gebraucht, total entwertet.

Eine „Erblast" des Sozialismus?

Viele dieser Betriebe werden nur mehr in Gang gehalten, um die Arbeiter zu beschäftigen. Auf andere Produktionen umgestellt können sie, weil dazu nicht ausgerüstet, noch schwerer Weltmarktproduktivität erreichen. Ökonomisch produzieren sie ständige Defizite. Zuschüsse zu deren Abdeckung können nur mehr in ungedecktem Papiergeld erfolgen. die „neue Klasse" der Betriebschefs setzt sie trotzdem durch. Sie ist dazu gezwungen und auch in der Lage. Aus der alten wirtschaftlichen „Nomenklatura" kommend konnten ihre Angehörigen die Gorbatschows Spruch aus der letzten Phase der Perestroika „wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte" nur als Aufforderung verstehen, „ihren" Betrieb so rasch wie möglich in die Marktwirtschaft zu „retten". Da die Belegschaften und deren Umfeld in ihren Chefs die beste Vertretung bei der Erhaltung ihrer Betriebe in der Periode der Unsicherheit sahen, stellt heute diese Richtung die stärkste Kraft im russischen Volkskongreß dar. Bei größeren Entlassungswellen in diesen Betrieben würde diese Richtung das Vertrauen der Wähler verlieren. Jedem ist das Hemd näher als der Rock. Die Vertreter dieser Gruppen hoffen überdies, daß im Verlauf der weiteren Entwicklung ihr Betrieb auch eigentumsmäßig ihr Betrieb werden wird. Ohne ein Konzept für die Gesamtwirtschaft muß der von ihnen vertretene Kurs durch die so ausgelöste ungehemmte Inflation die makroökonomischen Ungleichgewichte weiter vergößern.



Anstatt zügig voranzuschreiten, rückt dadurch auch die Integration dieses Raumes mit 400 Millionen Menschen in die Weltwirtschaft in immer weitere Ferne. Insgesamt ist der Warenverkehr zurückgegangen. Zinsen und Tilgungen für alte Schulden (insgesamt etwa 150 Milliarden Dollar) werden fast nicht mehr, für neu aufgenommene Kredite schlechter als unter den kommunistisch geführten Regierungen bezahlt.

Damit beginnt der Grundfehler der Wirtschaftspolitik der Perestroikaperiode, nämlich der Verzicht auf jede zentrale Regulierung vor allem über den Hebel Geld als echtem Wertäquivalent und Kredit, auf die

gesamte Weltwirtschaft zurückzuschlagen. Das ist allerdings keine „Erblast des Sozialismus" – wie man jetzt zur Erklärung der negativen Entwicklung der Weltwirtschaft manchmal argumentiert –, sondern eine Folge von dessen Fehlentwicklung vor und während der Perestroikaperiode.

Der Zusammenbruch bisheriger kontinentweit wirkender ökonomischer Beziehungen vergrößert radikal die Entwertung von fixem Kapital. Das erhöht den Bedarf an Neukapital, um irgendeine neue makroökonomisch arbeitsteilige Struktur zum Funktionieren zu bringen. Da diese weitgehend fehlt, verstärkt sich deutlich auch der Abwanderungsdruck aus diesen Ländern vor allem nach Westeuropa.

Krisen sind immer Ausdruck von Störungen des Gleichgewichts wichtiger Elemente des Wirtschaftsprozesses. Für die Weltwirtschaft stellt der Zusammenbruch des ökonomischen Systems der früher sozialistischen Staaten einen Faktor spürbarer Destabilisierung dar. Dies zu einer Zeit, da sich die bisherigen Widersprüche (Unterentwicklung, Umweltkrise, Staatsschulden, Grenzen der Finanzierungsmöglichkeit staatlicher Konjunkturförderung und dadurch langfristiges Überwiegen der rezessiven Tendenzen) zunehmend verschärfen.

Keynes läßt grüßen

Das erste und dem Umfang nach noch größere Beispiel einer solchen durch politische Entwicklungen herbeigeführten Destabilisierung des Weltwirtschaftssystems war das Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Von marxistischen Autoren und Politökonomen wurde damals diese Destabilisierung allerdings unter dem Eindruck der Oktoberrevolution einzig vom Gesichtspunkt der Bedingungen für das Übergreifen der revolutionären Entwicklung auch auf andere Länder analysiert. Der für die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft später sicher bedeutendste Politökonom, nämlich John Meynard Keynes, hat allerdings auch schon damals den Zusammenhang für die weitere Entwicklung des Kapitalismus erkannt und richtig dargestellt. Er schrieb schon 1920:

„Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten."[1]

Ferner:

„Die bezeichnenden Züge der gegenwärtigen Lage lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen: 1. Das vollständige zeitweise Nachlassen der inneren Produktivität Europas, 2. der Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Austausches und 3. Europas Mangel an Kaufkraft zur Beschaffung der gewohnten Waren von Übersee."[2]

Keynes' Urteil hatte eine persönliche Vorgeschichte. Er war Mitglied der englischen Friedensdelegation gewesen. Da er seine Auffassungen dort nicht durchsetzen konnte, trat er aus dieser aus. Seine Voraussicht bestätigte sich: Das gesamte kapitalistische Wirtschaftssystem war in der Zwischenkriegszeit nicht im Stande, das Wirtschaftsniveau von 1913 nennenswert zu überschreiten. Da die sozialistische Revolution nicht über die Sowjetunion hinausgriff, wurde dieser Zustand zum Nährboden für die Entwicklung des Faschismus und den Zweiten Weltkrieg. Erst unter dem Eindruck von dessen Folgen und in der Konkurrenzsituation zur erstarkten Sowjetunion setzten sich die Vorstellungen von Keynes durch, mit dem Ergebnis des bekannten Aufschwungs der Weltwirtschaft.

Auch heute übersieht die Haltung des Weltfinanzkapitals diesen organischen Zusammenhang, die wechselseitige Abhängigkeit aller Teilbereiche der Weltwirtschaft. Ob mit Clinton als US-Präsidenten wenigstens beim US-Finanzkapital eine Neubewertung der Lage erfolgen wird, ist vorerst nicht abschätzbar. Je mehr das Finanzkapital die ökonomische Situation für seine eigenen kurzfristigen Profitinteressen auszunützen versucht, desto größer wird der Schaden für die Perspektiven der gesamten Weltwirtschaft.

Das Beispiel des vereinigten Deutschland

Die These von den „Erblasten" des Sozialismus kann nicht erklären wieso die Lage (im Inneren dieser Länder wie in der Weltwirtschaft) weiter schlechter statt besser wird. Warum diese These (selbst wenn sie nicht auf dem Niveau flacher Agitation vorgebracht wird) nichts erklären kann, läßt sich am Beispiel der ehemaligen DDR und ihrer Vereinigung mit der BRD zeigen.

Hier wurde die gesamte Wirtschaft schlagartig auf DM-Verrechnung, also auf eine konvertible Währung, umgestellt und damit voll in den deutschen Binnenmarkt und den Weltmarkt integriert. Da es auch keine DDR-Regierung mehr gibt, fehlt eine zentrale politische Möglichkeit, ökonomische Entwicklungen zu beeinflussen, Folgen zu mildern usw. Hier wurde das Lizitieren mit diesen angeblichen „Erblasten", weil in konkreten Wertangaben ausgedrückt, besonders durchschaubar. Erste Schätzungen der „Kosten der Vereinigung" nannten 100 bis 150 Milliarden DM. Im Frühjahr 1992 stiegen diese auf 200 Milliarden DM und dem CDU-Parteitag im November 1992 wurde schon eine Schätzung von 400 Milliarden DM vorgelegt.

Dabei wird ein Teil des Kapitalbedarfs für staatliche Nachholinvestitionen in Infrastruktur und Umweltschutz natürlich aus Abgaben aus den neuen Bundesländern selbst mitfinanziert werden. Aber auch die bestehenden großen Produktionsanlagen werden hier viel rascher privatisiert als anderswo, da ja in der früheren BRD genug Kapital vorhanden ist, um selbst die „größten Brocken" sofort kaufen zu können. Wegen des höheren technologischen Niveaus und der verfügbaren qualifizierten Arbeitskraft ist auch ausländisches Kapital hier eher am Kauf interessiert als in anderen früher sozialistischen Staaten. Durch die Konstruktion der Treuhand-Anstalt gibt es bereits genügend Überblick, wie solche Verkäufe abgewickelt werden.

Potente Käufer verlangen (immer stärker auch unter Berufung auf die abgerissenen ökonomischen Beziehungen zu früheren Abnehmern und Lieferanten), daß bei Übernahme möglichst alle vorherigen Passiva gestrichen werden. Da diese Passiva aber meist bei anderen DDR-Betrieben als Aktiva aufscheinen, auf die sie nicht verzichten können, muß hier in der Regel die Treuhand-Anstalt (und damit der Staat) einspringen. Meist verzichtet die Treuhand-Anstalt gegen die Verpflichtung der Käufer, bestimmte Kapitalzuführungen für Neuinvestitionen vorzunehmen, ja sie schießt in vielen Fällen selbst noch Neukapital zu. Angesichts der rezessiven Tendenz in den westlichen Bundesländern unterbleiben dann vielfach diese Neuinvestitionen zugunsten einer Aufrechterhaltung der Auslastung von durch Stillegung be-

drohten Kapazitäten im Westen.

Am Beispiel der Betriebsanlagen der ehemaligen DDR wird noch eine Erscheinung erkennbar: Zu dem aus den angeführten Gründen eingetretenen Wertverlust des fixen Kapitals kommt der Transfer eines Teils des verbliebenen Wertes dieser Anlagen ohne Gegenleistung in das Eigentum der neuen Besitzer. Die potenten Käufer befinden sich in einer Monopolposition. Dazu kommt der von ihnen ausgeübte politische Einfluß auf jene Gremien, die über den Verkauf dieser Werte entscheiden. Die Größe dieser zusätzlichen Profite aus der Übernahme von Betrieben läßt sich schwer feststellen. Sie werden um so größer, je günstiger sich die Konjunktur auf dem deutschen und dem Weltmarkt entwickeln wird. Auf jeden Fall muß damit gerechnet werden, daß in Summe eine ganz beträchtliche Wertmasse, die nach außen mit als „Kosten der Vereinigung" figuriert, in Wahrheit dem (vor allem deutschen) Finanzkapital zufließt und noch zufließen wird.

Vorerst fehlen Unterlagen, um Größenordnungen auch nur annähernd errechnen zu können. Aber aus den Berichten der Treuhand-Anstalt wird zumindest ersichtlich werden, welche Gesamtsummen als „Abschreibungen" beim Ausverkauf ehemaliger DDR-Betriebe „verschwunden" sind.

In den anderen früher sozialistischen Staaten ist die Lage grundsätzlich nicht anders. Nur geht dort die Privatisierung langsamer vor sich. Auf echten Wertverhältnissen beruhende Unterlagen fehlen meist. Selbst überschlägige Schätzungen sind daher kaum möglich. Die technologische Rückständigkeit der Betriebe war schon zu Beginn der Abwärtsentwicklung noch größer als in der damaligen DDR. Aber das Abreißen eingespielter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen diesen Betrieben geht (mit Ausnahmen) im allgemeinen nicht so abrupt vor sich wie in Ostdeutschland, doch die Entwicklung neuer langfristig haltbarer Austauschbeziehungen erfolgt noch langsamer.

Folgenschwere Wechselwirkungen

Wie schon angeführt, wirkt nicht nur der fortschreitende ökonomische Verfall in den früher sozialistischen Ländern auf die gesamte Weltwirtschaft. Dabei gibt es eine Wechselwirkung. Die schlechte Lage der Weltwirtschaft wirkt auch in diese Länder. Das beschleunigt den Zerfall in Osteuropa insgesamt. Für das Jahr 1992 wird jetzt ein weiterer Rückgang des dortigen Sozialprodukts von 16 Prozent geschätzt. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand fällt es selbst gewiegten Propagandisten des Kapitalismus immer schwerer, die weitere Verschlechterung der Situation einzig auf innere Ursachen zurückzuführen. Daß von einem „neuen Marshallplan" für diese Länder jetzt niemand mehr spricht, soll hier gar nicht besonders betont werden. Sogar Handelsbegünstigungen, die von EG und EFTA einigen dieser Staaten zugebilligt worden waren, wurden zum Teil durch Gegenmaßnahmen wie bei Stahl- und Zementimporten wieder entwertet.

Das verbreitet in diesen Ländern die Erkenntnis der Perspektivlosigkeit des eingeschlagenen Weges. Bremsend wirkt aber das Fehlen glaubwürdiger Perspektiven für die ökonomische Entwicklung bei allen relevanten oppositionellen Kräften dieser Länder. Selbst weitest linksstehende Gruppen und Parteien ringen erst um ein Neuverständnis des von ihnen anzustrebenden sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.

Im größten der Nachfolgestaaten, nämlich in Rußland, führte das im Dezember 1992 zu einer tiefen politischen Krise, als deren Ergebnis der Wortführer des IWF-Kurses, Jegor Gaidar, als Ministerpräsident abgewählt wurde. Ohne vorschnell zu urteilen kann angenommen werden: Der neue Ministerpräsident Rußlands, Viktor Tschernomyrdin, kommt aus jener schon früher erwähnten Gruppe der „neuen Klasse", die direkt mit dem realen ökonomischen Reproduktionsprozeß verbunden, weit mehr Interesse an dessen Aufrechterhaltung hat, als Spekulanten, Mafiosi und direkte Agenten des internationalen Finanzkapitals.

Man darf die Kräfteverschiebung in Rußland daher nicht als einen Schritt in Richtung eines erneuerten Sozialismus betrachten. Realistisch ist aber die Erwartung, daß durch sie der weitere Zerfall des ökonomischen Reproduktionsprozesses verlangsamt und dadurch auch die negative Auswirkung auf die Weltwirtschaft abgeschwächt werden kann.

Auch in Österreich sprach im Dezember 1992 der Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts erstmals von einer „Abschwungstendenz".[3] Diese wird äußerlich nur überdeckt durch einen relativ hohen Privatkonsum auf Kosten einer Senkung der Sparquote. Aber Exporte und Industrieproduktion sinken auch in Österreich seit Herbstbeginn. Das kann nicht ohne politische Folgen bleiben. Die Absicht, die Kosten einer solchen Abschwungphase einseitig auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, wird schon seit Monaten von Sprechern des Kapitals demonstriert. Androhungen von Verschlechterungen bei Pensionen, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung sind Beispiele dafür.

Österreich keine „Insel der Seligen" mehr

Gleichzeitig hat die Regierung nach dem Schweizer „Nein" zum EWR ihr Abgehen vom Neutralitäts- auf einen EG-Kurs demonstrativ bekräftigt. Angesichts der Distanz, auf die auch Großbritannien und Dänemark zum weiteren Integrationsprozeß unter Führung des deutschen Finanzkapitals gegangen sind, hat die österreichische Regierung in „vorauseilendem Gehorsam" bei den EG-Regierungen demonstrativ die volle Anerkennung auch der Maastrichter Verträge deponiert, obwohl Österreich noch gar nicht EG-Mitglied ist. Die zunehmende ökonomische Unsicherheit und die daraus folgende politische Labilität in ganz Europa macht selbst für die jetzigen EG-Mitglieder mehr eigene Entscheidungsfreiheit immer wichtiger. Es liegt in einer solchen Situation im besonderen Interesse Österreichs, auch bei der notwendigen Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Integration ganz Europas, seine souveräne Entscheidungsfreiheit zu erhalten. Was auf uns zukommt, läßt sich nicht abschätzen. Um so wichtiger ist, daß dann Entscheidungen in Wien und nicht in Brüssel (oder den Schaltzentralen des deutschen Finanzkapitals) getroffen werden. ■

Anmerkungen

1 John Meynard Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags, deutsch, München und Leipzig 1920, S.184f.
2 A.a.O. S.188f.
3 Siehe: »Die Presse«, 10.12.1992.

Hans KALT ist ehemaliger Sekretär des ZK der KPÖ und ehemaliges Mitglied des Politbüros.

Kontroverse zur politischen Ökonomie des Sozialismus

Wertgesetz

Leo MACHÉ-SUNICA

In dem Artikel von Hans Kalt in der Nr. 5 von »Weg und Ziel« meint der Autor, daß die Leugnung der Funktion des Wertgesetzes die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit auf die einzelnen Produktionssparten zu regeln durch Stalin in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus" die Ursache für den Zusammenbruch des Sowjetsystems ist. Auch Prof. Peter Fleissner gab in seiner Antwort auf eine Frage von Schwager bei der Veranstaltung zum 75. Jahrestag der Oktober- revolution im Albert-Schweitzer- Haus am 10. November 1992 eine ähnliche Antwort. Hierzu nun einige Bemerkungen.

Engels schreibt in seinem „Nachtrag" (1895) zum III. Band des „Kapital": „... das Marxsche Wertgesetz gilt allgemein, soweit überhaupt ökonomische Gesetze gelten, für die ganze Periode der einfachen Warenproduktion, also bis zur Zeit, wo diese durch den Eintritt der kapitalistischen Produktionsform eine Modifikation erfährt. Bis dahin gravieren die Preise nach den durch das Marxsche Gesetz bestimmten Werten hin und oszillieren um diese Werte, so daß je voller die einfache Warenproduktion zur Entfaltung kommt, desto mehr die Durchschnittspreise längerer, nicht durch äußere gewaltsame Störungen unterbrochener Perioden innerhalb der Vernachlässigungsgrenzen mit den Werten zusammenfallen. Das Marxsche Wertgesetz hat also ökonomisch-allgemeine Gültigkeit für eine Zeitdauer, die vom Anfang des die Produkte in Waren verwandelnden Austausches bis ins fünfzehnte Jahrhundert unserer Zeitrechnung dauert. Der Warenaustausch aber datiert von einer Zeit, die vor aller geschriebenen Geschichte liegt, die in Ägypten auf mindestens drittehalbtausend, vielleicht fünftausend, in Babylon auf viertausend, vielleicht sechstausend vor unserer Zeitrechnung zurückführt: Das Wertgesetz hat also geherrscht während einer Periode von fünf bis sieben Jahrtausenden."

Akademiemitglied Gluschkow, Direktor des Instituts für Informatik in Kiew, schrieb während der nach Stalins Tod begonnenen Diskussion, ob im Sozialismus das Wertgesetz funktionieren kann, folgendes: „Der klassische Marktmechanismus kann die Funktion der Preisbestimmung einer Ware entsprechend ihrem Wert nur bei Einhaltung folgender drei Bedingungen erfüllen: erstens, das Vorhandensein einer großen Anzahl von ökonomisch und juridisch unabhängigen Käufern, die in der Lage sind, eine große Anzahl von Käufen dieser Ware zu vollbringen (viele Tausende und mehr), damit das Gesetz der großen Zahlen im Prozeß der zufälligen Schwankungen des Preises wirkt; zweitens ist eine genügend große Zahl von Verkäufern erforderlich, um die Möglichkeit einer Absprache und der Festlegung von Monopolpreisen auszuschließen; und drittens, endlich, ist es notwendig, daß die Ware auf dem Markt (ohne irgendwelche Verbesserungen oder gar eines Ersatzes durch eine andere für eine analoge Bestimmung) lange genug unverändert existiert, um eine Stabilisierung eines zufälligen Prozesses von Schwankungen der Preise zu ermöglichen" (Übersetzung aus dem Russischen, L.M.S.)

Eine Gruppe von sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern (die Professoren Atlas und Slobin, die Dozenten Winokur, Kadyschew und Lewitanus) schrieben in dem Artikel „Was regelt die Produktion?": „In der sozialistischen Gesellschaft sind die Ware-Geld-Kategorien dem ökonomischen Grundgesetz und dem Gesetz der planmäßigen Entwicklung untergeordnet. Es sind diese Gesetze, die als Regulatoren der sozialistischen Produktion auftreten, und nicht das Wertgesetz, wie dies für die spontane privatkapitalistische Wirtschaft eigen ist" (Übersetzung aus dem Russischen, L.M.S.)

Natürlich hat es in der Sowjetunion auch Anhänger der Regelung der Warenproduktion durch das Wertgesetz gegeben. So etwa Lissitschkin. Er verlangte die Schaffung von Bedingungen, unter denen die Preise „unter der Wirkung von Angebot und Nachfrage sich in jene Richtung entwikkeln können, die die allgemeine, geheime und gleiche Abstimmung auf dem Markt durch den Rubel ergibt". Wir müssen nun erkennen, daß die Einführung einer Gesellschaftsordnung, in der das Wertgesetz und nicht eine planmäßige Entwicklung herrscht, die Macht im Staate der Lumpenbourgeoisie in die Hand spielt. Somit ist das Ergebnis der Einführung des „Wertgesetzes" in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine maßlose Inflation. Das hat er jetzt, der Anhänger des „Wertgesetzes" – Lissitschkin: eine riesige Inflation. Somit ist der Hinweis auf den „Fehler" Stalins in seiner 1952 veröffentlichten Broschüre „Die ökonomischen Gesetze im Sozialismus", er habe die Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus „geleugnet" – ohne Belang. Wie eben die Gegenwart beweist. Jetzt wirkt nach Meinung der Anhänger des „Wertgesetzes" – das „Wertgesetz". Nach Meinung von Engels, Gluschkow und anderen – wirkt nun nicht das Wertgesetz, das während der Periode der einfachen Warenproduktion geherrscht hat, sondern die ökonomischen Gesetze des Monopolkapitalismus. ■

Leo MACHÉ-SUNIZA ist Schriftsteller und Übersetzer, er arbeitete 18 Jahre bei Siemens.

Marx zur politischen Ökonomie des Sozialismus

Hans KALT

Die Meinung von Leo Maché-Suniza, daß im Sozialismus nicht das Wertgesetz die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit auf die einzelnen Reproduktionssphären regle, ist nicht überraschend.

Es hat auch mich geschmerzt, als ich feststellen mußte, daß Thesen der politischen Ökonomie sowjetischer Prägung einer Überprüfung im Licht der Erkenntnis von Marx selbst nicht standhalten. Drei Argumentationslinien führt Leo Maché-Suniza an, um zu beweisen, daß das Wertgesetz im Sozialismus diese Rolle nicht spielen könne. Zuerst zitiert er Friedrich Engels. Nur sagt dieses Zitat zum eigentlichen Problem nichts aus. Es ist ein Rückblick und endet mit der Feststellung, daß das Wertgesetz nicht nur (modifiziert) im Kapitalismus, sondern während einer Periode von fünf bis sieben Jahrtausenden gewirkt hat. Dabei ist aber Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms" der deutschen Sozialdemokratie eindeutig auf die politische Ökonomie der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus (die wir Sozialismus nennen) eingegangen.

Marx schrieb dort (1875) hinsichtlich der zum individuellen Konsum bestimmten Teile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts: „Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt ... es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen ausgetauscht" (Marx/Engels Werke, Bd. 19, S. 20).

Indirekt erkennt Marx auch für Produktionsmittel das Wirken des Wertgesetzes bei der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit. Er führt in seiner „Kritik..." noch vor Behandlung des für den individuellen Konsum bestimmten Teiles an, wofür das gesellschaftliche Gesamtprodukt insgesamt dienen muß:

„Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel. Zweitens: Zusätzlicher Teil zur Ausdehnung der Produktion. Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen der Naturereignisse etc. Diese Abzüge ... sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften ... aber sie sind in keiner Weise an der Gerechtigkeit kalkulierbar." (Marx/Engels Werke, Bd. 19, S. 19).

Die von Marx hier angeführte „ökonomische Notwendigkeit" wird von ihm im dritten Band des „Kapitals" unmittelbar (für den Kapitalismus) wie folgt geschildert:

„Es ist in der Tat das Gesetz des Werts, wie es sich geltend macht, nicht in bezug auf die einzelnen Waren oder Artikel, sondern auf die jedesmalige Gesamtproduktion der besonderen, durch die Teilung der Arbeit verselbständigten Produktionssphären; so daß nicht nur auf jede einzelne Ware nur die notwendige Arbeitszeit verwandt ist, sondern daß von der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit nur das (nötige) proportionelle Quantum in den verschiedenen Gruppen verwandt ist" (Marx/Engels Werke, Bd. 25, S. 648).

Als zweites führt Maché-Suniza ein Zitat des sowjetischen Akademiemitglieds Gluschkow an. Dieses berührt allerdings den von Marx erst im dritten Band des „Kapital" behandelten *gesamt*gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gar nicht. Ich kenne den Zusammenhang nicht, in dem Gluschkow sich mit diesem Zitat bewegt. Wenn das allerdings wirklich seine einzige Argumentation war, daß das Wertgesetz im Sozialismus die Aufteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit *nicht* bestimmen könne, dann ist dies nur ein Ausdruck der Misere, in die marxistische politische Ökonomie in der Sowjetunion geraten war.

Schließlich stellt Maché-Suniza die beiden (besonders deutlich während der Perestroikaperiode zutage getretenen) Richtungen der sowjetischen politischen Ökonomie gegenüber: Die einen halten an der These fest, daß ein angeblich objektiv wirkendes „Grundgesetz des Sozialismus" (wie Stalin es 1952 formulierte) an Stelle des Wertgesetzes die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit zu regulieren habe. Ihnen schließt sich Maché-Suniza an, ohne zu prüfen, zu welchen Folgen die zwangsläufig aus dieser ökonomischen Basis des sowjetischen Gesellschaftsmodells wuchernde Bürokratie, ökonomische Disproportion und Stagnation in der Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution geführt hat. Er beruft sich dabei auf die *andere* Richtung, die im Marktmechanismus, dem spontanen Wirken des Wert- und des Mehrwertgesetzes ein Allheilmittel gegen die vorherigen Fehler gesehen hat. Mit Recht wirft Maché-Suniza dieser Richtung vor, das große Land einer Lumpenbourgeoisie ausgeliefert zu haben.

Auf der Strecke geblieben ist – in der Sowjetunion wie auch im Denken vieler – Lenin. Seit Beginn der NÖP (Neue ökonomische Politik) bis zu seinem Tod ist Lenin dafür eingetreten, daß Marktbeziehungen zum Aufholen der Rückständigkeit Rußlands *unbedingt notwendig* sind, und zwar für einen längeren Zeitabschnitt. Lenin sah dabei sehr wohl die Gefahr, daß aus diesen in breitem Umfang ein neuer Kapitalismus entstehen könne. Aber auch über den Hebel einer *funktionierenden Währung* (Währungsreform 1923), des *staatlichen Banken- und Kreditmonopols* des Sektors einer *staatskapitalistischen Industrie* und der *sozialistischen Staatsmacht* hätte dieser Gefahr begegnet werden können.

Die große Tragik der Perestroika bestand darin, daß sie nicht bei dem Gesamtkomplex der Leninschen Vorstellungen angeknüpft hat, sondern von der Parteispitze selbst Illusionen über die einseitige Heilkraft von hemmungslosen Marktbeziehungen genährt wurden. Dies, obwohl in der Zwischenzeit der Kapitalismus *nur* dadurch überleben konnte, daß er seinerseits das spontane Wirken des Wertgesetzes durch verschiedenartige Regulierungen im Interesse der Selbsterhaltung seines Ausbeutersystems zu beherrschen gelernt hat. Und da sollte der Sozialismus davor Angst haben, er könne das Wertgesetz nicht im Sinn der sozialistischen Entwicklung beherrschen und ausnützen? Wer dies in Zweifel zieht, gesteht damit ein, daß für ihn die historisch objektive Überlegenheit sozialistischer Gesellschaftsbeziehungen über kapitalistische nur eine Phrase ist. ■

Hans KALT ist ehemaliger Sekretär des ZK der KPÖ und ehemaliges Mitglied des Politbüros.

Evolution – metaphysische Idee oder Realität?

Rolf LÖTHER

Woher wissen wir, daß die Evolution der Lebewesen in der Vergangenheit tatsächlich stattgefunden hat und weiter vorangeht? In der Gegenwart unmittelbar beobachten können wir die Evolution nicht. Obwohl sie auch gegenwärtig stattfindet, geht sie viel zu langsam voran, um evolutionäre Prozesse als solche erkennen zu lassen, wenn wir nicht aus anderen Quellen wissen, daß es die Evolution gibt. Das Stattfinden der Organismen-evolution ist nicht durch direkte Beobachtung nachgewiesen, sondern auf andere Weise. Auf welche Weise?

Biologische Evolutionslehre – ein Zirkelschluß?

In vielen Lehrbüchern der Evolutionsbiologie findet man Kapitel, die sogenannte Beweise für die Evolution aus verschiedenen Teilgebieten der Biologie vorführen, aus der vergleichenden Anatomie, der vergleichenden Embryologie, der vergleichenden Biochemie, der Systematik, der Biogeographie, der Paläontologie usw. Wesentlich für diese Art der Beweisführung sind die homologen Ähnlichkeiten organismischer Strukturen, zum Beispiel des Knochengerüsts der Vordergliedmaßen der Säugetiere, etwa des Fledermausflügels, des Grabarms des Maulwurfs, der Walflosse, der Vorderfüße von Pferd und Hund und des Menschenarms, die so verschieden aussehen und so Verschiedenes leisten. Auf diese Art der Beweisführung bezieht sich der antievolutionistische Einwand, daß die biologische Evolutionslehre auf einem Zirkelschluß beruhe: Einerseits werde aus Mustern der homologen Ähnlichkeit auf die Evolution geschlossen, andererseits aber werde die Entstehung derselben Muster mit der Evolution erklärt.[1] Das ist in der Tat ein Circulus vitiosus. Nur ist sein Nachweis kein Einwand gegen die Evolutionsbiologie. Er ist bloß ein Einwand gegen eine unkorrekte Argumentation.

Daß die Evolution stattgefunden hat und stattfindet, ist bewiesen durch die Deszendenztheorie.[2] Die Deszendenztheorie setzt die begriffliche Abbildung der gradweise abgestuften Mannigfaltigkeit der Lebewesen durch ihre natürliche Klassifizierung voraus und ist deren Erklärung. Die Muster der homologen Ähnlichkeit sind Charakteristika der Organismenmannigfaltigkeit, die zu erklären ist. Die Deszendenztheorie erklärt diese Mannigfaltigkeit durch die gradweise abgestufte Abstammung der heute lebenden Organismenarten von gemeinsamen Vorfahrenarten, die vor ihnen auf der Erde gelebt haben, und deren Evolution auf sich verzweigenden Wegen, durch „descent with modification" (Ch. Darwin).

Das ist die unausweichliche Konsequenz aus der logischen Verknüpfung der natürlichen Klassifikation der Organismen mit gewissen allgemeinen Aussagen der Biologie. Diese allgemeinen Aussagen sind

- die durch die Fortpflanzung vermittelte Kontinuität des Lebens seit seiner abiogenen Entstehung aus nichtlebender Materie (Redisches Prinzip „Omne vivum e vivo");
- die Kontinuität der spezifischen Organisation der Lebewesen, die auf der Übertragung der genetischen Information bei der Fortpflanzung beruht;
- die genetische Variabilität der Organismen, die letztlich aus der Mutabilität entsteht;
- ein Vorgang, durch den die genetischen Unterschiede der organismischen Individuen ausgelesen werden, das heißt eliminiert oder aber so aufbewahrt, akkumuliert und kombiniert werden, daß sich daraus in der Aufeinanderfolge der Generationen große Unterschiede in der Organisation der Lebewesen ergeben.

Diese Aussagen sind durch die Erkenntnisentwicklung der Biologie geprüft worden. Sie sind geprüft worden durch die Widerlegung der Urzeugungsvorstellungen von F. Redi bis L. Pasteur, durch die Erforschung der Reproduktion des Lebens seit der Aufstellung des Satzes „Omnis cellula e cellula" (F. V. Raspail, R. Virchow), durch die Entwicklung der Genetik von G. Mendel bis zur Entdekung der DNS-Reduplikation, der Transkription und Translation der genetischen Information sowie der Mutabilität und nicht zuletzt durch die Entdekkung der natürlichen Auslese im Ringen um die Existenz (Ch. Darwin, A. R. Wallace).

Die Beziehung zwischen dem natürlichen Klassifikationssystem der Organismen(-Arten) und der Deszendenztheorie in der Biologie hat einige Parallelen in den Beziehungen anderer natürlicher Klassifikationssysteme und Theorien oder Hypothesen, welche Phänomene erklären, die durch natürliche Klassifikationen zum Vorschein gebracht werden. Dazu gehören zum Beispiel die Klassifikation der Kristalle nach ihren Symmetrieeigenschaften und der Nachweis, daß Kristalle aus Atomen aufgebaut sind, die ein Raumgitter bilden, das Periodische System der chemischen Elemente und sein Zusammenhang mit der Quantenmechanik sowie die Klassifikation der Sterne nach ihrem Platz im Hertzsprung-Russell-Diagramm und Vorstellungen über die Sternentwicklung. Das allgemeine Schema ist:

$$\frac{\text{Classificandum}}{\text{Classificans}} \Rightarrow \text{Classificatum} = \frac{\text{Explanandum}}{\text{Explanans}} \Rightarrow \text{Explanatio}$$

Indem die Deszendenztheorie die gegenwärtige Organismenmannigfaltigkeit durch Abstammung und Evolution in der Vergangenheit erklärt, öffnet sie den Zugang der Evolutionsbiologie zur Evolution als ihrem Forschungsgegenstand. Die Organismenevolution ist eine objektive Realität, die auf logisch-theoretischem Weg durch Schlußfolgerungen aus Erfahrungstatsachen nachgewiesen ist, ist theoretisch erschlossene Wirklichkeit. Der Zugang zur Evolution wird durch die Deszendenztheorie vermittelt.

Die Fossilien werden in der Beweisführung der Deszendenztheorie nicht erwähnt. Sie ist logisch unabhängig von den Belegen der Geschichte des Lebens in der Vergangenheit. In der Verbindung mit der ideellen Rekonstruktion der Erdgeschichte durch die geologischen Wissenschaften bedeuten die Fossilien eine zusätzliche Bestätigung der Deszendenztheorie. Die Existenz der Fossilien in der Schichtenfolge der Erdrinde führt zu denselben Fragen wie die rezente gradweise abgestufte Mannigfaltigkeit der Organismen und damit zur Deszendenztheorie. Das setzt die Identifizierung der Fossilien als Spuren einstigen Lebens und ihren Vergleich mit gegenwärtigen Lebewesen voraus.

Unabhängig von der Evolutionsbiologie und auf logisch gleiche Weise erschließt die historische Geologie die Geschichtlichkeit der Erde und mit diesem ihrem Forschungsgegenstand auch Raum und Zeit der Organismenevolution. Die Paläontologie hat ihren Platz zwischen historischer Geologie und Evolutionsbiologie. Der historischen Geologie gibt sie Zeitmarken für die relative Chronologie der Erdgeschichte und gleichzeitig der Evolutionsbiologie Material für die ideelle Rekonstruktion der Geschichte des Lebens.

Das Ob, Wie und Warum der Evolution

Aus der Deszendenztheorie ergeben sich zwei Fragen:

1. Was sind die konkreten Wege und Modalitäten der Evolution in der Vergangenheit?

2. Was sind die Faktoren, bewegenden Kräfte und Gesetzmäßigkeiten der Evolution?

Die erste Frage wird von der historischen Phylogenetik beantwortet. Sie führt zur ideellen Rekonstruktion der Evolution der Arten in der Vergangenheit als historischer Prozeß. Ihre konzentrierten Ergebnisse werden graphisch in Stammbäumen (Dendrogrammen) ausgedrückt.[3] Die Antwort auf die zweite Frage ist die Evolutionstheorie. Deszendenz- und Evolutionstheorie wurden von Darwin begründet, die historische Phylogenetik von E. Haeckel. Mit Deszendenztheorie, historischer Phylogenetik und Evolutionstheorie werden die Fragen nach dem Ob, dem Wie und dem Warum der Evolution mit Hilfe der historischen Methode beantwortet, die von Darwin in die Biologie eingeführt wurde.

Die historische Methode ist die allgemeine wissenschaftliche Methode, die es ermöglicht, Entwicklungsprozesse zu erkennen, soweit sie der Vergangenheit angehören. Durch die Anwendung dieser Methode wird in der Astronomie die Evolution der Himmelskörper und des Kosmos, in der Geologie die Evolution des Planeten Erde, in der Biologie die Evolution des Lebenden und in den Sozial- und Geisteswissenschaften die soziokulturelle Evolution der Menschheit vor Augen geführt. Historische Forschung in den Naturwissenschaften wie in den Sozial- und Geisteswissenschaften geht von der Erkenntnis der gegenwärtigen Realität aus. Gemäß dem methodologischen Prinzip des Historismus wird die gegenwärtige Realität als Resultat von Vorgängen erklärt, die in der Vergangenheit stattgefunden haben. Gemäß dem methodologischen Prinzip des Aktualismus werden diese Vorgänge auf Ursachen zurückgeführt, wie sie in der Gegenwart festgestellt werden. Auf diese Weise entstehen die Entwicklungstheorien in den Wissenschaften.

Die historische Evolutionserkenntnis setzt objektiv voraus, daß die gegenwärtige Realität die Vergangenheit enthält – nicht als zeitliche Aufeinanderfolge der vergangenen Dinge, Erscheinungen und Prozesse, ihres Werdens und Vergehens, sondern im Nebeneinander und den Beziehungen der Strukturen der beobachtbaren gegenwärtigen Realität. Die materielle Welt ist voller Spuren ihrer Vergangenheit – man muß sie nur zu lesen verstehen –, ebenso wie sie voller Keime neu in Gang kommender Entwicklungen ist. Die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Dinge und Erscheinungen hängt von ihrer ihnen innewohnenden Vergangenheit ab.

Der Weg vom gegenwärtigen Nebeneinander zum Nacheinander in der Vergangenheit verläuft über den Vergleich der Dinge und Erscheinungen und ihre Klassifikation gemäß ihrer natürlichen Ordnung. Auf diese Weise führen die Spektralklassen und die Leuchtkraft der Sterne zu Konzeptionen ihrer Evolution und die Kenntnisse über die Schichtenfolge der Erdrinde, und die homologen Strukturen der fossilen und rezenten Lebewesen dienen der Rekonstruktion ihrer Stammesgeschichte. In den Sozialwissenschaften verfuhr K. Marx auf die gleiche Weise. Die ökonomische Gesellschaftsformation bestimmte er als die Einheit der Klassifikation der verschiedenen Menschengesellschaften und ihres Platzes in der Entwicklung der Menschheit. Den Terminus „Formation“ entnahm er zweifellos der Geologie.

Im Vergleich mit den Methoden der empirischen Forschung, zum Beispiel Beobachtung und Experiment, und den Methoden der theoretischen Forschung, zum Beispiel gedankliche Analyse und Synthese, stellt die historische Methode ein kompliziertes Methodengefüge dar. Es schließt Methoden wie Beobachtung und Experiment, Modellierung, Analyse und Synthese u. a. ein. Die Struktur dieses Systems wird von den beiden methodologischen Prinzipien des Historismus und des Aktualismus sowie den daraus abgeleiteten Fragestellungen bestimmt. Sie sind miteinander verbunden und ergänzen einander. Im Prozeß der Erkenntnis der historischen Entwicklung führen sie zur Retrodiktion, dem vergangenheitsbezogenen Gegenstück zur Vorhersage zukünftiger Ereignisse und Prozesse. Historismus und Aktualismus zusammen ermöglichen die von der gegenwärtigen Realität ausgehende ideelle Rekonstruktion der Vergangenheit. Während die Organismenevolution durch die Deszendenztheorie als Realität festgestellt ist, vollzieht sich die Erkenntnis des Verlaufs, der Wege und Modi der Evolution ebenso wie die Erkenntnis der Faktoren, Mechanismen und bewegenden Kräfte als komplikationsreiche Annäherung an die Wahrheit, die wohl nie zum Abschluß kommen wird.

Klassifikation und Stammesgeschichte der Lebewesen

Die Antwort auf die Frage, auf welchen Wegen die Evolution in der

Vergangenheit verlaufen ist, beginnt beim natürlichen Klassifikationssystem der Organismen. Die Erklärung der in ihm abgebildeten gradweise abgestuften Mannigfaltigkeit der Lebewesen durch die Deszendenztheorie führt zu folgender Konsequenz: Die sogenannte systematische Verwandtschaft zwischen den Taxa (Organismengruppen) aufgrund ihrer Stellung im natürlichen Klassifikationssystem bringt dem Wesen nach reale stammesgeschichtliche Verwandtschaft zum Ausdruck. Sie wird in der Entwicklung der Systematik mehr oder weniger adäquat erfaßt. Als eine methodologische Schlußfolgerung daraus ergibt sich, daß das natürliche Klassifikationssystem zum phylogenetischen Klassifikationssystem als einem höheren Stadium natürlicher Systematik weiterentwickelt werden sollte, das von der stammesgeschichtlichen Verwandtschaft der heute lebenden Arten ausgeht und die stammesgeschichtliche Verwandtschaft der Taxa im Klassifikationssystem widerspiegelt.[4]

Doch wird diese Orientierung bei weitem nicht allgemein anerkannt. Vielmehr gibt es einige konkurrierende Richtungen oder Schulen in der Systematik und lebhafte Kontroversen zwischen ihnen.[5] Hauptsächlich handelt es sich um die traditionelle (klassische, evolutionäre) Schule, die phylogenetische (kladistische) Schule und die phänetische (numerische) Schule. Ihre Differenzen sind mit der Bezugnahme auf die erscheinungsbildliche (phänetische) Gesamtähnlichkeit der Lebewesen und die Verzweigung der Evolutionslinien verbunden. Ferner gibt es noch die „umgebildete Kladistik" („transformed cladistics"), eine Entstellung der phylogenetischen Systematik, nämlich Kladistik ohne Phylogenetik. Sie kann hier außer Betracht bleiben. Hinsichtlich der Streitigkeiten zwischen der traditionellen, der phylogenetischen und der phänetischen Schule aber „entsteht das Problem aus der Komplexität der Welt, nicht aus der Verworrenheit menschlichen Denkens (obwohl die Verschwommenheit ihren üblichen Beitrag geleistet hat)", wie S. J. Gould betont.[6]

Gould erinnert uns an die Quelle der Auseinandersetzungen – „einen recht einfachen Punkt, der irgendwie in der Hitze des Gefechts untergegangen ist. In einer idealen Welt gäbe es zwischen den drei Schulen Kladismus, Phänetismus und Traditionalismus – keinen Konflikt, und alle würden für einen gegebenen Satz von Organismen die gleiche Klassifizierung einführen. In dieser Wunschtraumwelt würden wir zwischen der phänetischen Ähnlichkeit und dem Zeitpunkt der gemeinsamen Abstammung (Verzweigungsordnung) eine perfekte Korrelation finden; das heißt je länger es her ist, daß sich zwei Gruppen von Organismen von ihrem gemeinsamen Vorfahren abgetrennt haben, desto unähnlicher wären sie sich jetzt in ihrem Aussehen und von ihrer biologischen Rolle her. Die Kladisten würden eine zeitliche Verzweigungsordnung erstellen, indem sie gemeinsame abgeleitete Merkmale katalogisieren. Die Phänetiker würden ihre vielfältigen Messungen der Ähnlichkeit in ihre Lieblingscomputer stopfen und die gleiche Ordnung finden, weil die sich am unähnlichsten Lebewesen die ältesten gemeinsamen Vorfahren hätten. Die Traditionalisten, die in ihren beiden Informationsquellen eine vollständige Übereinstimmung vorfänden, würden in den Chor der Harmonie und des Einklangs einstimmen.[7]

Tatsächlich leben wir nicht in solch einer idealen Welt. Zwischen Kladogenese und phänetischer Evolution gibt es keinen derartigen Zusammenhang. Gibt es dennoch eine Möglichkeit, den Konflikt zwischen den sich gegenseitig ausschließenden drei Schulen in der Systematik durch eine einheitliche Theorie und Methodologie der Systematik zu überwinden, ohne aber auch nur eine dieser Schulen einfach zu negieren? Ich sehe diese Möglichkeit, wenn die Verfahrensweisen phänetischer, traditioneller und phylogenetischer Systematik als Stadien eines fortschreitenden Erkenntnisvorganges aufgefaßt werden.

Verschiedene Verwandtschaften

Das läßt sich aus der Veränderung der Bedeutung des Begriffs „systematische Verwandtschaft" der Taxa bei den drei Schulen der Systematik begründen. R. R. Sokal und P. H. A. Sneath schreiben dazu: „Der Terminus Verwandtschaft bietet Anlaß für Verwirrung. Er kann Verwandtschaft durch Abstammung bedeuten ... oder er kann einfach die Gesamtähnlichkeit indizieren, wie sie nach den Merkmalen der Organismen beurteilt wird. In dieser Bedeutung haben wir den Terminus Affinität in Gebrauch genommen, der in vordarwinscher Zeit allgemein benutzt wurde. Wir können diese Art von Verwandtschaft durch Abstammung auch unterscheiden, indem wir sie phänetische Verwandtschaft nennen, ... um anzuzeigen, daß sie sich auf den Phänotyp des Organismus bezieht und nicht auf seine Phylogenie"[8]

Weiters könne man bei Verwandtschaft durch Abstammung sagen, zwei Formen seien stammesgeschichtlich eng verwandt, weil sie viele Merkmale besitzen, die von einem gemeinsamen Vorfahren stammen. Diese Komponente phyletischer Ähnlichkeit, die so verstandener gemeinsamer Abstammung (und nicht Konvergenz) entspringt, wird „patristische Affinität" genannt. Zum anderen können Formen als nahe verwandt aufgefaßt werden nach der Unmittelbarkeit der gemeinsamen Abkunft ohne Rücksicht auf die Anzahl der Merkmale, die von einem gemeinsamen Vorfahren stammen. Diese Art von Verwandtschaft wird „kladistisch" genannt. Kladistische Verwandtschaft beziehe sich auf die Wege der Ahnenabstammung und beschreibe die Abfolge ihrer Verzweigungen; sie ignoriere die Evolutionsraten und habe deshalb keine Beziehungen zur phänetischen Ähnlichkeit. Beide Aspekte phyletischer Verwandtschaft seien nicht als additiv auffaßbar.

Sokal und Sneath fassen zusammen:

„Phänetische Verwandtschaft = homologe (patristische) Verwandtschaft + homoplastische (konvergente) Verwandtschaft.

Phyletische Verwandtschaft hat zwei Aspekte:

1. patristische Verwandtschaft,
2. kladistische Verwandtschaft."[9]

Phänetische, patristische und kladistische Verwandtschaft sind Konkretisierungen der systematischen Verwandtschaft jeweils für die Klassifikationssysteme der phänetischen, der traditionellen und der phylogenetischen Systematik. Der Übergang von der phänetischen zur patristischen Verwandtschaft erfolgt dadurch, daß die homologen unter den Merkmalen ermittelt werden, der Übergang von der patristischen zur kladistischen Verwandtschaft dadurch, daß zwischen relativ ursprünglichen (plesiomorphen) und stärker veränderten, abgeleiteten (apomorphen) Merkmalen unter den Homologien unterschieden wird. Auf beiden Stufen wird Einheit des Ursprungs

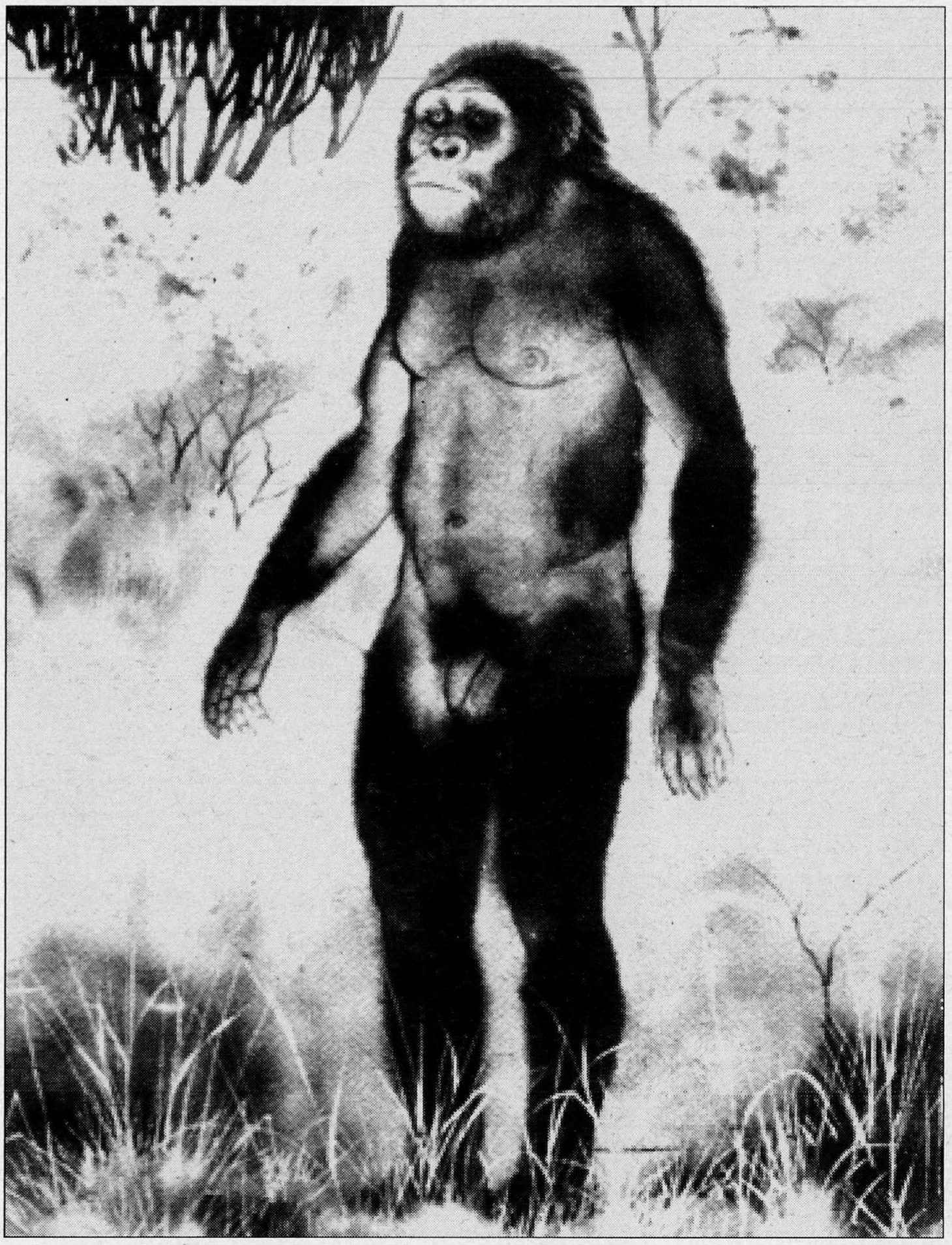
(Monophylie) der Taxa gefordert, wobei der Übergang zur kladistischen Stufe eine Präzisierung des Monophyliebegriffs einschließt. Für die traditionelle Systematik bedeutet Monophylie die Herleitung eines Taxons über eine oder mehrere aufeinanderfolgende Ahnenformen von einem unmittelbaren Ahnentaxon des gleichen oder niedereren systematischen Ranges. Hingegen verlangt die phylogenetische Systematik, daß die Arten jedes höheren Taxons sich von einer gemeinsamen Stammart herleiten lassen und keine Art, die aus dieser Stammart hervorgegangen ist, außerhalb dieses Taxons plaziert werden darf.

Im Übergang von der phänetischen zur patristischen, zur kladistischen Verwandtschaft werden Schichten von Phänomenen abgetragen, bis die Struktur der Verwirklichung eines fundamentalen Gesetzes der lebenden Natur offenliegt. Es ist das Redische Prinzip „Omne vivum e vivo", das uns zuerst bei der deszendenztheoretischen Erklärung der gradweise abgestuften Mannigfaltigkeit der Lebewesen begegnete. Das Verhältnis des Redischen Prinzips zum phylogenetischen System ist das eines Naturgesetzes zur idealisierten Beschreibung eines Naturvorganges unter dem Aspekt der Verwirklichung dieses einen Gesetzes. Das phylogenetische System ist eine Darstellung des Naturvorganges der stammesgeschichtlichen Entwicklung der Lebewesen im Hinblick auf das Redische Prinzip und vom Zeithorizont der Gegenwart aus. Die sukzessive Einbeziehung der Gesetze der Vererbung und Evolution führt zur Überformung der vom phylogenetischen System zum Ausdruck gebrachten Struktur mit den Konturen patristischer und phänetischer Ähnlichkeit, zu ihrer ideellen Rekonstruktion.

Verstehen wir unter „Stammbaum" die allseitige ideelle Reproduktion der Geschichte des Lebens auf der Erde auf dem Organisationsniveau der Populationen und Arten, so ist das phylogenetische System die Darstellung seiner von der Gegenwart aus gesehenen Grundstruktur. Der Stammbaum der Organismen „ist – wenn man unter Stammbaum ein Diagramm versteht, in dem ihre phylogenetische Verwandtschaft in Beziehung gesetzt wird zu ihrer Ähnlichkeit in jeder denkbaren Richtung – ein vieldimensionales Gebilde, das vollständig nicht anschaulich dargestellt werden kann".[10] Daraus folgt für das wissenschaftliche Erkennen, daß unterschiedliche Projektionen dieser Polystruktur benötigt werden:

- Klassifikationssysteme, die sich auf unterschiedliche Schichten von Phänomenen beziehen (phänetische, patristische, kladistische Verwandtschaft);
- Klassifikationssysteme, die sich auf unterschiedliche Zeithorizonte der Vergangenheit als Querschnitte durch den Stammbaum beziehen;
- Stammbaumdarstellungen, die die verschiedenen in Klassifikationssystemen ausgedrückten Stammbaumquerschnitte verschiedener Phänomenebenen verbinden.

Die Gesamtheit dieser Projektionen erst bildet das ideelle Netzwerk, in dem sich die raum-zeitliche Mannigfaltigkeit der Organismenwelt in Vergangenheit und Gegenwart einfangen läßt. Die geistige Beherrschung der Organismenmannigfaltigkeit ist grundlegend für die Erkenntnis des Lebenden sowie eine notwendige Bedingung des Schutzes wie der rationellen und effektiven Nutzung der lebenden Natur. Das phylogenetische System aber ist das allgemeine Bezugssystem, um die Organismenmannigfaltigkeit geistig zu beherrschen. „Wenn aber ein System der Organismen für die Praxis überhaupt eine Bedeutung haben kann, dann liegt diese allein darin, mit seiner Hilfe Wahrscheinlichkeitsangaben über den vermutlichen Geltungsbereich der an mehr oder weniger zahlreichen Einzelindividuen festgestellten Gesetzmäßigkeiten machen zu können. Dar-



Frühmensch (Rekonstruktion).

in ist aber das phylogenetische System, eben wegen der genau definierten Gruppen aller Rangstufen allen anderen in der Biologie denkbaren Systemen überlegen."[11]

Biologische Evolutionstheorie im Wandel

Die Faktoren, bewegenden Kräfte und Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung des Lebens bilden den Gegenstand der biologischen Evolutionstheorie. Sie gründet sich auf das Studium gegenwärtiger Prozesse, um den Verlauf der ideell rekonstruierten Evolution zu erklären. Seit Darwins „The Origin of Species by Means of Natural Selection" (1859) hat sie eine ganze Reihe von Entwicklungsstadien durchlaufen. Mit Th. Dobzhanskys „Genetics and the Origin of Species" (1937) begann das Stadium der „new" oder „modern synthesis", der Synthetischen Theorie der Evolution, in der Darwinismus und Vererbungswissenschaft vereint wurden. Nun wächst die Unzufriedenheit mit dieser Variante der biologischen Evolutionstheorie, und es wird lebhaft darüber diskutiert, wie es mit der biologischen Evolutionstheorie weitergeht.

Herausgefordert wird die Synthetische Theorie u. a. durch die horizontale Übertragung von Erbinformationen zwischen diversen Organismengruppen vermittels „springender Gene" und durch die Konzeption der (selektions-)„neutralen" oder „nichtdarwinschen" Evolution auf der molekularen Ebene, die Konzeption der „sprunghaften" Entstehung neuer Arten als Unterbrechung genetischer Gleichgewichte von Populationen („punctuated equilibrium") und durch evolutionstheoretische Entwürfe wie die von R. Riedl oder von W. F. Gutmann.[12] Nicht zuletzt ergibt sich die Frage nach den Konsequenzen aus Selbstorganisations- und Chaosforschung für das biologische Evolutionsverständnis.[13]

Allem Anschein nach befindet sich die biologische Evolutionstheorie in einer Phase tiefgreifender Veränderungen - nicht ihrer ersten und vermutlich auch nicht ihrer letzten. Wie D. L. Hull vermerkt, besteht die Evolutionstheorie nicht in einer Reihe von (womöglich in axiomatischer Form vorgelegten) Lehrsätzen, die als die Theorie der Evolution aufgefaßt werden könnte. Stattdessen seien unterschiedliche, unvollständige, partiell unvereinbare Versionen der Evolutionstheorie vorhanden. „Ich halte diese Sachlage nicht für ungewöhnlich, zumal in Perioden rascher theoretischer Veränderung. Der Mythos, daß eine Reihe von Lehrsätzen existiert, die unzweideutig als Newtonsche Theorie, Relativitätstheorie usw. bezeichnet werden könnte, ist generell ein Artefakt, das durch mangelnde Aufmerksamkeit für die historische Entwicklung und Desinteresse an der wissenschaftlichen Primärliteratur zustandekommt. Die einzige Stelle, an der man die Version einer Theorie finden kann, ist ein Lehrbuch, das geschrieben wurde, nachdem die Theorie für Wissenschaftler jedes theoretische Interesse lange verloren hatte", schreibt Hull.[14]

Und N. Eldredge zieht aus in der Evolutionsbiologie ausgetragenen Kontroversen das Fazit: „Wenn all die Staubwolken um diese jüngste Episode der Kontroverse in der Evolutionstheorie verzogen sein werden, werden wir genauer sehen, wie der Evolutionsprozeß vorangeht. Das ist der Sinn des Ganzen und das, worum es geht. Wenn die Evolutionstheorie daraus in einer der modernen Synthese gegenüber etwas veränderten Form hervorgeht, werden sich einige von uns als Sieger fühlen und andere werden in unnachgiebiger Opposition ins Grab gehen. Wenn die Synthese unversehrt entkommt, werden sich einige von uns vergebens abgemüht haben, die Theorie jedoch wird durch ihre Fähigkeit, gründlicher Kritik zu widerstehen, gestärkt sein ... Völlig klar ist aber: Was auch immer in den nächsten zehn Jahren entsteht, es wird nur ein Bericht über Fortschritte sein."[15]

Urmensch (Australopithecus) in seiner Umwelt (Rekonstruktion).

Die Stellungnahmen von Hull und Eldredge führen die derzeitige Situation der Evolutionstheorie und das Wesen des um sie geführten wissenschaftlichen Meinungsstreites vor Augen: Sie sind durch die Vorwärtsbewegung des biologischen Entwicklungsdenkens bestimmt. Die Situation ist prinzipiell verschieden von der zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als L. V. Kellog resümierte: „Es ist die reine Wahrheit, daß die darwinistischen Selektionstheorien heute in der biologischen Welt ernsthaft diskreditiert sind, wenn man sie hinsichtlich der von ihnen beanspruchten Leistungsfähigkeit betrachtet, für sich genommen eine hinreichende mechanische Erklärung der Deszendenz zu sein. Andererseits ist es ebenfalls die reine Wahrheit, wenn man sagt, daß von den Opponenten der Selektion keine sie ersetzende Hypothese oder Theorie der Artbildung vorgelegt werden konnte, die von den Naturforschern allgemein oder auch nur in beträchtlichem Maße angenommen wurde. Die Mutationen scheinen zu selten und zu weit voneinander entfernt zu sein, für die Orthogenesis können wir keinen befriedigenden Mechanismus finden; das gleiche gilt für die lamarckistischen Theorien von der Abwandlung durch Anhäufung von erworbenen oder ontogenetischen Merkmalen durch Vererbung. Kurz und gut, wir sind unermeßlich unsicher."[16]

Zu solcher Unsicherheit besteht heute kein Grund, doch wird andererseits die Synthetische Theorie in der Gestalt, wie sie seit den fünfziger Jahren in Lehr- und Sachbüchern dargestellt wird, aus den gegenwärtigen Debatten kaum unversehrt entkommen. Um nur eine Problematik herauszugreifen, sei die der Evolutionsfaktoren angeführt. Der Terminus „Evolutionsfaktor" wird konventionell ohne weiteres Nachdenken als Sammelbezeichnung für Mutation, Selektion, Rekombination der Gene in den Populationen, Isolation, Populationsschwankungen und Gendrift verwendet. Selektionsneutrale Variabilität auf der molekularen Ebene und „springende Gene" aber geben nicht nur Anlaß, die Liste der Evolutionsfaktoren in den Lehrbüchern zu verlängern, sondern das gesamte Konzept der Evolutionsfaktoren theoretisch zu überdenken. Wegweisend dafür könnten Überlegungen von K. M. Sawadskij und E. I. Koltschinskij sein.[17] Danach können alle Seiten und Bestandteile des evolvierenden Lebenden ebenso wie die Bedingungen und bewegenden Kräfte der Evolution, die für spezielle Untersuchungen gesondert betrachtet werden können, als Faktoren der Evolution aufgefaßt werden. So gesehen gehört jeder unterscheidbare Prozeß und jede charakteristische Eigenschaft der Organisation des Lebenden zu den Evolutionsfaktoren, wenn sie Teil des evolvierenden Substrats sind oder sich als Ursachen oder Bedingungen im Gefüge der Wechselwirkungen befinden, die zum adaptiven Wandel der Populationen beitragen.

Zwei Gruppen von Evolutionsfaktoren

Die Gesamtheit der Evolutionsfaktoren kann nach I. I. Schmalhausen[18] in zwei Gruppen eingeteilt werden. Auf der einen Seite stehen die Faktoren, die das Substrat der Evolution, also das, was evolviert, bereitstellen und organisieren. Dazu gehören u. a. Mutabilität, Sexualität, individuelle Variabilität sowie Integration und Isolation der Populationen und Arten. Zu dieser Faktorengruppe gehören auch die horizontale Übertragung genetischer Information und die Variabilität auf molekularem Niveau; die „Neutralitätstheorie" der molekularen Evolution bezieht sich auf diese Faktorengruppe. Auf der anderen Seite stehen als Gegenspieler jene Faktoren, die als bewegende Kräfte, als Ursachen der Evolution wirken: das Ringen um die Existenz und die natürliche Selektion. In den Beziehungen zwischen diesen beiden Faktorengruppen zeigt sich der dialektisch-widersprüchliche Charakter der Evolution.

Im Ringen der Lebewesen um die Existenz findet die natürliche Auslese statt, die aus der Wechselwirkung vieler Evolutionsfaktoren resultiert und die wesentliche bewegende und richtunggebende Kraft der Evolution ist. Sie kann daher nicht als einer neben vielen anderen mehr oder weniger distinkten Evolutionsfaktoren begriffen werden. Grundlegend für das Verständnis der natürlichen Selektion ist, daß sie zwar unmittelbar Individuen begünstigt oder eliminiert, aber sich vermittels dieser primären Wirkung auf die Fortpflanzungschancen der Individuen in der Erhaltung und den Erfolgen von Populationen und Arten verwirklicht. Selektionsmodi, wie zum Beispiel stabilisierende, richtende oder disruptive Auslese beziehen sich auf Populationen, nicht auf Individuen. Neuere Forschungen und Diskussionen haben das Darwinsche Konzept der Umweltselektion erweitert: Auslesevorgänge, die die individuellen Überlebens- und Fortpflanzungschancen der Individuen beeinflussen, finden auch auf verschiedenen innerorganismischen ebenso wie überorganismischen Ebenen statt. Beispiele für letzteres sind die Verwandten- und die Gruppenselektion der Soziobiologen und die Artenselektion der Anhänger des „punctuated-equilibrium"-Konzepts. Was bei all dem immer unmittelbar ausgelesen wird, sind Individuen in Populationen.

Evolution der Evolution

Ein weiterer Aspekt der Auffassung von den Evolutionsfaktoren ist die „Evolution der Evolution": Die Faktoren und der Mechanismus der Evolution sind nicht für alle Zeiten und Organismengruppen gleich, sondern unterliegen selbst der Evolution. Wie B. P. Tokin bereits 1935 begründete, ist es erforderlich, „den historischen Gesichtspunkt auf den Evolutionsprozeß selbst konsequent anzuwenden und solche Begriffe, wie zum Beispiel Vererbung und Variabilität ebenfalls als geschichtliche Kategorien aufzufassen".[19]

Solches historisches Herangehen an die Evolutionsfaktoren und ihr Beziehungsgefüge schließt, wie Sawadskij und Koltschinskij gezeigt haben, ein, daß zwischen allgemeinen und besonderen Evolutionsfaktoren unterschieden und zudem berücksichtigt wird, daß sich sowohl allgemeine als auch besondere Faktoren im Verlauf der Evolution auf verschiedene Weise quantitativ und qualitativ verändern sowie neue Faktoren entstehen und alte verschwinden können. Zu den allgemeinen, das heißt überall und jederzeit die Evolution bedingenden und bestimmenden Faktoren, gehören u. a. Fortpflanzung, Vererbung und Mutabilität sowie Ringen um die Existenz und natürliche Auslese. Beispiele besonderer, auf die Evolution bestimmter großer Artengruppen beschränkter Evolutionsfaktoren sind u. a. die verschiedenen geschlechtlichen und ungeschlechtlichen Fortpflanzungsweisen, die Symbiose der Flechten oder das Verhalten als Schrittmacher der Evolution im Tierreich. Ferner ergeben sich sowohl bei

den allgemeinen als auch bei den besonderen Faktoren Unterschiede zwischen den hauptsächlichen (wesentlichen bzw. notwendigen und hinreichenden) Faktoren, die die Evolution bedingen und bestimmen (z. B. Mutabilität und natürliche Auslese), und zusätzlichen Faktoren, die die Evolution auf unterschiedliche Weise beeinflussen, zum Beispiel die Geschwindigkeit der Generationenfolge, Populationsgrößen und -schwankungen, Schwankungen der Umweltbedingungen usw.

Aus solcher differenzierender Betrachtung der Evolutionsfaktoren wird abgeleitet, daß die Theorie der Evolutionsfaktoren als eine Teiltheorie der biologischen Evolutionstheorie, die bislang auf mehr oder weniger universelle Faktoren konzentriert war, in zweifacher Hinsicht zu ergänzen und weiterzuentwickeln ist. Zum einen ist sie dadurch zu konkretisieren, daß Besonderheiten der Evolutionsfaktoren und -mechanismen bei den verschiedenen großen Organismengruppen wie Prokaryoten, Protozoen oder Pflanzen untersucht werden. Zum anderen ist sie dadurch auszubauen, daß die historischen Veränderungen der universellen Faktoren und das Werden und Vergehen spezieller Evolutionsfaktoren in der stammesgeschichtlichen Entwicklung erforscht werden. Dieses Herangehen an die Evolutionsfaktoren schließt auch ein verändertes Verständnis des Prinzips des Aktualismus in der historischen Methode ein: Variaformismus anstatt Uniformismus.

Philosophische Einwürfe

Grober Antievolutionismus hält die Evolutionslehre für die „Religion des Antichristen" und den Darwinismus für einen „Jahrhundertirrtum". Subtiler Antievolutionismus sucht Zweifel an der Realität der Evolution durch die Disqualifizierung der biologischen Evolutionslehre mit erkenntnistheoretischen Mitteln zu säen. Solche Versuche sind die Doktrinen von der hypothetischen Vergangenheit, von der ahistorischen Naturwissenschaft und der gesetzeslosen Geschichtsforschung und von der Abstammungsidee als apriorische Idee.

Die Doktrin von der hypothetischen Vergangenheit findet sich im empirischen Positivismus und im Neopositivismus. Sie meint, daß die Deszendenztheorie lediglich eine subjektive Hypothese sei, die nützlich für das Ordnen biologischer Daten ist. Sie zu bestätigen oder zu widerlegen aber sei unmöglich. Seien doch Aussagen, die die Vergangenheit betreffen, prinzipiell nichts weiter als intellektuelle Konstruktionen, weil es in jener Vergangenheit niemanden gab, der die damaligen Vorgänge beobachtet hätte. Damit wird fraglich, ob die Erde schon existierte, als es noch keine menschlichen Beobachter gab. In den siebziger Jahren wurde anläßlich des 100. Jahrestages der geologischen Eiszeittheorie die Südgrenze des skandinavischen Inlandeises in der Quartärperiode der Erdgeschichte auf dem Territorium der damaligen DDR mit 13 Obelisken markiert. Was wurde denn da markiert? Die Grenzen des Gletschereises in einer fernen Vergangenheit oder aber die Grenzen einer intellektuellen Konstruktion? Die Geologen verschwendeten keinen Gedanken auf diese Frage. Eiszeittheorie und Deszendenztheorie beruhen auf derselben Logik der Beweisführung.

Die Doktrin von der ahistorischen Naturwissenschaft und der gesetzeslosen Geschichtsforschung entstammt der Freiburger Schule des Neukantianismus (W. Windelband, H. Rickert). Sie verfehlt gründlich die Zusammenhänge von Einzelnem, Besonderem und Allgemeinem, speziell die Beziehungen von historischem Ereignis und Allgemeingesetzmäßigem im natur-wie gesellschaftsgeschichtlichem Geschehen. Sir K. Poppers Antihistorizismus und seine verwirrende Deutung des Darwinismus als „metaphysisches Forschungsprogramm"[20] verbindet Elemente beider Doktrinen.

Die Doktrin von der Abstammungsidee als apriorische Idee postuliert, daß die Deszendenztheorie lediglich die Interpretation von Daten gemäß einer apriorischen Idee sei, einer Idee also, die aller Erfahrung vorausgeht und von ihr unabhängig ist, die nicht empirisch geprüft oder widerlegt werden kann.[21] Diese Doktrin befindet sich in striktem Gegensatz zur Geschichte der Biologie, die beispielsweise die mit der Abstammungsidee unvereinbare uralte Tradition der Vorstellungen von einer ständig stattfindenden Urzeugung von Lebewesen kennt. Das Redische Prinzip „Omne vivum e vivo" ist die Quintessenz eines langen Weges ihrer Widerlegung und grundlegend für die Deszendenztheorie. Ungeachtet aller philosophisch - erkenntnistheoretischen Einwürfe ist das Konzept der Evolution des Lebenden ein biologisches, ein naturwissenschaftliches und kein metaphysisches Konzept. ■

Anmerkungen

1 Vgl. O. Kuhn: Die Deszendenztheorie. Bamberg 1947; O. Rieppel: Kladismus oder die Legende vom Stammbaum. Basel/Boston/Stuttgart 1983.
2 Vgl. R. Löther: Die Beherrschung der Mannigfaltigkeit. Jena 1972; R. Löther: Das Werden des Lebendigen. Leipzig/Jena/Berlin 1983; S. Tschulok: Deszendenzlehre. Jena 1922.
3 Vgl. A. Ermisch: Ernst Haeckel – Darstellung der Phylogenese durch Stammbäume, in: B. Wilhelmi (Hrg.): Leben und Evolution. Jena 1985.
4 Vgl. P. Ax: Systematik in der Biologie. Stuttgart 1988.
5 Vgl. N. R. Scott-Ram: Transformed Cladistics, Taxonomy and Evolution. Cambridge 1990.
6 S. J. Gould: Wie das Zebra zu seinen Streifen kommt. Basel/Boston/Stuttgart 1986, S.359.
7 Ebd., S.360f.
8 R. R. Sokal, R. H. A. Sneath: Principles of Numerical Taxonomy. San Francisco/London 1963, S.3f.
9 Ebd., S.222.
10 W. Hennig: Grundzüge einer Theorie der phylogenetischen Systematik. Berlin 1950, S.278.
11 Ebd., S.123.
12 Vgl. R. Löther: Entwicklungsprobleme der biologischen Evolutionstheorie, in: Biologie in der Schule 37 (1988), 12.
13 Vgl. P. Coveney, R. Highfield: Anti-Chaos. Reinbek 1992; S. Lorenzen: Evolution im Spannungsfeld zwischen linearer und nicht linearer Wissenschaft, in: Universitas 44 (1989), 12.
14 D. L. Hull: A Matter of Individuality, in: »Philosophy of Science« 45 (1978), S.338f.
15 N. Eldredge: The Monkey Business. New York 1982, S.77f.
16 V. L. Kellog: Darwinism Today. London 1907, S.9.
17 Vgl. K. M. Sawadski, E. I. Koltschinskij: Die Evolution der Evolution. Leningrad 1977 (russ.).
18 Vgl. I. I. Schmalhausen: Probleme des Darwinismus. Moskau 1946.
19 B. P. Tokin: Vorwort, in: Probleme der Theoretischen Biologie. Moskau/Leningrad 1935, S.9.
20 Vgl. K. Popper: Darwinism as a Metaphysical Research Programme, in: P. A. Schilpp (ed.): The Philosophy of Karl Popper, Vol. 1. Open Court, La Salle 1974; K. R. Popper: Das Elend des Historizismus. 6. Aufl. Tübingen 1987.
21 Vgl. E. May: Schöpfung und Entwicklung, in: »Zeitschrift für philosophische Forschung« 2 (1947), S. 209-230.

Prof. Dr. Rolf LÖTHER, Berlin, ist Wissenschaftsphilosoph, Schwerpunkt Biologie. Wie viele andere wurde sein Arbeitsplatz abgewickelt.

Staatliche Gleichbehandlungspolitik –

(k)ein Schritt zur Emanzipation?

Karin SOMMER

1957 wird in den Gründungsverträgen der EWG im Artikel 119 der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" festgehalten und 1975 in Form einer Richtlinie auf „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" abgeändert.

Ursprünglich aus wirtschaftspolitischen Gründen in die Verträge aufgenommen, wird die Richtlinie von 1975 Grundlage für die vor allem in den siebziger Jahren beschlossenen Erweiterungen. 1986 werden die letzten beiden der insgesamt fünf EG-Gleichbehandlungsrichtlinien verabschiedet, wobei anzumerken ist, daß diese bis zum heutigen Tag in einigen Mitgliedsländern un- zureichend bis gar nicht (in der BRD) in nationales Recht übertragen sind.

Ab 1975, mit Beginn der UNO-Dekade der Frau, kommt es in den westeuropäischen Ländern zu hektisch anmutenden Bestrebungen, Gesetzesentwürfe zur Gleichbehandlung von Frau und Mann auf nationaler Ebene auszuarbeiten. (Vielleicht um bei der UNO-Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen nicht mit leeren Händen dazustehen?)

In Österreich wird bis 1979 kein Bedarf an gesetzlich abgesicherter Gleichbehandlung erkannt. Jedenfalls nicht seitens der Regierung und des Parlaments. Zu indirekten Verbesserungen für Frauen, vor allem für Mütter, kommt es lediglich über sozial-, familien- und arbeitsrechtliche Gesetzesnovellen.

Erst nach Mahnungen des Europarates, dem ratifizierten internationalen Übereinkommen, Lohndiskriminierung auf Grund des Geschlechts zu beseitigen, wird 1979 im Bundeskanzleramt das „Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen" eingerichtet und im Nationalrat ein „Gleichbehandlungsgesetz" verabschiedet. Daß diese erste Fassung auf geringen Widerstand seitens der Unternehmerverbände stößt, liegt nicht zuletzt am vergleichsweise dürftigen Inhalt: Es findet sich einzig der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", der allerdings die bis 1979 bestehende kollektivvertragliche Lohndiskriminierung der Frauen beseitigt, wobei der Geltungsbereich auf die Privatwirtschaft beschränkt war und ist. Zu Durchsetzungs- und Kontrollzwekken wird eine sozialpartnerschaftlich zusammengesetzte Gleichbehandlungskommission gebildet.

Nach Beschluß der Vorlage durch den Nationalrat wird die Befürchtung der Bundeswirtschaftskammer in einer Presseaussendung deutlich, daß durch die Neuregelung die Bereitschaft der Unternehmer, Frauen einzustellen, nicht eben gefördert werde.

„Übertriebene Gleichbehandlung"

Weitaus schärfere Reaktionen löst eine 1985 zur Begutachtung ausgesandte Novellierungsvorlage aus. „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die sogenannte Gleichbehandlung der Geschlechter übertrieben wird", läßt die Interessenvertretung der österreichischen Rechtsanwälte in einer Stellungnahme ausrichten, und die Bundeswirtschaftskammer behält sich vor, „die Entsendung von Arbeitgebervertretern in die Gleichbehandlungskommission zu überdenken". Der ausgehandelte Konsens: Erweiterung des Geltungsbereichs auf Gewährung freiwilliger Sozialleistungen sowie betrieblicher Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, das Gebot der neutralen Stellenausschreibung, die Verpflichtung der Betriebe, der Kommission auf Verlangen Bericht zu legen und die Bindung der Vergabe von Förderungsmitteln an die Beachtung des Gleichbehandlungsgesetzes im jeweiligen Betrieb.

Für die Begründung einer neuerlichen Novellierung 1990 entscheidend sind zum einen der unveränderte Einkommensabstand zwischen Männern und Frauen trotz weitgehend angeglichenem Bildungsniveau und zum anderen die keineswegs westeuropäischem Standard entsprechenden österreichischen Regelungen, vor allem mit Blick auf einen allfälligen EG-Beitritt. Der massive Widerstand gegen eine Anpassung und Erweiterung des Gesetzes gipfelt in einer unverhüllten Drohung der Bundeswirtschaftskammer: „In inhaltlicher Hinsicht lehnen wir den Entwurf entschieden ab. Wir möchten aber auch klarstellen, daß wir uns mit dem Geist dieser Novelle auch im Fall ihrer Gesetzwerdung nicht identifizieren werden und daß wir es als Verpflichtung einer Interessenvertretung der Arbeitgeber ansehen würden, unsere Mitglieder ausführlich auf jene unabsehbaren Probleme hinzuweisen, die sich in diesem Fall bei der Beschäftigung weiblicher Mitarbeiter ergeben könnten."

Zur (letztlich beschlossenen) „inhaltlichen Hinsicht" der zum Zankapfel geratenen Vorlage:

Ausweitung des Gebots auf Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses und beruflichen Aufstieg, Festlegung (minimaler) Schadenersatzleistung bei Verstößen, Einsetzung einer Anwältin für Gleichbehandlungsfragen. Des weiteren müssen Frauen ihre Benachteiligung vor Gericht nicht mehr beweisen, sondern nur noch glaubhaft machen.

Kraftprobe zwischen Hesoun und Dohnal

Bezeichnet Sozialminister Hesoun noch am ÖGB-Frauenkongreß 1991 die bestehenden Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen als „soziale Schande ersten Ranges", eskaliert der jahrelange Streit um das Gleichbehandlungsgesetz im Herbst 1992 zu einer Kraftprobe zwischen Hesoun und Frauenministerin Dohnal.

Begründet mit dem Erkenntnis zur Verfassungswidrigkeit des ungleichen vorzeitigen Pensionsalters von Frauen und Männern, wird von Frauenministerium, Grünen- und ÖVP-Frauen ein „Gleichbehandlungspa-

ket" mit weitreichenden Forderungen ausgearbeitet und in das Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien aufgenommen. Ziel dieser Maßnahmen soll die Aufhebung der gesellschaftlichen, familiären und ökonomischen Benachteiligung der Frauen vor der Anhebung des weiblichen Pensionsalters (vom VfGH gar nicht verlangt) sein. Noch ist sich eine „breite Frauenfront" hinsichtlich der Durchsetzbarkeit ihrer Forderungen einig und ein monatelanger zäher Verhandlungsmarathon zwischen Interessenvertretungen der Unternehmen, Regierungsparteien, Frauenministerin und ÖGB beginnt. Ursache der wiederholten Verhandlungsabbrüche sind vor allem die Forderungen nach Beweislastverlagerung (Unternehmen muß nachweisen, daß keine Diskriminierung vorliegt), nach Recht auf Teilzeitarbeit bis zum 6. Lebensjahr des Kindes und nach einem flächendeckenden Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen (aus zweckgebundenen Mitteln des Finanzausgleichs).

Die „Frauenfront" bricht auf

Die ÖGB- und SPÖ-Frauen kündigen eine bundesweite Protestkundgebung an, sollten keine Verhandlungsergebnisse im Sinne der Frauen erzielt werden, finden aber innerhalb ihrer Organisationen kaum Unterstützung. ÖGB-Vizepräsident Neugebauer meint, der vorgelegte Kompromiß reiche aus, „die Verhandlung der Gleichstellung des Pensionsalters von Männern und Frauen konkret in Verhandlung zu ziehen." Ansonsten üben sich ÖGB und Bundeskanzler in vorsichtiger Zurückhaltung. Die sogenannte „Frauenfront" beginnt aufzubrechen - von den Medien nicht ohne Häme kommentiert. Der GPA-Vorsitzenden Hostasch tut Dohnals Unnachgiebigkeit „ein bißchen weh", denn „in einem Betrieb muß man gemeinsam zu einem Kompromiß kommen", ÖVP-Frauenvorsitzende Bauer sieht „die seriöse Frauenpolitik in Gefahr", und die Generalsekretärin der ÖVP, Korosec, bezichtigt Dohnal der Profilierungssucht und sieht sich veranlaßt, die Frauen eindringlich vor einem Klassenkampf zu warnen, der ihnen nur zum Schaden gereichen könne.

Das Gleichbehandlungspaket wird zum „Dohnal-Paket", die Frauenministerin zur „selbsternannten Überfrau der Regierung mit Brechstange", die die Politik der „auf sie bereits stinkwütenden Koalition" sabotiere (»Presse«, 8. 9. 1992). Die ÖGB-Frauen ziehen sich zurück; selbst deren Vorsitzende, Schmidleithner, wird nach Abschluß der Verhandlungen die Ergebnisse als „durchaus zufriedenstellend" bezeichnen. SPÖ-Zentralsekretär Cap will „sich nicht in den Verhandlungsfluß einmischen" und Sozialminister Hesoun bereitet die Unnachgiebigkeit Dohnals „zunehmend Kopfschmerzen" (»Standard«, 19. 9. 1992). Die Unternehmerverbände sind zu keinerlei Zugeständnissen mehr zu bewegen, und am 14. 10. 1992 muß sich schließlich auch die Frauenministerin geschlagen geben: Die Verhandlungen werden abgeschlossen. Weder SPÖ noch ÖGB haben erkannt, daß der Gleichbehandlungsstreit auch hinsichtlich künftiger Auseinandersetzungen und Kämpfe für die Interessen der Arbeitnehmenden zu führen gewesen wäre.

Das Gleichbehandlungsgesetz wird mit 1. 1. 1993 erweitert um:

- Aufnahme des Begriffs der mittelbaren Diskriminierung (die zu unterlassen ist, was immer das bedeuten mag).
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
- Schadenersatz bei Verletzung des Gleichbehandlungsgebots bis zu maximal vier Monatsentgelten, bei sexueller Belästigung mindestens 5.000 Schilling.
- Anfechtungsmöglichkeit einer Kündigung oder Entlassung auf Grund der Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Gleichbehandlungsgesetz.
- Aushangpflicht des Gleichbehandlungsgesetzes in den Betrieben.
- Vertretung von Frauen in der Gleichbehandlungskommission (Sollbestimmung!).

Quantensprung oder Hohn?

Viel Lärm um wenig also, und die Ergebnisse als „Quantensprung für Frauen" zu bezeichnen (so die Industriellenvereinigung nach Verhandlungsabschluß), ist blanker Hohn.

Ab 1. 3. wird das Gleichbehandlungsgesetz auf Regelungen für den öffentlichen Dienst ausgeweitet. Bei gleicher Eignung (wer dies wohl beurteilt?) werden künftig bevorzugt Frauen in den Bundesdienst aufgenommen bis ein 40-prozentiger Anteil an den Beschäftigten erreicht ist. Der Passus zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz hat nun auch für öffentlich Bedienstete Gültigkeit, und eine Kommission zur Kontrolle der Einhaltung der Regelungen wird eingerichtet.

Die anhaltenden Streitigkeiten und Diskussionen um das Gleichbehandlungsgesetz, das euphorische Getue um jede noch so geringfügige Erweiterung und Neufassung stehen in krassem Mißverhältnis zu den tatsächlichen Auswirkungen desselben: 36 Jahre nach Aufnahme des Art. 119 in die Gründungsverträge der EWG, 14 Jahre nach gesetzlicher Verankerung des Rechts auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Österreich, beziehen Frauen (nicht nur) hierzulande um fast ein Drittel niedrigere Löhne und Einkommen bei vergleichbarer Qualifikation und um etwa die Hälfte niedrigere Pensionsgelder.

Bescheidene Auswirkungen

Ohne die Wichtigkeit der formaljuristischen Gleichstellung der Frauen in Zweifel zu ziehen, reicht sie offensichtlich nicht aus, deren tatsächliche, vielfältige Benachteiligung zu beseitigen oder auch nur den Abbau entscheidend voranzutreiben. Abgesehen davon, daß staatliche Gleichbehandlungspolitik sich nicht selten gegen die Frauen kehrt, zeigen sich ihre Grenzen in den bescheidenen Auswirkungen auf die realen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Anlaß, über Möglichkeiten und Maßnahmen nachzudenken (etwa im Bereich Erziehungs- und Schulunwesen), die über den formalrechtlichen Rahmen hinaus auf Veränderung tradierter Rollenzuweisungen und -klischees zielen. ■

Anmerkungen

Resolution des ÖGB-Bundesausschusses 1992.
Das arbeitsrechtliche Gleichbehandlungspaket (Broschüre des BM für Arbeit und Soziales, 1992).
Keine falsche Bescheidenheit (Broschüre der Anwältin für Gleichbehandlungsfragen, 1991).
Frauen in Österreich 1975-1985 (Broschüre des Staatssekretariats für allgemeine Frauenfragen, 1986).

Karin SOMMER ist Frauenreferentin im Bundesvorstand der KPÖ.

„Frauenpolitik" – Grenzen und Möglichkeiten

oder was mich in der Auseinandersetzung um das Gleichbehandlungspaket bewegt hat

Nicht mehr und nicht weniger:
ein Diskussionsbeitrag von

Heidi AMBROSCH

Es fällt mir schwer angesichts der laufenden Auseinandersetzungen gegen wachsenden Rassismus und Rechtsextremismus, gegen den EG-Anschluß eine Veränderung des vorherrschenden Politikverständnisses einzufordern.

Aber gerade in Zeiten, in denen sich vieles zu wiederholen scheint, warne ich vor dem fatalen Schluß, sogenannte „Fraueninteressen" müßten hintangestellt werden, auch wenn es derzeit keine Lobby, sprich Frauenbewegung, zu geben scheint. Denn die Geschichte wiederholt sich nicht. Und so enttäuschend die Ergebnisse einer so großangelegten Auseinandersetzung um das Gleichbehandlungspaket für mich sind, daß es sie überhaupt gegeben hat, beweist ein gewachsenes Potential an Frauen, mit denen man rechnen muß.

Politikverständnis der Frauen

Wären wir Frauen Männer, hätten wir uns diesem ständigen Rechtfertigungsdruck über den Sinn unserer Arbeit wohl längst entzogen, gar nicht stellen brauchen. Aber wir sind weiblich sozialisiert im Sinne von zuhören, Verständnis haben, eingehen ... Opfer ständiger Zweifel über die eigenen Fähigkeiten und ... wir sitzen nun mal am kürzeren Ast. Auch in der Diskussion im Bundesvorstand sind wir im letzten Sommer über die zwei nach wie vor existierenden Grundhaltungen nicht wesentlich hinausgekommen:

- Das Leugnen von Ungleichheit. Nicht jene der nachweisbaren ökonomischen Fakten wie der Lohnschere. Aber bei Fragen struktureller Gewalt, hört man „das geht doch auch einigen Männern so", „das ist doch in erster Linie klassenbedingt".
- Wird der Unterschied (mehrheitlich im Bundesvorstand) nicht geleugnet, werden Vorschläge der Beseitigung erwartet, welche Maßnahmen zu treffen sind, damit Frauen nachziehen können, zum Beispiel Kinderbetreuung bei Seminaren, das ist doch was Handgreifliches. Unhinterfragt wird automatisch impliziert, daß Frauen eben unterstützt werden müssen, daß das, was sie einbringen, wenn überhaupt positiv bewertet (Emotialität, Intuition usw. auf jeden Fall ergänzungsbedürftig sei, eben durch die männlichen Eigenschaften. Automatisch wird das männliche Denken als Maßstab zugrunde gelegt. Aber so wichtig und erstrebenswert zum Beispiel die Selbstverständlichkeit von Kinderbetreuung bei allen Veranstaltungen, Sitzungen(!) ist, es geht um eine andere Qualität des „Politikmachens", die wir brauchen, um ganz andere Zugänge in unserer Politikentwicklung zu mobilisieren.

Carl Meffert (Clement Moreau).

Gerade aus „frauenpolitischer" Perspektive wurde durch den Zusammenbruch des „realen Sozialismus" deutlich, eine radikal-demokratische Perspektive läßt sich nicht gegen die Menschen und das heißt auch! nur mit den Frauen durchsetzen. Solange weibliche Lebenszusammenhänge in der „großen" Politik de facto ausgeblendet sind, patriarchalische Strukturen die Entwicklung eines weiblichen Politikverständnisses und zugleich die Einbeziehung von mehr Frauen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse be- und verhindern, werden alle Bewegungen im besten Fall auf der Stelle treten, so gut es auch immer die sich Bewegenden, Männer wie Frauen, meinen.

Zum Verständnis meiner Ausführungen nicht unwesentlich ist, daß ich diesen Artikel unter Bedingungen schreibe, die nur eine durchaus zu vernachlässigende Größe von Männern kennt: in den immer weniger werdenden Schlafperioden meines mittlerweile dreieinhalb Monate alten Kindes, neben den schon zur Routine gewordenen Tätigkeiten des Fütterns, Wickelns, Badens, Wäschewaschens, Pampers-Kaufens, des ständigen Aussortierens zu klein gewordener Wäsche und der Organisierung neuer, der Wege zur Kinderärztin oder auch nur zur Frischluftversorgung des Kindes (soweit das im 7. Wiener Gemeindebezirk überhaupt möglich ist) ... Keine Rede von den Wachzeiten, in denen jedes Schreien erst einmal interpretiert werden will. In einem von mir vorher nicht erwarteten Ausmaß hat sich mit der Entscheidung, ein Kind zu haben, die Sicht auf „das, was ist" verändert, haben sich Wertigkeiten verschoben bzw. sind neue entstanden. Wenn ich den Kinderwagen durch die mit Autos verstopften Straßen schieben muß und dabei nicht selten Umwege hinnehmen muß, überall mit einer Unzahl von Treppen konfrontiert bin, wenn ich infolge der

Umweltverschmutzung mit dem Husten meines Kindes zu kämpfen habe oder einen Hautausschlag behandeln muß, wenn 7.611 Schilling Karenzgeld für Alleinerziehende gerade meine Fixkosten decken und 1.400 Schilling Kinderbeihilfe nicht ausreichen, um Pampers und Futter des Kindes zu bezahlen. Das ist der Hintergrund, vor dem ich das „Gleichbehandlungspaket" beurteilen soll. (Mir wäre wohl nicht zu Bewußtsein gekommen, welche Mißachtung es bedeutet, daß es erst jetzt zu einem Beschäftigungsverbot bei Schwangerschaft ab der 20. Woche unter den Bedingungen der Akkordarbeit gekommen ist oder wie ignorant die zweite Woche Pflegefreistellung ist!)

Ich erlebe neue Bereiche von Frauendiskriminierung mit einer neuen Intensität, erlebe die Kinderfeindlichkeit dieser Gesellschaft und entwickle neue Gedanken über „das, was politisch so läuft". Eine dieser neuen Erfahrungen, die ich machen muß, ist, daß ich mich wahrscheinlich das erste Mal so fühle wie jene Frauen, für deren Interessen ich geglaubt habe stellvertretend mitkämpfen zu können: Ich fühle mich vielfach ausgeschlossen, mit meinen Problemen alleingelassen. Radikale Forderungen zur materiellen Absicherung von Alleinerziehenden stehen nicht auf der Tagesordnung politischer Parteien, in den Strukturen kannst du dich allein als Frau schon schwer behaupten, mit einem Kleinkind nicht einbringen. Wenn ich in mit der Schilderung meiner persönlichen Situation zum Ausdruck bringen will, daß geänderte Lebensumstände, geänderte Interessen und Wertigkeiten dieser mit sich bringen, dann bedeutet geringere Teilnahme von Frauen aus politischen Entscheidungszusammenhängen bzw. weitgehender Ausschluß von etwa 270.000 Alleinerziehenden eine Verzerrung in der Setzung von politischen Prioritäten. (Gilt aber auch für das sogenannte Generationsloch in der Parteizusammensetzung).

Um Politikinhalte, um Grenzen patriarchaler Politikzusammenhänge geht es mir in den Auseinandersetzungen mit Dohnal, den Grünen oder sogenannten autonomen Frauen. Ein Plädoyer für die Entwicklung eines weiblichen Politikverständnisses, daß mögliche Perspektiven in der Durchsetzung von Frauenrecht über die Parteigrenzen hinweg eröffnet. Es könnte Zündstoff zumindest in der gemeinsamen Interessenartikulation von Frauen in der Diskussion um eine eigene Frauenpartei sein. Zwangsläufig prägt das auch meine Auseinandersetzung mit und in der KPÖ.

Kompromiß mit dem Kapital

Die Auseinandersetzung um das „Gleichbehandlungspaket" hat einmal mehr unterstrichen, daß eine Politik, die auf den Kompromiß mit dem Kapital hofft, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Ich teile die lakonische Einschätzung von Rita Ertl (GAL), die in »Brot & Rosen«, dem Fraueninfo der Wiener Grünen, die „Ausschaltung der Opposition" und eine „Informationsblockade" benennt und damit aufzeigt, daß es sich nicht in erster Linie um ein gemeinsames Frauenprojekt, sondern um ein Koalitionspaket gehandelt hat: „Wohlgesonnen könnte man sagen, daß alle Regelungen Verbesserungen für Frauen (und Männer) betreffen, daß die Größe der Schritte jedoch so gering ausgefallen ist, daß wirkliche Fortschritte nur in wenigen Bereichen und dort nur in Ansätzen gesehen werden können." Für alle, die es sehen wollen, wurde deutlich, wie weit wir auch mit dem „Paket" von der „Gleichberechtigung" entfernt sind, und nimmt man die Veränderung im Verfassungsgesetz bezüglich der Festschreibung des unterschiedlichen Pensionsanfallsalters ernst, heißt sie in zynischer Auslegung zugleich, daß man nicht annimmt die Diskriminierung von Frauen vor dem Jahre 2024 beseitigt zu haben, dann, wenn das gleiche Anfallsalter gelten soll. Johanna Dohnal, die sich einer Partei verpflichtet fühlt, deren Führung sich dem Modernisierungs- und Rationalisierungskurs des Kapitals unterworfen hat, bleibt wohl nichts anderes übrig, als ebenfalls der Logik des Kapitals zu folgen: auf radikale Forderungen wird von vornherein verzichtet. Konfrontiert mit den Forderungen zur Realisierung der diversen gesetzlichen Verbesserungen, wie zum Beispiel die Verankerung des kollektiven Klagerechtes im Gleichbehandlungsgesetz winkt Johanna ab. Die Schere im Kopf wohlmeinender Sozialdemokraten führt angesichts der reaktionären Offensive des Kapitals zu einer immer defensiveren Haltung. Minimalste gesetzliche Veränderungen werden als großartiger Erfolg verkauft, obwohl am grundsätzlichen Kurs der weiteren Umverteilung zugunsten des internationalen Kapitals und des Ausbaus seiner Einflußsphären nicht gerüttelt wird.

Was soll eine Frau in meiner Situation von einer sich über Monate hinziehenden Auseinandersetzung halten, von der für sie zum Beispiel konkret an Verbesserungen nur übrig bleibt, daß sie nun Anspruch auf zwei Wochen Pflege„urlaub" hat, während sich gleichzeitig an ihrer materiellen und sozialen Situation als Alleinerziehende nichts ändert, im Rahmen des allgemeinen Restriktionskurses weitere Verschlechterungen zu erwarten sind. Das selbst eine minimale Forderung wie die Umkehr der Beweislast das gesamte Paket zum Platzen zu bringen drohte, zeigt, wie sicher sich die Herrschenden sind, daß kein entsprechender Widerstand zu erwarten ist. Mit einer Gewerkschaftsspitze, die sich dem Kurs der Regierungskoalition kampflos unterordnet, mit ÖGB-Kongressen, auf denen man die frauenpolitischen Forderungen mit der Lupe suchen muß, müssen Ankündigungen von Frauendemonstrationen als Verhöhnung der vielleicht gar nicht so wenigen kampfbereiten Frauen in den Betrieben klingen.

Es ist ein gutes Beispiel sozialpartnerschaftlicher Begrifflichkeit, die viel über den Inhalt aussagt, wenn anstelle von Antidiskriminierung, wie es in der Frauenbewegung gebräuchlich ist, von „Gleichbehandlung" die Rede ist. Wie „Arbeitgeber und Arbeitnehmer" setzt es „Behandler und zu Behandelnde" voraus, letztere in einer Art Bittstellung in Hoffnung auf eine Art Großzügigkeit der ersten. Korosec war ein Paradebeispiel dieser Unterwürfigkeit. Verwischt wird, daß es sich um erarbeitetes Recht handelt, daß den Frauen vorenthalten wird. Im Streit um unser Recht kann es auch nicht um „Gleichbehandlung" unter ungleichen Bedingungen gehen, denn gleiche Berechtigung fordert nicht selten ungleiches Recht, gleiche Chancen Bevorzugung.

Mit der Klammerbemerkung „und Männer" weist Ertl auf eine Seite der Problematik des Begriffes Frauenpolitik hin. Die Diskriminierung von Frauen trifft die gesamte Gesellschaft in tiefgreifender Weise, formulierte Engels sinngemäß, die Durchsetzung des „Gleichbehandlungspaketes" kann also nicht in der Zuständigkeit von Frauenreferaten liegen. Nicht selten handelt es sich noch dazu um fa-

F. Goya: Unglückliche Mutter! (Desastres 50).

milienpolitische Forderungen, die auf diese Weise in weiblicher Zuständigkeit zementiert werden. Auf der Strecke bleibt, daß es ein mühsames Ringen von Frauen für ein weibliches Politikverständnis gibt, da das Herrschende nicht nur personell eindeutig männlich besetzt ist, und zwar quer durch alle Politikzusammenhänge.

In Politik und Gewerkschaft: Männer in Schlüsselpositionen

Es ist kein Zufall, daß in allen Parteien wie auch in der Gewerkschaft Männer in den Schlüsselpositionen sitzen und letztendlich das Sagen haben. Auch das hat die Auseinandersetzung deutlich gemacht, die politischen Spielregeln werden auch in der „Frauenpolitik" von Männern bestimmt. Eigentlich kein Wunder, daß Frauen immer noch sehr zaghaft und bittstellerisch mit ihrem vorenthaltenen Recht umgehen, mit wie wenig von Männern zugestandener Kompetenz sie sich abspeisen lassen, wie sie sich letztendlich den Weisungen der männlichen Spitzen in allen Parteien oder Gewerkschaften unterordnen. Leider hat die Auseinandersetzung auch deutlich gemacht, daß Frauen in Institutionen und Parteien derzeit mit keinem Druck von der Straße rechnen können. So lange sich die autonome Frauenbewegung in ihren Nischen ruhigstellen läßt und im Kampf um die Existenz ihrer Projekte nur mehr die Feindin „Institutionsfrau" kennt bishin zur Forderung des Rücktritts Dohnals, sich andererseits Institutions- und Parteifrauen nicht die nötige Autonomie und das nötige Budget in ihren Organisationen erkämpfen, so lange beide Gruppen nicht erkennen, daß sie sich gegenseitig brauchen und gemeinsam entsprechende Initiativen setzen, ein weibliches Politikverständnis in der Praxis beweisen, so lange werden keine grundlegenden Forderungen gegen Kapital und Patriarchat durchzusetzen sein.

Für ein neues Politikverständnis

Wenn ich ein neues Politikverständnis einfordere, so gehe ich dabei von einem gemeinsamen Verständnis aus, das unter politischem Handeln, interessengeleitetes öffentliches Handeln zum Zweck der Veränderung der Gesellschaftsbeziehungen und Lebensumstände der Menschen versteht. Welche Interessen sich im Handeln von Parteien durchsetzen, hängt aber nicht nur von einer mehr oder weniger abstrakten Programmatik der jeweiligen Partei, sondern auch von den AkteurInnen ab, die letztendlich diese Programmatik und ihre Interpretation festlegen, von ihrer Sichtweise über allgemeine Interessenlagen in Verquickung mit ihrer eigenen. Natürlich lassen sich Gesetzmäßigkeiten in ökonomischen und auch gesellschaftspolitischen Beziehungen als objektiv vorhanden analysieren. Aber welche Gesetzmäßigkeiten erkannt werden und welche nicht, hängt von der Fragestellung ab, die von den Fragenden aus der jeweiligen individuellen Interessenkonstellation und des Wissensstandes heraus formuliert wird. „Die Schaffung von Einrichtungen, die es Männern und Frauen ermöglichen, ihre familiären Verpflichtungen mit ihrer Berufstätigkeit zu vereinbaren", ist als Zielgesetz eines der Ergebnisse des „Pakets" (bis zum Jahr 2024?). Aber wie soll dieser Anspruch realisiert werden, wenn die davon Betroffenen aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind? So lange Männer keine Kinder kriegen, wird diese Forderung in den herkömmlichen Politikzusammenhängen höchstens unter Allfälliges abgehandelt.

Was frauenpolitische Zusammenhänge, was für mich den Frauenarbeitskreis der KPÖ attraktiv macht, scheint heute die einzige Chance zu sein, mich in meiner Situation mit meinen Anliegen verständlich zu machen. Ein Politikverständnis, das immer wieder aufs Neue versucht, allgemeine Interessen in Kontext zu den persönlichen zu setzen. In patriarchalen Strukturen wird dieser Kontext geleugnet, auch wenn er in Auseinandersetzung um Machtansprüche, um das Wissen über die richtige Linie mehr als offensichtlich ist. Mann turnt sich darüber hinweg, indem Mann sich schlußendlich auf allgemeine Interessen einigt. Die Erfahrungen der Frauenbewegung wurden und werden nicht ausgewertet, die Arbeit der Frauen in dieser wird bestenfalls toleriert, das Budget wird bis heute kaum belastet. Dieses Los teilen wir vorerst mit den Frauen aller Parteien, auch wenn ich in Kenntnis der Auseinandersetzung bei den Grünen sagen muß, daß wir in der KPÖ noch die günstigsten Bedingungen zur Durchsetzung unserer Anliegen finden. Dennoch wächst die Ungeduld.

Ein resignativer Grundton mag aus meinem Ausblick zu vernehmen sein, weil auch ich nicht konkreter benennen kann, na wie denn nun? Ich hoffe trotzdem, einige Gedankenanstöße gegeben zu haben und der Glaube an Veränderungsmöglichkeit (-muß!) ist auch bei mir nach wie vor weitertreibend. Eigentlich tut es gut, daß das scheinbar sichere Wissen um die Perspektive den Bach runtergeschwommen ist. Sicherheit trägt auch die Tendenzen zur Blindheit oder des Sich-Abfindens mit sich. Eine Flut neuer Fragen sind auf mich eingestürzt, ich habe aber auch Antworten auf alte Widersprüche gefunden.

Durchaus zugehörig am Schluß noch einiges zur Entstehungsge-

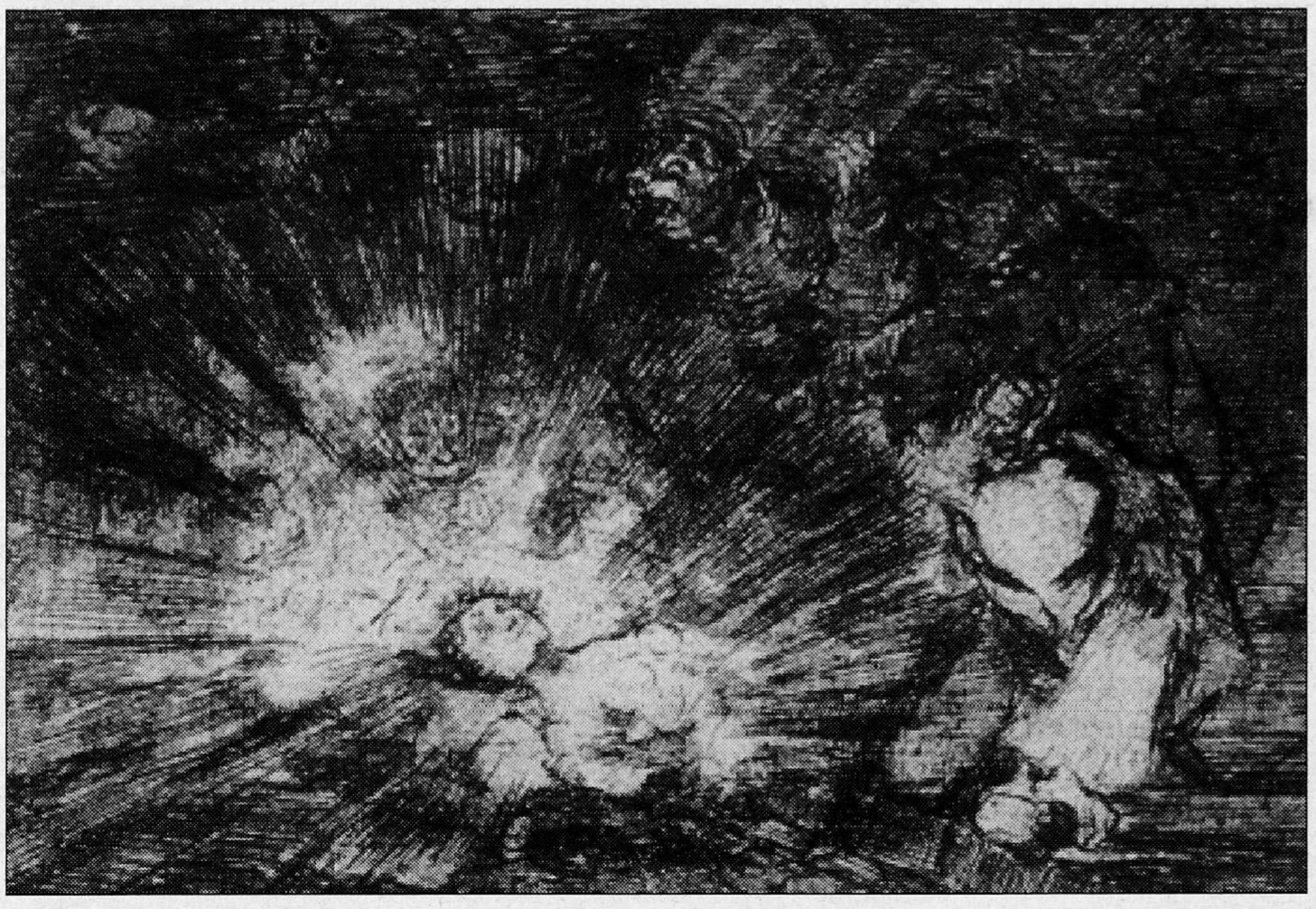
schichte dieses Artikels. Es schreiben viel zu wenige Frauen, konstatierte Maria nach Durchsicht der alten Exemplare bei Übernahme der Koordination von »Weg und Ziel«. Leider hat sich daran nichts geändert, was nicht sie trifft, sondern Ausdruck patriarchaler Politikzusammenhänge ist. Also sagte ich zu, einen Artikel zu liefern. Ob er den Erwartungen der Redaktion (siehe auch die Beschreibung im letzten »Weg und Ziel«) entspricht, bezweifle ich. Zumindest nicht jenen, die Politik nur als „öffentlichen Reflex auf widerstreitende Interessen einer klassenzerspaltenen Gesellschaft" begreifen, wie Friedhelm Kröll es formuliert, und widerstreitende Interessen einer auch nach Geschlecht zerspaltenen Gesellschaft bis heute ignorieren (zumindest doch immer wieder vernachlässigen). Aber die Zeiten sind vorbei, wo ich geschrieben habe, was andere erwarten.

Frau sein, ist kein Programm, und doch – meinen wir es wirklich alle ernst, daß es zu einer marxistischen Theoriebildung unabdingbar ist, die Meinung von Frauen gleichwertig einzubeziehen? Was tun wir, um Frauen zu ermutigen, sich als Frau einzubringen, notwendigerweise auch quer zu herkömmlichen Theorie- und Wissenschaftsansprüchen. Was wird getan, um Alltagswissen in unserer Theoriebildung zu mobilisieren? Müssen Erfahrungen immer mit einer Stichprobe von mindestens 100 Befragten unterlegt sein, um sie auswerten zu können? Bleibt unter dem ständigen Druck der Verallgemeinerung, der theoretischen Zu- und Einordnung nicht zwangsläufig eine Reihe von Erfahrungen unberücksichtigt, die jedoch notwendig wäre, um die Komplexheit der Spezies Mensch in seinen gesellschaftlichen Beziehungen zu erfassen, um auch nur annähernd seine/unsere Realität beschreiben zu können, das, „was ist"? Wir Frauen dürfen uns nicht länger durch männliche Wertorientierungen gehemmt der Trägheit und Sprachlosigkeit preisgeben.

Warum schreibe ich selbst nicht regelmäßig, was mir so durch den Kopf geht, wenn ich dieses oder jenes lese, erfahre, durchdenke? Weil ich das Gefühl habe, meine Gedanken nicht an die Frau/den Mann bringen zu können. Mit der Angst im Rücken, letztendlich doch nur Banalitäten von mir zu geben, suche ich lieber bei anderen nach Worten, um mich „ausdrücken zu lassen", obwohl ich weiß, bei anderen kann ich bestenfalls ein Aha-Erlebnis haben, meine Erfahrungen kann ich nur selbst mitteilen. Die Angst, für die Öffentlichkeit zu schreiben, ist auch verbunden mit meiner Entwicklung in der KPÖ, mit dem zumindest in der Vergangenheit deklarierten „allumfassenden Anspruch des Marxismus". Ich kannte sie nicht, als ich mit 14 Jahren die ersten Artikel in der Schülerzeitung veröffentlichte. Ich sehe sie aber auch als Reflex auf das herrschende Politikverständnis, das nicht selten durch hohle Phrasieologie bestens geschulter Rhetoriker gekennzeichnet ist und von dem sich immer mehr Menschen abgestoßen fühlen. Ich glaube ohne meine Entwicklung in und mit der KPÖ hätte ich wohl mehr oder andere Hemmungen mich zu artikulieren. Aber auch in der KPÖ sind es, wenn auch nicht beabsichtigt, letztlich exklusive Zirkel, in denen in einer Insidersprache Strategien entworfen werden, die strapazierte Konkretisierung an der „Basis" muß fehlschlagen.

Irgendwann habe ich einmal gelernt, die höchste Stufe menschlicher Entwicklung ist die Abstraktion vom Konkreten, die das Allgemeine über das Besondere, die „Idee über den Alltag" stellt? Wen interessiert es, wenn ich da über den Alltag schreibe? Ich nehme für mich nicht in Anspruch, die marxistische Methodik anwenden zu können, die dialektische Erkenntnistheorie intus zu haben, die Dialektik des Verhältnisses von Theorie und Praxis, vom Allgemeinen und Besonderen, von der absoluten und der relativen Wahrheit ... (Auch Ausdruck von Geschlechterdifferenz, daß es in meinem politischen Umfeld ausnahmslos Männer sind, die scheinbar keinerlei Zweifel an ihren Kenntnissen darüber haben.)

Worin mich auch heute marxistisches Denken stärkt, ist ein Menschenbild, das die Entwicklungsmöglichkeiten der/des einzelnen im Kontext mit allgemeinen Entwicklungsmöglichkeiten begreift. Die Völker müssen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen, heißt eben auch, jede/r einzelne muß sich als handelndes Subjekt begreifen (können!). Aktions- und bündnisorientierte antikapitalistische Interessenpolitik ist auch weiterhin für mich die einzige Perspektive, Erfahrungen als handelnde Subjekte auf eine breitere Basis zu stellen. Aber um welche Interessen es geht, welche Initiativen gestartet werden, welche Forderungen Prioritäten haben und was letztlich von wem wie ausgewertet wird, ist nicht nur eine Frage „objektiver Bedingungen", die es zweifelsohne gibt. Ob und wie in politischen Auseinandersetzungen welche Interessen sichtbar gemacht werden, Zusammenhänge auch in der Verkettung kapitalistischer und patriarchialischer Unterdrückung erforscht werden, hängt davon ab, wer handelt, wer fragt, wer erkennt. Erkennen was ist, ist gerade in der Politik auch eine Frage des Geschlechts des Fragenden. ■



F. Goya: Wird sie wieder auferstehen? (Desastres 80).

Heidi AMBROSCH ist Frauenreferentin der KPÖ-Wien.

Leo Kofler: Die Vergeistigung der Herrschaft

Bd. 1: Der Staat als Ensemble des Verhältnisses von Intelligenz, Bürokratie und Elite,
Bd. 2.: Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus.
Materialis-Verlag, Frankfurt am Main 1986, 128 Seiten, 209 Schilling und 1991, 272 Seiten, 311 Schilling.

Der heute 84jährige Leo Kofler, der noch bis Mai 1991 wöchentlich als Honorarprofessor an der Bochumer Universität Vorlesungen und an der Kölner Volkshochschule Seminare abhielt, war in Wien Hörer bei Max Adler und wurde angesichts seiner Verdienste um den Austromarxismus von seiner Vaterstadt 1977 zum Ehrenbürger ernannt.
1938 mußte er als Jude emigrieren. Im Schweizer Exil entstand dann „Die Wissenschaft von der Gesellschaft", mit der Kofler 1947 in der damaligen SBZ summa cum laude promovierte. 1948 wurde er in Halle an der Saale auf den Lehrstuhl für Geschichtsphilosophie berufen sowie zum Direktor des Instituts für Historischen Materialismus ernannt.
Durch vehemente Auseinandersetzung um seine Habilitationsschrift „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft" sah sich Kofler 1950 zur Flucht nach Westdeutschland veranlaßt. Dort erschien 1960 erstmals das nun um eine „Vorbemerkung" sowie ein „Aktuelles Notat" (A.N.), quasi Koflers „Testament", vermehrte Buch.
Wie schon die Untertitel andeuten, leisteten die beiden vorliegenden Halbbände nicht weniger als eine gesamtgesellschaftliche Analyse spätkapitalistischer Zustände im Sinne des von Hegel und Marx initiierten Totalitätsdenkens (S.206f). Dabei erweist sich Kofler, gemeinsam mit Wolfgang Harich, dem einstigen Mitherausgeber und Chefredakteur der »DZfPh«, auf den er sich immer wieder zustimmend bezieht[1], als wichtigster Fortsetzer der unorthodoxen Positionen von Georg Lukács. In dem Maße, in dem Dialektik der Nicht-Identität von Schein und Wesen sozialer Phänomene der Gegenwart nachspürt, gelangen Lukács und seine Schüler Kofler und Harich zu ebenso überraschenden wie diskussionswürdigen Resultaten, etwa dem des geheimen Konservatismus der „authenthischen" (Adorno)Werke moderner Kunst und Literatur auf der einen Seite (S.44, 47, 50, 69, 74, 189, 196) oder dem der Berührungspunkte der Anthropologie von Marx und Engels mit derjenigen Gehlens auf der anderen (S.228, 296f., 300ff.). Solche Ergebnisse stellt Kofler in den Zusammenhang seiner Kritik des „nihilistischen" Menschenbildes (das Attribut entleiht er, unter Umkehrung des Vorzeichens, von Nietzsche (S.57, 217, 254), dessen massenhafte „Vergeistigung" – besser vielleicht: Verinnerlichung -, anders als in den ehemals kommunistisch regierten Ländern, äußeren Druck von staatlicher Seite erübrigt.
Durch den faktischen Anschluß der Ex-DDR an die Bundesrepublik 1989 erfolgt eine Ausdehnung der zunächst allein für diese getroffenen Befunde Koflers. Wie aber kam es zu dem Zusammenbruch in Osteuropa? Kofler sucht, abseits ökonomischer Tatbestände (Warenverkehr), nach einer Antwort im begrenzten historischen Bereich. Dabei verschmilzt er Marxens fragmentarisches Theorem der „asiatischen Produktionsweise" mit Wittfogels „orientalischer Despotie", die sich stringent antikommunistisch, um den Nachweis der sozialistischen Bürokratie als eigenständiger Klasse bemüht. Gegenüber Wittfogel vermag Kofler nicht zu erklären, wieso die „Erbsünde" der traditionell asiatischen, also russischen und chinesischen ebenso wie indischen und japanischen, Auslöschung des Individuums, die Unbeflecktheit sozusagen von abendländischer Subjektivität, zwar die Praxis einiger sowjetischer Politiker in Mitleidenschaft gezogen haben soll (z.B. Stalins und Breschnews), anderer aber angeblich verschonte (z.B. Lenins und Gorbatschows).[2] Triftiger als derartige Metaphysik – und logisch mit ihr unvereinbar – ist denn auch der zweite Grund, den Kofler für Krise und Zerfall des Kommunismus ins Feld führt: Von ihm mußte seit den zwanziger Jahren die „ursprüngliche Akkumulation", die für jede Gesellschaftsformation seit der Antike unabdingbare

Leo Kofler

Anhäufung des Reichtums, unter großen Opfern nachgeholt werden, weil die Oktoberrevolution selbst – insofern eine volutaristische Setzung ihrer Vordenker Lenin und Trotzki – auf „falschen", nämlich nicht im mindesten ausgereift-kapitalistischen Voraussetzungen basierte. Außerdem war der Sozialismus von Marx nie als Konkurrenzsystem ins Auge gefaßt worden (wenngleich, wie sein Verdikt zum Gothaer Programm zeigt, als mit vorläufig notwendigen Übeln behaftet). Immerhin hielt die internationale Bourgeoisie das „real existierende" Gebilde für so gefährlich, daß sie es in dem von Kofler sogenannten „Zweiten Dreißigjährigen Krieg" (A.N.) ab 1917 mit Hilfe weißrussischer und Hitlerscher Armeen zunächst militärisch bekämpfte. Nach 1945 verschärfte sich der Konflikt durch die doppelte Einseitigkeit der Reparationsleistungen zu Lasten der DDR beziehungsweise des Marshallplans zugunsten der BRD sowie durch die Abwanderung, vor dem Mauerbau, von „Humankapital" (A.N.) in Gestalt technisch versierter Fachkräfte.[3] Trotzdem sprachen für die DDR Vollbeschäftigung (interessanterweise vergißt Kofler das Recht auf Arbeit), billige Mieten, genügend Kindergarten- und Ferienplätze und „bessere"(?) Schulen.
Kofler wehrt sich beharrlich, diese Errungenschaften statt als strukturell-systemimmanente bloß zufällige zu begreifen und verweist, neben dem zunehmenden Elend in den Metropolen der USA, im Gegenzug darauf, daß die Sozialgesetzgebung seit Bismarck und Weimarer Republik entweder einen grandiosen Bluff darstellt oder, als gleichsam systemfremdes Element, von der Arbeiterbewegung gewaltsam erzwungen werden mußte, mit jeweils schillernden Rollen für Lassalle und Ebert (S.144-148).
Überhaupt imponiert Koflers Scharfblick für Kontinuitäten innerhalb der Brüche in der mehrhundertjährigen Entwicklung des Bürger-

tums: Ideologische Konstante bleibt die „Pauperisierung“ des Menschen durch Vermaterialisierung, das heißt als „Person“ gilt einzig der wirkliche oder mögliche Eigentümer (S.173ff.). Erfreut sich diese Perspektive erst einmal allgemeiner Billigung, kann auch das Wahlrecht zugestanden werden, dessen noch frühbürgerlicher Verweigerung Kofler ein ganzes Kapitel widmet. Das Erfordernis einer „progressiven Elite“ ergibt sich für ihn aus der Integration der Arbeiterorganisation in den eschatologisch mit Demokratie verwechselten Liberalismus. Die Selbsttäuschung wird daher perfekt, wenn SPD und Gewerkschaften zum einen guten Gewissens sich und ihre Maßnahmen Streik und betriebliche Mitbestimmung für sozialistisch halten, zum anderen schlechten Gewissens das Proletariat als „eigentlich“ überholt verabschieden (S.160-167, 179). Hingegen macht Kofler darauf aufmerksam, daß dialektische Theorie – im Unterschied zur „empirischen Soziologie“ – sich nicht mit Betrug befaßt, sondern mit Ausbeutung[4] (bzw. mit Herrschaft statt Macht, Eigentum statt Besitz, Klassen statt Schichten, um nur die markantesten Gegensatzpaare aufzuzählen; vergleiche ergänzend die Publikationen von Werner Hofmann). Deshalb ist auch die „Kontrolle des Wuchers und der Unterschlagungen“[5] mitnichten eine Domäne der sozialistischen, vielmehr der kapitalistischen Planwirtschaft – mit Lord Keynes als ihrem Praeceptor –, indem etwa die „modernen“ Liberalen, verkörpert durch die Sozialdemokraten, die „klassischen“ Liberalen, verkörpert durch die Freidemokraten, in die Schranken weisen mittels Beschneidung der Profite, letzlich im Dienste der Stabilisierung des gemeinsamen Gesellschaftsmodells (S.99f.).
Dessen „Kainszeichen“ wiederum ist die Entfremdung als Konsequenz der Warenform (S.84, 227, 306). Anders ausgedrückt: Der Markt, das Geld und verwandte Erscheinungen können keine überzeitliche Gloriole für sich beanspruchen, so sehr sie sich auch als „zweite Natur“ in den Köpfen festgesetzt haben. (Alfred Sohn-Rethel hat, im Anschluß an Lukács, die wie selbstverständlich unbewußte Verklausulierung jener ökonomischen Bedingungen aus der neueren Philosophie seit Kant dechiffriert.) Die von Kofler zornig apostrophierten Waren Pornographie und Drogen[6], die jetzt Ostdeutschland überschwemmen, sind allerdings echte Waren qua Produkte, deren kollektiver Gebrauchswert durchaus zweifelhaft ist, was indes gerade ihren Tauschwert garantiert. Anläßlich dieser heiklen Problematik – wer nämlich darüber zu entscheiden habe, ob die spontane Nachfrage einem falschen Bedürfnis entspreche – bestätigt Kofler ungewollt die Hinfälligkeit der marxistischen Freiheitskonzeption: Mag das von ihm vorgeschlagene Verbot der beiden repräsentativen Waren auch dem Fortschritt förderlich sein, so negiert es doch eindeutig die Mündigkeit.
Vergleichbaren Einwänden enthoben präsentiert sich jedoch Koflers glänzende Klassensoziologie, für deren schmales oberes Spektrum er nahtlos an Beobachtungen Leopold von Wieses anknüpfen kann. Diese Herrschenden, die weniger als die sprichwörtlichen Zehntausend ausmachen dürften, zeichnen sich durch weitgehende Unsichtbarkeit aus, sie nutzen die Sprache nicht öffentlich ab, sondern delegieren (S.31-34). Außerdem diagnostiziert Kofler, daß der Arbeiter mit dem Patrizier die Neigung teilt, nicht mehr darstellen zu müssen, als er seiner Herkunft nach ist (S.262f.) – in schroffem Kontrast zum Kleinbürger, der sich von Wohlstand Ansehen verspricht und völlig auf subjektive Erlösung, auf Selbsterhöhung durch Bildung hofft. Sein Versagen beim gesellschaftlichen Aufstieg empfindet er als private Schuld (S.259ff.), weshalb er allenfalls als tragikomische Figur anerkannt werden kann.
Ob zur Funktion des bürgerlichen Atheismus in der Renaissance und im 20. Jahrhundert (S.151), ob zum Mythenschaffen als konservativer Mission am Beispiel des preußischen Romantizismus Ernst Jüngers (S.243ff.), ob zu Utopie und Anarchismus bei Marcuse (S.351-54), zu Ideal und Ironie bei Brecht (S.356-358) – Koflers geistvolle Randbemerkungen, die manch einer seiner Kollegen zu je einem Buch auswalzen würde, sind so dicht gesät, daß sie in einer knapp bemessenen Rezension auch nicht annähernd gewürdigt werden könnten. ■

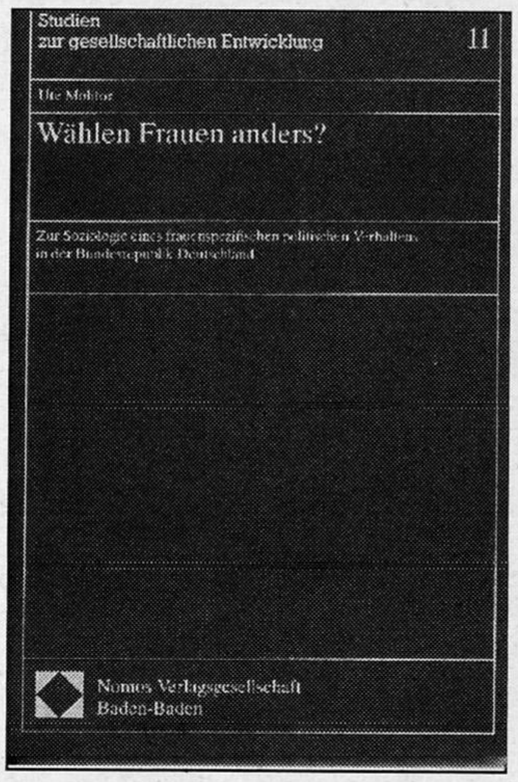
Stefan Domuf, Köln

Anmerkungen

1 Leo Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, 3.-5. Auflage, Neuwied/Berlin bzw. Darmstadt/Neuwied 1966, 1971, 1974, S.572; L.K., Zur Kritik der „Alternativen“, Hamburg 1983, S.85/86; L.K., Zur Kritik des ästhetischen Nihilismus, in: »Kultur und Gesellschaft«, 6/1989, S.5-10 (hier: S.7); L.K., A.N.; vgl. auch »DZfPh« 8-9/1984, S.838.
2 Vgl. stattdessen Lucien Goldmann, La dialectique aujourd'hui, in: L.G., La création culturelle dans la société moderne. Pur une sociologie de la totalité, Paris 1971, S.155-181.
3 Vgl. auch Leo Kofler, Umbruch in der Sowjetunion? Von Stalin zu Gorbatschow, Hamburg 1986, S.14-17.
4 Leo Kofler, Sozialdarwinismus, Religion und Humanphilosophie, in: Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen, Berlin 1991, S.264-274 (hier: S.265).
5 Ebd., S.266.
6 Leo Kofler, Freiheit und Integration. Zur Sozialpsychologie der kapitalistischen Gesellschaft, in: »Utopie kreativ« 4/1990, S.66-74 (hier: S.73f.).

Die Wahl der Frauen

Ute Molitor, Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Nomos Verlag, Baden-Baden 1991, 202 Seiten, 328 Schilling.



Das Buch (als Dissertation verfaßt) bietet einen anschaulichen Überblick über gegensätzliche theoretische Erklärungsansätze anhand einer historisch analytischen Betrachtung von Abweichung und Angleichung des weiblichen Wahlverhaltens 1919 bis 1987.
Für die Weimarer Republik sowie die fünfziger und sechziger Jahre läßt sich festhalten, Frauen wählen ungern Radikale, Neue und Unbekannte, dafür lieber länger konservativ und christlich. „Zusammenfassend kann für die fünfziger und sechziger Jahre ... gleichsam festgehalten werden, daß Unterschiede in der sozialen Position und der religiösen Bindung der Geschlechter als die zentralen Bestimmungsfaktoren für geschlechtsspezifisches Wahlverhalten – das heißt für die deutliche Bevorzugung konservativer Parteien durch die Frauen – angesehen werden können.“
Bei der Bundestagswahl 1972 zeigt sich zum ersten Mal eine Angleichungstendenz im Wahlverhalten der Geschlechter, der Frauenüberhang der Unionsparteien ging zurück. Mehrfach wurde dieses Wahlergebnis auf seine Ursachen hin untersucht und entweder mit gesellschaftlicher Strukturveränderung oder mit Verhaltensveränderung erklärt. „... Empirische Belege für

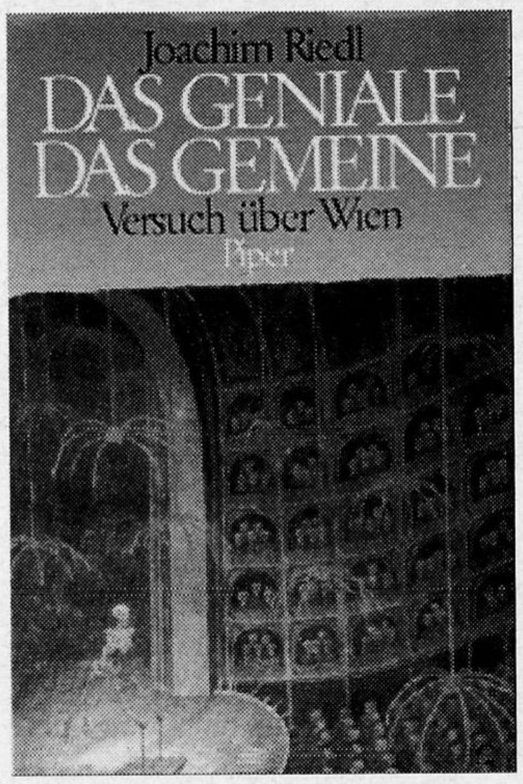
die These, daß Veränderungen innerhalb einer einzelnen Sozialkategorie und nicht Umschichtungen zwischen Sozialkategorien für die Angleichung verantwortlich sind, entnehmen Falter/Schuhmann einem sogenannten Kontrastgruppenvergleich. Bei diesem Vergleich wird die CDU/CSU-Wahlabsicht von Männern und Frauen bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972 in Abhängigkeit von der Kirchenbindung und der Berufstätigkeit betrachtet. Die Autoren stellen dabei insbesondere bei den nicht kirchengebundenen berufstätigen Frauen einen Rückgang der CDU/CSU-Wahlabsicht fest (von 40 Prozent auf 18 Prozent). Die Unionswahlabsicht der entsprechenden männlichen Gruppe blieb zwischen beiden Zeitpunkten konstant (23 Prozent). (...) Wichtige Aspekte des in den sechziger und siebziger Jahren erfolgten Einstellungswandels sind der gewachsene Wunsch der Frauen nach Berufstätigkeit, die höhere Akzeptanz von Frauenerwerbstätigkeit in der Gesellschaft, die gestiegene Toleranz gegenüber nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die rückläufige Kirchgangshäufigkeit sowie die Zunahme des politischen Interesses und der politischen Unterhaltungen."
Seit 1983 zeichnen sich wieder „leichte Unterschiede" ab. Ute Molitor warnt allerdings davor, aus der Neigung der Frauen zu unkonventionellem Wahl- und Partizipationsverhalten zu schließen, daß diese Neigung in Zukunft beibehalten und zu einem neuen „gender gap" im politischen Verhalten wird.
Was von der zunehmenden politischen Interessiertheit und den bevorzugten unkonventionellen Partizipationsformen der Frauen bei anhaltender monetaristisch-konservativer Politik und neokonservativen, naturmystischen Strömungen in der Frauenbewegung geblieben sein wird, werden Analysen ab Ende der achtziger Jahre wie die vorliegende erst erweisen. ■

Monika Wammerl

Das geniale, gemeine Wien

Joachim Riedl, Das Geniale. Das Gemeine. Versuch über Wien. Piper-Verlag, München 1992, 246 Seiten, 297 Schilling.

Ein anregendes Buch. Auf der Spurensuche nach der Zwiespältigkeit der Traditionen, der Wurzeln des Wienerischen, der WienerInnen stellt der in Wien geborene Joachim Riedl sein Wien-Mosaik zusammen.
Auf der Grundlage historischer Materialien und umfangreicher bibliographischer Studien (im Anhang nennt Riedl 52 Titel zur Geschichte und Kultur Wiens, die er teilweise mit einer Kurzcharakteristik versieht) zeigt Riedl das Doppelgesicht dieser Stadt: „In Wien wirkten das Geniale und das Gemeine nebeneinander, wie in einer griechischen Tragödie die Einheit von Ort und Zeit der Handlung wahrend. (...) Als der junge Hitler 1907 die Stadt betrat, erschien »Die Fackel« bereits im achten Jahr, war der erste Bauabschnitt von Otto Wagners Postsparkassengebäude beendet, war Robert Musils erste Erzählung ‚Die Verwirrungen des jungen Zöglings Törless' erschienen, hatte Gustav Mahler gerade als Direktor der Hofoper demissioniert, komponierte Arnold Schönberg sein zweites Streichquartett, erschien Arthur Schnitzlers Roman ‚Der Weg ins Freie', veröffentlichte Adolf Loos seine programmatische Kampfschrift ‚Ornament und Verbrechen', wurde die Gründung der Wiener Psychoanalytischen Gesellschaft vorbereitet" (S.143).
Gleichzeitig propagierten die ideologischen Vorläufer des „Nationalsozialismus" ihre wahnwitzigen „Theorien". „Der Schock der Moderne, der Zusammenbruch der alten Ordnung und nicht zuletzt die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Rationalismus stürzten ein Zeitalter auf der Kippe in existentielle Orientierungslosigkeit. Die Identitätskrise löste erbitterte Abwehrreaktionen aus: Okkulte Generalkonzepte und mythische Lehren trieben seltsame Blüten" (S.160).
Als Beispiele nennt Riedl den Maschinenbauingenieur und Erfinder Hanns Hörbiger (Stammvater der Burgschauspielerdynastie) als Begründer der „Glazialkosmologie", einer Universaltheorie auf 772 Seiten. Aufgabe war der Kampf gegen die „verjudeten" Naturwissenschaften und im speziellen gegen den „Relativitätsjuden" Einstein. Der Treueeid seiner Anhänger lautete: „Ich schwöre, daß ich an die Theorie des ewigen Eises glaube" und in Naziflugblättern fand sich diese „Theorie" wieder: „Unsere nordischen Vorfahren wurden stark inmitten von Eis und Schnee, und deshalb ist der Glaube an das ewige Eis die natürliche Herkunft des nordischen Mannes." Wichtig für Hitlers „geistige Entwicklung" waren nachweislich auch die Ostara-Heftchen aus der „Bücherei der Blonden und Mannesrechtler".



Rassismus und Frauenhaß (und/oder -angst) standen immer in enger Beziehung zueinander: „Alles weltgeschichtliche Unheil hat das freie Weib angerichtet. Stets erliegt das schwache Geschlecht den Verführungen der plattfüßigen ‚Äfflinge', wird auf ewig imprägniert, schon beim ersten Koitus, ist von Natur zur Sklavin bestimmt."
Die Endlösung in der Ostara: „Sie wollen den Klassenkampf, sie sollen den Rassenkampf haben, den Rassenkampf von unserer Seite bis aufs Kastrationsmesser. Ohne Thors niederschmetternden Wurfhammer wird es nicht gehen..." Bereits am Weihnachtsabend 1907 hißten die Tempelbrüder am Bergfried erstmals die Hakenkreuzfahne.
Mit umfangreichen Zitaten „der Wiener Klassiker" – wie Riedl sie nennt – Kraus, Musil, Roth, Freud, Altenberg, Hofmannsthal, Polgar – und Schilderungen ihrer Herkunft, ihrer Lebenslinien versucht das Buch, eine andere Seite österreichischer Identität und die intellektuelle Reflexion über diese Identität zu fassen:
Konrad Bayer, einer der vielen Freitoten Wiens (Freitod als – akzeptierte – Variante der Befreiung von Unglück und Not ein Merkmal österreichischer Identität?), notierte auf einem losen Blatt Papier den zentralen Gedanken der Stadt: „Begeisterung ist ein Rausch! Wie schön, da sauf ich lieber."
Robert Musil schrieb in ‚Politik in Österreich': „Es gibt wenige Länder, die so leidenschaftlich Politik treiben, und keines wo Politik bei ähnlicher Leidenschaft so gleichgültig bleibt wie in diesem ... Alles ist halb wie eine Konvention, ein Spiel nach Übereinkommen. Die Furcht die man erregt, die Macht die man ausübt, die Ehren, die man auf sich sammelt, bleiben der Seele unwahr, spukhaft, geglaubt und respektiert, aber nicht gefühlt. Das Tun legt diese Österreicher nie ganz auf sein Niveau fest."
Riedl zur „Parallelaktion" aus Musils „Mann ohne Eigenschaften": „Übersetzt in die Wiener Wirklichkeit schlägt das Paradigma des Romans eine Volte, bei der sich die Parallelaktion in ein Naturgesetz verwandelt, das noch heute jedes Geschehen in der Stadt bestimmt: Es muß immer irgend etwas geschehen, damit nichts von dem geschieht, was geschehen könnte, wenn gar nichts geschieht."
Karl Kraus: „Nicht, daß die österreichischen Ereignisse keinen Grund haben, aber daß sie keine Konsequenz haben, ist trostlos. Das ist

die österreichische Geschichte: daß im Konflikt des Zufalls mit der Dummheit Ereignisse entstehen."
Und diese Ereignisse „führten konsequent und unaufhaltsam an den Abgrund. Eine torkelnde Gesellschaft durchmaß auf dieser Prozession ihre Zeit, festlich geschmückt und in unzähligen Verkleidungen" (53).
Und eben auch das ist Wien: Am 5. Mai 1874 hatte die „Fledermaus" Premiere und „Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist" versetzte – ein Jahr nach dem „Schwarzen Freitag" und der Choleraepidemie – das „Publicum den ganzen Abend über in animierte Stimmung" »Neue Freie Presse«.
Riedl sieht eine Ursache für die Besonderheiten der Wiener Moderne darin, daß sie „ein Produkt einer Generation junger, jüdischer Zuwanderer, die sich unvermittelt im Zentrum des Reiches zusammengeballt hatten" ist. „In Wien regierten die Antisemiten. Der Spießermief der Wiener Kleinbürger vergiftete das kommunale Leben. Die aufgeblähte Bourgeoisie war abgedrängt worden und rächte sich nun dafür, indem sie jeden Winkel der Öffentlichkeit mit ihrer schwülstigen Protzsucht füllte. Es gab nur einen Weg, den gebildete Juden, die um die Jahrhundertwende in der Metropole groß wurden, beschreiten konnten: Sie mußten ihre eigene Kultur gegenüber der herrschenden Kultur aufbauen. Es ist falsch, diese Um- und Abkehrdenker Avantgarde zu nennen; denn niemand folgte nach, wo sie vorangingen. Vielmehr haben sie der radikalen Gleichgültigkeit ihrer Zeit ein ebenso radikales Gegenmodell vorgehalten: Wo Plüsch und Pathos herrschten, waren sie nüchtern und konkret; auf Schnörkel antworteten sie mit klaren Linien, auf Phrasen mit geraden Worten. Der öffentliche Raum der Stadt war mit all dem schwerbrokatenen Gerümpel, mit den Hunderttausenden Kostümen des alltäglichen Verstellungskarnevals vollgepfercht. Man machte nicht Platz, rückte nicht zur Seite. Die Neuankömmlinge mußten sich daher auf Neuland begeben, um Platz zu finden ... Die Assimilation, sehnlich nach Jahrhunderten der Ächtung und der Pogrome herbeigesehnt und mit aller Kraft angestrebt, hatte versagt. Die Vergangenheit hatten die Neuerer hinter sich gelassen, die Gegenwart blieb ihnen verschlossen, nur die Zukunft stand ihnen offen. (...) Die Elite war eine geschlossene Gesellschaft, hermetisch von der Stadt abgeschottet. Ihr Einfluß auf die Öffentlichkeit blieb marginal" (80–82).
Trotz des Faktenreichtums ist Riedls Buch assoziativ, und es regt zu weiteren Assoziationen an: Die Beschreibung der Enttäuschungen, von denen der Anschluß 1938 begleitet war (S.175) erinnert an vieles, was man heute über die „Deutsche Wiedervereinigung" lesen kann, der „Wiener Wahn", der für viele Halt geboten hat, in Zeiten größter Orientierungslosigkeit ist in österreichischen Massenblättern auch heute zu lesen. Von der Kapitulantenhaftigkeit der politischen und Teilen der intellektuellen Eliten über exzessiv-erfolgreiche Demagogen bis zum vorherrschenden „nationalen Lebensgefühl" ähneln sich die Bilder. Und erinnert nicht selbst die jüngste österreichische Inititative „SOS-Mitmensch" an eine Musilsche Parellelaktion: daß etwas geschehen muß, damit nicht geschieht, was geschehen könnte ...
Aber, und das ist vielleicht die große Schwäche dieses Buches – Riedl gräbt nicht nach Traditionslinien des Widerstands in Wien, in Österreich, der „unten" getragen wird. Die – für mich – eigentliche zweite Seite der Medaille österreichischer Idendität kommt nicht vor (da hilft auch ein Satz zur KPÖ auf Seite 178 nicht darüber hinweg!). So sind die ArbeiterInnen des Februar 1934 nur Opfer des „Verrats" und des Militärs, gibt es keinen Widerstand in den dreißiger Jahren oder später. So passiert es, daß Riedl, der Frauenverachtung, Antisemitismus und Rassismus brandmarkt und auch in ihren Zusammenhängen erkennt, selber ohne Zögern aus der untersten Schublade von Frauenbildern, die „enttäuschte und beleidigte Geliebte" für das Österreich nach 1938 nimmt und mit Ausnahme der „Großen dieser Zeit" nur Verachtenswertes, eben „Gemeines" in der österreichischen Tradition (seiner eigenen!) und Geschichte findet.
So hat man den Eindruck, daß Geschichte sich in „Endlosschleifen" bewegt und daß die Eliten ihren Anteil daran haben, wenn sie eine „geschlossene Gesellschaft sind, hermetisch abgeschottet von der Stadt. Und ihr Einfluß in der Öffentlichkeit marginal bleibt." ■

Claudia Krieglsteiner

Kurioses und Makabres

Ein Japaner in Deutschland ...

„Die Ausländerfeindlichkeit ist nicht speziell gegen uns Japaner gerichtet. Deshalb müssen wir uns deutlich als Japaner zeigen. Wir müssen durch geschäftsmäßige Kleidung dafür sorgen, nicht mit Vietnamesen und anderen Asiaten verwechselt zu werden."
Thomas Junichi Takeda
Leiter der Japanischen Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf.

Urlaub den Deutschen

„Im Urlaub würden Sie gerne weit wegfahren, aber nur, wenn man da deutsch spricht?
Herzlich willkommen bei Seetours! Bei einer Kreuzfahrt auf MS ‚Arkona' können Sie tagsüber die Welt von Spitzbergen bis Südamerika entdecken und abends an Bord auf Deutsch davon Schwärmen."
Werbetext in »FAZ« 30. 12. 1992

Langfristige Perspektive

In jüngeren Vergangenheit hat sich der Fortschritt der Gleichberechtigung in Gegensatz zu früheren Jahren wesentlich verlangsamt. Die Gewerkschaften reagieren auf diesen Trend nicht adäquat. Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) wird es bei anhaltendem Trend noch genau 475 Jahre dauern, bis Frauen in Politik und Wirtschaft gleich stark vertreten sein werden.
Derzeit werden zum Beispiel nur sechs von 180 UNO-Staaten von Frauen regiert. Auf Ministerebene machen sie 3,5 Prozent aus, in 93 Ländern gibt es keine Ministerin.

„Schmerzensgeld" gefordert

Den Vorwurf „persönlicher Ehrverletzung" verbunden mit der Forderung nach „Schmerzensgeld" in der Höhe von 10.000 DM hat Dr. Helmut Münzberg, stellvertretender Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern gegen Karl-Eduard von Schnitzler (ehemaliger Chefkommentator des DDR-Fernsehens) erhoben. Münzberg fühlt sich in Schnitzlers Buch „Der rote Kanal" verunglimpft. Darin hat Schnitzler das ein und andere Wort über die Rolle verloren, die Münzberg, damals Staatsanwalt in Hamburg, im Ermittlungsverfahren gegen den SS-Sturmbannführer Arnold Strippel gespielt hatte. Gegen Strippel war unter anderem in Zusammenhang mit der „Ermordung der Kinder vom Bullenhuser Damm" ermittelt worden. Den Kindern sei „über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch oder körperlich zu leiden ... Die Erhängung der Kinder erfüllt nach alledem, unter so grausigen Bedingungen auch immer sie geschah, nicht das Tatbestandsmerkmal der Grausamkeit", hatte Münzberg damals konstatiert.
»taz Hamburg«, 8. 12. 1992 und »Neues Deutschland«, 10. 12. 1992

Friedhelm Kröll

SCHWEIGEN UND WALTEN

POESIE UND POLITIK DER NACHKRIEGSZEIT

Essays

JEAN AMERY • ALFRED ANDERSCH
GOTTFRIED BENN • LION FEUCHTWANGER
ERNST VON SALOMON • THEODOR PLIVIER
ERICH WEINERT • ERNST JÜNGER

»Nürnberger Beiträge zur Erwachsenenbildung«, Band 3

»SCHWEIGEN UND WALTEN« gibt dieser Sammlung literaturpolitischer Essyas zu ausgewählten Autoren der deutschen Nachkriegszeit den programmatischen Titel. Er stammt aus einem Gedicht von Gottfried Benn und symbolisiert – in seiner losgelösten Aussage – das Klima des Restaurierens und »Vergessens« in der Nachkriegsära der Bundesrepublik.

FRIEDHELM KRÖLL hat in seinen Essays, die aus Vorträgen einer Seminarreihe des Bildungszentrums Nürnberg resultieren, den Versuch unternommen, die Brüche und Widersprüche, die Sprüche und Sprachlosigkeiten jener Ära anhand von Literaten zu beleuchten, die entweder repräsentativ für das Zeitklima waren oder aber, als Außenseiter, dessen Widerpart bildeten.

FOLGENDE AUTOREN stehen deshalb im Mittelpunkt der Essays: Theodor Plivier, Erich Weinert, Ernst von Salomon, Gottfried Benn, Ernst Jünger, Jean Améry, Alfred Andersch, Hans Carossa & das »Innere Reich«, Lion Feuchtwanger.

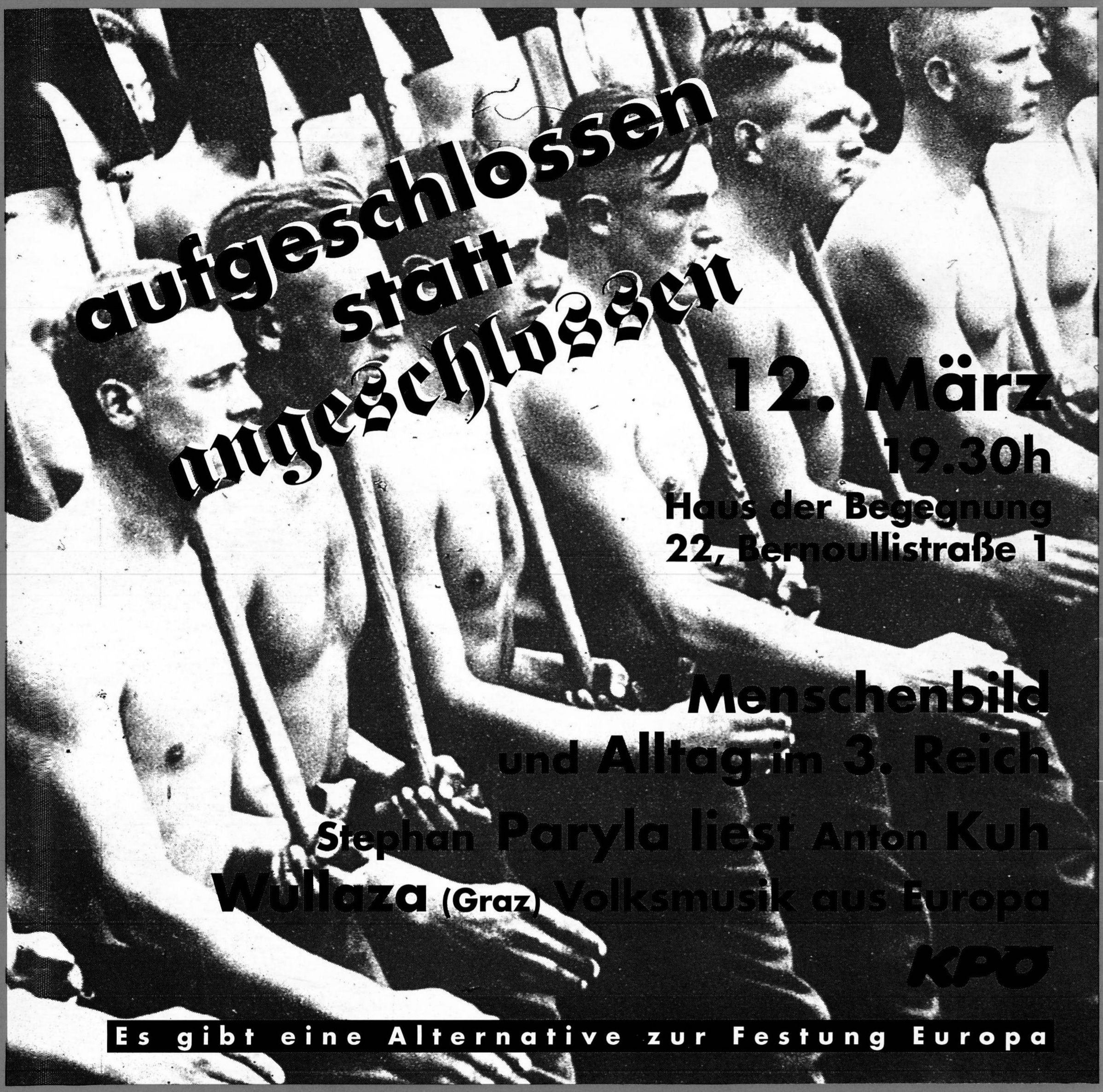
DER AUTOR: Dr. Friedhelm Kröll hat Soziologie und Kunstgeschichte in Freiburg, Wien und Erlangen-Nürnberg studiert. Er habilitierte im Fach Literatursoziologie und lebt in Nürnberg als Kursleiter des Bildungszentrums und als freier Autor. Lehraufträge und Gastprofessuren in Münster, Marburg, Kassel und Wien.

»Nürnberger Beiträge zur Erwachsenenbildung«, Band 3

FRIEDHELM KRÖLL
SCHWEIGEN UND WALTEN
Nürnberger Beiträge zur Erwachsenenbildung«, Band 3»
110 Seiten, 100 Schilling, erhältlich bei:
KPÖ, Schönngasse 15 - 17, Postfach 351,
1020 Wien, Tel.: 0222/21 742/600

Inhalt

Vorwort
I. »Mythos Stalingrad«:Krieg als »existentielles Schicksal« -
Theodor Pliviers »Stalingrad« (1945)
II. Destruktion eines deutschen Mythos -
Erich Weinerts dokumentarische Prosa »Memento Stalingrad« (1951)
III. »Farce Entnazifizierung«: Fragebogen und Persilschein -
Ernst von Salomons autobiographischer Roman »Der Fragebogen« (1951)
IV. Monumente des CDU-Staates«
Gottfried Benn und Ernst Jünger
V. »Blick zurück in Bitterkeit« -
Jean Améry, »Geburt der Gegenwart. Gestalten und Gestaltungen der westlichen Zivilisation seit Kriegsende« 1961)
VI. Spurensuche im Lande der unbegrenzten Peinlichkeiten -
Alfred Anderschs Roman »Efraim« (1967)
VII. Widerstand - Rückzug - Anpassung
Literatur des »Inneren Reiches« vor und nach 1945
VIII. Das Projekt der Vernunft oder Die Modernität der Revolution -
Zu Lion Feuchtwangers Revolutionszyklus der Nackkriegszeit



Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____

Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____

Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien